



## Europaparteitag der Partei DIE LINKE

Essen, 28. Februar 2009

### Solidarität, Demokratie, Frieden – Gemeinsam für den Wechsel in Europa!

Rede von Lothar Bisky, Vorsitzender der Partei DIE LINKE

Verehrte Gäste, liebe Genossinnen und Genossen, am 8. Januar legte der EU-Kommissar für Bildung, Kultur und Jugend, Ján Figel, uns die Karten für die Zukunft. „Wir wissen nicht, wie lange diese Krise anhält und wie tief reichend sie sein wird“, sagte er. „Wenn sie aber beendet ist, werden diejenigen, die in Kreativität und Innovation investiert haben, über einen deutlichen Vorsprung verfügen.“

Soviel Allgemeinplatz lässt alle Fragen offen. Sprach der EU-Kommissar vom Ende der Privatisierung in der Bildung? Wollte er einen Schritt auf die protestierenden Schüler und Studentinnen in Griechenland zugehen, die in miesen 600-Euro-Jobs überleben sollen? Oder hat er gar andeuten wollen, dass die EU nach der Krise den Schlüssel für die weltweite Armutsbekämpfung in der Hand hält?

Ich habe da erhebliche Zweifel. Denn manchmal spricht die Personalisierung der Politik in den Medien ihre eigene Sprache: Neben unserem stolzen EU-Bildungs-Kommissar stand der Vizepräsident von Nokia, Esko Aho. Herr Kommissar, da habe ich dann noch eine Frage: Finden Sie Nokias Strategien des Arbeitsplatzabbaus besonders kreativ? Darauf kann ich nur erwidern: Der Wettbewerb um die tiefste Verbeugung vorm Profit ist weder innovativ, noch ist er kreativ. Genau deshalb sind Mitglieder der Partei der Europäischen Linken zur Gewerkschaftsdemonstration nach Brüssel gefahren, haben in Athener Hörsälen und jüngst in Lissabon über die Ursachen der Wirtschaftskrise debattiert.

Der Ausgangspunkt ist immer derselbe: Wenn Qimonda mit Arbeitsplatzabbau droht, dann trifft es Menschen in Dresden und Menschen in Porto. Dieser nackte Neoliberalismus, der sich nach 1989/90 weltweit ausbreitete, ist als Erfolgsmodell überall gescheitert.

Genossinnen und Genossen, die herrschende Politik in Deutschland und der EU hat sich mit der Agenda 2010, mit der Lissabon-Strategie in die Knechtschaft dieses Schmalspurliberalismus begeben. Jetzt reiben sich Wirtschaftskapi-

täne und Regierungen die Augen, staunen über Finanzmarktcrash und Absatzkrisen. In Davos sah der Chefökonom der Weltbank, Justin Lin, Ende Januar „kein Ende der Talfahrt.“ Vielleicht hätte ein kurzer Abstecher nach Zeulenroda ins Thüringische den Horizont geöffnet. Dort tagte zeitgleich eine „Arena für Nachhaltigkeit“, auf der sich Unternehmerinnen und Unternehmer über radikale Ressourcenproduktivität, ökologische Innovation, Kooperationsfähigkeit und wertebasierte Unternehmenskultur austauschten. Ihr Fazit war: Wer soziale und ökologische Nachhaltigkeit dem Krisenstrudel opfert, betritt den falschen Ausweg!

Den Jetsettern aus Davos hätte auch ein gemeinsamer Flug mit Präsident Lula, nach Belem zum Weltsozialforum, nach Brasilien gut getan. Hier hätte der Klub aus Davos die konfliktreichen Folgen seines Wirtschaftens studieren und mit Menschen ohne Pass und ohne Schuhe über soziale und politische Probleme reden können. Ihm wäre – statt kollektiver Depression – die Hoffnung begegnet, dass es sich lohnt, für eine gerechte Welt eine bessere Politik zu machen. Genau dafür, Genossinnen und Genossen, genau dafür steht auch die LINKE in Deutschland und in Europa! Genau deshalb wollen wir einen Politikwechsel!

Genossinnen und Genossen, verehrte Gäste, der Kapitalismus stürzt sich in eine Jahrhundertkrise. Die größte Wertvernichtung seit dem Zweiten Weltkrieg ist in im vollen Gange. Im Zweifel gilt jetzt: ohne Staatshilfen ist kein Markt zu machen. Allein in den USA gab es einen Wechsel. Ob daraus ein Politikwechsel wird, wissen wir nach dem nächsten G20-Treffen. In der EU und in Deutschland handeln noch immer die, die uns in die Krise geführt haben. CDU und SPD haben mit der Politik der Großen Koalition Deutschland für neue Finanzmarktprodukte attraktiver gemacht. Jetzt spielen sie die Retter für die Folgen ihrer Fehlentscheidungen und präsentieren Herrn Ackermann als Lichtgestalt. Das Finanzmarktstabilisierungsgesetz trägt nun auch die Handschrift der Deutschen Bank. Kommt dabei ein Gesetz heraus, dass die Interessen der Deutschen Bank beeinträchtigt? Das Enteignungsgesetz für die Hypo Real Estate, wurde in einer durch Herrn Mehdorn gut bekannten Kanzlei erarbeitet. Im

### In dieser Ausgabe

- Europaparteitag der LINKEN
- Linke in Westeuropa
- Gaza, Hamas und DIE LINKE
- Erwartungen an Obama
- Weltsozialforum – wie weiter?



Ministerium fehle es an Fachleuten, hieß es. Wer sorgt denn nun dafür, dass mit Bürgschaften und Eigenkapitalhilfen im Sinne der Steuerzahler umgegangen wird? Wer achtet bei der Commerzbank darauf, dass die „Stillen Einlagen“ nicht wieder im Spiel-Kasino verschwinden? Wenn die Ministerien keine Fachkräfte haben, sollten sie sich schleunigst damit ausrüsten!

Denn es geht jetzt um Maßnahmen, die gegen die Finanzmarktjongleure durchgesetzt werden müssen. Die Einbrüche der Industrieproduktion in Süd- und Osteuropa sind verheerend. Es drohen Staatsbankrotte. In einer internen Studie der EU-Kommission heißt es: „Die Kombination aus fallenden Preisen in der Landwirtschaft und reduziertem Zugang zu Krediten dürfte negative Folgen für die Landwirtschaft der ärmsten Staaten haben. Das zieht ernste Auswirkungen auf die Lebensmittelsicherheit nach sich ...“ Massenentlassungen kündigen sich an.

Die Folgen der Krise sind noch nicht völlig überschaubar. Doch der bisherige Krisenverlauf spricht eine ganz klare Sprache: Es darf nach der Krise nicht so weiter gehen wie es vor der Krise war!

Das weltweite Anlagevermögen stieg von 1980 bis 2007 von 12 auf 196 Billionen Dollar. Das Weltsozialprodukt stieg im gleichen Zeitraum von 10 auf 55 Billionen Dollar. Demnach betrug die Geldanlagen vor 2 Jahren beinahe das vierfache der globalen Wirtschaftsleistung.

In diesem Verhältnis steckt der Irrsinn der Spekulation an den Finanzmärkten. Wer soll denn – und in wie viel Jahrhunderten – diesen Papierwerten wirklich hinterher produzieren! Nun ist die Spekulationsblase geplatzt. Was folgt daraus?

Erstens gehören undurchsichtige, hochspekulative Finanzmarktprodukte und Institute wie Hedge Fonds verboten! Täglich

werden neue Verheißungen ausgesprochen. Wir werden Frau Merkel nach dem EU-Gipfel am 20. 3. an ihren Taten messen!

Zweitens fordern wir – lange schon – eine Börsenumsatzsteuer, die die SPD auch grad mal wieder entdeckt hat. Aber wenn sie es ernst meinen würde, dann hätte sie dafür sofort eine Mehrheit im Bundestag.

Drittens muss die Umverteilung von unten nach oben beendet werden: Die Devise heißt: Mehr in die Löhne statt in die Renditen! Für diese Rückverteilung fordern wir eine Millionärsabgabe!

Ich sage: Ohne feste Regeln und eine Finanzmarktaufsicht geht es nach der Krise weiter wie vorher. Die Störanfälligkeit des globalen Kapitalismus ist offensichtlich. Doch ihre Folgen lassen sich begrenzen. Die weltweite Verflechtung sollte durch Transport- und Transaktionskosten – für Geld wie für Waren – besser gestaltet werden.

Nun hat die Krise – wie der Chefentertainer des öffentlich-rechtlichen Rundfunks befand – als Dschungelcamp für Bankmanager begonnen. Erst wurde sogar der Sprit billiger. Doch jetzt frisst sich die Krise allmählich in den Alltag. Die Kredite stocken, Aufträge und Produktion gehen zurück. Die Zulieferer trifft es schwer. Über 800 000 Menschen gingen seit Oktober in Kurzarbeit.

Doch kapitalistisches Wirtschaften funktioniert nur mit Vorschuss und das erledigen die Banken. Deshalb sagen wir: Es ist Zeit, diese Aufgabe als öffentliches Gut zu definieren. Kapitalismus ist Produktion auf Verdacht. Am Markt soll sich alles beweisen. Doch in einer wachsenden Kluft zwischen arm und reich sinkt die Nachfrage. Und hier liegt der Kern der Krise.

Die Welt der Märkte ist eine Welt des Überflusses und

## Inhaltsverzeichnis

### ● Europaparteitag

#### der Partei DIE LINKE in Essen

- Rede Lothar Biskys 1
- Rede Oskar Lafontaines 5
- Bericht Gabi Zimmers 10
- Grußwort Gabriella Mascias 15

### ● Partei der Europäischen Linken

- EL zum Krieg im Gazastreifen 16
- EL zur Gaskrise 17

### ● Gegen den Krieg im Gaza-Streifen

- Rede Gregor Gysis 17
- Rede Wolfgang Gehrckes 19
- Angelika Timm: Wo ist die israelische Linke? 20
- Karin Kulow: Gaza, Hamas und DIE LINKE 21

### ● Aus der internationalen Linken

- Fritz Schmalzbauer: 26
  - Außerordentlicher Parteitag der FKP 26
- Partei Die Linke in Frankreich gegründet 26
- Interview mit Jean-Luc Mélenchon 27
- Cornelia Hildebrandt: 28
  - Frankreichs Linke in Bewegung 28
- Mimmo Porcaro: 33
  - Italiens Linke: Niederlage und Hoffnung 33

- Dominic Heilig: Spaniens Izquierda Unida 36
- Dominic Heilig: Neues Linksbündnis in Portugal? 40
- VI. Parteitag des Linksblocks (Portugal): 40

- Leitantrag 40
- Yannis Bourounis: Erhebung in Griechenland 43

- Julian Marioulas: 45
  - Wo Kommunisten regieren – Zypern 45

- Cornelia Weißbach: 48
  - Emanzipative Linke der Niederlande 48

- Irakische KP zu den Wahlen der Provinzräte 52
- KP Japans im Aufwind 54

- Joachim Wahl: 55
  - Weltsozialforum – Auslaufmodell? 55

### ● Internationale Umschau 61

- Mark Solomon: Erwartungen an Obama 61
- Bernhard Schmid: Rechtsextreme ins EP? 66

- Angelika Timm: Knesset-Wahlen 2009 69
- Gerd-Rüdiger Stephan: Südafrika vor Wahlen 72

- Norman Paech u. a.: 74
  - Piraterie als Herausforderung 74

- Hüseyin Aydin: Zur Lage in Somalia 78

### ● Analyse 84

- Wolfgang Grabowski: NATO-Osterweiterung 84
- Gregor Schirmer: 94

- Münchener Abkommen und Völkerrecht 94



des Mangels zugleich. Nahrungsmittel werden zu Sprit. Dabei leiden fast eine Milliarde Menschen auf der Welt Hunger. Armut hat hierzulande ein anderes Gesicht. Sie wird versteckt, als individuelles Scheitern empfunden.

Wir sagen: Armut ist und bleibt ein politisches Versagen! Für uns liegt es auf der Hand: Eine höhere Lohnquote, mehr öffentliche Nachfrage und Investitionen dämpfen die Fehlentwicklungen in der Verteilung des volkswirtschaftlichen Reichtums ein und reduzieren Spekulationen.

Die Bekämpfung der Armut, bessere Löhne und öffentliche Investitionen, der Zugang zu Wasser, Bildung, Kultur und Medien für alle Menschen, sind auch weltwirtschaftlich gesehen das beste Anti-Krisenprogramm!

Die Regierung hatte einen Rettungsschirm für Banken ausgebreitet. Wir brauchen einen „Rettungsschirm für die Menschen“. Deshalb sagt die LINKE:

Ja – zu Maßnahmen gegen Massenentlassungen!

Ja – zur Schaffung von Arbeitsplätzen im öffentlichen Sektor: Der Investitionsstau dieser Gesellschaft liegt in der Kultur, in der Bildung, im Sozialen, in Pflege und Gesundheit und in ökologischen Lösungen.

Wir sagen: Ja – zu einem längeren Arbeitslosengeld I und Ja zu einer Erhöhung des ALG II! Dabei gilt für uns ohne Wenn und Aber: Hartz IV muss endlich überwunden werden. Genossinnen und Genossen, die Ursachen der Krise liegen im System. Die Autobranche steckt schon länger in der Krise. Kenner, auch in den Betriebsräten, sagen: manches wurde am Bedarf vorbeiproduziert. Kurzfristige Renditevorgaben verhinderten das Umsteuern.

Gerade in der Krise gilt: Für ökologisch notwendiges Umsteuern braucht es staatliche Vorgaben – auch in der Autoindustrie.

DIE LINKE setzt auf die Mitsprache der Belegschaften! Das ist für uns ein wichtiger Punkt. Verschafft den Belegschaften Einfluss auf die Investitionsentscheidungen! Wo, wenn nicht bei den Beschäftigten – liegt das langfristige Interesse am Erhalt eines Unternehmens. Dann entsteht eine Chance, für Eisenach und Rüsselsheim, für Kaiserslautern und Bochum – und nur gemeinsam mit den Belegschaften in Saragossa in Spanien und in anderen EU-Staaten – aus der Marke Opel eine Firma zu machen.

Die, die wollen, dass alles so bleibt, wie es war, scharen sich derzeit vor allem um die FDP.

Der Staat soll kurz als Feuerwehr aufkreuzen. Ansonsten schallt der allbekannte Ruf: „Steuern runter!“ Das hat am Ende nur einen Effekt: Alle zahlen und wenige verdienen.

Da heißt es nun: Wenn die Hypo Real Estate pleite geht, bricht das System zusammen.

Liebe Genossinnen und Genossen, da brauchen wir uns keine Systemfrage mehr auszudenken. Schönen Gruß an den Verfassungsschutz. Ein System, das zwingend zig Milliarden Euro in den Erhalt eines durch und durch maroden, auf Spekulation aufgebauten Finanzinstituts pumpt, ist weder vernünftig noch transparent.

Es mag jetzt nötig sein, die HRE nicht in den Bankrott gehen zu lassen. Doch die entscheidende Frage lautet: Was wird getan, um systemische Risiken in Zukunft auszuschließen?

Deshalb fragen wir immer wieder öffentlich: Wie groß darf eine Bank eigentlich werden, bevor sie zu einer Gefahr für die Demokratie wird? Wie viel Erpressung verträgt diese Gesellschaft?

Ich will es klar sagen: Die aktuelle Verstaatlichungsdebatte hat etwas ganz Gespenstisches: Verstaatlichung begegnet uns hier als letzter Rettungsakt neoliberaler Spekulation, nicht als erster Akt einer notwendigen Demokratisierung. Wie es sein müsste.

Und eine zweite Frage ist immer im Raum: Es geht um die Abhängigkeit der deutschen Volkswirtschaft von wenigen Exportzweigen. Auch darin liegt ein Systemrisiko. Weniger Exportabhängigkeit, breitere technologische Streuung – kurz eine klimafreundliche, energieeffiziente Technologie und der Blick auf unterschiedliche soziale und kulturelle Bedürfnisse – das ist zur Tagesaufgabe geworden, damit die Arbeitsplätze und die Gesellschaft der Zukunft entstehen können. Hier ist keine abstrakte Systemfrage als Frage zu stellen nach irgendeinem „Ismus“. Hier steht eine konkrete Frage nach Grundrechten, nach Demokratiezuwachs und ökologischer Vernunft.

Wir wissen, was der Staatssozialismus ohne Demokratie gebracht hat. Deshalb kommt uns einiges am alten Staatskapitalismus unseres jungen Wirtschaftsministers sehr bekannt vor.

Jetzt steht eine alles entscheidende Frage: Wer waren die Verursacher der Krise und wer zahlt die Zeche? Wie kommen Menschen, die nicht täglich um den Erdball jetten, die das nötigste zum Überleben zusammenhalten, die die eigene und die Zukunft ihrer Kinder umtreibt aus der Krise heraus? Es ist doch der Weg in die Bananenrepublik Deutschland, wenn jetzt die Hohepriester des Neoliberalismus, die uns den puren Marktradikalismus auch für die Finanzmärkte gepredigt haben, sich heute als die großen Krisenmanager jener Krisen feiern lassen, die sie selbst hervorgerufen haben. Ich sage: die gleichen Jongleure um den Finanzminister herum, die lauthals die Linken des Populismus bezichtigt haben, wenn es um höhere Summen zugunsten der sozial Betroffenen ging, dienen sich heute wie die Lakaien im Feudalismus den Verursachern der Krise mit einem Vielfachen an Geldern an, ja werfen ihnen Milliarden nach. Kein einziges Wort des Bedauerns hört man aus jenen Kreisen!

Es ist richtig, wenn wir sagen, der Neoliberalismus ist als Erfolgsmodell gescheitert. Tot ist er damit nicht und ich bleibe skeptisch, solange die gleichen Akteure, die die große Krise verursacht haben, jetzt in einer öffentlichen Schmierenskomödie den Retter aus der Not spielen. Nicht einmal die Krawatten haben sie gewechselt!

Wir stehen in der Pflicht, das überall deutlich öffentlich sichtbar zu machen und weder den Finanz- und Wirtschaftseliten noch den Akteuren der Großen Koalition ihr „Haltet den Dieb“-Schauspiel durchgehen zu lassen! Wir treten hier in Essen, in Berlin und in Brüssel für einen Politikwechsel ein!

Genossinnen und Genossen, dass wir die heutige Politik der EU kritisieren, ist in unserer Partei unstrittig. Wie aber Alternativen aussehen, hat – und das freut mich – eine heiße innerparteiliche Debatte ausgelöst. Wir haben munter diskutiert, ob Sarkozys Begriff der Wirtschaftsregierung zu unserem gänzlich anderen Staatsverständnis passt. Uns geht es um eine bessere Koordinierung der Geld-, Finanz- und Wirtschaftspolitik der EU. Es muss – so erläutern wir im Entwurf – darum gehen, wirtschaftlichen Nationalismus (zu) überwinden. Und wozu das Ganze? Auch da bleiben wir im Wahlprogramm keine Antwort schuldig: „Die Mitgliedstaaten der EU sollten ... in einem koordinierten ... Zukunftsinvesti-



onsprogramm mindestens zwei Prozent ihres Bruttoinlandprodukts in die Energiewende, die Infrastruktur, Bildung, Soziales und Kultur investieren.“ (Zitat Ende)

Nun haben wir heftig diskutiert: Sind mindestens zwei Prozent für ein Konjunkturprogramm nicht übers Ziel hinausgeschossen ... Wir sollten uns entscheiden: Zirka 50 Milliarden Euro für die Zukunft sind ein Klacks gegen Rettungsschirme für die Zocker von vielen hundert Milliarden Euro! Genossinnen und Genossen, „vier Monate vor dem Wahltermin“, so eine repräsentativen Umfrage der Bertelsmannstiftung, „wissen 69 Prozent der Deutschen nicht, dass in diesem Jahr das Europaparlament gewählt wird.“ Allein dieser Befund verweist darauf: Das demokratische und solidarische Europa braucht einen neuen Anfang.

Das geht nicht von heute auf morgen. Doch es gibt viele Menschen, die auf ein soziales und friedliches Europa setzen. DIE LINKE will die Europäische Union weder abschaffen, noch zurück zur ausschließlichen Nationalstaatlichkeit. Für uns ist es entscheidend, europäisch zu handeln, genauso wie auf nationaler und auf regionaler Ebene.

Dafür streiten Linke nicht erst seit gestern. Ich erinnere daran: In unseren Reihen ist die einzige Frau aus Deutschland, Sylvia-Yvonne Kaufmann, die sich im Verfassungskonvent für ein soziales und friedliches Europa, für die Grundrechtecharta, eingesetzt hat. Das – und die europäische Bürgerinitiative – sind die richtigen Schlussfolgerungen aus den Regierungskonferenzen von Amsterdam und Nizza. Für ihr Engagement möchte ich Sylvia-Yvonne unseren Dank aussprechen.

Dass wir als LINKE dennoch den Verfassungsvertrag und den daraus resultierenden Vertrag von Lissabon ablehnen, hat gewichtige inhaltliche Gründe.

Der Lissabonner Vertrag hat die Rechte des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente erweitert, er hat einen anderen Abstimmungsmodus im Rat auf den Weg gebracht, die Verbindlichkeit für die EU-Grundrechtecharta und erste Schritte für die partizipative Demokratie verankert. Doch der Vertrag hat nicht nur Vorzüge.

Wieder wurde er einer Regierungskonferenz überlassen. Wieder wurde um nationale Befindlichkeiten gefeilscht. Erneut konnten sich die Bürgerinnen und Bürger weder bei der Gestaltung des Vertrages beteiligen, noch durfte die Mehrheit über das Ergebnis mitentscheiden.

Ein effektiver Abstimmungsmodus allein ist gegenüber den globalen Herausforderungen ein stumpfes Schwert. Wie schaffen wir Energiesicherheit, geben Antworten im Klimaschutz, regulieren Finanzmärkte, bekämpfen Terrorismus und schaffen soziale Sicherheit?

Regelrecht beunruhigend ist der neu gefasste Abschnitt über die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Eine Verpflichtung der Mitgliedstaaten auf eine „schrittweise Verbesserung ihrer militärischen Fähigkeiten“ (Artikel 42) heißt im Klartext Aufrüstung. Was wir aber dringend in Europa brauchen ist Abrüstung!

„Battle-Groups“ sind gefährlich und überflüssig. Weltweite Militärinterventionen sind der falsche Weg, um Frieden herzustellen. Auch dieses Jahr hat mit einem entsetzlichen Krieg im Gaza-Streifen begonnen. Wo ist der Ansatz der EU-Staaten für den Nahen Osten, für dauerhafte Friedensbemühungen?

Die EU sollte endlich Obama und Medwedjew bei der Abrüstung ihrer nuklearen Arsenale begleiten.

Bei der Gründung der Montanunion zu Beginn der 50er Jahre ging es vor allem darum, Aufrüstung einzelner Staaten durch Einbindung zu kontrollieren.

Noch im Vertrag von Nizza ist eine verstärkte Zusammenarbeit von Mitgliedstaaten in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik ausgeschlossen, siehe Artikel 27b.

Jetzt aber wird die Ausgangsidee der europäischen Integration auf den Kopf gestellt.

Unser „Nein“ zum Lissabon-Vertrag war und ist goldrichtig, wurden doch am 28. Januar diesen Jahres im Europäischen Parlament die Berichte von Wogau und Vatanen debattiert, in denen – unterstützt durch die Mehrheit des Auswärtigen Ausschusses – eine „integrierte europäische Interventionsstreitmacht“ und eine fest strukturierte Zusammenarbeit von EU und NATO verstärkt werden sollen.

Daraus folgt: Wir LINKEN werden unseren Kampf gegen eine Militarisierung der EU im Bündnis mit anderen verstärken!

Wir haben den Lissabonner Vertrag auch abgelehnt, weil die Wettbewerbsideologie so durchschlagend ist, dass man sich im Vertragstext aussuchen kann, ob man eine soziale Marktwirtschaft, die sich am Wettbewerb orientiert, oder eine offene Marktwirtschaft möchte.

Was schwer wiegt: Im Vertrag fehlt ein klares Bekenntnis zur Sozialstaatlichkeit. Das sucht man vergeblich im Artikel 2 bei den Werten der Europäischen Union. Die Gefahr, dass nationale Sozialstaatlichkeit durch die fehlenden EU-Regelungen unterlaufen wird, ist längst Realität. Die Kommission hat – wie bei VW – die Eckpfeiler der Mitbestimmung angegriffen, das Streikrecht eingeschränkt und Billiglöhne durch Richterspruch verfugen können.

DIE LINKE fordert deshalb einen neuen Anlauf für eine EU-Verfassung, die von den Bürgerinnen und Bürgern mitgestaltet und entschieden wird!

Genossinnen und Genossen, unsere muntere europapolitische Debatte hat für mediale Verwirrung gesorgt. Mal wird uns eine wachsende EU-Freundlichkeit attestiert, dann werden wir als Feinde Europas tituliert – und dies alles auf der Basis ein und desselben EU-Wahlprogrammwerfs der LINKEN.

Ich kann euch aber sagen, wo sich die Feinde Europas herumtreiben. Am Abend des 14. Februar schlugen Nazis auf Gewerkschafter und Linke ein. Ein Genosse von uns ist schwer verletzt worden. Solche Auswüchse haben für mich eine neue Qualität. Wir verurteilen solche Gewalt und verlangen zugleich mehr als eine schnelle strafrechtliche Aufklärung.

Genossinnen und Genossen, Faschismus aus Deutschland hat europäische Kulturen in Schutt und Asche gelegt. Er hat Fremdenhass und menschliche Erniedrigung benutzt, um die Leistungen der großen Industrie in ihr verbrecherisches Gegenteil zu führen.

Auschwitz hat eine Wunde hinterlassen, die man nicht heilen kann. Man kann einzig eine Lehre aus der europäischen Geschichte ziehen: Faschismus ist keine Meinung, Faschismus ist Verbrechen. Liebe Genossinnen und Genossen, deshalb sollten wir hier von Essen aus bekräftigen: Die LINKE wird jeglichen Rechtsextremismus, Fremdenhass, Antisemitismus und Rassismus entschieden bekämpfen.

Genossinnen und Genossen, verehrte Gäste, Barroso sagte 2004: „Culture comes before Economy“. Ob das gutes Englisch ist, ist eine andere Frage. Auf jeden Fall ist das ein



später, aber sehr sympathischer Identitätswechsel im Denken über Europa. Im nächsten Jahr wird Essen, als Kulturhauptstadt eine Erfolgsgeschichte osteuropäischer Migration erzählen.

Hier hat die Zukunft nach dem fossilen Zeitalter längst begonnen. Die kulturellen Erfahrungen eines europäischen Strukturwandels sind im Ruhrpott exemplarisch und stoßen uns auf eine einfache Erkenntnis: Europa ist mehr als die EU und Europa bleibt Teil dieser einen Welt.

Ich bin stolz, dass DIE LINKE einen Abgeordneten in EP hat, der als Vorsitzender des Ausschusses für Internationalen Handel arbeitet. Helmuth Markov hat gemeinsam mit allen linken Parlamentariern, mit Hafenarbeitern und Gewerkschaftern Herrn Bolkestein das Fürchten gelehrt.

Gabi Zimmer war kürzlich erneut in den Flüchtlingslagern in Lampedusa. Gemeinsam mit NGOs und örtlichen Bürgerinitiativen fordern wir die Schließung dieser Höllen und einen menschenwürdigen Umgang mit Flüchtlingen.

Ich will auch Felekna Uca, Sarah Wagenknecht und Tobias Pflüger für ihre Arbeit im EP – und das muss man immer dazu sagen – auch für ihre Arbeit für unsere Partei in den zahlreichen öffentlichen Veranstaltungen danken. Alles, was unsere tapfere Delegation im EP geleistet hat, kann ich hier nicht aufführen. Gabi hat schon einiges angesprochen. Doch lasst mich noch eines hinzufügen: André Brie hat als Berichterstatter des EP in und für die Selbstbestimmung der Menschen in Afghanistan viel geleistet. Er ist ein leidenschaftlicher Europapolitiker.

Genossinnen und Genossen, unser Leitantrag ist das Produkt einer munteren Debatte. Deshalb trägt er die Spuren jenes Missverständnisses linker Texte, bei dem alle nach Verständlichkeit rufen, um danach eine Klarstellung zu beantragen, die Fachreferenten nur mit viel Mühe erläutern können.

Vergesst nicht – bei den wichtigen Entscheidungen hier in Essen – wir wollen gemeinsam einen erfolgreichen Wahlkampf führen – in den Kommunen, in den Ländern, in Europa und auch im September, wenn es um die Wahl des Bundestages geht!

Ich bin stolz darauf, dass wir als einzige der im Bundestag vertretenen Parteien gegen die neoliberale Mythologie, die uns in die Finanz-, Wirtschafts- und Gesellschaftskrise geführt hat, gekämpft haben und ebenfalls stolz bin ich, dass wir immer gegen die abenteuerliche Politik der Militärinterventionen gekämpft haben! Liebe Genossinnen und Genossen, also gehen wir selbstbewusst in den Wahlkampf!

Jetzt macht die Linke europaweit die Erfahrung: Nur gelebte Pluralität bringt uns im 21. Jahrhundert voran! Deshalb steht für mich die Zusammenarbeit mit der nordisch-grünen Linken und anderen linken Kräften aus Europa ganz oben. Wir werden die Arbeit in einer gemeinsamen linken Fraktion fortsetzen. Dafür kämpfen die Partei der Europäischen Linken und Die LINKE aus Deutschland. Genossinnen und Genossen, verehrte Gäste,

Das Signal Der LINKEN aus Essen heißt: „Gemeinsam für den Wechsel in Europa!“

## Europa braucht eine starke Linke

*Rede von Oskar Lafontaine, Vorsitzender der Partei DIE LINKE*

**Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde, liebe Genossinnen und Genossen,** dieser Parteitag findet in einer außergewöhnlichen Zeit statt. Ein Zeitabschnitt, der eine ähnliche Bedeutung haben wird für die zukünftige Entwicklung der Gesellschaft wie etwa der 2. Weltkrieg oder der Fall der Mauer. Und die Herausforderung, vor der wir jetzt stehen, ist ähnlich zu beschreiben.

Nach dem 2. Weltkrieg stand die Frage, ob es gelingen würde, eine demokratische und soziale Gesellschaft aufzubauen. Und da ist dann die Entscheidung getroffen worden, eine Demokratie in der Politik aufzubauen, aber in der Wirtschaft den Absolutismus beizubehalten. Damals sagte ein der CDU angehörender Ministerpräsident, der sich als christlicher Sozialist verstand: Das wird auf Dauer nicht gut gehen – auf der einen Seite formale Demokratie in der Politik, auf der anderen Seite Absolutismus in der Wirtschaft.

Es ist dann so gekommen, wie es in den Jahrzehnten danach gekommen ist, und dann kam der Fall der Mauer. Und hier hatten wir erneut eine Chance – die Chance nämlich, das Eigentum der ehemaligen DDR dazu zu verwenden, um eine demokratische Gesellschaftsordnung aufzubauen, das heißt, also auch Demokratie in der Wirtschaft zu realisieren. Und das hätte geheißen, dieses Eigentum nicht zu privatisieren, sondern es in Belegschaftsanteile und in demokratische Wirtschaftsstrukturen umzuwandeln. Das war die große Chance der deutschen Einheit. Sie wurde vergeben.

Und jetzt haben wir eine globale Herausforderung. Was derzeit nämlich geschieht, ist eine Enteignung von Millionen und Abermillionen von Menschen auf der ganzen Welt. Es werden Milliarden verschleudert, es wurden Milliarden verzoxt. Aber diese Milliarden werden irgendwann ja als Rechnung präsentiert werden. Und die große Herausforderung für uns, für die Linke in Europa und für die Linke in der Welt und natürlich auch in Deutschland, ist, dass wir dafür Sorge tragen, dass diesmal nicht in erster Linie wie in all den Jahrzehnten davor Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Rentnerinnen und Rentner und sozial Bedürftige die Zeche zahlen müssen. Das beginnt ja jetzt schon in Europa. Wir müssen verhindern, dass dieser Prozess weitergeht.

Das kann man vielleicht am besten erklären an dem Fall der Hypo Real Estate, dieser Bank, die jetzt unvorstellbare Summen verschlingt. Wer hätte sich denn jemals früher vorstellen können, dass mal eben so beschlossen wird, hundert Milliarden oder mehr bereit zu stellen, um eine Bank aufrecht zu erhalten. Und da gibt es dann großartige Diskussionen auf der rechten Seite des politischen Spektrums, ob hier die Enteignung überhaupt zulässig sei. Dies muss doch für uns die Frage aufwerfen, was heißt eigentlich Eigentum? Wer soll hier eigentlich enteignet werden? Haben diejenigen, die so über Eigentum reden, überhaupt einen Begriff von Eigentum?

Ich hatte im Zusammenhang mit der Familie Schaeffler, als der Fall noch nicht akut geworden ist, einmal die Frage aufgeworfen: Kann eine einzelne Frau mit ihrem Sohn ein Milliardenvermögen erarbeiten? Wem gehört aus welchen Gründen eigentlich was in dieser Gesellschaft? Diese Frage muss die Linke wieder auf die Tagesordnung setzen, und sie muss sie dann so beantworten, dass natürlich die Eigen-



tumsverteilung in unserer Gesellschaft ungerecht war, dass unsere Wirtschaftsordnung bisher auf der Enteignung der Beschäftigten beruhte und dass es unser Ziel sein muss, den Beschäftigten das Eigentum zu geben, was sie sich erarbeitet haben. Das ist die große Aufgabe der Linken in Deutschland und in Europa. Und diese HRE ist ein Musterfall dafür, dass jetzt wiederum die Menschen enteignet werden sollen. Wir sehen doch, wie in Irland jetzt beispielsweise die Krise gelöst werden soll. Da geht es um Kürzungen im Öffentlichen Dienst. Wir sehen, wie das jetzt in den baltischen Staaten losgeht. Da geht es auch um Lohnkürzungen auf breiter Front. Und glaubt denn irgendjemand, wenn es eine schwarz-gelbe Mehrheit in Deutschland geben würde, es würde anders aussehen? Die schwarz-gelbe Mehrheit in Deutschland muss verhindert werden von denen, die sonst die Leidtragenden wären – das sind die Rentnerinnen und Rentner, die Beschäftigten und die sozial Bedürftigen.

Und was hier geschieht, ist doch, dass einfach Banken durch ihre Fehler in der Geschäftspolitik den Staat, also uns, die Gesellschaft, zwingen, ihnen immer mehr Schecks auszustellen, immer mehr, wenn man so will, Verpflichtungen einzugehen. Und hier geht es darum, dass diese Hypo Real Estate Tag für Tag praktisch den Staat und die Gesellschaft enteignet, weil sie angeblich eine Systembank ist, die die Gesellschaft zwingt, Milliardenbeträge zur Deckung bereit zu stellen. Deshalb ist etwa eine Verstaatlichung dort nicht eine Enteignung, sondern es ist ein Polizeieinsatz, ein Sicherheitsgewahrsam, damit diese Ausbeutung der gesamten Gesellschaft nicht weitergeht. Das hat nun mit Enteignung überhaupt nichts zu tun.

Und die große Herausforderung für uns ist jetzt die, dass wir deutlich machen und dafür werben, dass alle Beteiligten erkennen, dass die Finanzmarktkrise nicht nur entstanden ist, weil beispielsweise die Regulierung fehlte, dass sie nicht nur entstanden ist, weil Einzelne Renditeforderungen hatten, die unverschämt und verrückt waren – 25 Prozent, jawohl, das sind verrückte Renditeforderungen, das können nur geistig Irre überhaupt für richtig halten, wenn das Sozialprodukt um 3 Prozent wächst.

Es geht darum, dass wir als einzige politische Kraft – die Anderen tun das ja nicht – deutlich machen, dass die falsche Einkommens- und Vermögensverteilung die Ursache für die Krise war bei uns und weltweit. Das ist ja derzeit auch das Problem. Wenn unten nichts mehr ankommt und wenn sich oben immer mehr ansammelt, dann stellt sich die Frage, wie soll denn das Geld überhaupt in die Wirtschaft zurückfließen. Es ist nun einmal so, das Geld kann nur in die Wirtschaft zurückfließen, wenn Millionen Geld ausgehen. Es wird nicht in die Wirtschaft zurückfließen, wenn eine Minderheit in der Lage ist, sich Luxusgüter zu bestellen. Das war beispielsweise noch die Überzeugung von Ludwig Erhard, auf den sich viele berufen, die aber offensichtlich nie einen Satz von ihm gelesen haben. Er war nämlich der Meinung, dass der Anstieg der Produktivität Jahr für Jahr in den Konsum fließen muss. Und wir haben in den letzten Jahren unter Führung von CDU/CSU, SPD, Grünen usw. den Sachverhalt gehabt, dass der Anstieg der Produktivität, das Mehr, das erwirtschaftet wurde, nicht in den Konsum zurückging über die Löhne und die Renten, sondern ausschließlich und allein den Vermögenden zugute kam – ein Strukturfehler der Wirtschaftspolitik mit verheerenden Folgen.

Und deshalb haben wir auch andere Ansätze jetzt, wenn

es darum geht, dass der Staat Feuerwehr spielt. Er kann ja gar nicht mehr anders. Selbstverständlich müssen die Banken verstaatlicht werden – das hat doch Schweden vorge-macht. Als da eine Krise war – ähnlich, aber nicht in demselben Ausmaß –, haben die Schweden die Banken verstaatlicht, weil das die billigste und die zuverlässigste Lösung war. Es ist doch völlig abenteuerlich, wenn man einer Großbank wie der Commerzbank jetzt 18 Milliarden rüberschiebt und nicht sicherstellt, dass die nicht weiterspekulieren, das Geld nicht in Steueroasen verschieben oder außerhalb der Bilanz verwenden. Wo sind wir eigentlich hier in Deutschland, wenn solche Dinge möglich sind!

Deshalb sagen wir, im Industriebereich – und da wird es ja eine ganze Reihe von Maßnahmen geben – wir wollen einen anderen Ansatz als den in der Vergangenheit. Wir erklären uns solidarisch mit all den Belegschaften, die jetzt um ihre Arbeitsplätze bangen. An erster Stelle natürlich die, die jetzt im Zentrum der Diskussion stehen – die Belegschaft der Opel-Werke und auch die Belegschaft von Schaeffler und Conti. Und wenn wir darüber diskutieren, ob wir denen helfen können, dann wollen wir eben weder GM helfen noch wollen wir Frau Schaeffler helfen oder wem auch immer – wir wollen den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern dieser Betriebe helfen. Das ist unser Ansatz.

Aber die große Chance besteht jetzt darin, liebe Freundinnen und Freunde, nun endlich mal Ernst zu machen, dass die staatlichen Unterstützungsmaßnahmen, wenn sie dauerhaft eben Transfers bedeuten, endlich umgewandelt werden in Belegschaftsbeteiligungen. Dieses Modell stand am Anfang der Arbeiterbewegung – lest die alten Schriften nach. Die Belegschaftsbeteiligung ist die eigentliche demokratische Form der Wirtschaft. Ihr könnt doch bei der Bahn, bei der Post, bei der Telekom überall sehen – wenn der Staat dabei ist, ist nicht garantiert, dass die Belegschaft geschützt wird. Wenn die Belegschaft selbst entscheidet, dann gibt's keine Privatisierung der Bahn, dann gibt's keine Privatisierung der Sparkasse und dann gibt's keine anderen Privatisierungen. Das sind die Zusammenhänge, die man sehen muss.

Und natürlich ist es selbstverständlich, dass wir hier, wenn wir über die Lösung der Krise reden, in europäischen, ja globalen Dimensionen denken. Und deshalb möchte ich ganz klar sagen: Dieses alberne Getue, dass dort Kandidaturen gegeneinander benutzt worden sind, diese Partei aufzugliedern in Europafreunde und Europafeinde, ist schlicht lächerlich! Hier gibt es keine Europafeinde auf diesem Parteitag! Ich möchte das mal in aller Klarheit sagen. Was soll denn dieses Gequassele!

Diejenigen in unserer Partei, die der Auffassung sind, dass der Lissabon-Vertrag einen gewissen Fortschritt bedeutet und dass man daher dem Vertrag zustimmen könnte – die sind in der Minderheit. Das ist eine zu respektierende Meinung. Das ist in unserer Partei selbstverständlich, dass solche Meinungen geäußert werden können, das ist überhaupt keine Frage. Aber genauso wenig ist es zulässig, diejenigen – das ist die große Mehrheit –, die beispielsweise sagen, wir als Friedenspartei können keinem Vertrag zustimmen, der zur Aufrüstung verpflichtet, als Europafeinde zu bezeichnen. Wo sind wir denn?

Und deshalb sind diese Forderungen, die hier stehen – Solidarität, Demokratie und Frieden für Europa – das sind nicht irgendwelche leeren Formeln, die man auf Plakate schreibt und dann sagt, na wunderbar, wir sind ja alle dafür.



Da sind sie alle dafür, alle Parteien im Deutschen Bundestag. Wer aber für ein demokratisches Europa ist, der muss solche entscheidenden Verträge Volksabstimmungen unterwerfen und nicht Regierungen und Parlamente beschließen lassen!

Wer für ein demokratisches Europa ist, der muss dem Parlament die Gesetzgebungsbefugnis geben und das Kontrollrecht. Die Gewaltenteilung ist doch eine europäische Idee. Es kann doch nicht sein, dass wir gerade in Europa damit anfangen, dass die Regierungen die Gesetze machen. Was soll denn diese Fehlentwicklung der europäischen Gemeinschaft!?

Wir sind für den Euro und wir haben rechtzeitig und frühzeitig gesagt, der Euro kann allein nicht stehen bleiben. Wir brauchen neben dem Euro auch eine Wirtschaftsregierung. Das war lange Konsens in der Europäischen Gemeinschaft, bis es dann anders gekommen ist. Jeder mag dann darüber philosophieren. Aber gerade jetzt hat sich doch gezeigt, wie notwendig es gewesen wäre, diese Wirtschaftsregierung zu haben. Das Gegeneinander der europäischen Staaten, angefangen von der Bundesrepublik, von Merkel und Steinbrück und wie sie alle heißen, das hat doch eher geschadet, als dass es genutzt hat. Wir, die Linke, wir waren die einzige Partei im Deutschen Bundestag, die ein europäisch koordiniertes Wirtschafts- und Konjunkturprogramm gefordert hat. Wir haben es zur Abstimmung gestellt, alle Anderen waren dagegen.

Wir brauchen nicht nur eine Wirtschaftsregierung, sondern wir brauchen eine Lohnkoordination auf europäischer Ebene. Wir haben mehrfach im Deutschen Bundestag davor gewarnt, dass die Währungsunion Belastungen unterworfen sein wird, wenn die Einen Lohndumping betreiben und die Anderen das nicht mitmachen. Wir können das jetzt wie im Lehrbuch verfolgen. Die Staaten, die das Lohndumping nicht mitgemacht haben, haben natürlich erhebliche Probleme mit der deutschen Exportwirtschaft. Wir sammeln in den europäischen Staaten Überschüsse an, die enorm sind. Die Folge ist die, dass immer mehr Unzufriedenheit mit dem Währungssystem entsteht. Und natürlich ist die Folge dann die, dass einige darüber reden, aus dem Währungssystem auszutreten, das kann ich jetzt aus Zeitgründen nicht behandeln. Aber die Antwort, die die Deutschen geben müssen, ist eine andere als die der Vergangenheit. Früher konnten die Mitgliedsstaaten, wenn sie durch solche Lohndumping-Konkurrenz eben, wenn man so will, ins Hintertreffen gerieten, abwerten. Dann war dieser Lohnvorteil, der Kostenvorteil wieder ausgeglichen. Jetzt ist aber Abwerten nicht mehr möglich, weder für die Italiener noch für die Spanier noch für die Portugiesen noch für andere. Ja, was ist denn jetzt? Jetzt geht also die Anpassung der Entwicklung, die Harmonisierung der Entwicklung nur über die Lohnentwicklung. Das heißt – ich will es in aller Klarheit hier sagen, auch wenn das nicht verstanden wird von der großen Mehrheit der Diskussionsteilnehmer – Deutschland muss jetzt im Gegensatz zu anderen europäischen Staaten Vorreiter sein bei den Lohnzuwächsen. Das ist die einzige logische Antwort auf die Fehlentwicklungen in der Europäischen Gemeinschaft.

Wir fordern nicht nur die vier Punkte, die ich jetzt angesprochen habe – Volksentscheid, Parlament mit Recht auf Gesetzgebung, eine Wirtschaftsregierung und eine Lohnkoordination –, wir fordern endlich auch Mindeststandards bei Steuern und Sozialem. Das ist ein linkes Projekt, das die

Rechte ständig und überall torpediert. Es darf nicht sein, dass in Europa nach wie vor ein Wettbewerb stattfindet, wer hat die niedrigsten Steuern für Vermögende, für Zinseinkommen usw. und wer hat die schlechtesten sozialen und Umweltstandards. Das ist doch unmöglich, dieser Wettbewerb nach unten zu Lasten der großen Mehrheit der Bevölkerung.

Und ich fordere hier auch und sage das an die Adresse der Bundesregierung – ich fordere, dass die Bundesregierung endlich ihren Widerstand gegen Eurobonds aufgibt. Eurobonds sind Staatsanleihen auf europäischer Ebene. Und wenn der nationale Sozialdemokrat – ich greife jetzt die Kampfformeln mal auf – Steinbrück erzählt, dann müsse er drei Milliarden mehr Zinsen bezahlen, und dies könne er dem deutschen Steuerzahler nicht zumuten, dann hat dieser Mann nicht den Durchblick in Bezug auf die europäische soziale und ökonomische Lage. Wir sind die Profiteure der europäischen Gemeinschaft, wir haben hunderte von Milliarden Exportüberschüsse angesammelt, da können wir auch zustimmen, wenn anderen Ländern, die sich wegen unseres Lohndumpings schlechter entwickelt haben, mit Eurobonds geholfen wird.

Wir fordern weiterhin, dass die Zentralbank in Europa endlich auch auf die Beschäftigung verpflichtet wird. Die Mangelwachstumsraten der vergangenen Jahre, die weniger guten Beschäftigungsentwicklungen der vergangenen Jahre in Europa im Vergleich zu anderen Industriestaaten sind darauf zurückzuführen, dass wir hier eine Ideologie haben, die einer unabhängigen Zentralbank. Also nicht demokratische kontrollierte Zentralbank, sondern unabhängige Zentralbank, die allein auf die Preis- oder Geldwertstabilität verpflichtet ist. Wem nützt das wohl in erster Linie – vielleicht denjenigen, die große Überziehungskredite haben und sie nicht mehr bezahlen können, nützt denen die Stabilität des Geldwertes? Wem nützt das denn eigentlich? Und wir können hier eine Forderung in Übereinstimmung mit den vielen anderen europäischen Staaten stellen und die heißt: Die europäische Zentralbank muss demokratischer Kontrolle unterworfen werden und auch auf Wachstum und Beschäftigung verpflichtet werden.

Wir fordern außerdem gemeinsame Standards für die Regulierung der Finanzmärkte in Europa. Dazu muss gehören

- Hedge-Fonds verbieten,
- Zweckgesellschaften verbieten,
- Steueroasen verbieten,
- Verbriefungen verbieten.

Es ist doch unglaublich, dass diese vier Forderungen in Deutschland bisher noch nicht im Geringsten akzeptiert worden sind von der Bundesregierung! Da wird überall getagt, es passiert überhaupt nichts – es wird immer noch Geld in Steueroasen geschoben, es werden immer noch außerhalb der Bilanz Geschäfte gemacht, es werden die Verbriefungen weiter verkauft usw. usw.

Die haben nichts gelernt aus der Krise. Wir müssen sie endlich nötigen, die Konsequenzen daraus zu ziehen. Wir haben den Vertrag von Lissabon auch deshalb abgelehnt, weil er durch die Entwicklung total überholt ist. Das haben bisher viel zu Wenige erkannt. Dieser Vertrag schreibt eine Wirtschaftsverfassung fest, die kläglich gescheitert ist, die gewaltig gescheitert ist. Ich will nur eine Bestimmung hier vorlesen. Manchmal denke ich, dass die Verantwortlichen der Regierungen der Mitgliedstaaten, wenn sie über Finanzmarktregulierungen reden, den Vertrag nicht mehr lesen. Da steht:



„Im Rahmen der Bestimmungen dieses Kapitels sind alle Beschränkungen des Kapitalverkehrs zwischen den Mitgliedstaaten und zwischen Mitgliedstaaten und dritten Ländern verboten.“ Dritte Länder – da sind auch die Steueroasen dabei.

Liebe Freundinnen und Freunde, wenn ich sonst nichts wüsste, wenn ich aber doch erkennen muss, dass Kapitalverkehrskontrollen im Vertrag ausdrücklich verboten sind, dann muss ich diesen Vertrag ablehnen, wenn ich irgendetwas begriffen habe von der Finanzkrise, von der Spekulation und von all dem, was weltweit jetzt die großen Probleme macht!

Wir haben dem Deutschen Bundestag einen entsprechenden Katalog vorgelegt, um diese Regulierungen von deutscher Seite zu beschließen. Wir haben versucht, es den Koalitionären einfach zu machen, indem wir den Katalog vorgelegt haben, den Helmut Schmidt wörtlich in der „Zeit“ aufgeschrieben hat. Und dieser Katalog verpflichtete beispielsweise die deutschen Banken dazu, keine Geschäfte mehr mit Steueroasen zu machen, und diese Geschäfte sollten strafbewehrt sein. Das wäre dann vertragswidrig, wenn wir das beschließen würden im Deutschen Bundestag. Kann denn irgendjemand hier unter diesen Bedingungen solchen Bestimmungen des Lissabon-Vertrages zustimmen?

Es ist nun einmal so, liebe Freundinnen und Freunde, das ist ja tief in die Köpfe gegangen – 20 Jahre lang, 30 Jahre lang hat die Kommission darauf hingewirkt, dass dereguliert wird usw. usw. Ihr wisst doch, wie das war bei der Telekom, wer hat denn gedrängt, dass die Telekom privatisiert wird, fragt mal die Beschäftigten, was daraus geworden ist. Wer hat denn gedrängt, dass die Energieversorgung privatisiert und dereguliert wird, und Ihr wisst, dass wir jetzt Monopolpreise haben und Abkassiererei – das war doch alles auch die Kommission! Wer hat denn darauf gedrängt, dass die Sparkassen und Landesbanken privatisiert werden? Es gibt eine Schamlosigkeit in Deutschland. Die besteht darin, dass man bei den Landesbanken sagt – der Staat hat hier versagt. Das ist viel zu einfach. Der Staat hat versagt. Aber er hat versagt in Form der rechten Parteien, die zusammenwirkten mit der Finanzindustrie, die darauf gedrängt haben, den Landesbanken das Geschäftsmodell zu zertrümmern. Man hat ihnen die Gewährträgerhaftung zerschlagen. Dadurch hatten sie andere Kreditkonditionen. Man hat sie reif machen wollen für die Privatisierung und jetzt beschweren sich all diese Leute, dass eben die Landesbanken solche Milliardenverluste angehäuft haben. Ich würde mal gerne eines wissen: Wenn wir das Desaster bei der Westdeutschen Landesbank zu verantworten hätten, wenn wir das bei der Norddeutschen Landesbank zu verantworten hätten, wenn wir das bei der Sachsen LB zu verantworten hätten oder wenn wir die ganze Scheiße in Bayern angerührt hätten – die ganze Presse wäre doch nicht mehr zum Aushalten! Aber die dürfen Milliarden verschleudern! Und wo bleiben da eigentlich die Verantwortlichkeiten? Gab es irgendwo einen Rücktritt, der irgendwie erwähnenswert wäre? Haben Steinbrück oder Rüttgers irgendetwas zu tun mit der Westdeutschen Landesbank? Wer hat eigentlich in Sachsen das angerichtet und wer war das eigentlich in Bayern? Und wer ist das jetzt bei der Norddeutschen Landesbank – die heißt etwas anders, aber ich sage das jetzt mal so, dann ist es einfacher auszumachen. Da sind hoch gelobte Finanzsenatoren aus Hamburg, CDU und Finanzminister von Schleswig-Hol-

stein, die waren in dem Aufsichtsrat – da ist jetzt einer wenigstens zurückgetreten, Respekt. Und an dieser Stelle möchte ich mal eines sagen, wenn dann die deutsche Bevölkerung liest, dass eine Kassiererin, die 31 Jahre gearbeitet hat, wegen 1 Euro 30 entlassen wird und diese Ganoven laufen rum, obwohl sie Milliarden verschleudert haben – dann ist das Rechtsempfinden der Bevölkerung empfindlich gestört.

Das ist wirklich empörend, was dort geschieht. Wirklich empörend! Und was mich auch empört, dass diejenigen, die jetzt diese hunderte Milliarden, die wir gezwungener Weise bereit stellen, verteilen, die Brandstifter waren. Die Regierung Merkel ruft, wenn es darum geht, was sollen wir mit den hunderten von Milliarden machen, Herrn Ackermann, den Chef der Commerzbank oder den Chef der Allianz und die sitzen zusammen und geben der Kanzlerin den Rat, wie sie die Milliarden zu verteilen hat und dann – oh Wunder! landen 18 Milliarden eben mal bei der Allianz, das heißt in diesem Fall bei der Commerzbank – 18 Milliarden mal eben so! Und der Staat erklärt, er will ja da gar nicht auf die Geschäfte einwirken, und der, der das mit verbrochen hat, sagt, wir werden selbstverständlich ohne den Staat die Geschäftspolitik weiterführen. Ja, wo sind wir denn eigentlich!? Hier sind eben wirklich die Brandstifter als Feuerwehrleute angetreten oder die Drogenmafia kontrolliert den Drogenhandel in Deutschland. Das ist doch alles unfassbar.

Ich will hier nur mal einen Gedanken äußern, der viel zu kurz gekommen ist. Warum gibt es keinen Untersuchungsausschuss bei der IKB. Ich habe dort immer wieder darauf gedrungen, keine Milliarden in diese Privatbank zu geben. 10 Milliarden sind in diese Privatbank gegeben worden, die vom BDI kontrolliert wurden, nicht vom Staat. Aber die Mehrheit hat anders entschieden. Dann wollten wir einen Untersuchungsausschuss, um mal klarzustellen, wer da eigentlich verantwortlich war. Und dann haben wir auf einmal im Handelsblatt lesen können, die FDP kann nicht zustimmen, weil die Finanzindustrie der FDP gedroht hat, wenn ihr das macht, dann bekommt ihr keine Spenden mehr.

Wir haben jetzt öffentlich gefordert, bei der HRE einen Untersuchungsausschuss einzusetzen, weil da noch geklärt werden muss, ob das Datum, das einen Tag nach Ablauf der Frist, wo also für die Milliarden auch bei der Hypovereinsbank hätte haftet werden müssen, die jetzt einem italienischen Unternehmen gehört, dass einen Tag danach der Staat plötzlich die Krise entdeckt hat und – wenn man so will – die Bürgschaften ausgestellt hat. Das muss untersucht werden. Und wenn die FDP jetzt wiederum sagt, ja, das muss geklärt werden, dann werden wir jetzt einen Antrag auf einen Untersuchungsausschuss stellen. Aber ich bin nicht sehr optimistisch.

Wir hatten ja vor kurzem die Veröffentlichung der Spenden. Da hat die Deutsche Bank gespendet: 100 000, 200 000 Euro, die Commerzbank 100 000 Euro. Die Finanzindustrie hat sie alle bedient – mit Ausnahme der LINKEN. Alle sind bedient worden. Da sage ich in Erinnerung an einen konservativen Denker des letzten Jahrhunderts: Wir brauchen keine Demokratie der gekauften Parteien. Die brauchen wir nicht, liebe Genossinnen und Genossen.

Deshalb gehört zur Regelung der Finanzkrise auch, Parteispenden zu verbieten – Parteispenden von der Finanzindustrie und von Großunternehmen. Ihr glaubt doch nicht, dass z. B. die Hunderte von Millionen, die in Amerika für den Wahl-



kampf ausgegeben worden sind und die teilweise von der Finanzindustrie kamen, dass die einfach nur so herübergeschoben wurden. Da hat vor einiger Zeit z. B. die „Süddeutsche Zeitung“ einmal geschrieben: „Der gekaufte Präsident“. Sie saldierte dann all die Spenden, mit denen der Präsidentschaftswahlkampf geführt worden ist. Das muss doch mal zumindest von der LINKEN angesprochen werden: Solange die Politik von der Industrie und von der Finanzindustrie finanziert wird, ist sie nicht frei, kann nicht selbständig entscheiden.

Es ist überhaupt interessant, wie sich jetzt diejenigen aufspielen, die in der Vergangenheit all die Weichen hier in Deutschland gestellt haben, um die Krise überhaupt erst möglich zu machen. Da ist heute ein verdienstvoller Artikel in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ erschienen. Es sind nicht die Artikel, in denen ständig erklärt wird, wir seien europafeindlich und nur eine Minderheit sei europafreundlich. Ich rede jetzt mal von einem Artikel auf Seite 2, wo also deutlich gemacht wird, dass die Koalition und die rot-grüne Regierung all die Finanztransaktionen erlaubt hat, die die Krise erst in Deutschland in dieser Form zum Ausbruch haben kommen lassen. All das haben sie zu verantworten. Rot, Grün, Schwarz, Gelb – sie alle, ohne Ausnahme. Sie haben die ganzen Verordnungen erlassen.

Ich zitiere die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, linker Umtriebe nun wirklich nicht verdächtig: „Das was heute so oft mit dem Beiwort toxisch versehen wird, hat das sozialdemokratisch geführte Bundesfinanzministerium aktiv befördert. Dabei war es uns stets wichtig, dass sich auch der Markt für Asset Backed Securities in Deutschland stärker als bislang entwickelt“, schrieb der damalige Abteilungsleiter, das ist heute der Mann, der international alles regelt. Dann schrieb die große Koalition in den Koalitionsvertrag, dass diese Politik fortgesetzt wird und dass die nationale Umsetzung von Richtlinien 1:1 erfolgt und dass nationale Spielräume im Sinne der Wettbewerbsfähigkeit, das heißt in noch weiterer Deregulierung der Finanzmärkte genutzt werden. Das haben die alles angerichtet. Und wenn man sie jetzt reden hört, meint man, sie hätten mit all dem nichts zu tun.

Ich habe z. B. heute wieder gehört, und ich wundere mich, dass die aufgeklärte Öffentlichkeit das alles mitmacht, dass die SPD wieder erklärt, sie wolle jetzt endlich Managergehälter begrenzen. Ja, das hören wir doch schon fünf, sechs Jahre. Das ist allmählich nicht mehr zum Aushalten. Dort, wo sie etwas zu sagen haben – bei der Bahn oder etwa auch bei der KfW oder sonstwo –, machen sie das Gegenteil. Sie führen die Öffentlichkeit in die Irre. Sie wagen es überhaupt nicht, Managergehälter zu begrenzen.

Ich höre, dass die SPD jetzt die Börsenumsatzsteuer einführen will. Das haben wir Jahr für Jahr immer wieder gefordert. Wir wurden als Populisten beschimpft. Das sei also richtig unvernünftig. Jetzt fordern sie auf einmal die Börsenumsatzsteuer. Was mich wirklich bewegt, ist, dass solche Politik der SPD auf einer Lüge aufgebaut ist, auf der Lüge nämlich, dass man ernsthaft daran gehe, diese Versprechungen auch umzusetzen. Diese Lüge ist so auszumachen: Sie fordern wieder Wunderbares vor der Wahl wie vor der letzten Wahl. Sie fordern die Vermögenssteuer, sie fordern die Millionärssteuer vielleicht auch noch irgendwann. Sie nennen das nur anders. Sie fordern jetzt die Börsenumsatzsteuer, die Begrenzung der Managergehälter. Sie sagen gleichzeitig, sie wollen eine Koalition mit der FDP. Das ist doch nur Wäh-

lerbetrug und nichts Anderes. Glaubt denn irgendjemand, mit dieser Partei könne man eine einzige dieser Forderungen erfüllen oder realisieren.

Aber zurück zur europäischen Ebene: Wir haben heute einen Brief vom Vorsitzenden der IG Metall, Berthold Huber, bekommen. Da schreibt er, und das möchte ich dann hier doch vorlesen. „Die Politik der EU-Kommission und die Rechtsauslegung des Europäischen Gerichtshofes haben sich in den letzten Jahren vom Pfad zu einem sozialen Europa entfernt. In Europa haben wirtschaftliche Freiheiten in vieler Hinsicht Vorrang vor sozialen Grundrechten. So hat der Europäische Gerichtshof in einer Serie von Entscheidungen den Binnenmarkt über elementare Rechte, wie das Streikrecht, die Tarifautonomie gestellt und das Prinzip, gleiche Lohn- und Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit am gleichen Ort, ausgehöhlt. Die Kommission hat Eckpfeiler der Mitbestimmung angegriffen. Erinnerung sei an das VW-Gesetz. Diese Politik ist für die Europaskepsis verantwortlich, die z. B. bei Volksabstimmungen oder Wahlbeteiligungen deutlich wird.“

Ist er ein Europafeind, der Vorsitzende der IG Metall? Sind wir Europafeinde, wenn wir sagen: Wir können einem Vertragswerk nicht zustimmen, das die Tarifvertragstreue aushöhlt, das die Mitbestimmung aushöhlt, das das Streikrecht aushöhlt? Ist das etwa europafeindlich? Welchen Begriff von Europa haben wir eigentlich! Wir meinen es ernst mit einem demokratischen Europa. Und wenn die Arbeiterbewegung an Demokratie denkt, dann denkt sie auch an das Streikrecht. Das ist doch Kern unserer Tradition. Deswegen sage ich hier noch einmal: An Europa wäre auch eines für Deutschland interessant, dass der Generalstreik der politische Streik zum europäischen Institut wird, damit die Beschäftigten sich zur Wehr setzen können.

Es geht hier tatsächlich um die Auffassung von Europa. Für mich ist Europa ein kultureller Begriff. Für mich ist Europa zunächst mal die europäische Literatur. Für mich ist Europa die europäische Musik. Für mich ist Europa die europäische Architektur. Was wäre denn Europa ohne die großen Bauwerke in allen Mitgliedstaaten der Gemeinschaft. Deshalb war es richtig, dass Jean Monnet einmal gesagt hat: „Wenn ich es nochmal zu tun hätte, dann würde ich mit der Kultur anfangen.“

Ein ähnliches Zitat hat Lothar heute auf englisch vorgetragen. Er hat diese Selbstkritik lange Zeit vorgetragen, weil er eines gesehen hat, nämlich, dass diese europäische Idee zu einer ökonomischen Freihandelsgesellschaft verkam. Das wollten die Gründerväter der Europäischen Gemeinschaft nicht. Sie wollten eine andere europäische Idee. Sie wollten ein Europa des Friedens, ein Europa der Mitbestimmung und der kulturellen Vielfalt. Um das nochmal zu belegen, zitiere ich einmal Theodor Heuß aus dem Gedächtnis. Er hat einmal sehr früh gesagt: „Wir Europäer blicken auf drei Hügel: das Kapitol, die Akropolis und auf Golgatha.“ Das Kapitol steht für die res publica. Das ist eine wirklich große demokratische Verpflichtung. Die Akropolis steht für die Demokratie und für die Tradition der Stadtstaaten. Und Golgatha steht für eine Idee, für eine Religion, in der Jesus sein Leben ließ, um Andere zu erlösen. Wir sind nicht hier dazu da, für eine Religion zu werben. Wir sind auch nicht da, irgendwelche religiösen Botschaften zu verkünden. Aber wenn man schon den Gottesbezug in die europäische Verfassung schreiben wollte, dann muss man denen ins Stammbuch schreiben: Das



Christentum ist eine Religion der Nächstenliebe und nicht eine Verpflichtung zu Sozialabbau und Krieg. Nein, das ist nicht damit gemeint. Man kann nicht Gott in die Verfassung schreiben und dann so handeln, wie hier gehandelt worden ist.

Es geht jetzt zur Aufstellung der Listen. Ihr fiebert sicherlich alle auch schon danach, die Listen aufzustellen. Daher möchte ich als Parteivorsitzender einige Bemerkungen dazu machen: Die Listen haben deshalb eine Bedeutung, weil sie auch unser Zusammenwachsen weiter befördern sollen. Deshalb haben wir versucht, zwischen Ost und West und zwischen Frauen und Männern auszutarieren. Der Bundesausschuss hat sich diese Idee zueigen gemacht. Deshalb ist meine Bitte hier an die Delegiertinnen und Delegierten, die zu bestimmen haben: Jeder kann bei uns kandidieren. Ich sage gleich noch etwas zu meiner angeblichen Verruchtheit, dass ich Kandidaturen hier hintertrieben habe. Jeder kann bei uns kandidieren, aber bitte stellt dieses Raster nicht infrage. Insbesondere wäre es nicht gut, wenn weitere Kandidaten aus dem Osten Westkandidaten von der Liste fegen würden. Das fördert nicht das Zusammenhalten. Bitte unterlasst das, es geht nur: Ost gegen Ost oder West gegen West, aber nichts anderes.

Dann habe ich in vielen Zeitungsartikeln gelesen, dass ich die Kandidatur von bestimmten Genossinnen und Genossen hintertrieben habe. Soll hier ein einziger Landesverband aufstehen oder ein Kreisverband und sagen, auf diesem Kreis- oder Landesverband hat der Bundesvorsitzende gesprochen und Empfehlungen für irgendeine Kandidatur abgegeben. Ich frage mich manchmal, wer solche Verleumdungen und Geschichten immer wieder in die Presse bringt. Das trägt nicht zum Zusammenhalt bei. Ich habe es nicht notwendig – um das in aller Klarheit zu sagen –, durch die Bänke zu rennen und für X oder gegen Y zu werben. Wenn ich etwas zu sagen habe, dann trage ich das – so kennt Ihr mich – mit offenem Visier aus. Ich habe hier weder diese Kandidatur hintertrieben noch jene Kandidatur besonders gefördert, um das in aller Klarheit zu sagen. Dass mancher in der Presse dann nicht mehr so glücklich ist, wenn er dahinterkäme, dass das tatsächlich so ist, dann ist das in Ordnung. Aber für unseren Zusammenhalt ist doch eines Grundlage, nämlich, dass wir miteinander fair umgehen. Ich sage noch einmal: Wir setzen uns in der Sache auseinander. Wir sind eine plurale linke Partei. Selbstverständlich ist es möglich, dass auch Minderheitenansichten geäußert werden. Die brauchen wir sogar. Wenn wir immer nur alle dasselbe denken würden, wäre es verdammt langweilig. Aber in unserer Partei entscheiden Mehrheiten. Das ist nun mal so, und das sollte dann auch jeder akzeptieren.

Liebe Freundinnen und Freunde, ich möchte daher zur Liste kommen und schlage für die Spitzenkandidatur Lothar Bisky vor. Ich begründe dies mit nur zwei Argumenten. Ihr alle kennt ihn.

Erstens: Ohne seinen erneuten Antritt im Jahre 2003 in der PDS wäre das, was wir heute alle gemeinsam erarbeitet haben, nicht möglich gewesen. Deshalb sind wir Dir zum Dank verpflichtet. Das war ein historisches Datum unserer neuen Linken in Deutschland.

Zweitens: Dass in Gesamteuropa wieder diskutiert wird über Alternativen zur Sozialdemokratie, die den Sirenengesängen des Neoliberalismus erlegen ist, das ist nicht zuletzt auf Deine Arbeit als Vorsitzender der Europäischen Linken

zurückzuführen. Auch dafür ist dir die gesamte Europäische Linke zum Dank verpflichtet.

Liebe Freundinnen und Freunde, tragen wir die Auseinandersetzung fair aus. Das ist so bei Wahlen. Der Eine wird gewählt und der Andere nicht. Die Eine wird gewählt und die Andere nicht. Das ist eine demokratische Entscheidung. Da muss man keine großartigen Richtungsentscheidungen oder sonstwas darunter vermuten. Ich habe versucht, hier darzulegen, was unsere Idee von Europa ist. Aber eines ist für DIE LINKE immer entscheidend: dass sie die Forderungen nach Demokratie und Solidarität nicht nur nach außen erhebt, sondern im Inneren praktiziert, dass sie solidarisch miteinander umgeht. Und wenn man so will: Alles, was mit Arbeiterbewegung verbunden ist, ist in erster Linie in Europa großgeworden. Deshalb meine ich, dass wir eine besondere Verpflichtung haben. Wir als Europäische Linke haben dafür Sorge zu tragen, dass das Erbe derjenigen, die vor uns für linke Politik geworben haben, endlich in Europa zur praktischen Politik wird.

Deshalb sage ich: Wir führen einen Wahlkampf für ein soziales, für ein friedliches, für ein demokratisches Europa zusammen mit Lothar Bisky und allen, die unser Mandat erhalten.

## Zur Verantwortung der Linken in Europa

*Rede von Gabriele Zimmer, MdEP, zur Arbeit der Delegation der Partei DIE LINKE in der Fraktion GUE/NGL im Europäischen Parlament*

**Liebe Genossinnen und Genossen, werde Gäste,** ich habe die schwere Aufgabe, die Arbeit von 7 Abgeordneten der LINKEN in Brüssel zu resümieren, und das innerhalb von 30 Minuten. Die Aufforderung an mich ist nicht ganz so kritisch, wie es vorhin gesagt worden ist – dass ich mich so kurz halten soll wie die Musik. Ich glaube, dann müsste ich ja gleich wieder runtergehen. Ich werde Euch also etwas länger traktieren. Ich bin mir absolut sicher, dass ich nachher auch kritisch hinterfragt werde, warum ich diese oder jene Aktivität nicht benannt habe oder über dieses und jenes Problem nicht gesprochen habe. Das ist aber nicht möglich, ich muss mich auf einige Dinge konzentrieren. Deshalb möchte ich – auch gerade, weil wir eine neue Partei sind, die bestimmte Entwicklungen nicht gemeinsam erlebt hat – noch einmal voranstellen, was die Ausgangspositionen gewesen sind, mit denen wir 2004 in das Europaparlament gezogen sind als Abgeordnete damals der PDS. Das heißt, ich beziehe mich auf die Grundpositionen des Europawahlprogramms 2004, von denen ich meine, dass wir sie durch die Entwicklung, die die EU gegenwärtig nimmt und die die Probleme auch in der Bundesrepublik nehmen, bestätigt sehen. Da gehört dazu, wir sehen die EU als Handlungsebene für linke Politik und wir nehmen sie als Linke als Herausforderung an.

Zweiter Punkt. Wir sehen in der europäischen Integration Chancen und Möglichkeiten für die Lösung sozialer, ökologischer und globaler Probleme – unter der Voraussetzung, dass es gelingt, die Richtung und auch die Art und Weise des Verlaufs der europäischen Integration zu verändern. Das



heißt, wir setzen auf Kampf um die Veränderung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse auch auf der europäischen Ebene.

Das schließt sehr wohl Kritik und Opposition gegen geltende vertragliche Grundlagen der EU mit ein. Das ist auch deshalb wichtig, weil sich über veränderte gesellschaftspolitische Kräfteverhältnisse das auch in künftigen EU-Verträgen, in künftigen vertraglichen Grundlagen der Europäischen Union widerspiegeln wird.

Die Linken sind heute eine gesellschaftspolitische Minderheit. Dennoch müssen wir mit aller Kraft verhindern, dass aktuelle Vertragsänderungen oder neue Verträge die Probleme, vor denen wir stehen, weiter zuspitzen. Es reicht aus meiner Sicht aber eben nicht aus, allein nur auf Widerstand zu setzen. Wir wollen uns in die Europäische Union gestaltend einbringen, wir wollen konkrete Alternativen auf den Tisch legen, realitätstaugliche Vorschläge unterbreiten, und die Fähigkeit, Menschen zu mobilisieren, wird durch unsere Partei ebenfalls gebraucht. Das ist auch der Anspruch, mit dem wir in unsere Arbeit gegangen sind.

Ich möchte in diesem Kontext nur ein Zitat aus unserem Wahlprogramm von 2004 benennen, um damit auch einem Mythos zu widersprechen, der leider auch in unserer Partei kursiert. Da heißt es: „Der vorliegende Verfassungsentwurf soll alle EU-Staaten zur Aufrüstung verpflichten. Er befördert die Militarisierung der EU. Neoliberale Wettbewerbspolitik soll Verfassungsrang erhalten. Das Erreichte für mehr Demokratie in der EU bleibt hinter dem Notwendigen zurück. ... Die Rückschritte überlagern und deformieren die erreichten Fortschritte im Verfassungsentwurf. Wir werden alle Möglichkeiten auf parlamentarischer und außerparlamentarischer Ebene nutzen, um diesen Weg zu verhindern. Die PDS sagt Nein zu dem vorliegenden Verfassungsentwurf.“

Damit hat auch das Wahlprogramm den Maßstab für unser Verhalten gegenüber EU-Verträgen benannt. Das heißt also, Inhalte prüfen, Fortschritte gegenüber Vorhandenem nicht übersehen, aber immer abwägen, was bedeutet die Annahme von Verträgen für die Art und Weise, wohin sich die Europäische Union entwickelt und was daraus letztendlich für jeden Einzelnen auch resultiert.

Der Entwurf des Lissabon-Vertrages schreibt wie schon der Entwurf zur Verfassung der Europäischen Union diese destruktiven Entwicklungen, über die wir diskutiert haben, fest. Aber unser Nein ist aus linker Sicht begründet. Es ist ein Nein als Protest gegen das Festhalten an neoliberaler Wirtschafts- und Sozialpolitik, gegen das Aufrüstungsgebot und die Militarisierung, gegen die Ausschaltung der Bürgerinnen und Bürger bei der Mitbestimmung über den Kurs der EU gegen die „Festung Europa“ und gegen die Marginalisierung von sozialen und ökologischen Problemen innerhalb der Europäischen Union. Das war auch unsere Messlatte, die wir als Delegation mehrheitlich bei der Bewertung des Lissabon-Vertrages angelegt haben.

Es bedarf sicher keiner umfassenden Erklärung dafür, dass koordiniertes politisches Engagement auf den verschiedenen Ebenen erforderlich ist. Wir sind Teil als Gruppe in Brüssel, die sicher den Großteil ihrer Arbeit außerhalb der Bundesrepublik Deutschland leisten muss, Teil dieser Partei, und wir leben vom gegenseitigen Nehmen und Geben.

Ich halte es für wichtig, dieses politische Engagement auf verschiedenen Ebenen stärker zu koordinieren, um die Krisenauswirkungen mildern zu helfen und Schritte zu nach-

haltigen Problemlösungen mit einzuleiten. Mit „nachhaltig“ meine ich sozial, ökologisch, solidarisch und gerecht.

Und da möchte ich dazu sagen, dass diese Europäische Union, die gegenwärtig nach jüngsten Daten als weltweit größter integrierter Wirtschaftsraum über 30 Prozent des globalen BIP verfügt und über 17 Prozent des Welthandels, durchaus auf globaler Ebene eine wesentliche Rolle spielen kann, im Positiven wie im Negativen.

Und obwohl ich beispielsweise den Jubel der Kommissarin für Außenbeziehungen und Europäische Nachbarschaftspolitik Frau Ferrero-Waldner in keiner Weise teile, hat sie leider Recht, wenn sie sagt: „Mit unserer wirtschaftlichen Stärke als EU im Rücken sind wir politisch an allen Brandherden präsent ... Und auch im engen militärischen Kontext wird die Union immer stärker.“

Institutionen der Europäischen Union – und das ist eben auch wichtig für unser Handeln als EP-Gruppe der Linken – bestimmen über politische Handlungsmöglichkeiten auf staatlicher, regionaler, kommunaler Ebene und lokaler Ebene. Allerdings sind sie in Brüssel nicht vom Himmel gefallen und sie sind auch nicht so einfach über uns gekommen. Es sind die Regierungen der EU-Mitgliedsländer, die diese Institutionen im Wesentlichen geschaffen haben. Daher ist die Politik der EU und ihrer Institutionen wesentlich auch davon geprägt, ob es uns als Linken in den Mitgliedsländern gelingt, die politische Achse nach links zu verschieben. Ob sie dabei europäisch und internationalistisch denkt, ist wesentlich für das, was wir auch auf europäischer Ebene erreichen können. Und da gebe ich nur das Stichwort „Berlusconi“, der Rechtsruck in Italien und die Angst davor, dass diese Politik in Italien künftig vielleicht auch die Politik der Europäischen Union bestimmen könnte.

Wir sieben Abgeordnete haben uns bemüht, mit den Verbänden und Fraktionen unserer Partei, auch mit sehr unterschiedlichen Linken in den vielfältigsten sozialen und politischen Zusammenhängen zusammenzuarbeiten, um eben auch politischen Druck von links und eben auch von unten auf europäischer Ebene zu entwickeln.

Dass es Streit gab und gibt, was das im Einzelnen konkret bedeutet, das heißt, worauf sich auch Ressourcen innerhalb einer Gruppe, einer Fraktion konzentrieren, wie man am effektivsten linken Einfluss stärken kann und ihn geltend macht, ist in meinen Augen normal. Und es ist auch völlig normal, je kleiner eine Delegation ist, umso relevanter sind natürlich auch die Eigenheiten und das Gewicht jeder einzelnen Persönlichkeit. Ich glaube, das wissen wir alle.

Aber nicht normal ist, liebe Genossinnen und Genossen, dass dieser Streit diffamiert und für innerparteiliche Machtkämpfe instrumentalisiert wird. Ich finde, das sollten wir lieber der Kanzlerin-Partei überlassen.

Als sich Frau Merkel unter deutscher EU-Präsidentschaft viel Mühe gegeben hat, Europäerin zu spielen, haben wir als Gruppe im EP aufgezeigt, dass der deutschen Regierung die Interessen der deutschen Autokonzerne wichtiger sind als die Reduktion klimaschädigender Gase. Als Herr Steinbrück und Frau Lagarde beschlossen haben, ihre Banken zu sichern, haben wir gesagt: Ja, aber nicht auf Kosten anderer EU-Mitglieder, nicht auf Kosten ökonomisch schwächerer Länder und Wirtschaftsregionen, nicht zu Lasten von Bevölkerungsmehrheiten. Ohne jede Vorwarnung wurde Banken in Ungarn, Russland und anderen mittel- und osteuropäischen Staaten der Zugang zu harter Währung verstellt. Das hat



natürlich empfindliche Auswirkungen für Beschäftigte und Volkswirtschaften.

Und wenn Frau Merkel kürzlich die EU-Mitglieder der G 20 nach Berlin eingeladen hat und sich dort als die europäische Koordinatorin im Kampf gegen Krisenauswirkungen und auch gegen Protektionismus präsentieren wollte, so haben wir als Gruppe gesagt: Die vertraglichen Grundlagen der EU und ihre Politik haben globale Instabilitäten von den Finanzmärkten importiert und Krisen verursacht. Das kann man sowohl am Nizza-Vertrag als auch am Lissabon-Vertrag an einzelnen Artikeln nachweisen.

„Protektionismus“ im Verständnis von Merkel und Co. ist, was ihre nationalstaatliche Umsetzung von „Global Europe“ stört. Das ist die externe Agenda der Lissabon-Strategie. Und auch das vor wenigen Tagen veröffentlichte Strategiepapier der Kommission lässt keinen Zweifel daran, dass die Lissabon-Strategie und die Agenda „Global Europe“ weiterhin Politik bestimmend bleiben werden. Gegen diese haben wir als Gruppe immer mobilisiert.

Für die Delegationsmitglieder unserer sich permanent wandelnden Partei kann ich für die zurückliegenden fünf Arbeitsjahre resümieren:

Wir haben uns bemüht, unser Mandat so auszuüben, um soviel wie möglich zu der von mir beschriebenen Veränderung und des Verlaufs der europäischen Integration beitragen zu können.

Wir haben uns stets für eine Verzahnung und Verschränkung linker Politik zwischen der kommunalen, regionalen, Bundes – und EU-Ebene engagiert. Und auch für uns gilt: Unsere Stärke, unser Bild, das wir abgeben, wird auch von der Kooperation innerhalb dieser Partei geprägt.

Wir haben uns für eine enge Kooperation der europäischen Linksfraktion mit den europäisch vernetzten sozialen und ökologischen Bewegungen und Initiativen eingesetzt, mit europäischen Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern, mit Betriebsräten, mit Flüchtlingsinitiativen, mit Initiativen von Menschenrechtsgruppen und auch Dritte-Welt-Soligruppen, mit Betroffenen-Organisationen, mit Bürgerinnen und Bürgern.

Als zahlenmäßig stärkste Partei- und Landesdelegation innerhalb der GUE/NGL sind wir auch unserer besonderen Verantwortung für die Existenz und Arbeitsfähigkeit dieser Fraktion nachgekommen. GUE/NGL steht für den schwierig auszusprechenden Namen „Konföderale Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordisch Grüne Linke“, zu der 41 Mitglieder aus 14 Ländern gehören und die 17 verschiedene Parteien repräsentieren. Wir haben also auch in unserer Fraktion Parteien, die auf der Ebene in ihren eigenen Mitgliedstaaten gegeneinander konkurrieren. Ihr könnt Euch sicher vorstellen, dass die Bandbreite zwischen Parteien, die sich als traditionell kommunistische Parteien verstehen, demokratisch-sozialistische Parteien oder eben nordisch-grünlinke Parteien verstehen, sehr breit ist. Und die GUE/NGL hätte keinen Tag überlebt, wenn in ihr der Kampf darum, wer der oder die beste Linke ist, geführt und kultiviert worden wäre. Respekt und Toleranz sind die Grundlage für das Bestehen dieses Projektes der europäischen Linken auf parlamentarischer Ebene. Und dass sich dieses Projekt als moderierbar und politikfähig erwiesen hat, ist insbesondere ein Verdienst unseres französischen Genossen Francis Wurtz. Ich möchte an unser Engagement für die Partei, aber auch für den Parteineubildungsprozess erinnern. Schließlich war

nach der verlorenen Bundestagswahl 2002 ein Europawahl-ergebnis von damals 6,1 Prozent durchaus nicht selbstverständlich. Damit wurde auch die PDS parlamentarisch wieder zu einer Kraft, die deutlich machen konnte, dass unsere Zukunft eben nicht in einer Ost-Regionalpartei besteht und dass wir das auch nicht sein wollen. Der Erfolg damals hatte aber auch etwas mit dem Mix von erfahrenen Abgeordneten und neuen Kandidatinnen und Kandidaten, die damals auf die Liste gesetzt wurden, zu tun. Ich halte das für eine wesentliche Voraussetzung für das Funktionieren einer Delegation.

Wir haben uns gerade in kritischer Zeit in enger Kooperation mit den Gremien der Partei und mit den Landtagsfraktionen bemüht, dazu beizutragen, die Gesamtpartei zusammenzuhalten. Besonders wichtig war und ist für uns die enge Kooperation mit den europapolitischen SprecherInnen unserer Partei – hier möchte ich mich insbesondere bei Gerlinde Stobrawa bedanken – und die Unterstützung durch die Fraktionsvorsitzendenkonferenz. Genau darum, liebe Genossinnen und Genossen, muss es uns gehen. Es geht um die künftige Verzahnung der Handlungsebenen unserer Partei, und aus meiner Sicht wäre es deshalb auch für eine künftige Fraktion sehr sinnvoll und nützlich, wenn Parteivorstand und Delegation wenigstens einmal im Jahr zusammenkämen, um gemeinsam über die Entwicklung und Ausarbeitung europapolitischer Positionen zu beraten. Und dass wir uns vielfältig für das neue Parteiprojekt eingesetzt haben, ist trotz aller Schnellebigkeit und trotz der Turbulenzen in unserer Partei hoffentlich nicht ganz vergessen.

Wir haben Vieles bewegt, gemeinsame Gruppeninitiativen gestartet, inhaltliche Publikationen herausgegeben, europapolitische Positionen erarbeitet. Wir haben konkrete Projekte unterstützt – auch über unseren Spendenfonds – und Ihr könnt das alles in der von uns erarbeiteten Abschlussbilanz, die wir schriftlich vorgelegt haben, nachlesen. Das alles wäre als Einzelleistung von sieben sich „permanent beharkenden Individualisten“ oder, wie manche behaupten, von sieben Ich-AGen, nicht möglich gewesen! Wir haben nicht alles geschafft, das ist wohl wahr, wir haben auch Fehler gemacht, uns auch in bestimmten Phasen blockiert, auch das ist wahr. Wir haben eben das Bild dieser Partei auch ein Stück widerspiegelt und die Risse, die es in dieser Partei gibt oder gegeben hat. Aber wir haben ein wesentliches Stück an politischer Arbeit geleistet. Es waren nicht 100 Prozent dessen, was wir erreichen wollten, aber 75 Prozent, denke ich, kann man mit gutem Gewissen durchaus behaupten, und das werde ich Euch auch an einigen Beispielen belegen.

Während der gesamten Legislatur waren wir mit folgenden Themen ständig befasst:

- mit den vertraglichen Grundlagen der Europäischen Union – ich nenne hier nur die Stichworte Europäische Verfassung und EU-Reform-Vertrag, die Delegation hat sich mit sechs von sieben Abgeordneten gegen diesen Lissabonner Vertragstext ausgesprochen,
- mit Grund- und Menschenrechten – Stichworte Asyl und Migration,
- mit der Umsetzung der Lissabonstrategie – Stichworte Global Europe und Flexicurity,
- mit europäischen Richtlinien – Stichworte Dienstleistungsrichtlinie und Arbeitszeitrichtlinie,
- mit der Außen-, Verteidigungs- und Sicherheitspolitik – Stichworte Battle groups und „Terrorismus“-Bekämpfung



- mit dem Finanzierungsrahmen der EU – Stichworte EU-Haushalt und Kohäsionsfonds,
- mit den verschiedenen Gemeinschaftspolitiken – Stichworte Gemeinsame Agrarpolitik, Handelspolitik oder auch EPA's und und und ...

Auf Grund der begrenzten Zeit kann ich nur an zwei Beispielen näher definieren, wie diese Arbeit eigentlich erfolgte, und was notwendig ist, dass auch im Europaparlament mit einer zahlenmäßig relativ kleinen Linken partiell parlamentarische und politische Erfolge möglich sind.

Ich nenne als Erstes das Beispiel Dienstleistungsrichtlinie: Wir hatten 2004 und 2005 immer wieder den Zusammenhang zwischen dem Entwurf der Europäischen Verfassung und der Dienstleistungsrichtlinie dargelegt. Wir haben fast drei Jahre gegen dieses Projekt mobilisiert, dessen Folgen gravierend sind.

Schließlich umfasst der Dienstleistungssektor 70 Prozent der Beschäftigten und der Wirtschaftstätigkeit der Staaten in der Europäischen Union. Dieser Bereich soll weitgehend wirtschaftspolitischer Liberalisierung freigegeben werden.

Wir haben gemeinsam mit unseren Kommunal- und Landtagsfraktionen beraten, um die Öffentlichkeit über die Vorhaben der Europäischen Kommission und ihrer Auftraggeber aufzuklären. Wir haben Konsequenzen aufgezeigt und versucht, Widerstand dagegen zu mobilisieren. Wir haben Textbausteine für Anträge unserer Kreistags- und Stadtratsfraktionen herausgegeben, Hintergrundmaterial zur Verfügung gestellt.

Ihr erinnert Euch sicher – damals stand insbesondere die Debatte zum „Herkunftslandprinzip“ im Mittelpunkt. Wenn das so durchgegangen wäre, wären in erster Linie die Kommunen, kleinere und mittlere Unternehmen bzw. Handwerksbetriebe noch stärker zur Kasse gebeten bzw. gedrängt worden.

Einige unserer Abgeordneten sind in der Hochphase dieser Auseinandersetzung von Bürgermeisterin zu Bürgermeister gezogen, haben Gespräche mit den Handwerkskammern und IHK geführt.

Wir haben Gespräche mit Gewerkschaften und Gewerkschaftsmitgliedern geführt, um zu informieren. Schließlich war es längst nicht so, dass von Anfang an der DGB und die Einzelgewerkschaften in ihren eigenen Strukturen in der Lage gewesen wären, über diese Dienstleistungsrichtlinie bis in die untersten Strukturen zu informieren und dagegen zu mobilisieren. Das war eine Entwicklung, die sich dann erst fortgesetzt hat. Es war ein riesiger Erfolg, dass in einigen Bundesländern Gewerkschaften und Handwerkskammern gemeinsam offene Forderungsbriefe an ihre Ministerpräsidenten geschrieben haben.

Und selbstverständlich waren wir als Delegation im Frühjahr 2005 dabei, als Tausende in Brüssel gegen die Dienstleistungsrichtlinie demonstrierten.

Am Tag zuvor waren hunderte Aktive aus sozialen Bewegungen, von Attac, von Gewerkschaften aus ganz Europa, aus neuen EU-Mitgliedsländern, aus den osteuropäischen Ländern in unserer Fraktion, um sich auszutauschen und über ihre Strategie im weiteren Kampf gegen die Dienstleistungsrichtlinie zu beraten.

Dieser Kampf gegen die Dienstleistungsrichtlinie ist untrennbar mit dem Namen der GUE/NGL, mit dem Namen unserer Delegation verbunden!

Und natürlich ist klar (das gehört mit zu den 100 und den

75 Prozent, die ich vorhin gemeint habe): Wir haben nicht alles erreicht, was wir hofften, aus der Dienstleistungsrichtlinie rauszubekommen. Und wir wissen sehr genau, dass über einzelne Schritte jetzt versucht wird, die Privatisierung von sozialen Dienstleistungen, von Gesundheitsdienstleistungen u. ä. weiter voranzutreiben. Also unser Kampf dagegen muss weitergehen. Wir setzen uns insbesondere dafür ein – und das sollten wir gemeinsam tun –, dass die Leistungen von öffentlichem Interesse gegen Privatisierung, Wettbewerb, Deregulierung und Kommerzialisierung verteidigt werden, der öffentliche Bereich und das öffentliche Eigentum gestärkt und daher demokratisiert werden.

Das europäische Recht zu öffentlichen Dienstleistungen sollte Mindeststandards, Gebote zur Mitbestimmung von Beschäftigten, Nutzerinnen und Nutzern, Bürgerinnen und Bürgern und ihrer zivilgesellschaftlichen Initiativen umfassen sowie Kooperationsangebote und Regelungen.

Ein weiteres Beispiel ist die Arbeitszeitrichtlinie, die gerade auch jetzt für den Wahlkampf eine entscheidende Rolle mit spielen könnte. Die derzeit gültige Arbeitszeitrichtlinie ist seit 1993 in Kraft. Sie begrenzt die wöchentliche Arbeitszeit auf 48 Stunden und verschafft in ihren konkreten Ausführungsbestimmungen und Regelungen den Unternehmen bereits jetzt schon riesige Spielräume für flexible, unregelmäßige und lange Arbeitszeiten.

Nach jahrelangem Tauziehen hat der Rat im vergangenen Jahr einen sogenannten politischen Kompromiss erzielt. Er schlägt vor, die wöchentliche Arbeitszeit auf durchschnittlich 60 Stunden für einen Bemessungszeitraum von 3 Monaten zu begrenzen und auf 65 Stunden, wenn Bereitschaftszeiten als Arbeitszeit gewertet werden. Als Variante kann ein Opt-out, also ein Ausstieg, auch per Tarifvertrag geregelt werden – ohne Höchstgrenze. Theoretisch lässt die Richtlinie dafür wöchentliche Arbeitszeiten von bis zu 78 Stunden zu und von 13 Stunden am Tag.

Des Weiteren haben Kommission und Rat inaktive Bereitschaftszeiten eingeführt, die nicht als volle Arbeitszeit gelten sollen, und der Rat will ermöglichen, dass die wöchentliche Arbeitszeit über einen Bemessungszeitraum von 12 Monaten auch ohne tarifvertragliche Regelung auf Basis nationaler Gesetze oder einfacher Verwaltungsvorschriften berechnet werden kann.

Wir lehnen die Vorschläge des Rates voll und ganz ab. Diese sollen die ohnehin schwachen Schutzvorschriften der geltenden Arbeitszeitrichtlinie aufweichen. Wir sagen auch, dass die Ausdehnung des Bemessungszeitraums für die wöchentliche Arbeitszeit auf 12 Monate – und das ohne tarifvertragliche Regelung – ein Brachialangriff auf die Gewerkschaften ist, insbesondere im Öffentlichen Dienst.

Wir haben immer gesagt, dass das Opt-out gänzlich abgeschafft werden muss. Wir wollen die vom Rat vorgeschlagene Neufassung der Arbeitszeitrichtlinie verhindern.

Unser Vorschlag ist auch, die maximale Arbeitszeit in einem ersten Schritt – wohlgerne in einem ersten Schritt – auf 40 Stunden pro Woche zu senken. Wieder haben mehrere Abgeordnete unserer Delegation und unserer Fraktion mit Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern auf allen Ebenen diskutiert.

Wir sind dort gewesen, wo Bereitschaftszeiten vor Ort geleistet werden: bei Berufsfeuerwehren und in Krankenhäusern. Wir haben auf der Jahrestagung des Marburger Bunds mit den Ärzten diskutiert – als Einzige der im EP vertretenen



deutschen Gruppen! Wir haben geprüft, welche Auswirkungen die geplante Novellierung auf das vor zwei Jahren angenommene Arbeitszeitgesetz in der Bundesrepublik hat, mit dem die EuGH-Urteile zur Bereitschaftszeit umgesetzt werden mussten.

Wir sind zu anderen Einschätzungen gekommen als Bundesarbeitsminister Scholz, der im Brüsseler Rat dem angeblichen Kompromiss seine Zustimmung gegeben hat, weil er meinte, es hätte keinerlei Auswirkungen auf die Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland.

In der Dezember-Sitzung des Europaparlaments in Strasbourg folgte die Mehrheit der Abgeordneten des Parlaments zwar nicht unserem Antrag als GUE/NGL auf vollständige Zurückweisung des Ratskompromisses, aber angesichts Tausender Demonstranten stimmte eine Mehrheit für Änderungen am Text und erzwang damit das Vermittlungsverfahren zwischen Europäischem Parlament und Rat.

So angeblich recht- und einflusslos ist das Europäische Parlament nicht und auch nicht nur eine Quatschbude ...

Was wir jetzt gemeinsam brauchen, ist der permanente Druck auf diejenigen, die entscheiden – nämlich auf Europaabgeordnete und die Regierungen –, um einen faulen Kompromiss zu verhindern, der immer schlechter sein wird als das, was wir gegenwärtig als bestehende EU-Regelung haben, die unzulänglich ist.

Wir müssen nicht nur sagen, dass wir diese Liberalisierung von Schutzstandards nicht wollen, sondern unsere eigenen Arbeitszeitvorschläge unterbreiten. Dazu brauchen wir wiederum ein koordiniertes Vorgehen.

Der Wahlkampf bietet sich hier an, denn die Vermittlungsverhandlungen müssen im April abgeschlossen sein. In der ersten Maiwoche tagt das EP zum letzten Mal in dieser Legislaturperiode – bis dahin muss die Entscheidung getroffen sein. Über den aktuellen Stand der Vermittlungsverhandlungen, über die möglichen Kompromisse und ihre Auswirkungen auf Arbeitszeitstandards informieren wir Euch gern an unserem Info-Stand in der Vorhalle.

Es waren aber auch Abgeordnete unserer Fraktion und Delegation, die maßgeblich die Einführung einer arbeitnehmerfreundlichen EU-weiten Regelung der Lenk- und Ruhezeiten von Fernfahrern und die weitgehende Beibehaltung der kommunalen Selbstbestimmung beim ÖPNV im Europäischen Parlament durchgesetzt haben.

Kaum beachtet, aber von den Verbraucherschutzverbänden einhellig begrüßt wurden die ebenfalls von Abgeordneten unserer Fraktion und Delegation entscheidend beeinflussten Vorschriften zur Akkreditierung und Marktüberwachung. Sie stärken Verbraucherschutz.

Es waren Abgeordnete unserer Delegation und Fraktion, die sich zusammen mit Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern aus den Niederlanden, Belgien, Frankreich und Deutschland erfolgreich gegen die wiederholten Versuche wehrten, eine Richtlinie zur Liberalisierung der Dienstleistungen in den Häfen durchzusetzen.

Und es waren Abgeordnete unserer Fraktion und Delegation, die sich mit Hafentarbeitern in Rotterdam trafen, um die Auswirkungen der geplanten Hafentarbeits-Richtlinie zu beraten, und die dabei waren, als die Hafentarbeiter vor der entscheidenden Abstimmung in Strasbourg auf die Straße gingen.

Es waren Abgeordnete unserer Delegation und unserer Fraktion, die wesentlich dazu beitrugen, dass die Chemika-

lienrichtlinie REACH ökologisch ausgerichtet wurde und dass erstmalig in einer europäischen Umweltgesetzgebung die Beweislast zugunsten von Mensch und Natur umdreht wurde, dass die Industrie stärker in die Verantwortung genommen werden konnte.

Eine so heftige Kritik wie die des Europaparlaments zu den völkerrechtswidrigen Einsätzen der CIA im so genannten Anti-Terrorismus-Kampf hat es meines Erachtens in keinem Parlament eines Mitgliedstaates der Europäischen Union gegeben. Abgeordnete unserer Fraktion und unserer Delegation haben maßgeblich zu diesen Einschätzungen beigetragen, ebenso wie zu der wesentlich entschärften Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung.

Auch die vom Europaparlament getroffene kritische Einschätzung zur Umsetzung von Grundrechten in der Europäischen Union hätte es so ohne die Mitwirkung von Abgeordneten unserer Fraktion und Delegation nicht gegeben. Und zwar sage ich noch einmal ausdrücklich: Grundrechte innerhalb der Europäischen Union – weil uns ja immer vorgeworfen wird, wir würden lieber sonstwohin flüchten, als uns um das zu kümmern, was uns hier in der Europäischen Union und unseren eigenen Mitgliedstaaten auf den Nägeln brennt.

Um diese Aufzählung parlamentarischer Erfolge zu verstehen, sie auch einordnen zu können, muss man wissen, dass parlamentarische Berichte, Stellungnahmen immer von einzelnen Abgeordneten vorbereitet und bis in die Schlussabstimmung des Plenums gebracht werden. Der oder die Abgeordnete steht namentlich für den Erfolg einer solchen Initiative, der wiederum entscheidend davon abhängt, ob es uns gelingt, Mehrheiten quer durch die Fraktionen zu gewinnen und inwieweit die eigene Fraktion die jeweilige Initiative dann auch mit trägt.

Parlamentarische Erfolge sind also nicht allein zu bemessen auf der Grundlage der 41 Stimmen der GUE/NGL bzw. der sieben Abgeordneten unter den 785 des Europaparlamentes.

Es war daher auch nicht selbstverständlich, dass mehr als zwei Drittel der Europaabgeordneten bei der Schlussabstimmung im Plenum einem Initiativbericht zustimmten, der aus unserer Fraktion und Delegation kam. Mit ihm wurden Rat und Kommission aufgefordert, sich für die Einführung von Mindestlöhnen und Mindesteinkommen zu engagieren, und zwar auf der Basis von 60 Prozent der jeweiligen nationalstaatlichen Durchschnittslöhne bzw. von 60 Prozent des jeweiligen nationalstaatlichen Meridians des Äquivalenzeinkommens in den Mitgliedstaaten. Das ist eine furchtbare Beschreibung, ich weiß, aber es ist wichtig, um einfach den Ausgangspunkt hier genau zu definieren.

Unterstützung fand mit diesem Bericht auch die Forderung nach konkreten Zielstellungen zur Bekämpfung von Armut, darunter Kinderarmut, und von Obdachlosigkeit.

Das konservativ geprägte Europaparlament hat mit Mehrheit die Senkung der Kinderarmut um 50 Prozent bis zum Jahre 2012 eingefordert, im Übrigen darunter auch einige CDU-Abgeordnete, die sich hinterher von der FDP maßregeln lassen mussten.

Abgeordnete unserer Delegation waren dort, wo Menschen unsere Solidarität brauchten. Ob es die Streikenden der Telekom in Deutschland waren, die Streikenden von Gate Gourmet in Düsseldorf oder in London waren, die um ihre Arbeitsplätze kämpfenden Beschäftigten von ALCATEL, Air-



bus oder wie erst jüngst von Qimonda mit seinen Werken in Portugal, Dresden oder München.

Wir haben europäische Betriebsräte nach Brüssel oder Strasbourg eingeladen, damit sie miteinander beraten konnten, damit sie etwas machen konnten, was ihnen bis dato durch die europäische Betriebsräterichtlinie verweigert worden war.

Und ganz wichtig war für unsere Delegation: Wir waren bei den Flüchtlingen in den Lagern von Lampedusa, Ceuta und Melilla, wir waren bei den Opfern von Krieg und Gewalt, bei unter globaler Herrschafts- und damit unter EU-Außenpolitik Leidenden.

Abgeordnete unserer Fraktion haben sich an allen Welt- und Europäischen Sozialforen beteiligt und wir haben mit dazu beigetragen, dass andere, die es sich finanziell nicht leisten konnten, dort hinfahren konnten.

Wir waren bei den Alternativgipfeln EU – Lateinamerika in Wien und Lima aktiv dabei, bei den Afrika-Solidaritätstagen in Portugal, beim G8-Gipfel in Heiligendamm, beim Welttreffen gegen Militärbasen und den Treffen des Foro Sao Paulo und anderen.

Wir haben uns immer an die Seite von Friedensinitiativen gestellt, wir waren in vielfältiger Form gegen Militarisierung, Kriegsvorbereitung und Kriege dabei, wir haben an der Seite der Opfer von Gewalt, Gedemütigten und Flüchtlingen gestanden.

Immer galt und gilt es uns, der Strategie des globalen Konkurrenzkampfes, des bedingungslosen Wirtschaftswachstums, der zunehmenden militärischen Interventionsfähigkeit und der Abschottung nach außen Widerstand entgegenzusetzen. Dafür wollten wir Ansprechpartner/in für jene sein, die Hilfe suchen oder an politischer Kooperation interessiert sind.

Immer stand für uns im Vordergrund, dass es darum geht, um politische Alternativen zu streiten, eine Politik der demokratischen und solidarischen Globalisierung von unten zu betreiben – für eine Europäische Union der Menschen.

Und abschließend – klar und deutlich an uns alle gerichtet: Eine Neuausrichtung der EU kann nicht allein aus dem Parlament erzwungen werden. Doch ohne eine gestärkte LINKE im Europaparlament kann der notwendige Wandel nicht gelingen. Und es wird möglich sein, wenn der politische Druck für demokratische und solidarische Veränderungen der Europäischen Union, der von lokalen Initiativen bis hin zu europäischen Netzwerken ausgeht, auch in der nächsten Legislaturperiode von linken Europa-Abgeordneten aufgegriffen wird, wenn sie sich weiterhin um die Kommunikation, Vernetzung und Kooperation mit anderen demokratischen, politischen und sozialen Akteuren bemühen. Ich finde, das sollte eigentlich so etwas wie ein Ballhaus-Schwur der Linken sein.

## **Unsere Erfahrungen, unsere Kämpfe sagen uns, wir können ein anderes Europa aufbauen!**

*Grußwort von Graziella Mascia, Vorsitzende der Partei der Europäischen Linken*

**Liebe Genossinnen, liebe Genossen,**  
ich freue mich, hier zu sein und danke Euch, mich zu Eurem Europa-Parteitag eingeladen zu haben und Euch die Grüße der Genossinnen und Genossen der Partei der Europäischen Linken überbringen zu können. Eure Debatte ist ein Teil eines sehr wichtigen konkreten Fortschrittes: und zwar der Wahlplattform, die alle Parteien der Europäischen Linken vereint. Diese Plattform ist das Ergebnis von Erfahrungen und Kämpfen, die wir in den letzten Jahren in Europa geführt haben. Zum Beispiel gegen die Bolkestein- und die Arbeitszeitrichtlinie. Dank dieser Kämpfe haben wir erreicht, dass die Flächentarifverträge nicht zugunsten der individuellen Vereinbarungen aufgeweicht wurden.

Ich möchte mich hier ganz besonders bei unserer Fraktion im Europäischen Parlament bedanken, die einen ungeheuer wichtigen Beitrag dazu geleistet hat, politische und soziale Beziehungen aufzubauen und die Kräfteverhältnisse im europäischen Parlament nach links zu verschieben.

Aber in manchen Ländern wie in Italien haben die Confindustria, der italienische Unternehmerverband, die Regierung und ein Teil der Gewerkschaft schon eine Vereinbarung außerhalb des Flächentarifvertrags getroffen. Dies geschah gegen die CGIL, die linke Gewerkschaft. Im Senat wurde ein Gesetzentwurf abgestimmt, der das Streikrecht im öffentlichen Dienst abschafft. In ganz Europa mehren sich die Demonstrationen von Arbeitnehmern, Schülern und Studenten. Diese bemerkenswerten Proteste, bis zur Revolte in Griechenland sind Ausdruck des Widerstandes gegen den Versuch, die Grundrechte einzuschränken, die die demokratische Geschichte Europas nach dem Sieg über den Faschismus ausgemacht haben.

Die Wirtschaftskrise ist schon eine Rezession. Viele Arbeitnehmerinnen haben schon ihren Job verloren, viele sind in Kurzarbeit, nicht zu reden von den Prekarierten oder den Schwarzarbeiterinnen. Die ersten, die die Kosten der Krise zahlen, sind die Migrantinnen, die Jugendlichen und die Frauen.

Die Regierungen finanzieren die Banken und setzen die neoliberale Politik fort, die die strukturelle Ursache der Krise ist. In dieser Situation gibt es kein Europa. Es gibt keinen europäischen Plan, kein alternatives Programm. Die Maßnahmen, die bis jetzt getroffen wurden, befriedigen einzelne nationale Interessen und privilegieren ein weiteres Mal die Interessen großer Banken und des Marktes.

Wir müssen klar sagen, dass wir heute mehr denn je ein wirklich unabhängiges und demokratisches Europa brauchen. Ein Europa, das das Leben der Menschen und der Jugend in den Mittelpunkt stellt. Wir brauchen neue Anstrengungen in der Umweltpolitik, Produktinnovationen und ein neues Entwicklungs- und Konsummodell. Dies alles brauchen wir auch für die Automobilindustrie. Wir brauchen einen europäischen Plan für gute Arbeit und Vollbeschäftigung. Wir brauchen ein europäisches Grundeinkommen und Bürgerrechte für alle, die in Europa leben. Dies wird die europäische Verfasstheit



radikal ändern. Aus diesem Grund sind wir gegen den Lissabonner Vertrag mit seiner militaristischen und neoliberalen Grundlage. Es ist notwendig, dass alle Finanzhilfen an die genannten Bedingungen geknüpft werden und nur die Unternehmen unterstützt werden, die Arbeitsplätze retten und ausbauen.

Frankreich und Italien haben in dieser Woche ein Atomenergieabkommen unterzeichnet. Es handelt sich um eine rückwärtsgewandte falsche Entscheidung, die sich gegen die europäische Umweltpolitik und das Klimapakete richtet. Es handelt sich um ein Abkommen, das der Rolle, die Europa in der Welt und insbesondere im Mittelmeerraum spielen sollte, widerspricht. Die Energiepolitik ist eng verbunden mit der Friedenspolitik, die wir wollen. Wir wollen die Überwindung der Nato. Wir wollen eine EU-Osterweiterung, die auf den Bürgerrechten fußt und nicht auf der Mitgliedschaft in der Nato. Aus diesem Grund haben wir in Krakau gegen die Nato demonstriert und werden das auch im April in Straßburg tun. Aus diesem Grund sind wir gegen das Raketenschild und wollen eine Umwidmung des Finanzbudgets vom Militär zu sozialen Leistungen.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, der Weg aus der Krise, die Zukunft der Linken und Europas wird von der Kraft unserer Ideen abhängen. Die Rechte ist im Moment so stark, dass die, nicht nur in Deutschland und Österreich regierende, sondern auch in Europa insgesamt wirkende Große Koalition im nächsten Europa-Parlament nach rechts verschoben werden könnte.

Was uns einmal mehr kennzeichnet ist unser Kampf für gute Arbeit und gleiche Rechte, für alle Menschen, die in Europa leben. Zu diesem unserem Alleinstellungsmerkmal werden sich alle großen politischen Richtungen verhalten müssen, auch die europäischen Sozialdemokraten. Dadurch wird sich die Linke von der Rechten unterscheiden können.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir sind im Spiel! Auch wenn wir in manchen Ländern unbestritten Schwierigkeiten haben, haben wir überzeugende und glaubwürdige Alternativen!

Unsere Erfahrungen, unsere Kämpfe sagen uns, wir können ein anderes Europa aufbauen! In diesem Sinne wünsche ich Euch eine erfolgreiche Tagung.

## Partei der Europäischen Linken

### Waffenruhe jetzt! Stoppt den Krieg! EL mobilisiert für den Frieden

*Erklärung des Parteivorstandes der Partei der Europäischen Linken; Berlin, 10. Januar 2009*

Die Sitzung des Vorstandes der Partei der Europäischen Linken (EL) in Berlin findet zwei Wochen nach dem Beginn der Aggression der israelischen Streitkräfte gegen das palästinensische Volk im Gazastreifen statt. In diesen Tagen muss die Friedensbewegung zur breitestmöglichen Unterstützung der Forderung nach einem Ende dieses Krieges mobilisieren. Die Europäische Linke ruft ihre Mitgliedsparteien auf, in den nächsten Tagen in diesem Sinne aktiv zu werden.

Die EL verurteilt aufs Schärfste die israelische Invasion im Gazastreifen, die so viele Menschen das Leben kostet, die meisten Zivilisten, darunter viele Kinder. Die kollektive Bestrafung der Bevölkerung dieses dicht besiedelten Landstrichs, die bereits die tragischen Folgen einer langen Blockade zu ertragen hatte, ist durch nichts zu rechtfertigen.

Der EL-Vorstand fordert eine sofortige Waffenruhe und den Abzug aller israelischen Truppen aus dem Gazastreifen sowie die nachfolgende Einstellung aller Kampfhandlungen auf beiden Seiten.

Ebenso fordern wir, dass die Blockade des Gazastreifens unverzüglich aufgehoben wird und alle Grenzübergänge geöffnet werden.

Wir schätzen die Bemühungen des UNO-Sicherheitsrates, eine sofortige Waffenruhe zu erreichen. Aber weitere konkrete Maßnahmen sind erforderlich, um sicherzustellen, dass Israel seinen Verpflichtungen aus dem humanitären Völkerrecht nachkommt und die entsprechenden Resolutionen der UNO respektiert.

Die EL, die konsequent für friedliche Konfliktlösung eintritt, fordert den UNO-Sicherheitsrat auf, konkrete Schritte zu beschließen, um dem Massaker ein Ende zu setzen, die Blockade aufzuheben und Frieden auf der Grundlage der UNO-Resolutionen herzustellen. So sollte die UNO u. a. ein sofortiges Waffenembargo für Israel verhängen und einen Prozess der Demilitarisierung der ganzen Region, ihrer Umwandlung in eine atomwaffenfreie Zone, in Gang setzen.

Vor allem erwarten wir von der Europäischen Union, dass sie konkrete Maßnahmen ergreift und nicht nur Erklärungen abgibt. Die Europäische Linke verlangt, dass das Assoziierungsabkommen der EU mit Israel sofort ausgesetzt und der Dialogprozess über dessen Aufwertung entsprechend den EU-Richtlinien zur Einhaltung des humanitären Völkerrechts gestoppt wird.

Wir verurteilen die Erklärungen der tschechischen EU-Ratspräsidentschaft. Es ist nicht hinzunehmen, dass Opfer und Aggressor auf eine Stufe gestellt werden. Israel hätte diesen Krieg nicht angefangen, hätte es nicht von der Bush-Administration der USA grünes Licht bekommen. Die EU darf diesen Kurs der Komplizenschaft nicht fortsetzen.

Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlich-



keit, wie sie in diesen Tagen im Gazastreifen verübt werden, dürfen nicht ungesühnt bleiben. Wir fordern, dass die entsprechenden nationalen und internationalen Schritte gegangen werden, um diese Kriegsverbrecher einer wirksamen Bestrafung durch die zuständigen Justizorgane zuzuführen.

Die Partei der Europäischen Linken setzt ihre Zusammenarbeit mit linken Parteien sowie demokratischen und Friedenskräften in Israel und Palästina fort.

In dieser kritischen Situation appellieren wir an die Palästinenser, eine nationale Versöhnung herbeizuführen, weil dies der einzige Weg ist, um ein einheitliches, freies Palästina zu erreichen, um den politischen Prozess zum Erfolg zu führen. Wir grüßen die mutigen Stimmen in Israel, die gegen den Krieg, gegen die Militarisierung der israelischen Gesellschaft und für einen gerechten Frieden kämpfen.

Die israelische Kriegs- und Aggressionspolitik – wie der Krieg gegen Libanon – beweist, dass militärische Gewalt zu noch weniger Sicherheit für Israel führt. Zu alter Feindschaft kommt neue hinzu, und Hass regiert die Region.

Auf der Nahostkonferenz der EL im Dezember 2008 in Istanbul haben wir erklärt:

„Von Frieden und Stabilität im Nahen Osten kann keine Rede sein, solange keine dauerhaften Lösungen für die Probleme der Region gefunden werden. Die wichtigste Voraussetzung dafür ist die Anerkennung und Durchsetzung des Rechts des palästinensischen Volkes auf einen unabhängigen Staat, der die gleichen Rechte wie Israel genießt und friedliche Beziehungen zu seinen Nachbarn entwickeln kann. Die militärische Besatzung palästinensischer Gebiete muss beendet, die Blockade des Gazastreifens, die so viele menschliche Tragödien verursacht hat, muss aufgehoben und die ‚Mauer‘, die Israel errichtet hat, niedergerissen werden.

Wir fordern die Räumung der israelischen Siedlungen, die Beseitigung der Apartheid-Mauer und die Anerkennung des Rechts der palästinensischen Flüchtlinge auf Rückkehr entsprechend der UNO-Resolution 194. Entsprechend den UNO-Beschlüssen fordern wir außerdem die Errichtung eines souveränen und unabhängigen palästinensischen Staates in den 1967 besetzten Gebieten mit Ostjerusalem als Hauptstadt.“

## **Gaskrise: Europäische Linke verurteilt egoistische Verantwortungslosigkeit**

*Berlin, 10. Januar 2009*

Die Partei der Europäischen Linken bringt ernste Besorgnis über die anhaltende Gaskrise zum Ausdruck, von der Millionen Menschen besonders in den Ländern Mittel- und Osteuropas betroffen sind. Die egoistische Verantwortungslosigkeit der großen Energiekonzerne in ihrem Streit um Preise und Profite hat diese Völker an den Rand einer veritablen humanitären Krise gebracht.

Für die Europäische Linke ist es unannehmbar, dass ganze Staaten zu Geiseln eines Streits gemacht werden, der nur persönliche, unternehmerische oder politische Interessen kennt.

Die Europäische Linke bekräftigt: Naturreichtümer sind öffentliche Güter und müssen entsprechend dem öffentli-

chen Interesse verwaltet werden. Die Europäische Linke fordert eine verstärkte öffentliche und gesellschaftliche Kontrolle des Umgangs mit Naturreichtümern.

Wir fordern die EU, die europäischen Staaten und die beteiligten Seiten auf, unverzüglich eine Lösung zu finden, um die kontinuierliche Versorgung der betroffenen Länder mit Gas sicherzustellen. Da es sich hier um eine Frage der Energiesicherheit handelt, ist es unabdingbar, dass ein Mechanismus geschaffen wird, der solche Energieversorgungskrisen künftig verhindert. Einziges Kriterium für die Lösung der Krise muss das Wohlergehen der Menschen sein, die in diesen Ländern leben.

## **Gegen den Krieg im Gaza-Streifen**

### **Kernbeschlüsse der UNO zu Israel und Palästina umsetzen**

*Rede Gregor Gysis in der Bundestagsdebatte zur aktuellen Lage im Nahen Osten am 14. Januar 2009; aus: [www.linksfraktion.de](http://www.linksfraktion.de)*

#### **Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!**

Ich verstehe – ich habe hier schon darüber gesprochen –, dass es im Umgang mit Israel Hemmungen und Beklemmungen aller Art gibt. Das hängt mit den ungeheuerlichsten Verbrechen der Deutschen an den Jüdinnen und Juden bis 1945 zusammen. Nur helfen all diese Verkrampfungen nicht, um einen wirksamen Beitrag zu leisten, den Nahostkonflikt zu lösen. Die Frau Bundeskanzlerin meinte ja zu Beginn des Krieges ernsthaft erklären zu müssen, dass die Verantwortung allein bei der palästinensischen Führung im Gazastreifen läge. Das ist einseitig und falsch, (*Beifall bei Abgeordneten der LINKEN*) obwohl diese Führung eine Mitverantwortung trägt.

Es gab hier einmal eine Einigkeit, keine Waffen in Kriegsgebiete zu liefern. Sie aber exportieren trotz des verheerenden Krieges weiterhin Waffen nach Israel. Das halte ich nun aber für indiskutabel. Ich hatte vergebens gehofft, dass Sie, Herr Außenminister, hier erklären, die Waffenlieferungen zumindest während des Krieges auszusetzen. (*Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier, fraktionslos*)

Natürlich ist es nicht hinnehmbar, wenn die palästinensische Führung im Gazastreifen die Anerkennung Israels ausschließt. Natürlich ist der Abschuss von Raketen vom Gazastreifen aus nach Israel scharf zu verurteilen, und jedes diesbezügliche Opfer beklagen wir. Natürlich ist es falsch, dass die Gazaführung das Waffenstillstandsabkommen am 19. Dezember 2008 aufkündigte, weil dann die Frage steht, was sie denn statt des Waffenstillstands wollte und will. (*Arnold Vaatz, CDU/CSU: Die Frage hat sich doch beantwortet!*)

Entscheidende Fehler hat aber auch die israelische Regierung begangen. Zu einem Frieden kommt man nicht, wenn man Gespräche mit der Führung im Gazastreifen ablehnt. Es



ist völkerrechtswidrig und falsch, den Gazastreifen so abriegeln zu wollen, dass die Bevölkerung in Kollektivhaft genommen wird – ohne medizinische Versorgung, ohne Lebensmittel. *(Eckart von Klaeden, CDU/CSU: Das stimmt doch so nicht!)*

Das Waffenstillstandsabkommen ist durch Israel verletzt worden; denn Israel führte eine Militäraktion in einem Versorgungstunnel des Gazastreifens durch. *(Eckart von Klaeden, CDU/CSU: Warum?)*

Dabei gab es mehrere Tote. Auch die Gazaführung verletzte das Abkommen. Aber völlig inakzeptabel und maßlos überzogen ist die Führung eines Krieges mit Bomben und Bodentruppen durch Israel – und nun auch noch unter der völkerrechtswidrigen Verwendung schrecklicher Phosphorwaffen. *(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier, fraktionslos)*

Dabei hilft es der israelischen Regierung nicht, sich darauf zu berufen, dass auch westliche Länder solche Waffen verwenden; denn die Völkerrechtsverletzung eines Staates berechtigt einen anderen Staat nicht, eine ebensolche zu begehen. Der Krieg selbst ist völkerrechtswidrig, weil jede überzogene Militäraktion das Völkerrecht verletzt. Ein völkerrechtswidriger Krieg ist ein Verbrechen gegen den Frieden.

Täglich wird die Lage im Gazastreifen für die Bevölkerung immer unerträglicher. Es gibt schon über 900 Tote, von denen mindestens die Hälfte Zivilisten sind, darunter viele Frauen und fast 300 Kinder. Das Völkerrecht schreibt im Krieg den Schutz der Zivilbevölkerung vor.

Natürlich weiß ich, dass der israelischen Regierung und anderen Regierungen die Führung im Gazastreifen nicht behagt. Das darf man als nachvollziehbar empfinden. Nur, nirgendwo im Völkerrecht ist geregelt, dass dies zu einem Krieg berechtigt, dass ein anderes Land einer Bevölkerung vorschreiben darf, welche Führung sie sich zu wählen hat oder welche Führung sie auch ohne Wahlen haben darf. Man hat es einfach hinzunehmen.

Man kann nicht übersehen, dass Israel diesen verheerenden Krieg begonnen hat, bevor Barack Obama als Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika vereidigt ist. Mit dem Kriegstreiber Bush geht so etwas viel leichter. Aber das rechtfertigt diesen Krieg schon gar nicht. *Eckart von Klaeden, CDU/CSU: Oh mein Gott! Unerträglich!*

Leider gibt es Menschen in Israel, die hoffen, mittels Krieg eine Führung im Gazastreifen etablieren zu können, mit der dann leichter Verhandlungsergebnisse zu erreichen wären. Das ist ein Denken in militärischer Logik, das einem gravierenden Irrtum unterliegt. Dieser Krieg erzeugt so viel Tod, so viele Verletzte, so viel Not und Leid, dass daraus Hass in mehreren Generationen entstehen wird. Dieser Hass ist der schlechteste Partner für einen Frieden. Mit diesem Krieg erreicht man also das Gegenteil von dem, was nicht wenige in Israel sich erhoffen. Frieden erfordert Aufbau, kulturellen und wissenschaftlichen Austausch, gegenseitiges Interesse, Respekt und Anerkennung, wie es zum Beispiel der weltberühmte Dirigent Daniel Barenboim in hervorragender Art und Weise organisiert. *(Eckart von Klaeden, CDU/CSU: In dieser Rede möchte er, glaube ich, nicht auftauchen!)*

Frieden braucht also das völlige Gegenteil von dem, was ein Krieg hervorbringt. Wir brauchen nicht baldmöglichst einen Waffenstillstand, sondern sofort. *(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier, fraktionslos)*

Jede weitere Stunde Krieg bedeutet weitere Tote und Ver-

letzte, ist inakzeptabel, nicht hinnehmbar. Die israelischen Truppen müssen unverzüglich aus dem Gazastreifen abgezogen werden.

Aber wie kommen wir dahin? Wie kann im Nahen Osten endlich Frieden entstehen? Ich sage es hier klar: Ich glaube nicht, dass die Führungen in Israel, im Gazastreifen und im Westjordanland in der Lage sind, diesen so schnell wie möglich selbstständig auszuhandeln und zu gewährleisten. Ich glaube auch nicht, dass die bisherige Kommission mit Mitgliedern aus den USA, Russland und der EU dazu in der Lage ist; denn sie hat versagt.

Es geht darum, drei Kernbeschlüsse der UNO zu Israel und Palästina umzusetzen:

Erstens. Die UNO hat 1947 beschlossen, die Staaten Israel und Palästina zu bilden. Es gibt einen Staat Israel, aber niemand weiß, in welchen Grenzen. Nach wie vor gibt es keinen Staat Palästina.

Zweitens. Die UNO hat 1967 beschlossen, dass die Grenzen von 1967 zwischen Israel und Palästina gelten sollen.

Drittens. Die UNO hat mehrfach zum Waffenstillstand, zur Beendigung aller Kriege, zum Frieden aufgerufen.

Bundestag und Bundesregierung sollten nun die fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, das heißt die Vereinigten Staaten von Amerika, das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland, die Republik Frankreich, die Russische Föderation und die Volksrepublik China, auffordern, ihrer diesbezüglichen Verantwortung in jeder Hinsicht gerecht zu werden. Der Wechsel zum Präsidenten Barack Obama in den USA birgt die Chance für einen Neubeginn.

Was wären die Aufgaben der fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates?

Erstens. Sie haben unter strikter Wahrung des Völkerrechts einen von ihnen garantierten Gewaltverzicht zwischen Israel und Palästina durchzusetzen. Eine internationale Friedenstruppe, die sowohl in Israel als auch in Palästina zu stehen hat, muss die gegenseitige Gewaltlosigkeit gewährleisten. Eine Beteiligung deutscher Soldaten kommt für uns schon aus historischen Gründen, aus den von mir anlässlich des Libanon-Krieges genannten Gründen, die ich hier nicht wiederholen werde, nicht in Betracht.

Zweitens. Die fünf ständigen Sicherheitsratsmitglieder müssen die Gründung eines lebensfähigen Staates Palästina in den Grenzen von 1967 durchsetzen. Gebietsaustausche kommen nur bei gegenseitigem Einvernehmen von Israel und Palästina infrage.

Drittens. Weltweit, auch unter Beteiligung Deutschlands, muss unverzüglich für Palästina eine Art Marshallplan aufgelegt werden, damit der Aufbau beginnen kann. Die Menschen brauchen Bildung und Arbeit, sie brauchen Brot, sie brauchen Ehre und eine Zukunft, die sie aktiv mitgestalten können, damit für sie Frieden und nicht Kampf oder Krieg attraktiv wird, damit alle Aggressoren und Terroristen bei ihnen keine Chance mehr haben.

Viertens. Unter Einbeziehung vor allem von Ägypten, Jordanien, Libanon und Syrien ist ein darüber hinausgehender Frieden ebenfalls durchzusetzen.

Fünftens. Dann können auch erfolgreiche Verhandlungen mit dem Iran, statt mit Krieg gedroht, geführt werden, um zu entspannen und keine weiteren Konfliktzuspitzungen zuzulassen.

Alle Menschen in Israel und alle Menschen in Palästina



haben jeweils ein Recht auf einen eigenen Staat in klaren Grenzen. Sie haben ein Recht auf Frieden, auf Leben, auf Gesundheit, auf Kultur und auf soziale Wohlfahrt. Die internationale Gemeinschaft muss aufhören mit sinnlosen Appellen und beginnen, dies ernsthaft umzusetzen.

Gelingt eine Lösung des Nahostkonflikts, gelingt die Herstellung eines wirklichen Friedens, dann kann der Hass im Nahen Osten Schritt für Schritt abgebaut werden, dann kann es eine gedeihliche Zusammenarbeit geben. Dies wären ein großer Fortschritt für die Menschheit und ein wesentlicher Beitrag zur Abrüstung zwischen christlich, jüdisch und islamisch geprägten Ländern, auch zwischen der sogenannten Ersten und der sogenannten Dritten Welt. (*Anhaltender Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier, fraktionslos*)

## Die Waffen nieder!

*Rede von Wolfgang Gehrcke, MdB, DIE LINKE auf der Kundgebung gegen den Gaza-Krieg am 17. Januar 2009 in Berlin; aus: [www.wolfgang-gehrcke.de](http://www.wolfgang-gehrcke.de)*

### Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde!

Ich bin ehrlichen Herzens, aber auch voller Zweifel zu dieser Demonstration und Kundgebung gekommen. Ehrlichen Herzens, um gerade in Zeiten des Krieges für Versöhnung zu sprechen. Versöhnung zwischen Israel und Palästina, nicht nur zwischen den Staaten, sondern zwischen den Menschen. Es macht mich sehr traurig, dass ich auf dieser Demonstration auch Sprechchöre hören musste, bis zum Tode kämpfen zu wollen und dass man seinem Nachbarn, also Israel, den Tod wünscht.

Ich sage Euch, Ihr sollt nicht für einen palästinensischen Staat sterben wollen, sondern Ihr müsst für einen solchen Staat leben. Und ich sage Euch, Ihr sollt nicht Israel den Tod wünschen, sondern Ihr solltet Versöhnung und gute Nachbarschaft wünschen.

Ich sage Euch, Palästina und Israel brauchen den Frieden. Gewalt führt immer wieder nur zu neuer Gewalt. Das muss endlich beendet werden. Ich spreche hier für Frieden und Versöhnung – für beides.

Vor dieser Kundgebung bin ich von unterschiedlichen Seiten aufgefordert worden, mich zu entscheiden: zwischen Israel und Palästina, zwischen der Angst der Menschen in Gaza und der Angst der Menschen in Israel, zwischen Gut und Böse. Dieser Zuordnung verweigere ich mich.

Ich habe mich entschieden: gegen den Krieg und für das Schweigen der Waffen, gegen die Hoffnungslosigkeit und für den Wunsch zu helfen. Ich habe mich entschieden gegen Gewalt und für Vernunft.

Angesichts dieses Abgrunds von Gewalt, Leid und Tod in Gaza habe ich nur einen Wunsch, nur eine Botschaft: Stoppt sofort den Krieg! Jetzt müssen die Waffen schweigen!

Ich habe viele Begründungen und Rechtfertigungen für diesen Krieg gelesen. Geglaut habe ich die wenigsten. Und überzeugt hat mich keine.

In Kriegen stirbt zuerst die Wahrheit. Das wissen wir. Zusammen mit der Wahrheit stirbt die Hoffnung. Das befürchte ich. Ich will meine Hoffnungen nicht aufgeben, meine Hoff-

nung auf einen Frieden im Nahen Osten. Ich halte daran fest, dass die Palästinenserinnen und Palästinenser endlich einen eigenen, lebensfähigen Staat erhalten. Ich glaube fest daran, dass Israel und Palästina irgendwann als Nachbarn miteinander leben werden, nicht gegeneinander. Ich glaube nicht an Erbfeinde oder ähnlichen menschenverachtenden Unsinn. Der Weg zu einer friedlichen Nachbarschaft zwischen Israel und Palästina geht über die Trennung, über zwei Staaten: Israel und Palästina. Beide in gesicherten Grenzen und auf der Grundlage des gegenseitigen Verzichts auf Gewalt. Dafür setze ich mich ein.

Auf dieser Kundgebung sprechen Menschen aus Israel und Palästina. Das gibt mir Mut. In Zeiten des Krieges ist ein Zeichen der Versöhnung ein großer Schritt. Setzt Zeichen der Versöhnung – das ist mein Appell!

Die Bilder aus Gaza wühlen mich auf. Sie lassen mich nicht schlafen. Eineinhalb Millionen Menschen, eingeschlossen und abgeschlossen von der Welt, angegriffen aus der Luft, von der See, beschossen von Panzern und Geschützen. Stündlich mehr Tote und Verletzte. Dazu darf man nicht schweigen! Dazu kann ich nicht schweigen.

Dieser Krieg entsetzt mich grenzenlos. Ich weiß, neuer Hass wird sich auf alten Hass türmen. Wenn wir diesen Krieg nicht stoppen, droht uns allen, dass auch dieser Krieg wieder neuen Krieg ausbrütet.

Raus aus der Spirale der Gewalt! Das ist mein Weg. Dieser Krieg ist völkerrechtswidrig, er ist inhuman, er ist eine Katastrophe.

Ich bin kein gläubiger Mensch. In diesen Tagen ist mir aber immer wieder die alttestamentarische Geschichte von Sodom und Gomorrha und von Lot durch den Kopf gegangen. Lot hat seinen Gott um die Verschonung der beiden Städte angefleht, auch wenn es dort nur einen einzigen Gerechten gäbe. Ich bitte, wenn es nötig ist, flehe ich:

Stoppt den Krieg! Um der Menschen willen. Die Menschen in Gaza wollen leben. Bomben und Raketen unterscheiden nicht zwischen Kindern, Frauen und Kämpfern, zwischen Gerechten und Ungerechten. Ich verachte Krieg und Gewalt. Gewalt und Waffen lösen keine Probleme.

Es bleibt bei der kategorischen Forderung Bertha von Suttners: Die Waffen nieder! Jetzt und sofort.

Ich will, dass sich die Menschen in Palästina endlich frei bewegen können – ohne Checkpoints, in einem eigenen Staat. Der Siedlungsbau auf der Westbank muss gestoppt werden.

Und ich will, dass die Menschen in Israel endlich keine Furcht vor Anschlägen und Raketenangriffen haben müssen. Das ist mein Credo – jenseits der sogenannten großen Politik. Beide Seiten müssen auf Gewalt verzichten!

Ist es denn zuviel verlangt, endlich zu verstehen, dass es der Fluch der Gewalt ist, dass sie immerfort neue Gewalt gebiert?

Waffenstillstand jetzt und sofort – dafür einzutreten, fordere ich von der Bundesregierung. Ich fordere die Bundesregierung auf, Waffenexporte in den Nahen Osten sofort einzustellen. Ich kritisiere die Bundesregierung, weil sie Israel genau das verweigert, was heute wichtig wäre: die ehrliche und öffentliche Kritik von Freunden.

Wenn die Waffen schweigen – oder damit die Waffen schweigen, muss der Weltsicherheitsrat der UNO seine Resolution durchsetzen:

→ die vollständige Räumung Gazas durch Israel



- die Öffnung der Grenzen zu Gaza
- ein verbindlicher Gewaltverzicht zwischen den Konfliktparteien, der auch Angriffe auf Israel ausschließt.

Darüber muss man mit allen Konfliktparteien verhandeln.

Der Weltsicherheitsrat der UNO, das heißt: seine fünf ständigen Mitglieder müssen ihre Verpflichtung einlösen und endlich einem lebensfähigen Staat Palästina zum Leben verhelfen.

Ich frage den kommenden Präsidenten der USA Obama: Wollen Sie wirklich Ihr Amt als Präsident der USA antreten, während im Nahen Osten Krieg herrscht? Die Welt erwartet jetzt Ihre Aufforderungen, diesen Krieg sofort zu beenden.

Statt Krieg braucht Gaza einen Marshall-Plan, damit die Menschen eine soziale Perspektive, eine Chance zum Leben erhalten.

Schluss mit dem Krieg – um der Menschen Willen. Frieden, Shalom, Salam – das ist meine Entscheidung, mein Grund, warum ich hier spreche. Das ist meine Überzeugung.

## Wo ist die israelische Linke?

Von Angelika Timm, Tel Aviv, 9. Januar 2009;  
aus: [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)

Als am 27. Dezember 2008 die israelische Luftwaffe die so genannte Operation „Gegossenes Blei“ begann und damit nicht nur offiziell der Hamas-Regierung, sondern de facto auch den 1,5 Millionen Palästinensern im Gaza-Streifen den Krieg erklärte, reagierte die israelische Öffentlichkeit kaum überrascht. Für die meisten Bürger war der – nach einem brüchigen sechsmonatigen Waffenstillstand – erneut zu erwartende tägliche Beschuss israelischer Orte im Süden des Landes durch Kassam-Raketen nicht hinnehmbar. Die über Monate anhaltende israelische Blockade des Gazastreifens und die damit verbundene Notsituation der palästinensischen Zivilbevölkerung hingegen wurden aus dem öffentlichen Bewusstsein weitgehend ausgeklammert. „Israel darf sich keine militärische Blöße geben; es muss Stärke beweisen“, skandierten Politiker verschiedenster Couleur wieder und wieder. Angesichts der Traumata der Vergangenheit, aber auch des Fiaskos des Zweiten Libanonkrieges erscheint diese Haltung in gewissem Maße nachvollziehbar. Dennoch wird sich die israelische Regierung fragen lassen müssen, inwieweit sie politische Alternativen zum Krieg ausgelotet hat. „Abschreckung“ und „Vergeltung“ sind Leitlinien israelischer Regionalpolitik seit Gründung des Staates. Sie mögen den Erfahrungen jüdischer und israelischer Geschichte entsprechen, reichen jedoch nicht aus, Israel als modernen Staat zu leiten und diesen dauerhaft im Nahen Osten zu verankern.

Als Anstoß für die jüngste Militäraktion gegen die Palästinenser kam ein weiteres Motiv hinzu. Sowohl Verteidigungsminister Ehud Barak von der Arbeitspartei als auch Außenministerin Tzipi Livni (Kadimah) suchen vor den für den 10. Februar 2009 angesetzten Parlamentswahlen militärische und politische „Stärke“ zu beweisen. Sie sind daran interessiert, den in allen Umfragen vorhergesagten Wahlsieg Benjamin Netanjahus und des Likud zu verhindern oder wenigstens zu schmälern. Uri Avnery, Träger des alternativen Friedensnobelpreises, geht sogar so weit, die Aktion „Gegossenes Blei“ als „Wahlkrieg“ zu bezeichnen. Ist der Friedensaktivist

Avnery, in Deutschland gern zitiert als Vertreter des „anderen“ Israel, der alleinige Beleg dafür, dass es in der „einzigen Demokratie des Nahen Ostens“ unterschiedliche Positionen und kritische Stimmen gibt? Wer repräsentiert die israelische Linke heute und wie artikuliert sie sich?

Die israelische Bevölkerung ist weder sozial noch politisch homogen. Das zeigt sich auch in Zeiten der Krise. Während zu Beginn der militärischen Offensive noch die übergroße Mehrheit hinter der Regierung stand, nahm die Unterstützung nach dem Einsatz von Bodentruppen deutlich ab. Dennoch gilt bis heute: Die Gefährdung der israelischen Bevölkerung im Negev und die im Einsatz befindlichen Soldaten stehen im Mittelpunkt öffentlichen Besorgnisses; die unvergleichlich größeren Leiden der palästinensischen Zivilbevölkerung werden weitgehend ausgeblendet. Patriotische und nationalistische Gefühle und Stimmungen dominieren. Nicht zu übersehen ist jedoch auch, dass sich viele Israelis, die in der Mitte des politischen Spektrums zu verorten sind, hilflos fühlen und den Krieg daher aus ihrem Bewusstsein verdrängen. Nicht wenige sind deprimiert, desillusioniert und zunehmend gleichgültig gegenüber dem Schicksal anderer.

Nicht so die Mehrheit der arabischen Bürger des Landes – über 20 Prozent der Gesamtbevölkerung. Weit davon entfernt, sich mit Hamas zu solidarisieren, demonstrieren sie auf Kundgebungen und in der arabischen Presse Solidarität mit ihren palästinensischen Brüdern und Schwestern im Gazastreifen. Ihre Protestaktionen, aber auch die ihnen auferlegten Restriktionen seitens der Staatsmacht – während der letzten Tage wurden Dutzende arabische Bürger verhaftet, weil sie an Demonstrationen teilgenommen hatten – vertiefen die Kluft zwischen jüdischer Mehrheit und arabischer Minderheit im Staat Israel. Die hebräische Tageszeitung Haaretz verurteilt in ihrem Leitartikel vom 6. Januar das restriktive Vorgehen der Regierung und betont, eine demokratische Gesellschaft müsse auch in Kriegszeiten jedem Bürger das Recht auf öffentliche Meinungsäußerung gewähren.

Kaum in der israelischen wie internationalen Presse widergespiegelt wird der Fakt, dass vom ersten Kriegstag an israelische Friedensaktivisten ein Ende der Gewalt und den Beginn von politischen Verhandlungen (auch mit Hamas) fordern. Nahezu täglich finden in größeren und kleineren Ortschaften Israels Demonstrationen bzw. Kundgebungen statt, an denen Hunderte, mitunter auch Tausende Menschen teilnehmen. Nach Beginn der Bodenoffensive fanden sich am 3. Januar in Tel Aviv sogar etwa 10 000 friedensbewegte Menschen zusammen. Auch im Süden Israels, in der Hauptstadt des Negev Beersheva, riefen Juden und Araber zu gemeinsamen Aktionen auf, um dem Töten ein Ende zu setzen.

Unter den linken Parteien ist es vor allem die von der Kommunistischen Partei geführte Chadasch, die seit dem 27. Dezember unentwegt ihren Protest artikuliert. Merez-Politiker zeichnen sich dagegen bisher eher durch Zurückhaltung aus. Die Hoffnung, Wählerstimmen zu gewinnen, oder die Furcht, diese zu verlieren, mag auch hier mitwirken.

Unabhängig von Wahlkampfüberlegungen agiert eine Vielzahl zivilgesellschaftlicher Organisationen. So verabschiedeten beispielsweise bereits am Silvestertag 23 israelische Frauenorganisationen eine gemeinsame Erklärung, in der sie ein Ende der Bombardierungen und den Beginn von Friedensgesprächen forderten. Couragierte Journalisten, wie Gideon Levy und Amira Hass, veröffentlichen täglich in der liberalen Tageszeitung Haaretz kritische Berichte und Kommentare.



Mutige Stimmen aus der Mitte des politischen Spektrums kamen am 8. Januar erstmals auch von Soldaten, die den Kriegsdienst verweigern. Ihre Worte, fixiert auf Spruchbändern vor dem Sitz des Verteidigungsministers in Tel Aviv, sind Forderung und Hilferuf zugleich: „Stopt das Töten – beginnt zu verhandeln!“, „Die Zerstörung Gazas gebiert Terror!“, „Nein zum Töten von Zivilisten in Gaza und Sderot!“, „Weigert Euch, in Gaza zu kämpfen!“ Einer der Wehrkriegsverweigerer bekennt, dass es ihm nicht leicht fällt, hier zu stehen: „Man nennt mich einen Verräter und Feigling, aber es gehört Mut dazu, in dieser Zeit den Kriegsdienst zu verweigern“ – gewiss mehr Mut, als an der Front aus einem geschützten Kampfjet oder Panzer heraus auf unbewaffnete Menschen zu schießen!

Europäische Medien betonen nicht selten, äußerer Druck müsse die israelische Regierung veranlassen, den Krieg zu beenden. Zweifellos nehmen USA und EU ihre internationale Aufgabe z. T. nicht ausreichend wahr. Dennoch sei an dieser Stelle zu bedenken gegeben, dass letztlich die innere Verfasstheit eines Landes zählt. Noch sind in Israel zu wenige mutige Stimmen zu hören, die sich der Kriegsmaschinerie entgegenstellen und fordern, den Teufelskreis der Gewalt zu durchbrechen. Vielleicht aber bildet bereits die von Peace Now für den 10. Januar angekündigte Protestkundgebung in Tel Aviv den Auftakt für breitere Friedensaktivitäten. Optimisten zumindest glauben in der Tatsache, dass die der Arbeitspartei nahe stehende Friedensbewegung nunmehr öffentlich in Erscheinung tritt und zur öffentlichen Aktion aufruft, erste Anzeichen für das bevorstehende Ende des Krieges zu sehen. Zu spät für den Dialog mit Hamas und jedem arabischen Führer, der bereit ist, mit Israel zu sprechen, sei es jedenfalls noch nicht, schreibt Daphna Golan von der Hebräischen Universität Jerusalem. Sie fordert ihre akademischen Kollegen dazu auf, alles zu tun, damit auf den „Kriegsschlag“ eine „Friedensattacke“ folge. „Business as usual“, wie z. T. noch an den hiesigen Universitäten gang und gäbe, sei zumindest nicht die richtige Antwort.

## Der Gaza-Krieg, Hamas und DIE LINKE

*Eine Replik auf eine offenkundig strittige Problemstellung*

*Von Karin Kulow, AK Naher und Mittlerer Osten bei der BAG Friedens- und Internationale Politik*

Wie stets, wenn der seit sechs Jahrzehnten ungelöste israelisch-palästinensische Konflikt wieder einmal in kriegerische Auseinandersetzungen mündet, hat auch der 22-tägige Gaza-Krieg wiederum in Deutschland nicht nur zu scharfen Frontstellungen – für oder wider die eine oder die andere Seite – geführt, sondern zu gleichzeitigen unmittelbaren Verknüpfungen mit der Antisemitismus-Problematik. Ein Vorgang, von dem gleichfalls die Partei DIE LINKE nicht unberührt geblieben ist. Vor allem insofern, als das Verhalten bzw. die Haltung einiger ihrer Vertreter im Zusammenhang mit diesem Krieg mancherlei Irritationen nicht nur innerhalb der Partei selbst, sondern ebenso in der zivilgesellschaftlichen Öffentlichkeit ausgelöst hat. Ganz zu schweigen natürlich von Stimmen aus dem bürgerlichen Lager, die sich

anscheinend gerade im laufenden „Superwahljahr“ 2009 darauf zu kaprizieren suchen, DIE LINKE durch antisemitische Unterstellungen zu desavouieren. Und zwar, indem sie namentlich eine kleine Gruppe von Parteimitgliedern expressis verbis von diesem Antisemitismus-Vorwurf ausnehmen, was in der Endkonsequenz aber nichts anderes bedeutete, als dass dieser auf die übrigen dann zuträfe. Angeblich Sorge schon allein die Betonung des Existenzrechts Israels innerhalb der Partei für Aufruhr.

Dass bezüglich des Herangehens an den israelisch-palästinensischen Konflikt innerhalb der Partei eine Kontroverse besteht, ist nicht zu bestreiten. Diese hat sich bereits seit längerem abgezeichnet und ist insbesondere im Zusammenhang mit den beiden Veranstaltungen publik geworden, die 2008 anlässlich des 60. Jahrestages des Staates Israel sowie der darin implizierten palästinensischen „Nakba“ (Katastrophe) von der Rosa-Luxemburg-Stiftung organisiert wurden. Aber nicht diese Kontroverse selbst ist das eigentliche Problem – handelt es sich bei dem israelisch-palästinensischen Konflikt und dessen Verquickung mit der deutschen Vergangenheit doch um ein außerordentlich diffiziles Beziehungsgefüge. (Komplizierend hinzu kam speziell beim Gaza-Krieg, dass palästinenserseits mit Hamas ein umstrittener politischer Handlungsträger agiert hat.) Die Crux indessen scheint vielmehr darin zu bestehen, dass zwar eine Debatte über diesen schwierigen Gegenstand angeschoben worden ist, diese dann aber nicht zielstrebig, bis zur Abstimmung eines gemeinsamen Konsensrahmens, weiter verfolgt wurde. Dementsprechend traten die Kontroversen, kulminierend in den Verbalinjurien von BAK Shalom insbesondere gegen Person und Positionen des außenpolitischen Sprechers der Bundestagsfraktion, mit teilweise erschreckender Schärfe zutage. Und dies, obwohl DIE LINKE offiziell eine eindeutige Haltung zum Gaza-Krieg eingenommen hat. So verurteilte ihn Gregor Gysi – ohne die seitens Hamas zu verantwortenden Menschenrechtsverletzungen zu ignorieren – in seiner Stellungnahme am 14. Januar 2009 vor dem Bundestag „als völlig unakzeptabel und maßlos überzogen“. Ebenso bezeichnete er es als „völkerrechtswidrig und falsch, den Gazastreifen so abriegeln zu wollen, dass die Bevölkerung in Kollektivhaftung genommen wird – ohne medizinische Versorgung, ohne Lebensmittel“.

Während es einerseits Konsens in der Partei ist, für eine Zwei-Staaten-Lösung einzutreten und sich mithin zum Existenzrecht Israels wie zum Existenzrecht Palästinas zu bekennen, den Krieg auch dort als Mittel der Politik entschieden abzulehnen, sich für eine politische Verhandlungslösung und die Herbeiführung eines gemeinsamen Friedens als stabile Grundlage der legitimen Interessenverwirklichung beider Seiten einzusetzen sowie sicherzustellen, dass Kritik an Israel nicht antisemitisch determiniert ist, wurden aber andererseits damit im einzelnen verbundene Fragestellungen nicht hinreichend ausdiskutiert. Vielmehr blieben sie weiterhin strittig bis hin zu den bereits angesprochenen persönlichen Diffamierungen; was aber in einer Partei wie DIE LINKE keinesfalls Usus bleiben sollte. Dabei geht es beispielsweise um solche konkreten Fragen, wie: Mit wem soll sich DIE LINKE solidarisch erklären? Gilt Solidarität lediglich Menschen in Bedrohung und Not oder auch Parteien bzw. sogar Staaten – und wenn ja, auf der Grundlage welcher Kriterien? Ist die Forderung nach Einbindung von Hamas in den politischen Lösungsprozess bereits ein Ausdruck von Solidarität



mit ihr als politischer Kraft? Oder auch solche Fragen übergreifenden Charakters, nämlich, wie sich für DIE LINKE das Verhältnis zwischen der Verantwortung vor dem Hintergrund der deutschen antisemitischen Vergangenheit und dem israelisch-palästinensischen Konflikt stellt; wo für sie die Trennlinien zwischen dem Recht auf Kritik an israelischer Politik und zurückzuweisendem Antisemitismus liegen; wie von ihr zu gewährleisten ist, dass der israelisch-palästinensische Konflikt nicht unzulässig mit der innerdeutschen Antisemitismusdebatte verknüpft wird, indem zwischen beiden Ebenen nahezu Gleichheitszeichen gesetzt werden. Oder schließlich noch, was es für DIE LINKE heißt, sich von keiner Seite Vereinnahmungen zu lassen.

Selbst wenn im so genannten Superwahljahr für die Partei andere Schwerpunktthemen im Vordergrund stehen, so wäre es dennoch fatal, den in dieser Hinsicht notwendigen Klärungsprozess wieder einmal auf die lange Bank zu schieben. Nicht zuletzt deshalb, weil die Partei doch immer wieder davon eingeholt würde und dies so oder so auf ihr nationales wie internationales Wirken nicht zu unterschätzenden Einfluss nähme.

Deshalb soll, quasi als Beitrag zu dieser als unaufschiebbar erachteten Debatte, im folgenden zu einigen der oben genannten Problemstellungen – speziell unter dem Blickwinkel gegebener Strittigkeit im Verhältnis zum Gaza-Krieg – Position bezogen werden.

## Kritisch zu hinterfragende Gleichsetzung

So richtig es einerseits ist, sich nicht von der einen oder anderen Konfliktpartei Vereinnahmungen lassen zu wollen, so problematisch ist es andererseits, wenn – wie vom Forum demokratischer sozialismus in seiner Stellungnahme zum Gaza-Krieg vom 17. Januar 2009 praktiziert – eine formale Gleichsetzung zwischen beiden Seiten erfolgt. Auf diese Weise werden der israelisch-palästinensische Konflikt und die Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus in Deutschland miteinander vermengt. Wobei durchaus nicht übersehen wird, dass während der Antikriegsdemonstrationen in Deutschland bei einigen der Teilnehmer, nicht allein palästinensischer Herkunft, völlig unakzeptable antisemitische Ausfälle zu konstatieren waren – wie überhaupt eine besorgniserregende Zunahme von Antisemitismus zu verzeichnen ist. Sich damit entschieden auseinanderzusetzen aber ist die Pflicht für DIE LINKE als innenpolitisches Problem. Und zwar im Sinne der in besagter Stellungnahme getroffenen Feststellung, wonach Kritik an Israel nicht antisemitisch sein darf und Antisemitismus keine politische Kritik, sondern menschenverachtend ist.

Wird nun aber lapidar „Frieden jetzt: Für Israel, für Palästina, für Menschenrechte“ eingefordert und überdies auch noch ausdrücklich betont, nicht die Zahl der Opfer wägen zu wollen, so läuft dies im israelisch-palästinensischen Konflikt darauf hinaus, sich bei seiner Wertung nicht von den dortigen Realitäten leiten zu lassen, sondern diesen Konflikt lediglich als eine Folie für die Bewertung von Vorgängen in Deutschland zu nutzen. De facto kommt dies dann, ob nun gewollt oder nicht, einer einseitigen Parteinahme gleich. Weil eben Ursachen und Wirkungen nicht mehr sauber auseinander gehalten werden. Was denjenigen, der sich nicht gut genug in der Materie auskennt, vielleicht noch zu entschuldigenden vermag, jedoch nicht unwidersprochen gelassen werden darf,

wenn sich darauf namens der Partei verkündete Positionen gründen sollen.

Selbstverständlich muss sich auch DIE LINKE vor dem Hintergrund der antisemitischen deutschen Vergangenheit – insbesondere dem im Namen Deutschlands fabrikmäßig betriebenen Massenmord an sechs Millionen Jüdinnen und Juden – in einer spezifischen Verantwortung gegenüber Israel sehen. Und zwar insofern, als es sich bei ihm um jenen Staat handelt, dessen Eigenverständnis nach wie vor gravierend durch den Holocaust geprägt ist, und der sich zudem als Heimstätte aller Juden in der Welt versteht.

Sich dieser aus der antisemitischen deutschen Geschichte herrührenden speziellen Verantwortung für Israel bewusst zu sein, kann jedoch für DIE LINKE nicht bedeuten, sie isoliert von den damit im Nahen Osten verbundenen Vorgängen wahrzunehmen. Schon gar nicht, diese Verantwortung als Teil deutscher, wie von Kanzlerin Merkel in ihrer Rede am 18. März 2008 vor der Knesset definierter, Staatsräson zu interpretieren, wonach die „Sicherheit Israels ... niemals verhandelbar“ ist. Denn mit anderen Worten gesagt, müsste so jedes von der israelischen politischen Klasse als Sicherheitsanforderung ausgegebene Tun uneingeschränkt zu billigen sein. Was hieße, die bisherige Einseitigkeit des Herangehens der deutschen Bundesregierung an den israelisch-palästinensischen Konflikt als sakrosankt anzusehen.

Aber es ist nun mal ein Faktum, und gerade darin ist das Wesen dieses schwierigen Konflikts begründet, dass das nach dem Trauma des Holocaust im Mai 1948 Realität gewordene Existenz- und Lebensrecht des jüdischen Volkes in einem eigenen Staat, mit dem Trauma der Vertreibung für die Palästinenserinnen und Palästinenser einhergegangen ist. Und dies, obwohl diese an dem tragischen Schicksal der Jüdinnen und Juden in Deutschland wahrlich nicht Schuld sind. Um so mehr muss es Aufgabe für DIE LINKE sein, mit dazu beizutragen, dass deren Existenz- und Lebensrecht in einem eigenen Staat entsprechend den völkerrechtlichen Grundlagen gleichermaßen gewährleistet wird. Also in Wahrnehmung ihrer Verantwortung aus der Geschichte, sozusagen als die von ihr begründete Staatsräson, für die Gewährleistung des Existenz- und Lebensrechts zweier Völker, des israelischen und des palästinensischen Volkes, auf dem Boden des historischen Palästina einzutreten und sich dabei strikt vom Völkerrecht, namentlich den einschlägigen UN-Sicherheitsratsresolutionen, leiten zu lassen. Das zumindest erwarten von ihr zu Recht auch alle jene, die im Nahen Osten aufopferungsvoll um die endliche Realisierung der völkerrechtlich begründeten Zwei-Staaten-Lösung ringen – darunter an vorderster Stelle die linken Parteien in Israel und in den palästinensischen Gebieten.

## Notwendige klare Benennung der Ursachen des Gaza-Krieges

So umstritten Hamas auch sein mag – und auch für DIE LINKE stellt sie alles andere als einen politischen Verbündeten dar –, durfte dennoch der Tatbestand, dass sie der erklärte Adressat des jüngsten israelischen Krieges war, nicht von dessen wahren Ursachen ablenken. Er war Ausdruck und Ergebnis der verfehlten Palästina-Politik Israels, die auf der Missachtung des Völkerrechts basiert und vom Westen – vor allem von den USA, aber auch der EU und Deutschland – über Jahre hinweg billigend in Kauf genommen worden ist.



Komprimiert in der seit 1967 andauernden israelischen Okkupation jener Territorien, die für den Staat Palästina vorgesehen sind – d.h., der Westbank und des Gaza-Streifens sowie des Ostteils von Jerusalem –; in der, ungeachtet aller internationalen Proteste, unbeirrt fortgesetzten Siedlungspolitik in der Westbank und im Gürtel von Ost-Jerusalem sowie im teilweise weit in palästinensisches Territorium hineinreichenden Verlauf der als „security fence“ bezeichneten Mauer.

Infolge des jahrzehntelangen Stillhaltens der westlichen Regierungen gegenüber diesen von Israel seit 1967 begangenen Völkerrechts- und Menschenrechtsverletzungen und der Einseitigkeit ihres Herangehens, nämlich die sichere Existenz Israels von der Gewährleistung des Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser in einem eigenen lebensfähigen Staat an der Seite Israel zu abstrahieren und von der palästinensischen Seite erst immer wieder Vorleistungen einzufordern, wurden die moderaten Kräfte innerhalb der palästinensischen Nationalbewegung zusehends geschwächt. Insbesondere der Bann gegen Hamas als eine durch demokratische Wahlen legitimierte politische Kraft sowie vor allem gegen die von ihr geführte und unter Vermittlung Saudi-Arabiens im Februar 2007 zustande gekommene Einheitsregierung hat nicht nur die Glaubwürdigkeit westlicher Demokratiewerte zutiefst erschüttert. Vielmehr hat sie entscheidend dazu beigetragen, dass sich der innerpalästinensische Machtkampf weiter verschärft hat und die Hardliner nicht nur in den Reihen von Hamas weiteren Auftrieb erhielten.

Einerseits die Hamas politisch zu boykottieren, aber andererseits stillschweigend darüber hinwegzusehen, dass der als Verhandlungspartner hoch gepriesene Abbas durch eine auffällig forcierte Siedlungspolitik nachgerade politisch demontiert wird, kann nun wirklich nicht als ernsthafter Friedenswille ausgegeben werden. Denn allein in dem Zeitraum, als sich die Delegationen beider Seiten im Rahmen des so genannten Annapolis-Prozesses immer wieder am Verhandlungstisch trafen, schritt wie zum Hohn die Schaffung weiterer „facts on the ground“, vor allem in Gestalt des Siedlungsbaus, munter voran. (Mittlerweile leben in der Westbank 290 000 Menschen in 120 offiziellen Siedlungen – nicht erfasst dabei sind die Hunderte von „Vorposten“, selbst im israelischen Sprachgebrauch als illegal bezeichnet – mit all den, nur den Siedlern zur Nutzung stehenden Bypass-Straßen und den rund 600 Checkpoints, durch die Palästinenserinnen und Palästinenser beständigen Kontrollen unterzogen und am freien Verkehr innerhalb der palästinensischen Territorien gehindert werden.) Da kann alles Geld der Welt, das insbesondere die EU, darunter auch die Bundesrepublik, immer wieder reichlich beizusteuern bereit ist, nicht wirklich helfen, weil damit auch die Okkupationsstrukturen nur weiter befestigt werden.

## Israelische Unverhältnismäßigkeit und fragwürdige Rechtfertigungsgründe

Auch wenn niemand den wiederholten Raketen- und Mörsergranatenbeschuss ziviler israelischer Ziele gut heißen kann, da dieser vor allem zu Opfern unter der Zivilbevölkerung führt und somit völkerrechtliche Prinzipien und Menschenrechtskonventionen verletzt, so war der Gaza-Krieg dennoch entschieden zu verurteilen.

Natürlich hat Israel ein legitimes Recht, seine Bevölkerung

vor derartigen Angriffen zu schützen. Dabei ist es jedoch auch verpflichtet, den allgemein anerkannten Rechtsgrundsatz der Verhältnismäßigkeit einzuhalten. Aber eben diese Verhältnismäßigkeit wurde überschritten, indem eine hochgerüstete Militärmaschinerie gegen diesen Beschuss aus dem Gaza-Streifen in Stellung gebracht worden ist – noch dazu unter Einsatz international geächteter Waffen (Phosphorbomben) –, die zu massenhaften Opfern unter der Zivilbevölkerung und zu verheerenden Zerstörungen ziviler Einrichtungen, darunter Schulen, Krankenhäusern, Moscheen sowie UN-Objekten geführt haben. Dabei wiegt noch um so schwerer, dass für die unbeteiligte Bevölkerung des Gaza-Streifens, die ohnehin schon durch die bereits mehrjährige israelische Blockade in völkerrechtswidrige Kollektivhaftung genommen wurde, weder ausreichend Schutz noch eventuelle Fluchtmöglichkeiten bestanden. Allein das Opfer-Verhältnis von 1:100 zuungunsten der Gaza-Bevölkerung spricht eine beredete Sprache.

Die von der israelischen Seite vorgebrachten Begründungen für diesen Krieg sind in vielerlei Hinsicht kritisch zu hinterfragen, wie zum Beispiel:

- Hamas habe den Waffenstillstand gebrochen und sei folglich allein verantwortlich für alle sich daraus ergebenden Konsequenzen. Eine Auffassung, der sich die Bundesregierung und vor allem Kanzlerin Merkel bezeichnenderweise sofort angeschlossen hat. Und dies, obwohl es vor Kriegsbeginn genügend Beweise dafür gab, dass sich Israel ebenfalls nicht an das Waffenstillstandsgebot gehalten hat. Mittlerweile liegen auch seriöse Untersuchungen vor, die die Mitverantwortung Israels am Bruch dieses Waffenstillstandes eindeutig belegen.
- Israel habe keine andere Wahl als diesen Krieg gehabt, um sich gegen den ständigen Raketenbeschuss aus dem Gazastreifen zur Wehr zu setzen. Eine Alternative hätte sehr wohl darin bestanden, die im Jahre 2006 mit Mehrheit gewählte Hamas in den politischen Lösungsprozess einzubinden und so zur Isolierung der extremistischen Kräfte innerhalb der palästinensischen Nationalbewegung beizutragen. Stattdessen wurde sie mit einem politischen Boykott belegt und wurden legitim gewählte Parlaments- und Regierungsmitglieder, also eigentlich Immunität besitzende Personen, in Haft genommen, in der sie sich nach wie vor befinden.
- Mit dem Rückzug Israels 2005 aus dem Gaza-Streifen und der Beseitigung dortiger jüdischer Siedlungen sei die Okkupation beendet worden und habe damit die Chance bestanden, sich als Basis des angestrebten Palästina-Staates frei zu entwickeln. Dabei wird vor allem zweierlei völlig ignoriert: Zum einen behielt Israel trotz seines Rückzuges die uneingeschränkte Kontrolle zu Land, Wasser und in der Luft. Damit bleibt es, wie von UN-Völkerrechtsexperten nachdrücklich bestätigt, nicht nur weiterhin Okkupationsmacht, sondern gemäß dem Kriegsvölkerrecht in Verantwortung gegenüber dem Gaza-Streifen. Zum anderen erfolgte besagter Rückzug ohne Abstimmung und Kooperation mit der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) und deren demokratisch gewählten Präsidenten Mahmoud Abbas, wodurch den nachfolgenden Machtkämpfen zwischen Fatah und Hamas, die bis an den Rand eines Bürgerkrieges führten, Vorschub geleistet wurde.



## Klare Trennlinien zwischen Israel-Kritik und Antisemitismus

Die im Zusammenhang mit dem Gaza-Krieg innerhalb der Partei DIE LINKE aufgetretenen Kontroversen haben zugleich dringlich werden lassen, klar die Trennlinien zwischen berechtigter Kritik an der israelischen Palästina-Politik und dem strikt zurückzuweisenden Antisemitismus aufzuzeigen.

Die auf der Website von DIE LINKE eingestellte Definition des Antisemitismus, wonach gegenwärtig der „Antisemitismus im Kontext der Auseinandersetzungen im Nahen Osten häufig in Form einer berechtigten Kritik an der Politik Israels (erscheine), in der sich aber Antiamerikanismus, Antikapitalismus und Antikolonialismus mit alten antisemitischen Klischees verbinden“ führt allerdings nicht weiter. Überdies würden „z. B. umstrittene Aspekte der israelischen Siedlungs-, Militär- und Sicherheitspolitik mit dem Holocaust verglichen und damit antisemitische Ressentiments erneut salonfähig gemacht“. Will also wohl sagen, dass zwar prinzipiell ein Recht auf Kritik an israelischer Politik besteht, diese aber zumeist antisemitisch determiniert sei. Natürlich darf keinesfalls außer acht gelassen werden, dass sich hinter Israel-Kritikern auch solche verbergen können, die generell antisemitisch eingestellt sind, dies aber dadurch zu tarnen suchen, dass sie ihre Kritik gegen Israel richten. Viel hilfreicher indessen ist da schon die Definition von Gregor Gysi, die er in einem Interview für den Tagesspiegel vom 30. Oktober 2008 unterbreitet hat, und die da lautet: „Eine Kritik an Israel, seiner Regierung, seiner Armee und seinem Geheimdienst kann völlig berechtigt, überzogen oder auch falsch sein, ist aber nicht antisemitisch. Antisemitismus beginnt dann, wenn Jüdinnen und Juden Rechte vorenthalten werden, wenn ihnen wegen ihrer Herkunft Nachteile erwachsen oder wenn sie deshalb diskreditiert oder beleidigt werden. Trotzdem kann es Kritiker an Israel geben, die eine antisemitische Haltung einnehmen, die aber nicht von vornherein unterstellt werden darf.“

Einzige Grundlage einer solchen berechtigten Kritik an Israel können für die Partei DIE LINKE das Völkerrecht und die Menschenrechtskonventionen sein. Strikt abzulehnen aber ist, wenn: zwischen dem Vorgehen Israels und Nazimethoden Gleichheitszeichen gesetzt oder das israelische Vorgehen gegenüber Gaza gar als Holocaust bezeichnet wird; Deutsche jüdischer Provenienz im Falle einer Kritik an israelischer Politik als „Ihr Israelis!“ angesprochen werden; Verabsolutierungen in der Art: Juden hielten über alles die Hand, vor allem auch über die Medien Platz greifen; solche Klischees, wie – Juden seien immer so und eigentlich selbst Schuld an ihrem Schicksal – bedient werden; Kritik an Israel geübt wird, die auf anti-jüdischen Vorurteilen beruht und diese dann formal auf Israel als erklärtem Staat der Juden übertragen werden.

## Zur Strittigkeit des Umgangs mit Hamas

Dass es im Zusammenhang mit der Haltung zum Gaza-Krieg zu den eingangs erwähnten Irritationen gekommen ist, hatte offensichtlich nicht zuletzt damit zu tun, dass innerhalb der Partei DIE LINKE über den Umgang mit Hamas ein Dissens besteht. Dessen Amplitude bewegt sich anscheinend zwischen denjenigen, die für eine politische Einbindung von Hamas plädieren, sowie denjenigen, komprimiert in der von

BAK Shalom vertretenen Position, die zu begründen suchen, dass es mit Hamas keinen Frieden geben kann.

Zweifellos ist die Bestimmung des Verhältnisses zu Hamas gerade auch für DIE LINKE als eine linke emanzipatorische und säkulare politische Kraft kein leichtes Unterfangen, zumal auch im Nahen Osten die Meinung über Hamas keinesfalls ungeteilt ist. Wenn also von Seiten der Partei DIE LINKE einer Einbindung von Hamas in den politischen Regelungsprozess das Wort geredet wird, so geschieht dies lediglich aus realitätsbezogenen Erwägungen heraus und hat ganz und gar nichts damit zu tun, sich ihr gegenüber solidarisch verhalten zu wollen. Mit der Hamas als islamistischer Bewegung kann es aus linker Sicht keinerlei Solidarität geben und fehlen jegliche Gemeinsamkeiten für eine derartige Verbundenheit. Und es wird selbstverständlich auch nicht ausgeklammert, dass Hamas sich bislang offiziell noch der Anerkennung des Existenzrechts Israel widersetzt und auch terroristischen Akten keine klare Absage erteilt. Da aber Frieden in der Regel nun mal nicht zwischen Freunden geschlossen wird, es sich bei Hamas jedoch um einen politischen Hauptakteur handelt, geht es lediglich darum, jene Voraussetzungen befördern zu helfen, die einen Frieden zwischen Israelis und Palästinensern überhaupt zu garantieren vermögen. Und mittlerweile scheint sich auch anderswo mehr und mehr die Auffassung zu verbreiten, dass sich die von Israel und vom Westen gegenüber Hamas verfolgte Boykottpolitik in vielerlei Hinsicht als kontraproduktiv erwiesen hat.

Andererseits ist aber auch nicht zu ignorieren, dass sich Hamas, die in sozialer wie politisch-ideologischer Hinsicht von Anfang an keineswegs homogen war, in den nunmehr 20 Jahren ihrer Existenz teilweise erheblich zu wandeln begonnen und sich in ihren Reihen ein moderater, pragmatischer Flügel formiert hat. Zu dem beispielsweise Ismail Hanija, Ministerpräsident der 2007 vom Westen abgelehnten palästinensischen Einheitsregierung, zu zählen ist. Ein Vorgang, der offensichtlich bewusst in westlichen Medien ausgeblendet wird. Selbst die zu Recht kritisierte Charta scheint – nach Aussagen von Intimkennern – innerhalb Hamas bereits auf dem Prüfstand zu stehen. Aber so kritikwürdig diese Charta auch ist, als Grund für die Totalverweigerung des Umgangs mit Hamas scheint sie dennoch nicht hinreichend. Es sei nur daran erinnert, dass auch die Änderung der PLO-Charta durch Eliminierung jener das Existenzrecht Israels verneinenden Passagen nicht schon vor Unterzeichnung der Osloer Vereinbarungen 1993 erfolgt ist, sondern erst knapp drei Jahre danach. Überdies hat Hamas vor allem seit der 2. Intifada wiederholt Bereitschaft signalisiert, im Wege eines längerfristigen Waffenstillstandes zu einer Verhandlungslösung mit Israel zu gelangen. Auch hat sie sich – wenn auch noch eher indirekt – zu den Grenzen von 1967 und mithin einer Zwei-Staaten-Lösung bekannt. Belege dafür sind neben der „Kairoer Erklärung“ von 2005, dem Programm für die Legislativratswahlen 2006 vor allem auch die Unterschrift von Scheich Abdul Khaleq al-Natsheh, einem ihrer führenden Vertreter, unter das so genannte Gefangenenpapier, das „Nationale Versöhnungsdokument der Gefangenen“ vom 11. Mai 2006. Darin wird sogar explizit konstatiert, dass das palästinensische Volk nach Befreiung seines Landes und Verwirklichung seines Selbstbestimmungsrechts, einschließlich der Errichtung eines unabhängigen Staates mit Jerusalem als Hauptstadt, auf allen 1967 okkupierten Territorien strebe.



Zwar sieht sich Hamas in ihrem Selbstverständnis weiterhin als Widerstandsbewegung gegen die israelische Okkupation. Zugleich aber übernimmt sie mehr und mehr die Rolle einer politischen Partei. Auch ihre Teilnahme an den Legislativratswahlen selbst kann als ein Zeichen ihres Wandlungsprozesses von einer totaloppositionellen Widerstandsorganisation hin zu einer politischen Partei mit gewachsenem Realitätssinn gewertet werden.

Nicht umsonst ringen gegenwärtig PLO und Fatah mit Hamas darum, sich unter Vermittlung der ägyptischen Regierung erneut auf eine palästinensische Einheitsregierung zu verständigen, eben weil bei allen politischen Akteuren – ungeachtet aller nach wie vor bestehenden Divergenzen – die Erkenntnis Platz gegriffen zu haben scheint, dass eine gesplante palästinensische Nationalbewegung ein zusätzliches Hindernis für den palästinensischen Staatsbildungsprozess aufwirft, das letztlich niemandem nutzt.

## Einforderung eines Paradigmenwechsels

Angesichts all dessen stellt sich als eine Aufgabe für DIE LINKE, mit noch größerem Nachdruck dafür einzutreten, dass im israelisch-palästinensischen Konflikt endlich Schluss ist mit der ewigen Gewaltspirale, mit der Logik des nach dem Krieg ist vor dem Krieg.

Dass mit Krieg und Gewalt nur noch größere Militanz nicht nur im israelisch-palästinensischen Verhältnis, sondern in der nahöstlichen Region insgesamt heraufbeschworen wird, und ständig neuer Nährboden für gegenseitigen Hass entsteht, hat sich hinlänglich bestätigt. Nachgerade auch während dieses Gaza-Krieges. Weder Israelis noch Palästinenser werden davon profitieren, da sie gemeinsam auf dem Boden des historischen Palästina zu leben haben. Deshalb bleiben politische Verhandlungen die einzig vernünftige Alternative. Aber wie das Scheitern aller bisherigen Verhandlungsbemühungen belegt, ist es allein mit dem Bekenntnis dazu nicht getan. Wenn Verhandlungen tatsächlich zu einem Durchbruch führen sollen, so müssen sie am Völkerrecht ausgerichtet sein und auf einen tragfähigen Interessenausgleich in ausnahmslos allen strittigen Punkten abzielen. Jeglicher Diktatfrieden oder die fortgesetzte Handhabung von doppelten Standards bzw. einseitigen Präferenzen, münden – wie der Oslo-Prozess nachhaltig bestätigt hat – über kurz oder lang in der Sackgasse.

Als konsequente Antikriegs- und Friedenspartei sieht sich DIE LINKE in der Pflicht, ihr bisheriges Engagement noch zu verstärken und insbesondere den Druck auf die Bundesregierung weiter zu erhöhen, damit es im israelisch-palästinensischen Konflikt zu einem Paradigmenwechsel kommt – oder wie es in einem Aufruf der „Humanité“ heißt, zu einem New Deal. Das heißt, endlich weg zu kommen von der auf Abschreckung basierenden Konfrontationsstrategie hin zur gemeinsamen Lösungssuche – unter Einbeziehung aller relevanten politischen Akteure. Vor allem muss Schluss damit sein, beim Völkerrecht und den Menschenrechten mit zweierlei Maß zu messen. Das eine für den Stärkeren, der sich mit internationaler Billigung über diese universellen Grundsätze zu erheben vermag. Und das andere für denjenigen, dem die entsprechende internationale Lobby fehlt. Israel darf kein Sonderrecht für sich beanspruchen – es muss wie jeder andere Staat internationales Recht und universelle Menschenrechte respektieren. Dass angesichts des Wahler-

gebnisses vom Februar 2009 in Israel die Aussichten dafür alles andere als ermutigend sind, darf kein Hinderungsgrund sein, dieses notwendige neue Herangehen mit noch größerer Vehemenz einzufordern.

Angesichts des gegebenen Kräfte-Ungleichgewichts sind jedoch die Konfliktparteien allein nicht in der Lage, eine tragfähige Konfliktregelung auf den Weg zu bringen. Vielmehr bedürfen sie eines internationalen Maklers, der die legitimen Interessen beider Seiten, einschließlich der gegenseitigen Sicherheit, zur Geltung bringen kann. Eine Schlüsselrolle unter den unerlässlichen internationalen Akteuren kommt weiterhin den USA, wie insbesondere auch der UNO zu. Was jedoch nicht heißt, dass das Engagement auch der EU nicht gleichermaßen gefragt wäre.

Obwohl es nach dem Gaza-Krieg erst einmal um konkrete Maßnahmen geht, die darauf gerichtet sind, den Waffenstillstand zu konsolidieren und die humanitäre Situation der Gaza-Bevölkerung zu verbessern, orientiert DIE LINKE völlig zu Recht darauf, dass es keine bloße Rückkehr zum Status quo ante gibt. Denn ohne ein Ende der israelischen Okkupation, des Siedlungs- und Mauerbaus auf seit 1967 okkupiertem palästinensischen Territorium, ohne Entlassung der vielen Tausenden Gefangenen sowie ohne die Errichtung eines lebensfähigen Palästina-Staates an der Seite Israels in gegenseitig und international anerkannten Grenzen sind auch für Israel Frieden und Stabilität letztendlich nicht zu gewährleisten. Stattdessen wuchse nur noch rapider die Gefahr einer weiteren Radikalisierung in der Region – mit unabsehbaren Folgen auch für die deutsche Gesellschaft.

Einen konstruktiven Ansatz dafür bieten die von Gregor Gysi in seiner Rede am 14. Januar 2009 im Bundestag fixierten Positionen und unterbreiteten konkreten Vorschläge. So die Forderung, den Palästina-Israel-Konflikt den fünf ständigen Sicherheitsratsmitgliedern (USA, GB, Frankreich, Russland, China) zu überstellen und diese dazu zu bewegen, endlich ihre Verantwortung wahrzunehmen; nämlich:

- die Durchsetzung eines von ihnen garantierten Gewaltverzichts unter strikter Wahrung des Völkerrechts sowie zu diesem Zweck die Einsetzung einer internationalen Friedensstruppe, die sowohl in Israel und Palästina stationiert wird und die gegenseitige Gewaltlosigkeit gewährleistet (allerdings ohne Beteiligung deutscher Soldaten);
- die Gewährleistung der Errichtung des Palästina-Staates in den Grenzen von 1967 – und falls Gebietsaustausche, so nur in gegenseitigem Einvernehmen;
- das Auflegen eines Marshallplanes für Palästina, damit dessen Aufbau beginnen kann und die Menschen dort eine echte Zukunftsperspektive erhalten (Bildung und Arbeit, Brot, Würde);
- unter Einbeziehungen vor allem von Ägypten, Jordanien, Libanon und Syrien die Orientierung auf einen umfassenden Frieden in Nahost;
- basierend darauf, erfolgreiche Verhandlungen mit Iran auf den Weg zu bringen ohne permanente Kriegsdrohung und andere Konfliktzuspitzungen.

Dies realisierend, wäre der Weg geebnet, um den palästinensisch-israelischen Konflikt wie den Nahost-Konflikt insgesamt tatsächlich bei der Wurzel zu packen und dieser geschundenen Region nach den Jahrzehnten voller menschlichen Leids eine friedliche Perspektive zu ermöglichen.



# Aus der internationalen Linken

## FKP: Der Kongress singt wieder

Von Fritz Schmalzbauer, Paris, 14. Dezember 2008

Die französische Presse erwartete das große Massaker unter den verschiedenen Flügeln der FKP. Stattdessen einigte man sich mit großer Mehrheit auf einen Text, der als Leitantrag die nächste Zukunft der Partei bestimmen soll. Der Kern ist – neben den Positionen der FKP zur Krise des Kapitalismus – der Weg in eine veränderte, mehrheitsfähige Partei. Die neue Parteispitze, von vielen Delegierten als reformunfähig kritisiert, wurde mit hoher Zustimmung gewählt. Die bisherige Nationalsekretärin Marie-George Buffet steht für den Übergang und führte eine Liste an, auf der sich die wichtigsten Strömungen wiederfinden. Darüber hinaus wird je nach Wahlergebnis jede der weiteren vier Listen ihre RepräsentantInnen in den Parteivorstand entsenden.

Vor einem Jahr hatte es zur selben Zeit am selben Ort (Paris, „La Defense“) nicht danach ausgesehen: Die FKP stritt nach der Wahl Niederlage (1,93% für Buffet bei den Präsidentschaftswahlen) um den Ausweg aus der Parteikrise. Die Parteiführung wurde in ungewöhnlich scharfer Form kritisiert und reagierte mit dem Vorschlag, sich Zeit zu lassen und gemeinsam für den 12. bis 14. Dezember 2008 einen Außerordentlichen Parteitag vorzubereiten. Die aktuelle Systemkrise war damals nicht in dem Ausmaß vorhersehbar, auch wenn die Linke die zerstörerischen Zyklen des Kapitalismus immer im Auge hatte. In Frankreich hat die Krise sicherlich einen äußeren Einigungszwang in der FKP bewirkt. Gleichzeitig hat sie auch zentrifugale Kräfte nicht verhindert: Robert Hue, ehemalige Leitfigur der FKP, entfernt sich von der Partei, die er als nicht reformfähig ansieht und gründete die NEP, ein Forum von Reformkommunisten. Noch vor dem „Linksruck“ in der Sozialistischen Partei durch den knappen Sieg von Martine Aubry (Autorin der 35-Stunden-Woche) verließ der Senator Jean-Luc Mélenchon die Sozialisten und gründete eine neue Partei, die Parti de Gauche (PG). Auf dem Gründungskongress sprach Oskar Lafontaine. Schließlich pochen die Trotzkisten unter Olivier Besancenot auf ihre Eigenständigkeit und werden, anders als Melanchon, wohl kaum bündnisbereit sein – etwa zu den Europa-Wahlen.

Zwei Texte spielten eine wichtige, einer davon eine zentrale Rolle. Der „orthodoxe“ marxistische Flügel brachte 15 Prozent der Delegierten hinter seine Positionen, während sich die große Mehrheit auf einen 33-seitigen Leitantrag verständigte. Zunächst beschäftigt er sich mit den großen Veränderungen der kapitalistischen Entwicklung und der Systemkrise, aber: „... auch wenn die aktuelle Situation kritisch und gefährlich ist, trägt sie paradoxerweise ebenso Hoffnung in sich ...“ Dazu bedarf es der Einlösung des gemeinsamen politischen Anspruchs, ... „dass sich in den Kämpfen die Kräfte vereinen, die das neue Projekt tragen“. Es werden vier Felder benannt: die Auswirkungen der Globalisierung, die Verschärfung neoliberaler Politik durch Sarkozy und damit die Zukunft Frankreichs, die Verschärfung der Krise der Linken,

die der Rechten freies Feld für ihren Sozialliberalismus überlässt, sowie die Besonderheiten des französischen Kommunismus, die sich in den aktuellen Auseinandersetzungen beweisen müssen. Dazu bedarf es „einer tiefgreifenden Veränderung unserer Partei, damit sie eine nützliche Kraft in diesem Projekt (der gesellschaftlichen Veränderung) wird.“

In der Schlussfolgerung werden die Zielgruppen benannt: „Heute wenden wir uns mit Nachdruck an die Jugend, die abhängig Beschäftigten, an Frauen und Männer in den Wohngebieten, an das ländliche Milieu, an aktive Gewerkschafter, Aktive in Vereinen, an Kulturschaffende und an Intellektuelle, an Männer und Frauen, die eine wirkungsvolle Linke wollen, an die Menschen, die im Alltag unter der kapitalistischen Logik leiden, die bereit sind, sich gegen dieses System zu wenden, die eine Perspektive humanistischer Befreiung erwarten.“

In den Listenwahlen – anders als in der deutschen Linken üblich, wurde eine von Marie-George Buffet und einem nationalen Arbeitskreis erstellte Liste mit 554 Stimmen (67,72%), bestätigt. Deren 178 Mitglieder sind allesamt im Vorstand, der um je 16 Mitglieder der Reformlinken (wovon schon einige auf der zentralen Liste sind) mit der Expertin für Parteibildung, Marie-Pierre Vieux, sowie um die „orthodoxen“ Listen von André Gerin (ca 10 weitere Mitglieder, 10,26%) und Nicolas Marchand (5,26%) erweitert wird. Aus diesem Bundesvorstand wird ein Exekutiv Ausschuss gebildet, der seinerseits eine kollektive Führung (wahrscheinlich 8 Mitglieder) wählen wird. Der neue „starke Mann“ wird, wenn sich Buffet zurückzieht, Pierre Laurent sein, bisher Direktor der Zeitung „Humanité“.

Während das Wahlergebnis ausgezählt wurde, kam es – für deutsche Verhältnisse unüblich – zu einer Reihe von Gesangseinlagen ganzer Delegationen. Angeführt von den sangsfreudigen „Nord“-Delegierten hatte man eher das Gefühl, auf einer Familienfeier zu sein, die nie im Leben innere Konflikte austrägt. Trotzdem ist Vorsicht geboten: Die Spaltung, die vor einem Jahr spürbar wurde, ist noch längst nicht vom Tisch. Reformen, das zeigt das Beispiel des ehemaligen Präsidentschaftskandidaten Robert Hue, könnten auf eine anhaltende Sklerose der FKP mit dem Übertritt in eine neue Formation reagieren. Vorerst scheint diese Spaltung abgewandt. Aber schon bei den Europawahlen wird sich zeigen, ob eine Linke (FKP/Mélenchon) einen größeren Zuspruch in der Bevölkerung findet. Dabei ist das französische Wahlsystem für die Linke eine Hürde, die höchsten 3 Abgeordnete erwarten lässt.

## Frankreich: Partei Die Linke (Parti de Gauche – PG) gegründet

*Aufruf der Delegierten: Alle gemeinsam in eine Front der Linken, um Europa zu verändern!*

Am Donnerstag, dem 29. Januar 2009, hat der Streik- und Demonstrationstag aller Branchen mehrere Millionen Menschen zusammengeführt. Diese bedeutende Mobilisierung ist eine außerordentliche Chance angesichts der historischen Krise, die wir durchleben. Das französische Volk ist bereit zur Öffnung einer Alternative zum Liberalismus. Die ungerechte und ineffiziente Politik, die von zahlreichen Re-



gierungen in der Welt praktiziert wird und die die Rechnung der Krise den Völkern aufbürdet, kann besiegt werden. Ein anderer Weg kann sich öffnen. Dafür ist es an uns, auf der Höhe unseres Volkes zu sein und ihm den politischen Ausweg zu ermöglichen, den es erhofft.

Es ist die Verantwortung der Parteien der Linken, die bereit sind, mit der kapitalistischen Logik zu brechen, die so tiefgreifend versagt hat. Gemeinsam müssen wir dafür arbeiten, den Vertrag zu besiegen, der ein liberales Europa in Marmor meißeln will. Gemeinsam haben wir ein Referendum über den Vertrag von Lissabon gefordert, mit dessen Hilfe Nicolas Sarkozy die Wahlfreiheit des französischen Volkes hintergangen hat und der die Summe aller liberalen Verträge beinhaltet, die Europa in seiner aktuellen Situation bestimmen. Gemeinsam haben wir uns angesichts der Krise auf einer Plattform zur Unterstützung des 29. Januar und der sozialen Mobilisation zusammengefunden und wir werden diesem Ereignis eine Perspektive geben. Gemeinsam können wir eine politische Umwälzung herbeiführen, die angesichts der Krise dringend nötig ist.

Wir sind nicht identisch, wir haben nicht die gleiche Geschichte, aber wir wissen alle, dass die Krise des kapitalistischen Systems Tragödien in sich birgt, wenn sich ihm niemand für eine andere Zukunft entgegenstellt. Es existiert eine soziale, demokratische, ökologische und friedensorientierte Dringlichkeit.

Die Partei Die Linke schlägt vor, sich dieser Dringlichkeit zu stellen. Zunächst in der Verstärkung der gesellschaftlichen Front, die sich der Rechten entgegenstellt, indem wir Seite an Seite bei den Demonstrationen und vor den Toren der Unternehmen handeln und indem wir die gewerkschaftliche und soziale Mobilisierung unterstützen. Sodann, indem wir eine politische Front bilden, die in der Lage ist, bei Wahlen zu siegen. Unsere Organisationen haben eine besondere Verantwortung, einen politischen Ausweg aus der Krise durch Wahlen aufzuzeigen. Ohne diese Orientierung ist keine tiefgreifende Veränderung möglich. Es ist nötig, die Rechten auf der Straße und in der Wahlkabine zu schlagen. Die angepasste Linke ist weder zum dem einen noch zu dem anderen fähig. Während die Krise und die Mobilisierung sich verstärken, was die Rechte in die Defensive drängen müsste, träumt diese von ihrer Zukunft in den folgenden Jahren! In Europa wollen die Unterstützer des absoluten Freihandels ihre Konstruktion eines freien, unbehinderten Marktes trotz der Volksabstimmungen fortsetzen. Die Europawahlen im kommenden Juni bieten uns Gelegenheit, die Bedingungen zu ändern. Wir können hier die Rechte schlagen und in der Linke die Spitze einnehmen; wir können eine große Anzahl von Abgeordneten ins Europaparlament entsenden. Unbedingte Voraussetzung ist, uns zu einen.

Dies ist der Sinn der „Front der Linken zur Veränderung Europas“, zu der wir die Französische Kommunistische Partei auffordern. Sie wendet sich an alle Kräfte, die den Vertrag von Lissabon ablehnen, die für ein anderes, ein soziales, demokratisches und friedliches Europa kämpfen und die Rechten schlagen wollen, unabhängig von Sozialdemokraten und Sozialisten, die in der europäischen sozialistischen Linken zusammengeschlossen sind. Die Front der Linken ist ohne Bedingungen. Wir stellen niemanden vor vollendete Tatsachen. Wir fordern von niemandem, sich zu verleugnen. Wir sind zu allen Diskussionen bereit, zur Debatte über die Bedingungen über die Europawahlen hinaus mit dem Ziel, eine

dauerhafte politische Front zu bilden, die sich der Rechten entgegenstellt.

In den kommenden Tagen wollen wir gemeinsam mit unseren kommunistischen Genossen alle Kräfte ansprechen, die bereit sind, ihre Energie ins Zentrum dieser historischen Allianz zu stellen. Wir sind zuversichtlich, denn wir wissen, dass alle die Dringlichkeit der Situation erkannt haben. Eröffnen wir gemeinsam einen Ausweg. Dadurch können wir auf eine Kraft setzen, die die unsere überragt: die Bereitschaft unseres Volkes für einen Weg, der ihm den Fortschritt ermöglicht.

## Interview mit Jean-Luc Mélenchon

*Auszüge; aus: Humanité, 19. Januar 2009*

### ● Das Jahr 2009:

Wir geraten in eine Situation sozialer und ökonomischer Spannungen ohne Gleichen und ebenso in eine Situation der politischen Ohnmacht der Regierungen ... Aber letztere resultiert auch aus der Unfähigkeit der Linken, eine Alternative vorzuschlagen.

### ● Zum Generalstreik am 29.1.:

Man darf die soziale Bewegung nicht als Ersatz für politisches Agieren begreifen. Politische Parteien müssen für die Aktionen der Bewegungen eine politische Perspektive eröffnen. Die politische Landschaft verändert sich in dem Maße, wie die FKP und Die Linke eine Alternative vorschlagen, die als gemeinsame Front (Block, Wahlbündnis) mit dem neoliberalen Europa bricht.

### ● Die Linke à la française?:

Die Linksfront ist in eine politische, die Wahltermine berücksichtigende Realität eingebunden. Ein Projekt, im luftleeren Raum formuliert, ohne Etappen und politische Gegebenheiten zu berücksichtigen wäre perspektivlos. Wo ist der Schlüssel der Situation für die Menschen, die an eine demokratische Veränderung glauben? Man muss zuerst eine Veränderung wollen, wenn man sich nicht nur der Reformierung von Randerscheinungen beteiligen will ...

### ● Sie sind also kein Reformist?

Ich akzeptiere keine revolutionär-reformistische Opposition. Als Reformisten bezeichnen sich jene, die verlauten lassen, sie wollen keine der fundamentalen Regeln des Kapitalismus antasten. Aber ist das Reformismus? Es existieren radikale Reformen, beispielsweise einen öffentlichen Finanzpool zu schaffen, indem alle Banken nationalisiert werden. Man muss mit dem Kapitalismus brechen. Damit dieses Projekt Form annimmt, müssen Kräfte gefunden werden, die es tragen. Dieses Projekt ist mit den aktuellen europäischen Verträgen unvereinbar. 80 Prozent unserer Gesetze sind Anwendungen europäischer Direktiven und 100 Prozent unserer Gesetze müssen mit den europäischen Verträgen übereinstimmen. Wer letztere akzeptiert, akzeptiert die nationalen Konsequenzen. Darum ist es kein künstliches Konstrukt zu sagen, dass die Bildung einer Linksfront, die eine Alternative zur aktuellen Situation in Frankreich vorschlägt, mit der Ablehnung des Vertrages von Lissabon beginnt. Die sozial-



liberale Vorherrschaft über die Linke verhindert einen Erfolg der Linken.

● **Wie wollen Sie die sozial-liberale Vorherrschaft brechen?**

Ganz einfach, indem wir sie bei Wahlen schlagen. Die NPA (Neue Antikapitalistische Partei, Nachfolgerin der trotzkistischen LCR) antwortet, es gebe keine Dringlichkeit zu den Europawahlen und es sei nicht absehbar, gemeinsam mit den Sozialisten zu regieren. Es steht außer Frage, unter der Vorherrschaft der Sozialliberalen zu regieren. Die Bürgerinnen und Bürger müssen intervenieren. Sie können es im Rahmen der Europawahlen. Wir kennen keine andere Form, die Tendenz umzukehren, als durch allgemeine Wahlen. Die Linksfront hat die Aufgabe, die Rechte zu schlagen und in die vorderste Linie der gesamten Linken vorzustoßen. Um dies zu erreichen, gibt es keinen besseren Weg, als die gesamte andere Linke zu vereinen. Ein möglichst breiter Zusammenschluss muss alle einschließen, die sich gegen den Lissabon-Vertrag gestellt haben. Ich bin gegen jedes Zusammengehen mit der PS (Sozialisten) bei den Europawahlen, weil sie die Ratifizierung des Lissabon-Vertrages in ihrem Programm haben.

● **Ist DIE LINKE in Deutschland für Sie ein Vorbild?**

In der Tat, eine Inspiration. Nicht sie zu kopieren, das ist unmöglich. DIE LINKE hat damit begonnen, eine Front (einen Wahlblock) zu bilden. Sie ist nur aufgrund des deutschen Wahlrechts eine fusionierte Partei geworden. Daher: Brechen wir unsererseits, unterstreichen wir unsere Unabhängigkeit gegenüber der Sozialdemokratie und bilden wir eine Front als Regierungsalternative, ich sage bewusst Regierungsalternative. Das längerfristige politische Projekt der Front muss sein, eine Regierungsmehrheit im Land zu bilden.

● **Die Wahl von Martine Aubry ...**

Die SP ist von den verschiedensten Strömungen, ob nun offen oder verborgen, durchzogen. Aber ich vergesse nicht, sie ist eine Partei der Linken. Und es gibt in diesem Land keine linke Mehrheit ohne die Sozialistische Partei. Die Frage ist, mit welcher Orientierung. Die aktuell vorherrschende ist jedoch die Angleichung ihrer Politik und ihres Regierungsprogramms an die sozialdemokratischen europäischen Orientierungen, die alle auf der Akzeptanz des Lissabon-Vertrages beruhen. Die Strömung von Martine Aubry ist klassisch sozialdemokratisch Mitte-Links. Das Wort Reformist wird verwendet, um zu zeigen, dass man den Kapitalismus nicht anfasst und das Wort Europa ist ein Signal um zu sagen, man bleibt mit der Rechten im Lager der Befürworter des Vertrages von Lissabon.

● **Eine linke Mehrheit mit der SP ...?**

Es gibt nur zwei Möglichkeiten, das Gravitationszentrum zu verändern: im Inneren der SP, indem man versucht, sie zu bewegen. Ich habe zwanzig Jahre meines Lebens darauf verwendet und mit welchem Ergebnis? Daraus habe ich meine Schlussfolgerung gezogen. Die zweite Möglichkeit besteht in der öffentlichen Auseinandersetzung und durch die Wählerentscheidung. Es obliegt dem französischen Volk und den Wählern der Linken, das Problem zu regeln. Wenn die Linke zersplittert und ohne ein Minimum einer gemeinsamen Plattform erscheint, kann ich verstehen, wenn die Wähler der Lin-

ken bei der Präsidentschaftswahl den Rücken zukehren. Aber die Linksfront ist kein Projekt mehr, sondern Realität: Es sind die FKP und die PG. Sicher eine unzureichende Realität, aber man kann es weder den Kommunisten noch uns zum Vorwurf machen, dass wir zusammenarbeiten. Die uns dies vorwerfen, können zu uns stoßen! Man sollte nicht unterschätzen, dass die Front existiert. Sie ist ein wesentlicher Ausgangspunkt.

● **Wie sehen Sie ihr Verhältnis zur FKP über die Front hinaus? Träumen Sie nicht längerfristig mit einem Übernahmeangebot an diese Partei?**

Nein. Die Beziehungen gestalten sich umso einfacher, als die FKP sich entschieden hat, eine kommunistische Partei zu bleiben. Jeder bewahrt seine Identität. Die FKP beansprucht für sich die Geschichte des Kommunismus und ihre Verlängerung in die Zukunft. Wir stehen in der Logik einer sozialen Republik und einer Sammlungspartei, die sich zum Ziel setzt, das Ideal der Linken neu zu formulieren. Wir sind nicht im Wettstreit mit der FKP, genauso wenig wie mit der NPA. Man muss Identität und Einheit kombinieren können. Wir verstehen uns in diesem Punkt mit der FKP gut.

● **Wie deuten Sie, dass die NPA die Europawahlen auf eigene Faust bestreiten will?**

Die Diskussion über diesen Punkt ist dort noch nicht beendet. Die Genossen der NPA sagen, sie wollen eine revolutionäre Partei gründen. Das ist nicht unser Problem. Wir schlagen eine Front (Block, Wahlbündnis) aus Aktivist/innen mit zwangsläufig unterschiedlichen Auffassungen vor. Oft stellt die NPA in den Vordergrund, was uns unterscheidet und manchmal, was an Gegensätzen existiert. Sie konstatiert damit nur eine Selbstverständlichkeit, sonst wären wir alle in derselben Partei. Ich hoffe, dass das jüngste Treffen mit der NPA Missverständnisse aufgeklärt hat. Ich bin sicher, wir können im gegenseitigen Respekt zum Ziel kommen.

## Frankreichs Linke in Bewegung

*Von Cornelia Hildebrandt, Referentin der Rosa-Luxemburg-Stiftung; aus: Birgit Daiber/Cornelia Hildebrandt (Hrsg.), Die Linke in Europa. Analyse linker Parteien und Parteiallianz, Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin 2009*

### Proteste auf den Straßen Frankreichs

Alle acht großen Gewerkschaften hatten für den 29. Januar 2009 zu einem landesweiten Generalstreik aufgerufen. Weitere Gewerkschaften folgten. Die Forderungen der eine Million Streikenden reichten von Arbeitsplatzgarantien bis zu Subventionen für bedrohte Branchen. Sie protestieren gegen die geplante Privatisierung des staatlichen Energiekonzerns EDF, gegen den Gesamtansatz der Politik Sarkozys, der 428 Milliarden Euro zur Rettung von Banken und Konzernen zur Verfügung stellt, ohne sie an Bedingungen der Verwendung zu knüpfen, der ohne wirkliche Kursänderung stur an seiner Politik des Sozial- und Demokratieabbaus festhält. Immer deutlicher wird der Widerspruch zwischen seiner angekündigten „Neugründung des Kapitalismus“ und seinem tatsächlichem Handeln, zwischen eingreifender und zugleich Markt-



freiheit sichernder Politik. Es geht nicht mehr nur um einzelne Forderungen, die eigene Person oder eigene Branche betreffend. Die Lehrer z. B. sind beunruhigt über die Desorganisation der Justiz, die Lohnabhängigen in der Autoindustrie sind über die Lage des Notdiensts in den Krankenhäusern verärgert; die Zahnärzte und Anwälte stellen fest, dass Sarkozy, den sie gewählt haben, ihre Bemühungen nicht belohnt. Und vor allem – die Leute sind nicht bereit, für eine Krise zu bezahlen, für die sie keine Verantwortung tragen. Gegen all das richtete sich die Wut der über eine Million Demonstrierenden, geprägt von einem Gefühl tiefer Ungerechtigkeit.

Sarkozy verliert in den letzten Wochen deutlich an Zustimmung, nur 36 Prozent der Franzosen sind zufrieden mit seiner Politik. Gemäß den Meinungsumfragen für die Europawahlen liegt die Partei von Sarkozy (UMP) nur noch bei 26 Prozent, (23% Sozialistische Partei, Zentrumsparterie ca. 14,5%). Trotzdem gibt es noch immer deutliche Mehrheiten für ein Mitte-Rechts-Bündnis. Was also machen die Linken und welche Voraussetzungen haben sie, dieser Mehrheit eine linke oder wie andere meinen, eine links-liberale Allianz entgegenzustellen?

Die gesamte politische Linke Frankreichs ist in Bewegung: die moderate, die radikale und ebenso die extreme parteipolitische Linke. Im Dezember 2008 votierte der Parteitag der Französischen Kommunistischen Partei Frankreichs (FKP) für eine Öffnung und Erneuerung der Partei, Im November führte der Parteitag der Parti Socialiste (PS) zu einer Abspaltung der Gruppe um Jean-Luc Mélenchon und Ende Januar zur Bildung der Partei Die Linke – der Parti de Gauche (PG). Eine Woche später beschließt der Parteitag der Liga der revolutionären Kommunisten (LCR) unter Führung von Oliver Besancenot ihre Auflösung und die Gründung einer Neuen Antikapitalistischen Partei (NPA). Gleichzeitig zur Gründung der NPA gründete sich die „Fédération“, eine Sammelbewegung von politischen Gruppierungen: Partei der Alternatifs, die Association des communistes unitaires (ACU), Alternative Démocratie et Socialisme (ADS), AlterEkolo, Ecologie Solidaire, Mai und Utopia. Alle diese Prozesse vollziehen sich mit unglaublicher Dynamik vor dem Hintergrund der Krise und im Vorfeld der Wahlen zum Europaparlament. Wie stellt sich die Situation im Einzelnen dar?

## Die sozialistische Partei – noch in der Krise

Die Sozialistische Partei ist in der Krise – personell und programmatisch. Der Parteitag im November 2008 sollte mit der Abstimmung über die Programme der sechs verschiedenen Strömungen innerhalb der PS Klarheit schaffen und einen entsprechenden Personalvorschlag für den Parteivorsitz unterbreiten. Sichtbar wurde das Bild innerer Zerrissenheit. Die größte Unterstützung erfuhr mit 29 Prozent das richtungspolitisch offene und sich eher nach rechts orientierende Programm von Ségolène Royal, in dessen Zentrum sie die Frage der partizipativen Direktdemokratie stellte. Je 25 Prozent Unterstützung erhielten der Pariser Bürgermeister Bertrand Delanoë für seinen reformistisch-sozialdemokratischen Kurs mit Brückenschlag zum bürgerlichen Zentrum und ebenso Martine Aubry, die als frühere Arbeitsministerin die 35-Stunden-Woche durchsetzte und für ein klassisch sozialdemokratisches Organisations- und Politikverständnis mit starker Betonung der sozialen Frage steht. 19 Prozent der

Stimmen erhielt überraschend Benoit Hamon, der als Repräsentant des linken Flügels auch für einen radikalen Generationswechsel in allen Führungsgremien der PS steht und für eine breite Abwehrfront gegen Sarkozy. Die ökologistische Strömung erhielt lediglich zwei und die Gruppierung „Utopia“ weniger als zwei Prozent.

Mit diesem Abstimmungsergebnis wurde eine inhaltliche und personelle Einigung auf dem Parteitag selbst nicht möglich. Erst in zwei neuerlichen Urwahlen der Mitglieder kam eine Koalition verschiedener Strömungen zustande, die Martine Aubry zu einer knappen Mehrheit verhalf. Ob sich mit ihr eine stärkere, auf die soziale Frage hin ausgerichtete Orientierung der SP durchsetzen wird, bleibt abzuwarten. Europapolitisch wird die SP einen Spagat leisten müssen: sich einerseits von Sarkozy absetzen und gleichzeitig für den Vertrag von Lissabon werben. Damit verbleibt sie auf der sozial-liberalen Plattform der PSE (Parti socialiste européen) und steht in dieser Frage im Widerspruch zu den 60 Prozent ihrer WählerInnen, die beim Referendum zum europäischen Verfassungsvertrag 2005 mit „Nein“ gestimmt hatten.

## Die Linkspartei

Noch vor der letzten Phase des Parteitages der SP im November 2008 haben die Senatoren Jean-Luc Mélenchon und Marc Dolez beschlossen, mit ihrer Gruppe die PS zu verlassen und eine neue autonome Linkspartei, die Parti de Gauche zu gründen. Mélenchon gehörte 2005 zu den maßgeblichen Akteuren innerhalb der SP, die den Verfassungsvertrag ablehnten.

Angesichts der Krise des Kapitalismus und des Scheiterns der Sozialdemokratie in Europa braucht es aus ihrer Sicht eine neue Partei, die „fest im linken Lager verankert“ ist und „demokratische und republikanische Werte ohne Zugeständnisse an die Rechte“ vertritt.

Auf einem ersten öffentlichen Meeting, bei dem Oskar Lafontaine das Wort ergriff, versammelten sich 3 000 Menschen. Anfang 2009 hat die Parti de Gauche ca. 7 000 Mitglieder und Sympathisanten, unter ihnen viele ehemalige Anhänger der PS, die von dem Kurs dieser Partei enttäuscht sind. Darüber hinaus vereint sie Vertreter aus Bürgerrechtsgruppen und Kommunisten. Die Strategie der Partei beschreibt Mélenchon als „Revolution durch Wahlen“. Über eine neue politische Linksfront verschiedener Parteien sollen linke Mehrheiten für einen Politikwechsel ermöglicht werden. Klar ist hierbei, dass keine politische Kraft in Frankreich für ein solches Projekt eine Selbstauflösung akzeptieren könnte. D. h. die Parteien, die sich als Teil dieser Front gegen die neoliberale Politik Sarkozys verstehen, sollen ihre parteipolitische Identität behalten. So auch die FKP, die als privilegierter Partner zur die Konstruktion einer solchen politischen Front in Vorbereitung der Europawahlen bereit steht. Zusammen mit der NPA von Besancenot könnte diese Front gegenwärtig ca. 15 Prozent der Stimmen auf sich vereinen. Dies aber wird von der NPA derzeit abgelehnt.

Bemerkenswert ist, dass sich dieses neue parteipolitische Projekt unmittelbar auf die Erfahrungen der Herausbildung der Partei DIE LINKE in Deutschland beruft und versucht, diese innovativ „französisch“ zu bearbeiten. D. h. es geht vor allem um die Wahrnehmung von Möglichkeiten, Zeitfenster für Veränderungen zu erkennen, alte Strukturen aufzubrechen und zunächst über eine linke „Sammlungspartei“ ein



neues parteipolitisches Projekt – ähnlich wie zunächst die WASG in Deutschland – aufzubauen. Langfristig geht es um die Entwicklung einer darüber hinausweisenden Linksallianz.

Auf längere Sicht sollten linke politische Mehrheiten für einen Politikwechsel aufgebaut werden, die – so Mélenchon – in Frankreich ohne die Sozialistische Partei nicht möglich sind. Bisher jedoch vollzieht die SP die Angleichung ihrer Politik und ihres Regierungsprogramms an sozialdemokratische europäische Orientierungen, die „alle auf der Akzeptanz des Lissabon-Vertrages beruhen“.

## Gründung der Neuen Antikapitalistischen Partei

Die NPA wurde am 7. Februar 2009 als Nachfolgerin der Revolutionären Kommunistischen Liga (Ligue Communiste Révolutionnaire – LCR) gegründet. Die NPA hat 9 000 Mitglieder und Sympathisanten, unter ihnen Vertreter der Lutte Ouvrière (LO), der Freunde von Jean-Marc Roullian, dem Gründer der „Action directe“ (einer Organisation des zivilen Ungehorsams), Aktivisten des Komitees von José Bové, Ökologen, Wachstumsschumpfer und Globalisierungskritiker. Die meisten sind politische Neulinge, sie eint ihr gemeinsamer Kampf gegen die Politik Sarkozys. Zu den politischen Essentials der NPA gehören der Bruch mit dem Kapitalismus und die völlige Unabhängigkeit gegenüber der SP.

Die NPA versteht sich nicht mehr als trotzkistische Partei, nicht als Fortsetzung der LCR und wird auch nicht mehr der Vierten Internationale angehören. Ob sie sich ideologisch und organisationspolitisch tatsächlich von ihr abhebt, wird sich zeigen, zumal die Hälfte des neuen Leitungsgremiums von den Führungskräften der LCR gebildet wird. In ihren Gründungsprinzipien beschreibt sie vor dem Hintergrund der aktuellen Krise als „Verallgemeinerung der kapitalistischen Globalisierung“, die Notwendigkeit des Bruchs mit dem kapitalistischen System durch eine revolutionäre Transformation der Gesellschaft.

Das Ziel der neuen antikapitalistischen Partei ist ein System der kollektiven Organisation, eine Assoziation, wo die freie Entfaltung jedes Einzelnen Bedingung der freien Entfaltung aller ist. Sie bezieht sich auf die Klassenkämpfe der sozialistischen, kommunistischen, libertären und revolutionären Tradition und in ihren Gründungsprinzipien auf einen Sozialismus des XXI. Jahrhunderts – frei von Ausbeutung und Unterdrückung, Rassismus und jeder Diskriminierung, der Unterdrückung der Frauen.

Der Sozialismus stellt das Privateigentum an Produktionsmitteln in Frage. Zunächst aber muss der Profit zugunsten von Lohnerhöhungen, Renten und sozialen Minima umverteilt werden, als die drängende Antwort auf die unmittelbaren Bedürfnisse der von der Krise am stärksten Betroffenen. Der notwendige revolutionäre Bruch müsste sich einbinden in eine Mobilisierung für ein anderes Europa. In der Resolution zu den Europawahlen 2009 wird die Unfähigkeit Europas beschrieben, auf die Krise zu reagieren. Gefordert wird ein demokratisches Europa der Arbeiter und der Völker und vorgeschlagen wird ein europäischer „Dringlichkeitsplan“. Dazu gehört das Verbot von Entlassungen, die Verteilung der Arbeit unter allen, ein europäischer Mindestlohn in Höhe einer Kaufkraft von 1 500 Euro netto, die Harmonisierung der Arbeiterrechte. Vorgeschlagen wird ferner ein öffentlicher Dienst auf europäischer Ebene für Luftfahrt, Bahn, Wasser-

transporte, Energie und pharmazeutische Konzerne. Die Kapitalflüsse müssen kontrolliert und alle Steueroasen geschlossen werden. Gefordert wird ein ökologisches Europa, gebunden an gesunde Nahrung, an Wasser als Allgemeingut und ebenso an einen Ausstieg aus der Atomwirtschaft. Europa soll ein Europa der Gleichheit sein, ein solidarisches Europa mit den Völkern des Südens und ein friedliches. Das erfordert den Abzug der Truppen aus Afghanistan, den Stopp der Unterstützung der Diktaturen in Afrika, den Bruch mit der NATO. Die NPA lehnt die aktuelle Politik der Europäischen Union ab, die imperial, unsozial und undemokratisch ist. Sie plädiert für ein soziales, ökologisches und einheitliches Europa, ein wirkliches demokratisches und solidarisches Europa, ein Europa des Friedens. Sie distanziert sich aber auch von jenen, die eine souveränistische oder nationalistische Lösung wollen

Auf einer Gründungsversammlung sollen die Völker selbst über die Form ihrer Kooperation entscheiden. Die NPA steht für eine freie Föderation der vereinigten sozialistischen Staaten Europas. Dazu braucht es aus ihrer Sicht auch den Zusammenschluss der Antikapitalisten auf europäischer Ebene.

Die NPA lehnt eine Zusammenarbeit mit der SP und ebenso mit der FKP ab, das Angebot von Mélenchon zusammen mit der Parti de Gauche und der FKP eine „Front der Linken zur Veränderung Europas“ zu bilden, hat sie bisher ausgeschlagen. Sie will für die Verbesserung der Situation der Arbeiter und ihrer demokratischen Rechte kämpfen, aber sie will sich nicht an einer Koalition beteiligen, die im Widerspruch zu ihrem revolutionären Kampf steht. Eine Mitwirkung ihrer Mandatsträger im System lehnt sie ab, dafür will sie neue Formen politischer Macht entwickeln und daran arbeiten, eine neue Internationale zu bilden.

## FKP – zwischen Tradition und Innovation

Die Französische Kommunistische Partei zählt zu den ältesten linken Parteien Europas. Sie wurde 1920 gegründet und ihre Geschichte, die hier nicht ausgeführt werden kann, beschreibt eindrucksvoll die wechselvolle Geschichte einer westeuropäischen kommunistischen Partei mit ihren Erfolgen, Fehlern, Irrtümern und Phasen der Erneuerung.

Gegenwärtig hat die FKP ca. 135 000 Mitglieder (Zahl von 2006) und ist damit eine der größten linken Parteien Europas. Ihre Hochburgen liegen noch immer in den alten Revieren der Schwerindustrie im Nordwesten und in den östlichen Vorstädten von Paris, an den Rändern des Zentralmassivs und an der Mittelmeerküste. Sie wird überdurchschnittlich von Männern über 45 Jahre und ebenso in den höchsten Altersgruppen gewählt. Sie ist deutlich unterrepräsentiert bei den Wählern zwischen 18 und 29 Jahren. Ihre Sozialstruktur verweist auf eine klassische Arbeiterpartei. Ihre Wähler besitzen eher geringe oder mittlere Bildungsniveaus. Sie sind häufig berufstätig, manuelle Arbeiter, weniger präsent sind die Vertreter der technischen Intelligenz. Im Vergleich zur Bevölkerung wählen Vertreter aus soziokulturellen Berufen überdurchschnittlich FKP. Sie ist deutlich unterrepräsentiert bei den Arbeitslosen – diese finden sich eher bei den Parteien der extremen Linken.

Die FKP steht innerhalb des linken Lagers in Konkurrenz zur SP und zu den bisherigen Parteien und Gruppierungen der extremen Linken in Frankreich. Dazu gehört die bereits



oben erwähnte LCR, die Lutte Ouvrière sowie die Parti des Travailleurs, die 1999 über eine gemeinsame Liste in das Europäische Parlament einzogen waren und bei den Präsidentschaftswahlen 2002 elf Prozent auf sich vereinen konnten (die FKP mit Robert Hue erreichte 3,37 Prozent). Bei den Präsidentschaftswahlen 2007 erhielt die FKP mit Marie-George Buffet 1,9 Prozent, bei den Parlamentswahlen im gleichen Jahr 4,3 Prozent, d. h. 15 Sitze als „gauche démocrate et républicaine“, zu der auch die Grünen gehören – Ergebnisse, die zu gründlicher Analyse zwingen und zu offenen Diskussionen über das Selbstverständnis, Strategie und Programmatik und ebenso über Organisationsstrukturen der FKP.

Vor dieser Aufgabe stand der außerordentliche Parteitag im Dezember 2008. Was waren seine Ergebnisse? Neben Marie-George Buffet wurde der bisherige Chefredakteur der Humanité, Pierre Laurent, zum Chef einer neu eingerichteten kollektiven Leitung gewählt, die auf Anforderung der Mitglieder eine größere Leitungseffizienz gewährleisten soll. In der politischen Resolution des Parteitages wurde versucht, in drei Abschnitten die politische Strategie ausgehend von den neuen Realitäten im Kapitalismus und der in der Krise noch steigenden Anforderungen an radikale gesellschaftliche Veränderung zu definieren (1. Teil). Ausgangspunkt sind die konkreten strategischen Erfahrungen (2. Teil) wie die Regierungsbeteiligungen der FKP, die erfolgreiche Sammlungsbeziehung beim Referendum 2005, der gescheiterte Versuch einer gemeinsamen Präsidentschaftskandidatur der Antiliberalen, die schlechten Wahlergebnisse auf der nationalen Ebene und die bisweilen guten Resultate bei den Lokalwahlen. 80 Prozent der Delegierten stimmten für die Orientierung auf eine breite Front bei den Europawahlen im Juni 2009 mit möglichst allen in europäischen Fragen konvergierenden politischen und sozialen Kräften. Ob damit als politische Perspektive eine neue Art und an heutige Bedingungen angepasste Volksfront-Strategie oder die Errichtung von Fronten mit unterschiedlichen Partnern anzustreben ist, bleibt offen. Dahinter steht zum einen die nicht gelöste Frage des Verhältnisses zur SP und zum anderen die ungeklärte Frage der Verzahnung von gesellschaftlichen Mitte-Unten- Bündnissen und politischen Mitte-Links-Allianzen.

Offen ist die Frage, ob zu einer fortschrittlichen Front grundsätzlich auch die Sozialisten gehören, wenn sie z. B. eine andere europapolitische Position beziehen würden oder Aubry linksozialistische Ansätze in der SP durchsetzen kann, oder ob eine solche Front die Autonomie der radikalen gesellschaftlichen und politischen Linken erfordert. Letzteres aber heißt, die Zusammenarbeit mit den anderen Teilen der Front zu intensivieren, mit Konsequenzen für die Identität und Struktur der PCF. Diese Fragen ließ der Parteitag offen.

In der Resolution des Parteitags wird immer wieder auf die Verankerung der Partei verwiesen, auf die Rolle der Kommunalpolitik, partizipativer Demokratie auf allen Ebenen, um die aktive Bürgerbeteiligung wieder zu beleben. Es wird ein Diskussionsrahmen für die Entwicklung neuer Politikansätze vorgeschlagen, die vor allem in benachteiligten Wohnvierteln, an den Arbeitsplätzen greifen sollen.

Orte der Begegnung sollen geschaffen werden, wo politische und soziale Kräfte, Künstler, Intellektuelle, Akteure sozialer Bewegungen sich treffen und informieren können – offene Räume. Auch die angestrebte fortschrittliche Front soll bürgerorientiert sein und der vernachlässigte Vorrang für

die „Bewegung von unten“ müsse wieder aktiviert werden. Hierzu sind die bisherigen Erfahrungen gesellschaftlicher und politischer Bündnisse zu analysieren. Es wird ausdrücklich von Fehlern in der Bündnisfrage gesprochen. Analysen werden eingefordert, anstatt sie vorzunehmen. Festgestellt wird, dass es nicht möglich war, einen Rahmen und eine Methode zu finden, die es erlaubt hätte, die Dynamik der Komitees von 2005 weiterzuführen. Undeutlich bleibt die Beschreibung der Ursachen hierfür, die ganz sicher nicht von Fragen nach der Öffnung der Partei, ihren Organisationsstrukturen und letztlich ihrem Selbstverständnis zu trennen sind. Hierzu werden im Leitantrag erste Überlegungen formuliert. Die FKP müsse sich vorrangig als ein politisches Beteiligungsprojekt der Bevölkerung verstehen, als Aktionspartei, die in benachteiligten Wohnvierteln und verstärkt auch wieder an den Arbeitsplätzen verankert ist. Dazu soll die Funktionsweise aller Strukturen (Zellen, Sektionen, regionalen Zusammenschlüsse, Kollektive) verändert werden. Sie sollen durchlässiger werden, Raum für Kreativität und Vielfalt unter Einbeziehung bisheriger Erfahrungen bieten. Die Partei müsse sich öffnen und erneuern, heißt es im Leitantrag, einschließlich einer stärkeren Gewichtung des feministischen Engagements, das dem antikapitalistischen Kampf gleichzusetzen und nicht unterzuordnen ist. Sie will Bedingungen schaffen, damit die politische Repräsentation der Mandats- und Funktionsträger wieder die Vielfalt der Gesellschaft spiegelt.

Es ist ein Anfang, der nachhaltiger sein muss, als es die Erneuerungsversuche der „renovateurs“ 1984, der „reconstructeurs“ (Wiederaufbauer) 1987 und der „refondateurs“ (Neugründer) bisher waren. Absichten und Beschlüsse sind nicht ausreichend. Das zeigen auch die eigenen Erfahrungen wie der Beschluss zur Neugründung der FKP aus dem Jahr 2002, angenommen auf dem Parteitag in Martigue, der in der Partei letztlich nicht durchsetzungsfähig war. Ein Blick auf unterschiedliche Strömungen innerhalb der FKP macht die Schwierigkeit bisher nicht ausreichend erfolgter Öffnungen und Parteireformen deutlich.

Obwohl es in der Partei formal keine organisierten Plattformen und Strömungen gibt, sind sie vorhanden und sollen hier lediglich am Beispiel kontrovers diskutierter Fragestellungen skizziert werden. Die frühere Unterscheidung zwischen Traditionalisten, Refondateurs, Hueisten und Anhängern der Linie von Marie-George Buffet hat sich inzwischen stark ausdifferenziert und inhaltlich verschoben.

Die Anhänger der Linie von Marie-George Buffet sind vor allem in den Führungsgremien der Partei vertreten. Sie sehen die Notwendigkeit einer Allianz mit der SP und stehen zugleich kritisch zur Regierungsbeteiligung der „gauche plurielle“, deren Wiederholung eine Katastrophe wäre. Für sie sind die Kampagnen und Bündnisse des 29. Mai 2005 – der Abstimmung gegen den Verfassungsvertrag – der Ausdruck einer neuartigen Einheit der Linken – eine „union populaire“, die letztlich aber nicht in eine neue politische Einheit überführt werden konnte. Sie standen für eine anti-neoliberale Einheitskandidatur mit einer kommunistischen Kandidatin. Die Anhänger des früheren Generalsekretärs Robert Hue verteidigen das Prinzip der Allianz mit der Sozialistischen Partei. Sie sind vor allem unter den Mandatsträgern der FKP vertreten und sprechen sich gegen eine überzogene kritische Bilanz der Regierungszeit der „gauche plurielle“ aus. Auch sie haben einen erheblichen Anteil daran, dass es bis-



her keine Auswertung der zweiten Regierungsbeteiligung der FKP gibt. Die Öffnung der FKP gegenüber sozialen Bewegungen wird eher kritisch gesehen, weil diese undefinierbar, inhaltlich unbestimmt und von der extremen Linken unterwandert seien. Wenn man wirkliche Veränderungen wolle, könne man linke Regierungsbündnisse nicht grundsätzlich ausschließen. D. h. die FKP müsse mit ihren Forderungen anschlussfähig bleiben. Die Kampagne gegen das „Nein“ zur europäischen Verfassung z. B. formuliert aus ihrer Sicht eher eine ausschließende Forderung, die zur extremen Linken tendiert und Bündnisfähigkeit zur linken Mitte unmöglich macht.

Die Strömung der sogenannten Erneuerer war die erste Oppositionsströmung innerhalb der FKP, die in der Partei verblieben ist. Sie bezieht viele ihrer strategischen und politischen Bezugspunkte aus dem Eurokommunismus, sie stellte die führende Rolle der Arbeiterklasse und den Führungsanspruch der FKP in Frage, formulierte ihre Kritik an einer staatsfixierten politischen Strategie und wandte sich während der Regierungszeit der FKP gegen die Privatisierung öffentlicher Unternehmen. Ihre Vertreter verstehen die Partei als Teil sozialer Bewegungen und entdeckten sehr früh die Rolle der globalisierungskritischen Bewegungen. Sie beteiligten sich am Weltsozialforum in Porto Alegre, unterstützten die Zusammenarbeit mit Attac und die Durchführung des europäischen Sozialforums in Paris. Sie waren maßgeblich an der Ausarbeitung des Appells der 200 gegen die Europäische Verfassung beteiligt. Diese starke Ausrichtung auf soziale Bewegungen wurde zugleich als Abkehr von einer Bündnisstrategie gegenüber den Sozialisten verstanden und musste daher auf den Widerstand anderer Gruppierungen treffen. Sie waren es, die vor allem auf eine Einheitskandidatur der Linken drängten.

Die sogenannten Traditionalisten sind vor allem in den Hochburgen der FKP verankert z. B. in der Region Nord und Pas de Calais, aber auch im Departement Marne, im roten Gürtel um Paris. Sie finden sich vor allem unter den aktiven Mitgliedern der CGT. Sie sind sozial verankert in der klassischen Industriearbeiterschaft. Sie stehen einer „Modernisierung“ der Partei eher ablehnend gegenüber und vertreten das „ouvrieristische“ Erbe der FKP. Sie lehnten während der Regierungszeit der Partei den Verkauf von Aktien der Air France als Schritt zur Privatisierung ab. Sie lehnen eine zu deutliche Kritik an der kommunistischen Geschichte ab und standen kritisch zur Abrechnung mit dem Stalinismus. Sie fordern einerseits die Autonomie der Partei, auch gegenüber den Sozialisten, und warnen vor einem erneuten Bündnis mit ihnen, sehen aber letztlich bündnispolitisch keine Alternative. Den sozialen Bewegungen dagegen stehen sie eher distanziert gegenüber. Sie unterstützten die Kampagnen gegen den Verfassungsvertrag und bestanden dabei auf der besonderen Rolle der FKP.

## Die Europawahlen als Schlüssel für die weitere Entwicklung

Die FKP ist derzeit mit zwei Abgeordneten im Europaparlament vertreten. Für einen erfolgreichen Europawahlkampf müsste sie versuchen – anknüpfend an die Erfahrungen beim Referendum gegen den EU-Verfassungsvertrag im Jahre 2005 –, Teile der Bewegung für das linke „Nein“ für ein neues, breit angelegtes gesellschaftlich und politisches

Bündnis zu gewinnen. Die hierfür angestrebte „Front der Linken zur Veränderung Europas“ als gemeinsames Projekt von FKP, Parti de Gauche und anderen politischen und sozialen Kräften soll der Motor für eine neue Dynamik und gesellschaftliche Öffnung sein. Unklar sind die Konturen der Front. Noch lehnt die NPA ihre Beteiligung an dieser Front ab. Von Bewegungen wird der Anspruch angemeldet, nicht nur eine Achse von Parteien zu konstruieren, sondern auch unterschiedlich konstituierte Gruppen zu berücksichtigen, womit sich allerdings wieder die ungelöste Frage einer konstruktiven Zusammenarbeit zwischen Parteien, einzelnen Persönlichkeiten und oft wenig strukturierten und nur punktuell wirkenden sozialen Initiativen stellt. Abgesehen von den direkten politischen Akteuren zeigen auch Bewegungen wie Attac und selbstorganisierte und über das Lokale hinaus vernetzte Jugendgruppen aus den Banlieues Interesse an dem entstehenden Bündnis.

Wie weit es den führenden Persönlichkeiten des Appells der Zeitschrift „Politis“ vom Sommer 2008 zur Gründung einer neuen linken Kraft gelingen wird, sich tatsächlich in einer neuen „Fédération“ zu vereinen und damit einen weiteren Pol mit einer realen sozialen Basis herzustellen, ist noch nicht abzusehen.

Europa ist eine Chance – denn weder das Argument der „nützlichen Stimme“ zu Gunsten der PS, um die Rechte zu blockieren, noch die heiklen Fragen des Verhältnisses von FKP und PS üben bei diesem Wahlgang Druck aus.

Die Linke hat eine Chance, im Europawahlkampf erfolgreich zu sein, wenn sie alle ihre Erfahrungen, Potentiale und Ressourcen zur Selbstveränderung zusammenbringt: die Erfahrungen aus 2005, aus dem Scheitern des antiliberalen Bündnisses 2007, das Wissen um die Mobilisierungsfähigkeit der französischen Gesellschaft, die Kraft der Gewerkschaften zur Organisation wirkungsvoller Generalstreiks bis hin zu den Eindrücken des 29. Januars 2009.

## Die Grünen in Frankreich

Die Geschichte der französischen Grünen hat lange vor ihrer Gründung 1984 angefangen. Sie begann mit der Kandidatur des Agronomen und Dritte-Welt-Anhängers René Dumont zu den Präsidentschaftswahlen 1974, der beim 2. Wahlgang dazu aufrief, für François Mitterrand zu stimmen. Danach wurde die Ökologische Bewegung gegründet, die bereits zu dieser Zeit vor einer Veränderung des Klimas warnt und die Plünderung der Dritten Welt, die Unterdrückung der Frauen und Migranten kritisiert. Vor dem Hintergrund der Protestmeetings in den 1970er Jahren und der Bewegung gegen den Aufbau von Kernkraftwerken erhält sie bei den Kommunalwahlen 1977 in den Großstädten bis zu 10 Prozent der Stimmen. Sie stehen für eine andere Art von Politik – für ein Bündnis von Ökologen mit Gewaltgegnern und Kernkraftgegnern, Sympathisanten der Linksradikalen, Naturfreunden und Verbrauchervereinen. Mit den Wahlerfolgen stellt sich für die Grünen die Frage der Formierung als politische Partei, die im Januar 1984 gegründet wird. Bei den Präsidentschaftswahlen 1989 erreichen sie 3,8 Prozent der Stimmen, bei den Kommunalwahlen 1989 kommen sie auf 10,6 Prozent, das beste Ergebnis in der Geschichte der Grünen. Sie gehören zu den Demonstranten gegen den Golfkrieg 1989. Unterschiedliche Positionen gab es – wie später zum Vertrag zur Europäischen Verfassung ebenso – zum Maastrichter



Vertrag. 1993 vollziehen die französischen Grünen eine strategische Wende – ab dieser Zeit gibt es Wahlbündnisse mit den linken Parteien. Der Sieg der Sozialisten unter Jospin führt auch die Grünen in die Regierung, Dominique Voynet wird Ministerin. 1999 führt Dany Cohn-Bendit den Europawahlkampf – neun Abgeordnete von den Grünen sind im Europaparlament vertreten. Seit den Parlamentswahlen 2007 bilden die Grünen zusammen mit der FKP eine Fraktion.

## Die radikale Linke in Italien zwischen nationaler Niederlage und europäischer Hoffnung

Von Mimmo Porcaro; aus: Birgit Daiber/  
Cornelia Hildebrandt (Hrsg.), *Die Linke in Europa*

Anfang 2009 ist es schwierig, über die Basis, die Organisation und die Kultur der radikalen Linken in Italien zu sprechen, weil das Ergebnis der nationalen Wahlen im Frühjahr 2008 zu einem regelrechten Erdbeben geführt hat. Dieses Ereignis hat zu einem Veränderungsprozess der bisherigen, parteipolitischen Links-Allianzen geführt und einen Prozess der Neubildung von linken Parteien in Gang gesetzt. Diese Prozesse der Neuformierung vollziehen sich auch noch zum gegenwärtigen Zeitpunkt – ihre Ergebnisse sind offen.

Die Wahlen 2008 hatten Berlusconi und dem Mitte-Rechts-Bündnis eine noch nie erreichte Mehrheit beschert, während die Parteien Einheitsliste des Linken Regenbogens (Sinistra Arcobaleno) mit 3,1 Prozent der Stimmen nicht den erforderlichen Mindestanteil von vier Prozent erreichten und somit im nationalen Parlament nicht mehr vertreten sind. Das Regenbogenbündnis vereinte die Partei der kommunistischen Neugründung (Partito della Rifondazione Comunista), die kommunistische Partei (Partito dei Comunisti Italiani), die Grünen (Partito dei Verdi) sowie die Demokratische Linke (Sinistra Democratica). Bei den Wahlen im Jahr 2006, die zum Sieg des Mitte-Links-Bündnisses unter Romano Prodi geführt hatten, waren die linken Parteien getrennt angetreten und hatten zusammen noch 10,2 Prozent der Stimmen auf sich vereint.

Zum ersten Mal in der Geschichte der Republik Italien befindet sich damit keine Partei im Parlament, die sich ausdrücklich auf den Sozialismus oder Kommunismus beruft. Wie konnte dies geschehen, was sind hierfür die Ursachen?

Der erste Grund für diese Situation liegt ohne Zweifel in der Beteiligung der radikalen Linken an der Regierung Prodi, die von der Mehrheit der Italiener als Scheitern gesehen wurde. In einem Land, das sich aufgrund seines gesellschaftlichen Gefüges tendenziell zur Mitte und nach rechts orientiert (mit vielen Klein- bis Kleinst-Unternehmen), einer Fernsehkultur, die ein sehr niederes Niveau hat, einem politischen System, in dem zwei Pole die herrschenden Klassen vertreten – ohne Repräsentanz der von Diskriminierung, Ausbeutung und Ausschluss bedrohten Gesellschaftsgruppen, in diesem Land hat es die Regierung Prodi nicht geschafft, den sozialen Herausforderungen adäquat zu begegnen, noch schaffte sie es, der extrem harten Medienkampagne, die sie der Abhängigkeit von der radikalen Linken bezichtigten, etwas entgegenzusetzen.

Die Schwierigkeiten der radikalen Linken in der Regierungsbeteiligung lassen sich vielleicht am besten anhand zweier Beispiele erläutern: Obwohl die Linke auf der Notwendigkeit einer sofortigen Umverteilung zugunsten der unteren Gesellschaftsschichten bestand, beschloss die Regierung zunächst die Sanierung der Finanzen, um danach Schritte der Umverteilung einzuleiten. Damit wurde ein Paradoxon der italienischen Politik bestätigt: Wenn die Rechten an der Regierung sind, werden die von Maastricht vorgegebenen Kriterien überschritten, wenn aber eine Mitte-Links-Regierung an die Regierung kommt, wird vorrangig danach gestrebt, die Bilanzen zu sanieren.

Im Sommer 2007 hat sich die Regierung Prodi eine Reform der Renten vorgenommen. Obwohl die vorherigen enormen Einschnitte durch die Mitte-Rechts-Regierung zurückgenommen wurden, wurde die Rentensicherung insgesamt verringert. Die radikale Linke versuchte sich dagegen zu wehren, indem sie sich eng an die Gewerkschaften anlehnte bzw. die gewerkschaftlichen Forderungen überbot. Letztendlich aber haben die Gewerkschaften dann die Regierungsvorschläge angenommen und ein anschließendes Referendum unter Arbeitern erbrachte eine breite Mehrheit für diesen Kompromiss. Dies war eine schmerzhafteste Niederlage für die radikale Linke, die sich auf die Unterstützung der Arbeiter und der Gewerkschaften verlassen hatte. Trotz allem schickte sich die Mitte-Links-Regierung an, eine wenn auch etwas zaghafte Politik der Umverteilung von oben nach unten zu betreiben – gestützt auf die beachtlichen Erfolge, die bei der Bekämpfung der Steuerflucht erzielt worden waren. Eine solche Politik der Umverteilung hätte schließlich die radikale Linke und ihre Regierungsbeteiligung in einem neuen Licht erscheinen lassen können, Prodi aber ist gescheitert, bevor seine neue Politik wirken konnte.

Um dies aus der Entwicklung heraus bewerten zu können, lohnt ein Blick zurück in das Jahr 2006. In diesem Jahr hatte das linke Lager sehr knapp über rechte Parteienbündnis Berlusconis gesiegt. Der Vorsprung des Mitte-Links-Bündnisses betrug jedoch lediglich 0,7 Prozent d. h. 25.224 Stimmen. 159 Senatoren aus dem Linksbündnis standen 156 Senatoren vom Rechtsbündnis gegenüber. D. h. die Rechtsregierung Berlusconi konnte nicht deutlich geschlagen werden.

Zum damaligen Mitte-Links-Bündnis gehörten die eher sozialdemokratisch ausgerichtete Democratici di sinistra (DS), die linksliberale Partei der Mitte Margherita und die Rifondazione Comunista (PRC). Die Ansprüche der drei Parteien waren äußerst heterogen. Einigkeit bestand nur in dem gemeinsamen Ziel der Abwahl Berlusconis. Ihr gemeinsames Projekt war das fortschrittliche Mitte-Links-Bündnis anstelle Berlusconi als Repräsentanten des Casino-Kapitalismus.

Eine Alternative zu Berlusconi Projekt brauchte jedoch zum einen ein starkes Bündnis mit den Gewerkschaften und zum anderen die Verständigung der Parteien im Bündnis auf gemeinsame wesentliche Positionen alternativer Politik, um so aus dem Wahlbündnis eine plurale politische Einheit zu formieren. Das aber war nicht möglich. Die beiden moderaten Regierungsparteien DS und Margherita verfolgten einen gemäßigt liberalen Kurs, orientiert an der europäischen Sozialdemokratie und an den Demokraten von Bill Clinton. Auf der anderen Seite standen die Rifondazione, Communisti Italiani, Teile der Grünen Minderheit und der linke Flügel der DS. Diese waren zwar untereinander immer wieder zerstritten, versuchten jedoch, eine einheitliche programmatische



Plattform zu bilden. Den Kern dieser Plattform sollte der Bezug auf Artikel 1 der italienischen Verfassung bilden. Danach ist Italien eine „auf Arbeit gegründete Republik“. Man erhoffte sich mit diesem Ansatz auch die Unterstützung von Seiten der Gewerkschaften, eine starke Begleitung durch soziale Bewegungen und eine kraftvolle Zivilgesellschaft.

Diese Hoffnung erfüllte sich nicht. Rifondazione Comunista versteht sich zwar Teil als Teil sozialer Bewegungen, die Regierungsmehrheit blieb jedoch sozialen Bewegungen gegenüber verschlossen, so dass die Idee eines zu den sozialen Bewegungen hin geöffneten parlamentarischen Systems nicht durchsetzbar wurde und sich das Verhältnis zwischen den linken Parteien und sozialen Bewegungen vor dem Hintergrund linker Regierungsbeteiligung zunehmend komplizierter und spannungsvoller gestaltete. Zugleich brachen auch innerhalb der Bewegungen Differenzen auf – verschiedene Kämpfe wurden an verschiedenen Fronten in den Kommunen, gegen Militäreinsätze, etc. nicht zu einem breiten Bündnis zusammengebracht. Die Kämpfe blieben vereinzelt, ohne, dass daraus ein politisches und kulturelles Programm wurde.

Es war also unter den gegebenen Kräfteverhältnissen nur eine Verständigung auf ein Minimalprogramm möglich, bei dem viele Forderungen der Rifondazione Comunista innerhalb des Regierungsbündnisses nicht durchsetzungsfähig waren. Man einigte sich lediglich auf ein Minimalprogramm politischer Regulierung; konkret durchgesetzt werden sollte ein funktionierender öffentlicher Sektor, eine verbesserte soziale Infrastruktur und Maßnahmen auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik. Aber gerade hierzu gab es die größten Differenzen innerhalb der Mitte-Links-Regierung; die Wirtschaftspolitik Prodis verblieb im neoliberalen Rahmen. Das Mitte-Links-Programm selbst umfasste mehr als 200 Seiten, darin aber zu wenig Konkretes. Es fand sich kein Bezug zu den zivilgesellschaftlichen Protesten von 2001 bis 2006, keine Ausrichtung auf einen Politikwechsel und selbst der Abzug der Truppen aus dem Irak wurde nur in Abstimmung mit der Regierung in Aussicht gestellt.

Eigene Gesetzesvorhaben zu den Themen Einwanderung, Arbeitsmarkt und zur Begrenzung der Medienmacht Berlusconi wurden vertagt. Nicht durchsetzbar waren Maßnahmen zur Besteuerung von Profiten der Unternehmen im Kampf gegen die Armut und Maßnahmen, die sich ihrem Inhalt nach gegen die Umklammerung der italienischen Gesellschaft durch die katholische Kirche richteten wie z. B. das Gesetz zu nichtehelichen Lebensgemeinschaften.

So wurden zwar viele Hoffnungen an die Mitte-Links-Regierungsbildung geknüpft, vor allem jene, die Wirtschafts- und Sozialpolitik Berlusconi zu beenden. Aber diese Hoffnungen konnten nicht eingelöst werden.

Der zweite Grund für das schlechte Wahlergebnis der radikalen Linken ist im Zusammenhang mit der Entstehung der neuen Demokratischen Partei (Partito Democratico) zu sehen. Diese neue Partei wurde aus einer Vereinigung der Linksdemokraten und der „Margherita“ (teils Erbin der alten Christdemokraten) gebildet. Walter Veltroni, der Sekretär der neuen Partei, weigerte sich, das Anti-Berlusconi-Bündnis erneut aufzulegen. Er war der Überzeugung, Berlusconi besser im Alleingang und ohne einem Bündnis mit der radikalen Linken und den kleinen Zentrumsparteien bekämpfen zu können und stellte seinen Wahlkampf unter das Motto: „eine nützliche Stimme gegen Berlusconi“.

Diese Strategie der Partito Democratico hatte sich bereits zum Ende der Mitte-Links-Regierung abgezeichnet und letztlich zu ihrem frühen Ende beigetragen, indem Veltroni sofort begann, das Bündnis politisch zu dominieren, so dass sich die kleinen Zentrumsparteien von einem zukünftigen Mitte-Links-Bündnis ausgeschlossen fühlten und mit dieser Erfahrung das bestehende Regierungsbündnis als beendet betrachteten. Außerdem hat Veltroni mit seinem Vorpreschen Berlusconi neu legitimiert, in dem er das bipolare politische System in ein Zweiparteien-System verwandeln wollte. Damit wurde zugleich die Einigung der Partei Berlusconi (Forza Italia) mit der Partei der Nationalen Einheit (Alleanza Nazionale – der postfaschistischen Partei) motiviert, die sich zur neuen Partei Volk der Freiheit (Popolo della Libertà) formierten. Schließlich wurden durch die Parolen im Wahlkampf („wählt die Demokratische Partei, denn sie ist die einzige, die Berlusconi besiegen kann“) der radikalen Linken Stimmen entzogen – ohne dass damit Gewinne in der Mitte erzielt worden wären. Das Ergebnis war, dass alle Mitte-Links-Kräfte verloren haben.

Der dritte Grund für die Wahlniederlage ist sicher auch in der Wahlkoalition des linken Regenbogens (Sinistra Arcobaleno) selbst zu suchen. Das ursprüngliche Projekt einer Öffnung der Wahllisten für die sozialen Bürgerbewegungen und der vorgesehene mittelfristige Vereinigungsprozess der am Bündnis beteiligten Parteien wurde einerseits durch die Beteiligung an der Prodi-Regierung, andererseits durch das abrupte Ende dieser Regierung und die vorgezogenen Wahlen zu einer „top-down“-Maßnahme einer Wahl-Koalition, ohne Beratung mit der Basis in den verschiedenen Gruppen und Parteien. Es war ein Wahlbündnis ohne klar erkennbares Profil, eine im letzten Moment durch die Umstände erzwungene Allianz – ausschließlich für die Wahlen gedacht. Folglich war das Ziel der Regenbogenlinken die parlamentarische Präsenz der Linken. Dieses Ziel war erkennbar, darüber hinaus blieb es unklar in seinen Inhalten, „alt“ in den Modalitäten und den verwendenden Symbolen, bis hin zum Streit um die Beibehaltung der Symbole Hammer und Sichel und ebenso überholt bei den Verfahren politischer Entscheidungen bis hin zu den Modalitäten der Zusammensetzung der Listen. Vor diesem Hintergrund gelang es der Partito Democratico dem Sinistra Arcobaleno Stimmen zu entziehen.

Das Zusammenwirken all dieser Faktoren bedeutete, dass die radikale Linke Wähler in quasi alle Richtungen verlor: Von ehemals 100 ehemaligen Wählern haben nur noch 22 den linken Regenbogen gewählt, 30 wählten die demokratische Partei, 4 wählten die Partei „Italien der Werte“ (die stark anwächst und Berlusconi von moralischen Gesichtspunkten her infrage stellt), 6 wählten die föderalistische und rassistische Partei Lega Nord, 18 wählten andere kleine Parteien und 20 gingen gar nicht zur Wahl.

Wenn man auf diese Art verliert, wird deutlich, dass die Niederlage nicht nur mit den Fehlern Einzelner oder kollektiver Entscheidungen erklärt werden kann, sondern dass hier die Frage nach der strukturellen Beziehung der radikalen Linken zu sich selbst und zu dem Land, in dem sie wirkt, aufgeworfen ist: also ihre historische und soziale Funktion und ihre Fähigkeit, dieser Funktion gerecht zu werden.

Es scheint so, dass die Wahlen des Jahres 2008 den Abstand der radikalen Linken zum eigenen Land tief greifend offen gelegt haben. Auch wenn es möglicherweise gelingt, einen Teil der verlorenen Stimmen wieder zu gewinnen, so



ist doch sicher, dass der radikalen Linken momentan die grundsätzliche Dynamik der sozialen Schichten in Italien verloren geht – obwohl die radikale Linke eine wichtige Kompetenz in der Analyse und den Auswirkungen des Neoliberalismus bewiesen hat. Der bezeichnende Ausdruck dieser Situation ist vor allem die Tatsache, dass nur ein geringer Teil der traditionellen Arbeiterschaft für die radikale Linke stimmt, obwohl harte Arbeitskämpfe, der Schutz der Renten und die Überwindung der prekären Arbeit wesentliche programmatische Punkte der radikalen Linken sind. Noch bescheidener aber ist die Zustimmung seitens der „neuen“ prekären Arbeiterschicht und der Ich-AGs. Das Paradoxon der Kämpfe um die Sicherung der Renten, bei denen die radikale Linke von der Arbeiterschaft Missbilligung erfuhr – obwohl sie diese doch vertreten wollte, und das Paradoxon der prekären Arbeiterschaft, die die radikale Linke mitnichten für ihr Eintreten für gesicherte und gute Arbeit belohnt hat, beweisen, dass das, was auf dem Spiel steht, sich nicht nur auf die Frage linker Regierungsbeteiligung, auf ihre größere oder geringere Fähigkeit Regierungspolitik zu beeinflussen, reduzieren lässt.

Es geht um die kulturelle Beziehung der Linken zur Arbeiterschaft. Einerseits wird der Linken ein zu starkes Engagement für die Bürgerrechte von Migranten und zu wenig Engagement für die Kämpfe der Arbeiter schlechthin angekreidet, andererseits erscheint die radikale Linke den individualisierten Arbeitern in den Ich-AGs und Informationsnetzwerken zu sehr kulturell und politisch und organisatorisch „klassisch“ geprägt – zu sehr an der Seite der „klassischen“ Arbeiter.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass vermutlich auch eine verbesserte Handlungsweise der Mitte-Links-Regierung für die radikale Linke nicht gereicht hätte, die sich ausdifferenzierende soziale Basis der Linken zu festigen. Mit der Wahlniederlage des Jahres 2008 wird die Schwere des Problems sichtbar, das es zu bewältigen gilt.

Die Niederlage hat in der ersten Reaktion keinen breit angelegten Reflexionsprozess oder eine Kurskorrektur bewirkt, sondern eine harte Auseinandersetzung zwischen und innerhalb der linken Parteien. In der PRC konzentrierte sich diese Auseinandersetzung auf drei unterschiedliche Positionen: diejenigen, die die Hypothese des Linken Regenbogens für gescheitert erklärten, diejenigen, die sich dafür entschieden, die PRC eigenständig im Rahmen ihrer gesellschaftlichen Verwurzelung wieder zu entwickeln und diejenigen, die die gesamte radikale Linke angesichts der heutigen Aufgabenstellungen für untauglich halten und deshalb mehr oder weniger für eine Auflösung der PRC plädieren. Jene, die eine Auflösung einer radikalen parteipolitischen Linken aussprechen, verbinden dies mit der Idee der Neugründung einer linken Partei „ohne Adjektive“, die ihre vorrangige Bindung an den Kommunismus als Erkennungsmerkmal überwinden soll. Hinter diesen verschiedenen und zum Teil gegensätzlichen Positionen steht auch, wenn auch nicht explizit ausgesprochen, die Frage nach dem Verhältnis zur Partito Democratico (PD): Soll man das Bündnis mit dieser Partei „immer – ohne wenn und aber“ als natürlich gegeben betrachten, oder aber soll man ein solches Bündnis von Fall zu Fall diskutieren – auch im Widerstreit mit der PD.

Auf dem Kongress der PRC im Sommer 2008 in Chianciano fand sich eine knappe Mehrheit für eine Strategie, die bisherige Ausrichtung der PRC, maßgeblich orientiert an den

Interessen der klassischen und neuen Arbeiterschaft, vor allem der Prekarierten, fortzusetzen. Personell wurde diese Ausrichtung mit der Wahl Paolo Ferreros zum neuen Nationalsekretär der PRC untersetzt. Gewählt wurde er mit Unterstützung der „traditionellsten“ Strömung der PRC um Claudio Grassi.

Die auf diesem Parteitag unterlegene Minderheit, angeführt vom Regionalpräsidenten Apuliens, Nichi Vendola und unterstützt durch Fausto Bertinotti und Franco Giordano, steht für einen anderen strategischen Ansatz: für den Aufbau einer breiten politischen Linken – einer Volkslinken Italiens. Sie wollten sich auch deshalb nicht an dem von der Mehrheit eingebrachten Vorschlag einer gemeinsamen Führung der Partei beteiligen. Nach monatelangen Spannungen und Konflikten verließ ein Teil der Minderheit (Vendola, Giordano, Migliore, Mascia u. a.) die Partei und rief eine Neugründung zunächst unter dem Namen Rifondazione per la Sinistra ins Leben, die sich später umbenannte in „Bewegung für die Linke“. Fausto Bertinotti steht dieser Entwicklung noch unentschieden gegenüber und nimmt eine abwartende Haltung ein. Die Partei der Italienischen Kommunisten strebt eine Wiedervereinigung mit der PRC an, während die Grünen und die Demokratische Linke eine Annäherung an die PD versuchen.

Das Erscheinungsbild wird noch komplizierter durch die Tatsache, dass Walter Veltroni, in der Absicht, die radikale Linke weiter zu schwächen und nur moderate Tendenzen zu fördern, – zusammen mit Berlusconi die Wahlhürde für das Europäische Parlament auf 4 Prozent festgelegt haben. Die Konsequenz dieser Entscheidung könnte die Bildung von zwei unterschiedlichen Zusammenschlüssen sein: auf der einen Seite die Grünen, die Demokratische Linke und die Neubildung um Nichi Vendola, auf der anderen Seite die PRC mit offenen Listenplätzen für die Partei der italienischen Kommunisten und auch – was jedoch schwieriger sein wird – für die Kritische Linke und die Partei der Arbeitnehmer. Ob es zu einer solchen Entwicklung kommt, ist offen. Was jedoch als sicher gelten kann, ist die entschiedene Parteinahme der Linken bezüglich der sozialen Konflikte und die Kritik an einer europäischen Politik des Sozial- und Demokratieabbaus. Gerade vor dem Hintergrund der Krisen ist die Analyse der Weltfinanz- und Weltwirtschaftskrise und ihre sozialen und politischen Auswirkungen eine der zentralen Aufgaben der Linken auch in Italien. Stärker als bisher müssen die Linken für den Aufbau eines wahrhaft politischen, sozialen, demokratischen und friedfähigen Europas kämpfen und hierzu ihre konkreten Vorschläge weiterentwickeln.

Vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Krise, die auch Italien in bisher unbekannter Weise treffen wird, den Antworten der Regierung und der bisher inhaltsleeren Politik der PD sind tiefgehende Enttäuschungen und die Rückbesinnung auf die eigenen und angestammten Werte möglich. Ein bedeutender Teil der „historischen“ Wählerschaft der radikalen Linken und vor allem der PRC könnte unter diesen Voraussetzungen die 4-Prozent-Hürde nehmen und so aus der Niederlage herausfinden. Ein solcher Ausgang der Europa-Wahl könnte dadurch begünstigt werden, dass bei den Europawahlen das Gewicht der „nützlichen“ Stimmabgabe nicht gilt und deshalb die Wähler sich freier fühlen, ihre Wahl zu treffen. Ein gemeinsames Programm der Europäischen Linken zur Lösung der Wirtschaftskrise und ein gemeinsames europäisches Linksbündnis, sichtbar erstmals mit der ge-



meinsamen Wahlplattform der Europäischen Linkspartei (EL), können auch zu einem positiven Ergebnis in Italien beitragen.

Ein positives Ergebnis bei den Europa-Wahlen könnte auch der Anfang eines Neubeginns sein und die Fähigkeit befördern, sich der zentralen Widersprüche des Kapitalismus anzunehmen – allerdings nur, wenn dies begleitet wird von einem Prozess der kulturellen und organisatorischen Neubestimmung, der wesentlich überzeugender und tiefer gehend ausgestaltet sein muss, als dies bisher der Fall war.

Die Parteien der radikalen Linken, insbesondere die Rifondazione Comunista waren mit der Herausbildung der globalisierungskritischen Bewegungen zu politischen Intuitionen in der Lage gewesen, die auch die Europäische Linke maßgeblich geprägt hat. Sie hat maßgeblich zu einer Analyse der gesellschaftlichen Transformationen beigetragen und ebenso verstanden, auch die Transformationsprozesse der Arbeit als zentrale Herausforderung der Linken zu definieren. Sie hat trotz aller Differenzen auch heute die Potentiale, erneut daran anzuknüpfen und sie kann sich dabei auf eine Zivilgesellschaft stützen, für die Straßenkämpfe und Generalstreiks nicht nur theoretische Optionen sind. Hunderttausende Italienerinnen und Italiener demonstrierten am 11. Oktober 2008 in Rom gegen die Regierung von Silvio Berlusconi unter dem Motto: „Ein anderes Italien ist möglich“, darunter auch die Vertreter der verschiedenen linken Parteien. Sie protestierten gegen die unsoziale Familienpolitik und verfehlte Finanzpolitik, gegen die Kürzungen im Schul- und Hochschulbereich und ebenso gegen die Einrichtung von Sonderklassen für nichtitalienische Schüler. Der Wind dreht sich und die Linke ist auf dem Weg, sich neu zu organisieren.

„Wer den eigenen Fehler eingesteht, ist auf dem Weg zur Wahrheit“ besagt ein italienisches Sprichwort, das sicher nicht nur für die Linken in Italien gilt.

## Das spanische Linksbündnis Izquierda Unida zwischen Regionalisierung und autoritärer Politik

Von Dominic Heilig, Politikwissenschaftler, Mitarbeiter im Büro des Bundestagsabgeordneten der LINKEN, Jan Korte; aus: Birgit Daiber/Cornelia Hildebrandt (Hrsg.), *Die Linke in Europa*

Gegenstand des vorliegenden Beitrages ist das spanische Linksbündnis Izquierda Unida (IU). Für die Analyse dieses Bündnisses werden folgende Aspekte beleuchtet: Erstens die Kommunistische Partei Spaniens (PCE) als größte konstituierende Kraft der IU, zweitens die Geschichte des Landes und drittens das spanische Wahlsystem.

Die politische Landschaft Spaniens ist seit dem Ende der Franco-Diktatur 1975 bzw. seit den ersten freien Wahlen 1977 durch eine starke Polarisierung gekennzeichnet. Diese drückt sich im Kampf zwei politischer Blöcke aus, bei dem auf der einen Seite die Spanische Sozialistische Arbeiterpartei (PSOE), auf der anderen Seite die konservative und erzkatholische Volkspartei (PP) dominiert. Zwischen diesen beiden Blöcken und an deren jeweiligen politischen Rändern organisieren und positionieren sich weitere kleinere politi-

sche Formationen und Parteien. Vor allem die starke Regionalisierung Spaniens begünstigt noch heute die Herausbildung regionaler Parteien am linken und am rechten Rand des Parteiensystems.

## Die Kommunistische Partei Spaniens (PCE)

Die Kommunistische Partei Spaniens stellt landesweit die drittgrößte politische Formation dar und ist dominierende Kraft des Linksbündnisses Izquierda Unida. Am 15. April 1920 gründete sich aus der Jugendorganisation der Sozialistischen Arbeiterpartei die Partido Comunista Espanol (PCE). Gleichzeitig hatten Mitglieder der Sozialistischen Partei versucht, ihre Partei zum Beitritt zur Kommunistischen Internationale zu bewegen. Dieses politische Ansinnen misslang, und die Sozialistische Partei trat der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien bei. Die Befürworter der Kommunistischen Internationale traten daraufhin aus und gründeten am 13. April 1921 die Partido Comunista Obrero Espanol (PCOE). Beide noch jungen kommunistischen Parteien – die PCE und die PCOE – schlossen sich am 14. November 1921 zur Partido Comunista de Espana (PCE) zusammen.

Ende der 1920er Jahre setzte sich in der bis dahin noch sehr kleinen und mitgliederschwachen Organisation eine prosowjetische Ausrichtung durch. In deren Folge kam es zu weiteren Abspaltungen und Austritten. Bei der Ausrufung der Zweiten Spanischen Republik 1931 befand sich die Partei in einem desolaten Zustand. Die internen Konflikte trieben sie an den Rand des Zusammenbruchs, jedoch gelang den Kommunisten 1933 der Einzug in das spanische Parlament.

Die PCE beteiligte sich aktiv an den seit 1934 einsetzenden Arbeitererhebungen in den Provinzen des Landes und schloss sich bei den Wahlen 1936 der Frente Popular (Volksfront) an. Die linksgerichtete Volksfront errang zwar in den Wahlen die Parlamentsmehrheit, allerdings war der Wahlsieg äußerst knapp ausgefallen. In dem einsetzenden spanischen Bürgerkrieg 1936, der bis 1939 andauern sollte, erfuhr die PCE starken Zulauf und steigerte ihre Mitgliederzahl auf rund 200 000.<sup>1</sup> Im spanischen Bürgerkrieg kämpfte die Mehrheit der Mitglieder der PCE auf Seiten der durch die Sowjetunion dominierten Volksfront. Mit der Niederschlagung der Republik wurde die PCE verboten und ihre Mitglieder und Sympathisanten unter der Franco-Diktatur verfolgt, gefoltert und ermordet. Viele gingen ins Exil, vor allem in die Sowjetunion und nach Frankreich. Bis zu ihrer Legalisierung am 9. April 1977 operierte die Partei illegal aus dem Ausland.<sup>2</sup>

Bei den ersten freien Wahlen 1977 erreichte die PCE, die inzwischen wieder um die 200 000 Mitglieder zählte, 9,4 Prozent der Stimmen und erhielt 20 Mandate im Abgeordnetenhaus. Zu dieser Zeit stand die Partei noch in einem Bündnis mit der Sozialistischen Arbeiterpartei, der Coordinacion Democratica, gegen die Repräsentanten des alten Regimes. Beim nächsten Urnengang 1979 konnte die PCE ihr Ergebnis auf 10,8 Prozent der Wählerstimmen verbessern und erhielt 24 Parlamentssitze.

Die Geschichte der Kommunistischen Partei Spaniens lässt sich in fünf Phasen unterteilen:<sup>3</sup>

- 1. Phase: Abspaltung von der PSOE und Gründung der PCE
- 2. Phase: Spanischer Bürgerkrieg und Etablierung der PCE



- 3. Phase: Illegalität und Hinwendung zur KPdSU
- 4. Phase: Legalisierung und Akzeptanz der konstitutionellen Monarchie
- 5. Phase: Sozialistische Wende und Herausbildung neuer Bündnisse

Seit den 1960er Jahren trat die Kommunistische Partei zunehmend moderat auf, was vor allem mit der unmittelbar bevorstehenden und zu erwartenden Legalisierung der Partei 1977 begründet werden kann.<sup>4</sup> Die moderate Strategie zeigte zwar Erfolg, was sich in den Wahlen 1979 widerspiegelt, war aber auch Anlass zu innerparteilichen Auseinandersetzungen, insbesondere was das Verhältnis der Partei zur Sowjetunion und der KPdSU betrifft. Schließlich löste sich die Partei von dem Einfluss der KPdSU, wandte sich dem Eurokommunistischen Modell zu und akzeptierte das demokratisch-parlamentarische System in Spanien.<sup>5</sup> Bei den Wahlen von 1982 erhielt die Partei jedoch nur noch 4,1 Prozent der Stimmen und vier Sitze im Abgeordnetenhaus; die nach wie vor zentralistischen Strukturen der Partei konterkarierten die politische und programmatische Öffnung der Partei sowie die erfolgreiche Hinwendung zum Eurokommunismus. Als Erklärung für den Stimmenverlust bei den Parlamentswahlen 1982 muss aber auch die Polarisierung der politischen Auseinandersetzung zwischen der PSOE und der PP gesehen werden.

## Die sozialistische Wende von 1982

Ende der 1970er Jahre etablierte sich die Sozialistische Arbeiterpartei (PSOE) als starke Alternative zu der bis dahin regierenden Unión de Centro Democrático (UCD), einer bürgerlichen Partei der rechten Mitte. Indem sie den unter der spanischen Bevölkerung unpopuläre Beitritt Spaniens zur NATO (1982) zum Wahlkampfthema machte und im Falle eines Wahlsieges ein Referendum zum Austritt Spaniens aus dem Militärbündnis ankündigte, verstärkte sie die Regierungskrise der UCD. Bei den Wahlen im Oktober 1982 errang die PSOE die absolute Mehrheit und konnte bis 1996 ununterbrochen regieren.

Mit dem Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft (EG) 1986 setzte in Spanien ein starkes Wirtschaftswachstum ein, das in der Literatur oft auch mit dem deutschen „Wirtschaftswunder“ verglichen wird. Das „spanische Wirtschaftswunder“ zog massive Veränderungen hinsichtlich politischer Einstellungen, sozialer Verhaltensweisen und kultureller Orientierungen nach sich. Auf die einsetzenden Auswirkungen der zunehmenden Globalisierung der Wirtschafts- und Finanzabläufe hatte die radikale Linke, also die Bewegungen und Parteien links der Sozialistischen Arbeiterpartei bzw. der Sozialdemokratie, jedoch kaum Antworten. Vor allem die Strukturfördergelder der EG, später der EU, trugen zu einer tiefgreifenden Auflösung des klassischen Proletariats in Spanien bei. Damit verlor die PCE weite Teile ihrer Basis. Die zunehmend neoliberal ausgerichtete Privatisierungspolitik der regierenden PSOE als Teil der „Neuen Sozialdemokratie“ und die anhaltenden Proteste gegen die NATO-Mitgliedschaft veranlassten eine Neuorientierung der Partei; aber auch die radikale Linke formierte sich vor diesem Hintergrund neu.

Schon kurz nach den Wahlen 1982 hatte die Sozialistische Arbeiterpartei ihre Haltung gegenüber der NATO-Mitgliedschaft Spaniens geändert. Nach dem EG-Beitritt Spaniens 1986 wurde das vor der Parlamentswahl 1982 ange-

kündigte Referendum zwar durchgeführt, plötzlich warb die PSOE aber für einen Verbleib in der NATO. In dem Referendum sprach sich eine knappe Mehrheit (52 Prozent) für den Verbleib in dem westlichen Militärbündnis aus.

## NATO-Proteste und Gründung der Izquierda Unida (IU)

Das Linksbündnis Izquierda Unida ist heute die wichtigste radikale Linkspartei in Spanien. Ihren Anfang nahm die IU nicht als Partei, sondern als loses Wahlbündnis, gruppiert um die Frage der NATO-Mitgliedschaft Spaniens. Obwohl Spanien bereits seit 1950 Militärbasen des US-amerikanischen Militärs akzeptierte und sich dadurch aus der internationalen Isolation befreien konnte, stellte der NATO-Beitritt Spaniens 1982 für die noch junge Demokratie, im Kontext des Kalten Krieges und angesichts der atomaren Offensive der Reagan-Administration einen qualitativen Wandel dar. Zahlreiche Wähler waren von der PSOE enttäuscht, wandten sich ab und waren fortan in Bürgerbewegungen und anderen linken Parteien gegen die NATO-Mitgliedschaft aktiv. Zwar verlor das breite linke Bündnis das Referendum 1986, dennoch etablierte sich über die NATO-Auseinandersetzungen ein neues politisches Bündnis links der Sozialistischen Arbeiterpartei. Aus der Plataforma Civica por la salida de España de la OTAN entwickelte sich zu den Parlamentswahlen 1986 das Wahlbündnis Plataforma de la Izquierda Unida, das 4,6 Prozent und sieben Abgeordnetensitze gewann.<sup>6</sup> Bei den Kommunalwahlen 1987 steigerte sich das Wahlbündnis auf 7,18 Prozent der Stimmen und fuhr 1989 schließlich 9,07 Prozent der Wählerstimmen bei den landesweiten Wahlen ein. Die Izquierda Unida stellte damit 17 Abgeordnete im nationalen Abgeordnetenhaus. 1992 erfolgte schließlich die offizielle Registrierung der IU als spanische Partei.

Die acht Gründungsmitglieder der IU waren:<sup>7</sup>

- Partido Comunista de España (PCE)
- Partido Comunista de los Pueblos de España (PCPE)
- Partido de Acción Socialista (PASOC)
- Izquierda Republicana (IR)
- Federación Progresista (FP)
- Partido Carlista
- Partido Humanista
- Colectivo de Unidad de los Trabajadores – Bloque

Andaluz de Izquierdas

Die IU ist demnach vor allem ein Parteienbündnis, denn trotz des Umstandes, dass die IU als eigenständige politische Partei registriert und öffentlich aktiv ist, behalten die konstitutiven Mitgliedsorganisationen und Parteien ihre formale, rechtliche, organisatorische und politische Eigenständigkeit. Diese Tatsache führt immer wieder zu Spannungen unter den Mitgliedsorganisationen, vor allem im Hinblick auf die Besetzung von Wahllisten, die finanziellen Ressourcen der IU und die programmatische Ausrichtung des Bündnisses. Oberstes Gremium der IU ist die Asamblea Federal, die wiederum den Consejo Politico Federal, das höchste Organ zwischen den Parteitagungen bestimmt, welches aus rund 100 Personen besteht. Aus diesem wird das Exekutivbüro gewählt, dem der Generalkoordinator als Sprecher der IU vorsteht. Die Partei unterteilt sich zusätzlich in 17 Regionalorganisationen, die parallel zu den teilweise auch regionalen Organisationen der IU-Mitgliedsparteien die Politik vor Ort vertreten, organisieren und entwickeln.



Die IU versucht seit ihrer Gründung, ihr pluralistisches Profil zu stärken und sich den neuen, globalisierungskritischen und sozialen Bewegungen zu öffnen. Sie ist Teil der globalisierungskritischen Bewegung Spaniens und in den verschiedenen Sozialforen auf regionaler, nationalstaatlicher, europäischer und globaler Ebene aktiv. Im Bericht an die siebte Generalversammlung der IU vom Dezember 2003 wird deutlich formuliert, dass sich die Mitglieder der IU ausdrücklich zum Sozialismus bekennen. Sie wünschen sich eine Gesellschaft, die sich dadurch auszeichnet, dass sie „partizipativ, kritisch und alternativ zu dem dominanten Modell“<sup>8</sup> ist. Dazu gehören nach Ansicht der Mitglieder ebenso der Pazifismus wie auch ökologische Standpunkte und der Feminismus. Die Partei streitet darüber hinaus für die Anhebung des spanischen Mindestlohns auf 1 100 Euro monatlich, die 35-Stunden-Woche, die Erhöhung der Besteuerung der Banken auf 35 Prozent, die Einführung einer Mindestrente von 800 Euro monatlich, eine Fristenregelung im Abtreibungsrecht sowie eine Reform des Wahlrechts.<sup>9</sup> Die Verbindung der Partei zu den Gewerkschaften erfolgt hauptsächlich über die Mitgliedspartei PCE, die traditionell eng mit der größten Gewerkschaft des Landes, den Comisiones Obreras (CC.OO.) verbunden ist. Der zuletzt stark gesunkene Einfluss der PCE auf die Gewerkschaft konnte auf dem letzten Gewerkschaftskongress Ende Dezember 2008 durch die Wahl von Ignacio Fernández Toxo wieder verstärkt werden.

Die Tatsache, dass die PCE sich bereits 1986 dazu entschied, aktiv an der Herausbildung des Wahlbündnisses IU mitzuarbeiten und schließlich die Izquierda Unida in eine Partei zu transformieren, federte die Auswirkungen des Scheiterns des „real existierenden Sozialismus“ für die PCE in Spanien ab. So konnte das sehr gute Abschneiden des Wahlbündnisses bei den Parlamentswahlen 1989 mit 9,55 Prozent der Stimmen und 18 Abgeordneten 1993 sogar noch verbessert werden. In den Abgeordnetenhauswahlen 1996 erhielt die IU 10,54 Prozent der Stimmen und 21 Sitze im Abgeordnetenhaus. Die erfolgreiche Verankerung der IU als rotgrünes Parteiprojekt wurde auch dadurch begünstigt, dass in Spanien keine etablierte grüne Partei existiert. Das hervorragende Ergebnis der IU 1996 konnte bei den folgen-

den nationalen Wahlen 2000, 2004 und 2008 allerdings nicht gehalten werden. (Siehe Tabelle)

Parallel zu den ausbleibenden Wahlerfolgen der Partei wuchsen kontinuierlich die politischen, strategischen und programmatischen Auseinandersetzungen innerhalb der IU. Vor allem die PCE, die lange Zeit defensiv und ob ihrer relativen Stärke zurückhaltend in dem Parteienbündnis agiert hatte, erhebt nun wieder Anspruch auf mehr Einfluss in den Gremien der IU. In der Legislaturperiode 2004 bis 2008 tolerierte die IU eine Minderheitsregierung unter Premier Zapatero (PSOE), konnte aber kaum eigene Inhalte durchsetzen. Vor allem die Tatsache, dass die PSOE in für die IU relevanten Fragen das Bündnis mit der konservativen Oppositionspartei PP suchte, aber auch die PSOE-Strategie des voto útil (nützliche Stimme) bzw. voto de miedo (Stimme der Angst) ließen die Wahlergebnisse für die IU sinken.

Bereits vor dem nationalen Kongress am 15. und 16. November 2008 kündigte der IU-Generaldirektor Gaspar Llamazares seinen Rückzug aus der Parteiführung an. Der von harter politischer Auseinandersetzung geprägte Kongress bestimmte zwar einen neuen Vorstand, konnte sich aber auf keinen neuen Generalkoordinator einigen. Am 14. Dezember wählte schließlich der IU-Vorstand das PCE-Mitglied Cayo Lara zum neuen Generaldirektor der IU. Dieser versucht nun, das strategische Bündnis seines Vorgängers Llamazares mit der regierenden Sozialistischen Arbeiterpartei wieder zu lösen und betont die Eigenständigkeit der IU.

Die heutige Izquierda Unida hat mit all ihren verschiedenen politisch und organisatorisch eigenständigen Parteien und Organisationen offiziell 66 000 Mitglieder. Die WählerInnen setzen sich, nimmt man die Programmatik und Wahlkampfparolen des Bündnisses als Grundlage, vermutlich aus eher jüngeren Menschen mit höherem Bildungsabschluss aus urbanen Zentren zusammen.<sup>10</sup>

## Internationale Aktivitäten der IU

Die IU war bereits in der Gründungsphase international aktiv und an der Formierung verschiedener linker europäischer Strukturen beteiligt. Seit den Europawahlen 1987 ist die IU

### Wahlergebnisse der IU: Europaparlament und Abgeordnetenhaus 1986–2008

Wahlen	Absolute Stimmen	Prozent	Abgeordnete
Abgeordnetenhauswahlen 1986	935 504	4,63	7
Europawahlen 1987	1 011 830	5,25	3
Abgeordnetenhauswahlen 1989	1 858 588	9,07	17
Europawahlen 1989	961 742	6,06	4
Abgeordnetenhauswahlen 1993	2 253 722	9,55	18
Europawahlen 1994	2 497 671	13,44	9
Abgeordnetenhauswahlen 1996	2 639 774	10,54	21
Europawahlen 1999	1 221 566	5,77	4
Abgeordnetenhauswahlen 2000	1 263 043	5,45	8
Abgeordnetenhauswahlen 2004	1 284 081	4,96	5
Europawahlen 2004	643 136	4,15	2
Abgeordnetenhauswahlen 2008	963 040	3,80	2

Quelle: Elecciones a Cortes Generales, in: <http://www.generales2008.mir.es>, abgerufen am 19. Januar 2009



mit Abgeordneten im Europäischen Parlament vertreten. Sie ist Gründungsmitglied der GUE/NGL-Fraktion. Die IU gehört zudem zu den Gründungsparteien des NELF, des Forums der Neuen Europäischen Linken, das 1991 als Raum für Diskurs und Meinungsaustausch linker Parteien in Madrid ins Leben gerufen wurde. 2004 gehörte die IU zu den Gründungsmitgliedern der Europäischen Linkspartei (EL). Neben der IU sind auch die Mitgliedsparteien Esquerra Unida i Alternativa (Katalonien) und Spanische Kommunistische Partei (PCE) eigenständige Mitglieder der EL. Daneben sind weitere Mitgliedsparteien der IU und die IU selbst Teil der Europäischen Antikapitalistischen Linken (EAL).<sup>11</sup>

Die IU bezieht sich inhaltlich positiv auf den Prozess der europäischen Integration und begreift die europäische Ebene als erweiterten Handlungsraum für linke Politik. Der derzeitigen Ausgestaltung der Europäischen Union (EU) steht die Partei allerdings kritisch gegenüber. Die IU sieht in der aktuellen Politik der EU massive soziale, demokratische, ökologische und wirtschaftliche Defizite. So setzt sich die IU für eine Ausweitung der Rechte des Europäischen Parlaments ein. Sie spricht sich außerdem für eine europäische Verfassung aus, lehnt aber den gescheiterten EU-Verfassungsvertrag und den Lissabonner Vertrag ab. Der ehemalige Europaabgeordnete der IU, Pedro Marset, formulierte in der Zeitschrift *Europarot*: „Wir sind der Überzeugung, dass das neoliberale Europa des Maastricht-Vertrags revidiert werden muss. Zugleich sind in die Verträge soziale Inhalte mit dem Ziel der Erreichung von Vollbeschäftigung und der Stärkung des öffentlichen Dienstes aufzunehmen. Dies bedingt die Aufhebung der Autonomie der Europäischen Zentralbank und die Streichung des Stabilitätspaktes. Wir sind der Ansicht, dass eine zukünftige europäische Verfassung die demokratischen Rechte der Bürger zu verteidigen hat“.<sup>12</sup>

## Die Bedeutung des spanischen Wahlsystems für die IU

Das spanische Parlament (Cortes Generales) besteht aus zwei Kammern, dem Abgeordnetenhaus und dem Senat. Letzterer ist gegenüber dem Abgeordnetenhaus jedoch von deutlich nachrangiger Bedeutung. Das Abgeordnetenhaus verfügt gemäß Artikel 68 der Verfassung über eine variable Abgeordnetenzahl, die nicht weniger als 300 und nicht mehr als 400 betragen darf. Sie werden nach dem Prinzip der Verhältniswahl für eine Amtszeit von vier Jahren gewählt.<sup>13</sup>

Das Wahlsystem hat aber die Besonderheit, dass in einigen Provinzen die Sperrklausel höher liegt als in anderen. Dadurch werden vor allem kleinere Parteien benachteiligt. So benötigte die IU beispielsweise bei den Wahlen 2004 im Durchschnitt 254 000 Stimmen für ein Mandat, während die PSOE dafür nur 66 000 Stimmen benötigte. Bei einem klassischen Verhältniswahlrecht wäre die IU mit derselben Stimmenanzahl mit 18 statt fünf Abgeordneten in das Parlament eingezogen. Für die Wahlen 2008 bedeutete dies, dass die IU zwar rund vier Prozent der Stimmen erhielt, aber prozentual nur etwa ein Prozent der Sitze im Abgeordnetenhaus innehat.

Die bevölkerungsreichen Regionen werden nach diesem Wahlsystem also gegenüber den dünn besiedelten Regionen stark benachteiligt. Dies hat insbesondere Auswirkungen auf die Vertretung der IU im Abgeordnetenhaus, da die Partei vor allem in den urbanen Zentren traditionell stärker ver-

ankert ist als auf dem Land. Das spanische Wahlsystem dezimiert also strukturell die parlamentarische Vertretung der radikalen Linken

## Besonderheiten des politischen Systems Spaniens

Den wichtigsten Konflikt seit dem Wandel der spanischen Gesellschaft und des Parteiensystems nach dem Tode Francisco Francos im Jahr 1975 stellen die Auseinandersetzungen zwischen Staat und Kirche dar. Die spanische Gesellschaft und das spanische Parteiensystem sind darüber hinaus geprägt von Klientelismus und Paternalismus. Diese autoritär-politische Tradition spiegelt sich bis heute in einer starken parteilichen Personalisierung<sup>14</sup> und einer schwachen politischen Partizipation wider: Spanien hat im europäischen Vergleich eine sehr niedrige Parteienmitgliedschaftsquote.<sup>15</sup> Der Wandel der spanischen Gesellschaft ist außerdem von der Tatsache geprägt, dass den Parteien Ende der 1970er Jahre eine Rolle im Institutionengefüge zugewiesen wurde, aus der heraus sie sich nur schwer als gesellschaftliche Mobilisierungskräfte entwickeln konnten. Das Aufkommen der modernen Massenmedien veränderte die Kommunikation zwischen gesellschaftlichen Subsystemen und die Kommunikation zwischen Parteien und WählerInnen.<sup>16</sup> Darüber hinaus bildete sich mit dem Übergang von der faschistischen Diktatur zur konstitutionellen Monarchie ein Regionalismus aus, der bis heute weite Teile des politischen Diskurses bestimmt. Regionale Parteien dominierten nicht nur das jeweilige politische Parteiensystem vor Ort, sondern erfuhren darüber hinaus eine parlamentarische Verankerung im nationalen Abgeordnetenhaus.<sup>17</sup>

Die Konfliktlinien Staat – Kirche, Partei – Institutionengefüge und Zentrum – Peripherie hindern heute nationale Parteien wie die IU daran, eine landesweite Parteibasis aufzubauen und zu verbreitern. Es fällt der IU schwer, den WählerInnen ein kontinuierliches, programmatisch einheitliches politisches Angebot zu unterbreiten. Insbesondere die Zurücksetzung des Klassenkonfliktes zugunsten der Regionalisierung verstärkt die Probleme bei der Etablierung radikal linker Parteien, die im nationalen Rahmen handlungsfähig werden wollen.

### Anmerkungen

- 1 Vgl. Andreas Baumer: Jenseits der Pyrenäen. Parteiensysteme und gesellschaftliche Konflikte in Spanien und Portugal, in: Ulrich Eith, Gerd Mielke (Hrsg.): *Gesellschaftliche Konflikte und Parteiensysteme, Länder- und Regionalstudien*, Wiesbaden 2001, S. 144.
- 2 Vgl. Walther Bernecker: *Spanien-Lexikon. Wirtschaft, Politik, Kultur, Gesellschaft*, München 1990, S. 338.
- 3 In Anlehnung an Rainer Schultz, der die Geschichte der Kommunistischen Partei in vier Phasen unterteilt, vgl. Rainer Schultz: *Linksdemokratische Parteien in Spanien. Facetten und Entwicklung*, Studie im Auftrag der RLS, Januar 2003, S. 4.
- 4 Vgl. Fred A. Lopez III: *Bourgeois State and the Rise of Social Democracy in Spain*, in: Ronald H. Chilcote u. a. (Hrsg.): *Transition from Dictatorship to Democracy. Comparative Studies of Spain, Portugal and Greece*, New York 1990, S. 17–72, 53f.
- 5 Vgl. Marita Müller: *Politische Parteien in Spanien (1977–1982). Interne Konflikte und Wahlverhalten*, Saarbrücken 1994, S. 46ff.
- 6 Vgl. Juan J. Linz, José Ramón Montero: *The party systems of Spain. Old cleavages and new challenges*, in: Lauri Karvonen, Stein Kuhnle (Hrsg.): *Party Systems and Voter Alignments Revisited*, London, New York 2001, S. 163ff.
- 7 Bis auf die PCE und das Colectivo de Unidad verließen die anderen Gründungsparteien die IU allerdings in den Jahren zwischen 1987 und 2001 wieder. Heute gehören der IU auch viele kleinere regionale und



- lokale Gruppen an, z. B. die katalanische Esquerra Unida i Alternativa, der linksalternativ-trotzkistische Espacio Alternativo, das Colectivo de Unidad und die kleineren trotzkistischen Gruppen Cuadernos Internacionales, Nuevo Claridad, Partido Obrero Revolucionario sowie die Partido Revolucionario de los Trabajadores – Izquierda Revolucionaria.
- 8 Izquierda Unida: Beschluss der VII. Generalversammlung der IU, Dezember 2003, S. 3, <http://www.izquierda-unida.es>
  - 9 Vgl. Paola Giaculli: Parlamentswahl in Spanien, in: DIE LINKE International, Juli 2008.
  - 10 Daten zu IU-Mitgliedern und IU-WählerInnen sind entweder nicht öffentlich zugänglich oder nicht vorhanden.
  - 11 Spanische EAL-Mitgliedsparteien sind u. a. Izquierda Unida (IU), Esquerra Unida i Alternativa (EUiA) und der Espacio Alternativo (EA).
  - 12 Vgl. Pedro Marset: Die Vereinte Linke Spaniens, in: Europarot, 15/2003, Oktober 2003, S. 7.
  - 13 Vgl. Harald Barrios: Das politische System Spaniens, in: Wolfgang Ismay (Hrsg.): Die politischen Systeme Westeuropas, Leske & Budrich, 3. Auflage, Opladen 2003, S. 613ff.
  - 14 Vgl. Rafael Arias-Salgado: Entstehung und Struktur des spanischen Parteiensystems, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Berlin 1988, S. 379.
  - 15 Vgl. Jonathan Hopkin: Spain: Political Parties in Young Democracy, in: David Broughton, Mark Donovan (Hrsg.): Changing Party Systems in Western Europe, London, New York, 1999, S. 224f.
  - 16 Vgl. Melanie Haas: Das Parteiensystem Spaniens, in: Oskar Niedermayer, Richard Stöss (Hrsg.): Die Parteiensysteme Westeuropas, Wiesbaden 2006, S. 427.
  - 17 Vgl. Dieter Nohlen: Wahlrecht und Parteiensystem, 3. Auflage Opladen 2000, S. 332ff.

## Neues Linksbündnis in Portugal greifbar nah

Von Dominic Heilig

Am 6. Februar 2009 lud der Linksblock (BE), die portugiesische Mitgliedspartei der Europäischen Linken (EL), nach Lissabon, um über Wege aus der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise zu diskutieren. Der Konferenz „Neue Krise eines alten Systems: Vorschläge der Linken für Europa“ am Vorabend des sechsten Parteitages des Linksblocks wohnten Vertreter weiterer linker Parteien aus über 16 Ländern bei, unter ihnen Lothar Bisky, Vorsitzender der Partei der Europäischen Linken.

### Die Lösung der sozialen Frage

Die portugiesischen Medien zeigten hohes Interesse an dem Treffen, auf dem die politische Linke nach Antworten auf die aktuellen Krisen des Kapitalismus suchte. Im Gegensatz zu den Strategien vieler europäischer Regierungen sieht die Europäische Linke die Bewältigung des Zusammenbruchs der internationalen Finanzmärkte ausschließlich in einem europäischen, in einem globalen Kontext. Nationalen Alleingängen, wie in Frankreich und Deutschland, wurde eine klare Absage erteilt. Schließlich, so beschrieb es der Sprecher des Linksblocks, Francisco Louca, könne die Finanz- und Wirtschaftskrise nur durch die Lösung der sozialen Krise überwunden werden. „Mit den Finanzhilfen für Großkonzerne und Banken, wie wir sie in allen europäischen Staaten beobachten können, wird die soziale Schere in den Gesellschaften nicht kleiner, sondern größer“, so Louca. Er plädierte neben einem schnellen, koordinierten und nachhaltigen Ausbau der sozialen Sicherungssysteme für die Schaffung neuer Arbeitsplätze und die Gründung eines alternativen, öffentlichen Bankensystems.

Lothar Bisky verwies in seinem Beitrag darauf, dass DIE LINKE trotz ihrer Kritik an der neoliberalen Politik in Europa nicht antieuropäisch sei. „Die europäische Linke muss ihre politischen, sozialen und wirtschaftlichen Alternativen in die aktuellen Debatten einbringen, auch weil wir den politischen Diskurs nicht der extremen Rechten überlassen dürfen“, betonte der EL-Vorsitzende.

### Juntar forcas – Die Kräfte sammeln

An den darauf folgenden zwei Tagen versammelten sich – ebenfalls unter Beteiligung zahlreicher Beobachter linker Parteien – 600 Delegierte des Linksblocks zu dessen sechstem Parteitag. „Juntar forcas – die Kräfte sammeln“ lautete die Parole im zehnten Jahr des Bestehens der Partei. 1999 von verschiedenen linken Parteien, Bewegungen und Gruppen gegründet, konnte sich der Linksblock schnell in der portugiesischen Gesellschaft verankern. Die im nationalen wie im europäischen Parlament vertretene Partei erfreut sich seit Jahren eines starken Zulaufs vor allem linksintellektueller und junger Menschen. Die Partei gilt denn auch mehr als Bewegungspartei mit offenen Strukturen und einem starken Rückhalt in den sozialen Bewegungen.

Der aktuell in Umfragen zwischen 10 und 14 Prozent gehandelte Bloco de Esquerda fällt aber insbesondere dadurch positiv auf, dass er das verkrustete Parteiensystem kräftig durcheinander gewirbelt hat. Vergleichbar mit der Situation in Deutschland 2005, mit einer in Regierungsverantwortung stehenden und bröckelnden Sozialdemokratie, hat der Linksblock an diesem Wochenende linke Sozialdemokraten, Reformkommunisten und weitere Linke aufgerufen, die Kräfte zu bündeln und künftig gemeinsam zu handeln. In Manuel Alegre, Dichter und prominentes Aushängeschild des linken Flügels der portugiesischen Sozialdemokratie, hat die Partei einen Gesprächspartner gefunden, mit dem die Formierung einer neuen, breiten linken Partei in greifbare Nähe gerückt ist. Auf dem Parteitag des Bloco war Alegre zwar nicht zu sehen, aber die Zeichen für einen Neuanfang der Linken in Portugal sind nicht mehr zu überhören und zu übersehen. Ein erster gemeinsamer Anlauf soll für die im Juni stattfindenden Europawahlen gemacht werden.

## Voller Elan geht die Sozialistische Linke in die Kämpfe des Jahres 2009

*Leitantrag, angenommen auf dem VI. Parteitag des Linksblocks (Portugal) in Lissabon am 8. Februar 2009*

### 1. Kapitel. Die neue Krise verschlimmert die alte Krise

#### These 1. Die Ausbeutung ist die Krise

In Portugal kommt auf jeden Euro, der als Lohn ausgezahlt wird, ein Euro Profit für das Kapital. Unter der Regierung Socrates sind durch Senkung von Reallöhnen und Renten sowie durch Kapitalerträge (aus Zinsen, Steuervorteilen und Privatisierungen) über 30 Milliarden Euro von den Arbeitern zum Kapital umverteilt worden.



## **These 2. Die Finanzkrise ist kein finanzielles Phänomen**

Nicht die Finanzkrise, sondern die fortlaufende Entwertung des Kapitals hat zur Rezession geführt. Die Hauptziele der liberalen Wirtschaftspolitik bestanden darin, den freien Fluss des Kapitals durchzusetzen, marktabhängige Regulierungsmechanismen zu schaffen und die Beschäftigten in prekäre Arbeitsverhältnisse zu zwingen.

Profit wird weiter gemacht, aber die Kapitalakkumulation ist die geringste seit 50 Jahren. Das liegt entweder an einem teilweisen Rückgang der Kapitalerträge oder an zu geringen Anlagemöglichkeiten.

## **These 3. Der nordamerikanische Kapitalismus erlebt eine Krise seines Führungsanspruchs**

Die USA, die dominierende Volkswirtschaft der Welt, stehen im Zentrum dieser Spekulationsschlinge und ihrer Krise. Parallel zu deren Krise des wirtschaftlichen Führungsanspruchs ist auch die EU zur Geisel ihrer Entwicklungslokomotive, des liberalisierten Binnenmarktes, geworden.

Die zunehmenden Auseinandersetzungen um die Hegemonie bringen neue Probleme und Risiken hervor. Die Linke, die für eine solidarische Globalisierung und gegen die kapitalistische Globalisierung eintritt, muss diesen Kampf aus europäischer und internationalistischer Sicht führen.

## **These 4. Der Neoliberalismus hat die Krise in Portugal verschärft**

Die Krise demonstriert sowohl das ideologische Scheitern des Neoliberalismus als auch die Kosten der neuen Rezession. Sie zeigt weiter, dass Nationalisierungen und eine planmäßige Verteilung der knappen Ressourcen notwendige Antworten auf die vom Kapitalismus verursachten Schwierigkeiten sind.

## **These 5. Alle Formen der Ausbeutung**

Die Ausbeutung der Arbeiter durch unbezahlte Arbeit, aus der man Profit schlägt, wird verstärkt durch die indirekte Ausbeutung der Lohnempfänger. Diese wird den Verbrauchern durch die Preise, den verschuldeten Arbeitern durch Zinsen und dem Arbeiter als künftigen Rentner durch Spekulationen mit Pensionsfonds aufgezungen. Die Arbeiterklasse als soziale Kraft kann sich nur dann erheben, wenn sie ein Projekt gegen die Ausbeutung vorlegt – im Namen der Arbeiter, der Steuerzahler, der verschuldeten Familien und der Rentner.

## **These 6. Taktische Hauptfrage des Linksblocks ist der Kampf für öffentliche Dienstleistungen**

Der Linksblock erklärt mit Nachdruck: Demokratie hängt von der Entwicklung öffentlicher Dienstleistungen in Gesundheitswesen, Bildung, Wasser- und Energieversorgung, Kommunikation, Wohnungswesen und Schutz vor finanzieller Ausplünderung ab. Der Linksblock ruft alle Männer und Frauen der Linken zum gemeinsamen Kampf gegen die neoliberale Politik auf, um eine öffentliche Verantwortung für die wesentlichen Güter der Demokratie zu schaffen.

## **2. Kapitel. Die Wall Street verursacht eine soziale Katastrophe**

### **These 7. Der endlose Krieg geht weiter**

Der „reale“ Kapitalismus führt vier soziale Kriege für seine Reorganisation:

- Für Liberalisierung, was ein Ende aller Formen öffentlicher Kontrolle und die Abschaffung der Tarifverträge bedeutet;
  - Für Expansion von fiktivem Kapital und Krediten über Jahre, um auf Überproduktion und mangelnde Nachfrage zu reagieren;
  - Für die Schaffung von modernem zinsträchtigen Kapital durch den Besitz staatlicher Rentenfonds und die Kontrolle der sozialen Bedürfnisse;
  - Für die Schaffung eines einheitlichen Weltmarktes einschließlich des Ostens und Chinas, der eine industrielle Reservearmee in globalen Dimensionen hervorbringt.
- Der Linksblock verteidigt die Sozialisierung der grundlegenden Ressourcen durch die Nationalisierung der Energiewirtschaft, der strategischen Wirtschaftsbereiche sowie die Verteidigung des öffentlichen Sektors bei Wasserversorgung, Telekommunikation, Verkehr und Finanzen.

### **These 8. Einen grünen Kapitalismus gibt es nicht**

Der Spätkapitalismus – ein Industrie- und Finanzkapitalismus in einer Finanzierungskrise sowie ein zinsuchender Kapitalismus in der gesellschaftlichen Offensive – beruht auf einem nicht nachhaltigen Modell. Daher brauchen wir einen Bruch mit diesem System, die Einstellung der Überausbeutung der Naturressourcen und der Überproduktion von Müll.

Der Linksblock schlägt die Nationalisierung der Energiewirtschaft vor und tritt für einen öffentlichen Sektor in der Wasserversorgung ein.

### **These 9. China ist das Zentrum des Wiedererstehens des globalen Kapitalismus**

China, wo staatliche Kontrolle ein Instrument der Akkumulation von Kapital ist, ist zum Zentrum der Produktion und des Wiedererstehens des globalen Kapitalismus geworden.

### **These 10. Europa wird durch die Liberalisierung des Binnenmarktes vorangetrieben**

Die europäischen Politiker definieren die Europäische Union als eine Assoziation wirtschaftlicher und politischer Mächte, die von der Demokratie und den Bürgern getrennt sind. Das Eintreten für eine demokratische Neugründung der EU ist eine Voraussetzung für den proeuropäischen Kampf der Linken gegen Institutionen und eine Politik, die die Bevölkerung ausgrenzen.

Der Linksblock wird weiter gegen den Lissaboner Vertrag kämpfen, Referenda fordern und sich für einen neuen Vertrag einsetzen, der die Europäische Union auf der Grundlage sozialer Rechte neu erstehen lässt. Der Linksblock setzt sich für ein Ende der NATO und der Stationierung nordamerikanischer Raketen in Europa ein.

### **These 11. Die Linke und die Schaffung eines neuen Internationalismus**

Der Linksblock verfolgt als sein Gründungsziel den Aufbau einer neuen sozialistischen und internationalistischen Linken. Er lehnt die Traditionen ab, die sich auf die Regime in der UdSSR oder in China berufen, ebenso die populistische Tradition. Unsere Partner sind nicht Regierungen, sondern Kräfte



te der volksnahen Linken, die selbständig für gesellschaftliche Transformation kämpfen.

Angesichts der Notwendigkeit der politischen Stärkung der Linken wird der Linksblock die Durchführung eines Kongresses mit sozialen Bewegungen und Parteien über den Kampf gegen den Neoliberalismus vorschlagen.

### Kapitel 3. In Portugal ist die Ungleichheit gewachsen

#### **These 12. „Zum Glück haben wir Socrates“**

Der Block vertritt die Strategie, gemeinsam mit allen Menschen ein soziales Minimum zu verteidigen. Er setzt sich dafür ein, Reallöhne und Renten zu erhöhen, einen armutsfesten Mindestlohn einzuführen, das soziale Netz des Arbeitslosengeldes dichter zu knüpfen, Arbeitslosen niedrige Zinsen zu gewähren und bei Tarifverhandlungen Hypothekenzahlungen in die Inflationsrate einzuschließen.

#### **These 13. Die herrschende Klasse ist schuld an den Verzögerungen.**

Die herrschende Klasse Portugals lebt von staatlichen Zinsen, spekulativen Preisen und Finanzspielen, von monopolisierten Märkten, die vor Wettbewerb geschützt sind. Sie ist die Ursache des nationalen Niedergangs, und die sozialistische Linke will sie besiegen.

### Kapitel 4. Der Linksblock ist die zuverlässige Linke im politischen Kampf

#### **These 14. Zehn Jahre Linksblock**

Der Linksblock war und bleibt eine moderne politische Kraft. Seit seiner Gründung vor zehn Jahren hat der Linksblock den solidarischen Kampf für Gleichheit wiederbelebt, sucht nach neuen Wegen des Volkskampfes, setzt sich für die Schaffung einer großen einigenden sozialen Bewegung der Jugend und der Arbeiter ein. Der Linksblock hat neue Debatten über den Sozialismus, über Antikapitalismus und Demokratie eröffnet. Er hat die Erinnerung an die großen Kämpfe der Arbeiterbewegung wiederbelebt – bei dem Chemiekonzern CUF, beim Arsenal oder der Eisenbahn. Und er hat in die Kämpfe für die Durchsetzung von Rechten eingegriffen wie zum Beispiel bei dem siegreichen Referendum zur Abschaffung der Bestrafung von Frauen, die abtreiben.

#### **These 15. Soziale Kämpfe gegen liberale Reformen**

In den Gewerkschaften ist ein Viertel der Beschäftigten organisiert, aber die Proteste des CGTP und der Lehrer zeigen, wie dringend notwendig soziale Kämpfe sind. Nach Bestätigung des neuen Arbeitsgesetzes müssen wir neue Kräfte sammeln. Die Gewerkschaftsmitglieder im Linksblock wollen die Wahl von mehr Vertretern des Blocks in Gewerkschaften und Arbeiterkommissionen unterstützen. Der Linksblock fühlt sich den sozialen Bewegungen verbunden, die Aktionen organisieren. Die Bewegungen der prekär Beschäftigten sind ein strategisches Element der Mobilisierung des Volkes.

#### **These 16. Die aktuellen Veränderungen in der politischen Linken**

Das Wachstum des Linksblocks ist Teil des vor sich gehenden Wiederaufstiegs der politischen Linken. Die Erfahrungen mit den neoliberalen Reformen, die von der absoluten Mehr-

heit der sozialistischen Partei (PS) durchgesetzt wurden, sowie die Schwierigkeiten im Leben der Arbeiter haben unter vielen Männern und Frauen der Linken, darunter auch Mitglieder der PS, eine Welle der Enttäuschung ausgelöst.

Das ist eine neue Situation. Die Tatsache, dass die Tabus für die Kommunikation zwischen den verschiedenen Linken gefallen sind, ist ein sehr wichtiges Zeichen. Die Suche nach neuer Übereinstimmung für eine konkrete Politik bei der Verteidigung öffentlicher Güter geht mit dem Zusammenbruch des einheitlichen neoliberalen Denkens einher.

Der Linksblock weist den Vorwurf entschieden zurück, dass dieser Dialog den Interessen der neoliberalen Politik dient. Im Gegenteil, der Dialog mit Mitgliedern der PS, die sich gegen die neoliberale Politik wenden, erhöht unsere Verantwortung, Alternativen vorzulegen, den Angriff der Regierung auf die sozialen Rechte zurückzuschlagen und neue Antworten zu finden.

Daher ist der Linksblock offen für solche Vorschläge und Positionen, die die Aktionsfähigkeit der Linken mit neuen Ideen bereichern. In den nächsten Jahren ist es notwendig, die Linke weiterzuentwickeln, zu stärken und ihr alternatives Profil zu schärfen.

#### **These 17. Der Linksblock im Wahlkampf**

1. Der Linksblock stellt für die Wahlkämpfe folgende Ziele:

- Kandidaten aufzustellen, die für unsere Alternative stehen;
- Bei den Wahlen einen Zuwachs an Stimmen zu erreichen und die Zahl der Kreise zu vergrößern, die von Kandidaten des Linksblocks gewonnen werden;
- Bei den Kommunalwahlen die Zahl seiner Abgeordneten zu erhöhen und konkrete Programme vorzulegen. Zu diesem Zweck stellt der Linksblock eigene Kandidaten auf, geht keine Bündnisse mit anderen Parteien ein, steht aber für Absprachen mit unabhängigen lokalen Kandidaten und Bewegungen zur Verfügung.

2. Die Politik des Zentralen Blocks ist darauf gerichtet, dass im Jahre 2009 zwischen der Sozialistischen Partei (PS) und der (konservativen) Sozialdemokratischen Partei (PST) entschieden wird. Der Linksblock wendet sich gegen beide. Er akzeptiert keine Zusammenarbeit mit einer Regierung der PS oder des Zentralen Blocks, weil er gegen die neoliberale Politik kämpft. Der Linksblock wird sich mit Vorschlägen, die seinen Wahlkompromiss darstellen, gegen die nächste Regierung wenden.

3. Was die Vereinbarung von 2007 für den Stadtrat von Lissabon betrifft, so stellt der Linksblock klar, dass es bei den Wahlen von 2009 keine Absprachen mit der PS geben wird.



# Zur jüngsten sozialen Erhebung in Griechenland

*Von Yannis Bournous, Mitglied des Zentralen Politischen Komitees von SYNASPISMOS, Verantwortlicher der Abteilung Europapolitik, vorgetragen auf der Tagung des EL-Vorstandes am 10. Januar 2009 in Berlin.*

## Die Besonderheiten dieser Erhebung

Nur wenige Stunden nach der kaltblütigen Ermordung des fünfzehnjährigen Schülers Alexandros Grigoropoulos durch einen Angehörigen der Sondereinsatzkräfte der griechischen Polizei am 6. Dezember 2008 im Athener Stadtteil Exarchia reagierte die griechische Öffentlichkeit auf zweierlei Weise. Zum einen kam es zu riesigen Protestdemonstrationen, zum anderen zu Ausbrüchen von Gewalt. Beide hatten drei Dinge gemeinsam: a) Sie waren spontan organisiert, b) sie fanden im ganzen Lande statt und c) sie richteten sich vor allem gegen politische Repression. Letzteres zeigte sich darin, dass sich die Losungen der friedlichen Demonstranten mehr und mehr radikalisierten und dass es rasch zu massenhaften Gewaltakten kam, an denen nicht nur der traditionelle Schwarze Block, sondern auch empörte junge Leute in großer Zahl beteiligt waren.

Die Menschen, die sich an den Demonstrationen und Aktionen verschiedener Art im ganzen Lande beteiligten, kamen aus allen Klassen und Schichten. Dafür sind zwei Gründe zu nennen:

1. Der Ermordung des Schülers wurde weithin symbolische Bedeutung beigemessen. An den Demonstrationen beteiligte sich neben traditionellen Mobilisatoren, d. h., Parteien und Organisationen der radikalen und der außerparlamentarischen Linken, antiautoritären und anarchistischen Gruppen, ein sehr breites Spektrum von Menschen, das von progressiv eingestellten Eltern, die in dem ermordeten Jungen ihre eigenen Kinder sahen, bis zu Fußballfans reichte, die traditionell reflexartig auf jede Art von Repression reagieren.

2. Die Prekarisierung der griechischen Gesellschaft, unter der vor allem die junge Generation leidet, hat neue soziale Probleme hervorgebracht, die inzwischen ein breites Spektrum vom untersten Rand der Gesellschaft bis zu den städtischen Mittelschichten betreffen. Analytiker weisen darauf hin, dass es bereits mehrfach soziale Revolten und Erhebungen von Jugendlichen der Vorstadtghettos gegeben hat, die sich gegen den schreienden Kontrast zwischen ihrer Lebensweise und dem provokatorischen Lifestyle der Jugend der Mittel- und Oberschichten auflehnten. Diesmal aber gingen junge Leute aus den Oberschichten Seite an Seite mit den „stimmlosen“ Teenagern der Migranten und der unteren Klassen auf die Straße, weil die Bilder des Aufruhrs in den Stadtzentren sie magisch anzogen, aber auch weil die „700-Euro-Generation“ gegenwärtig, unabhängig von der sozialen Herkunft, in der ganzen Breite der Gesellschaft anzutreffen ist.

Die Ermordung von Alexandros Grigoropoulos ist kein Einzelfall, wie es die Regierung, die rechtsextreme Partei LAOS, die Führung der griechischen Polizei und der Mainstream der privaten Medien hinzustellen versuchen. Sie passt in das in den letzten Jahren entwickelte Unterdrückungskonzept, das für alle Organe der griechischen Polizei gilt. Dazu nur

ein Detail: Der Polizeibeamte, der Alexandros erschossen hat, gehört den Sondereinsatzkräften an. Diese wurden ursprünglich zu den Olympischen Spielen im Jahre 2004 gebildet. Es handelte sich um unbewaffnete Sicherheitskräfte, die in einem Schnellkurs von drei Monaten ausgebildet wurden. Wer dieser Truppe beitreten will, wird nach einfacher Bewerbung ausgewählt. Die normale Polizeiakademie entspricht einer vierjährigen Highschool-Ausbildung, die im griechischen Schulsystem der Abiturstufe mit entsprechenden Prüfungen gleichgestellt ist. Bei der Rechtsreform, die die konservative Regierung vor einigen Jahren durchführte, wurden die Aufgaben der Sondereinsatzkräfte verändert. Sie nehmen jetzt an Streifengängen teil, werden gegen Demonstranten eingesetzt und tragen Waffen (nach einer nur dreimonatigen Ausbildung!).

Zudem gibt es eine lange Liste extremer Gewaltakte der Polizei, darunter auch Morde, besonders an Migranten und Studenten, die bisher straflos blieben. Zur Eskalation der Gewalt kam es erstmalig bei den Olympischen Spielen, wo man das rüde Vorgehen der Polizei mit „verschärften Sicherheitsmaßnahmen“ begründete. Polizeibeamte, die für schwerwiegende Vorkommnisse verantwortlich waren, wurden häufig gar nicht erst festgenommen oder rasch wieder frei gelassen. Auch die griechische Justiz zeigte eine tiefe Abneigung, solche Täter trotz zahlreicher vorliegender Zeugenaussagen und Beweise strafrechtlich zu verurteilen.

Die Hauptakteure der jüngsten Erhebung sind eindeutig Schüler der Sekundarstufe um die fünfzehn Jahre, deren soziale und politische Identität in den ersten Tagen nach der Ermordung ihres Klassenkameraden stark geprägt wurde. Sie reagierten äußerst rasch und massiv. Einige Analytiker meinen, dass diesmal die Beteiligung an den historischen Aufständen von 1990/91, die nach der Ermordung des linksgerichteten Lehrers Nikos Temponeras durch ein Mitglied der rechtsgerichteten Jugendorganisation ONNED ausbrachen, noch übertroffen wurde. Die Schüler des Jahres 2008 benutzten alle Instrumente der modernen Telekommunikation (Mailing-Listen, weblogs, Netzwerke, SMS), wodurch es ihnen gelang, Hunderte Schulen und Gymnasien im ganzen Lande zu besetzen und zahlreiche Aktionen durchzuführen, die von der Blockierung von Polizeieinrichtungen bis zu gewaltfreien symbolischen Demonstrationen vor dem Parlament oder vor Polizeikordons reichten.

Mit ihren kreativen Aktionen gelang es den Schülern zum Teil gegen die Bilder der Mainstream-Medien anzugehen, die wie gewöhnlich permanent Szenen von Zerstörungen, Steinerwerfen, Bränden und Plünderungen wiederholten. Es gelang ihnen, eine breite Legitimierung für diese Erhebung zu erreichen, während die politische und die operative Führung der griechischen Polizei sowie die Medien alles taten, um das Gegenteil zu beweisen.

## Die Haltung der politischen Kräfte und der staatlichen Institutionen

Die rechtsgerichtete Regierungspartei Nea Dimokratia (ND) verurteilte den Mord an Alexandros, sprach aber beharrlich von einem Einzelfall. Sie wies jegliche Verantwortung für die Situation in der griechischen Polizei von sich. Mehrere Regierungsvertreter warfen SYNASPISMOS (SYN) und dem linken Bündnis SYRIZA eine inakzeptable „Haltung zu Gewalt und Verbindungen zu den Aufrührern“ vor.



Die „sozialistische“ Oppositionspartei PASOK verurteilte den Mord ebenfalls, vermied aber Aussagen, die sie in Gegensatz zum konservativen Teil ihrer Wählerschaft bringen konnten, welche auf die Zerstörung und Plünderung Dutzender Läden im Zentrum von Athen und Thessaloniki heftig ablehnend reagierte. Prominente PASOK-Vertreter warfen der Regierung „mangelnde Effizienz“ bei der Kontrolle der Polizei und dem Vorgehen gegen die gewaltsamen Ausschreitungen vor, „vergaßen“, aber auch nicht, SYN und SYRIZA enge Kontakte zum Schwarzen Block zu unterstellen. Sie beteiligten sich nur an dem schweigenden Gedenken der Menschen mit Kerzen in den Händen vor dem Parlamentsgebäude.

Die rechtsextreme Partei LAOS verknüpfte die Verurteilung des Mordes mit der Gewalt der Demonstranten. Auch sie sprach von einem Einzelfall und machte sich die Behauptung des Mörders zu eigen, er sei zuerst von einer Gruppe Anarchisten angegriffen worden, in der sich Alexandros befunden habe. LAOS lastete SYN und SYRIZA politische Verantwortung für die Ausschreitungen an, warf dem SYN-Vorsitzenden Alexis Tsipras und dessen Vorgänger Alekos Alavanos vor, Anarchisten und Terroristen politische Deckung zu bieten.

Unmittelbar nach der Begegnung des Ministerpräsidenten mit den Führern aller politischen Parteien, wo er erfolglos die Aussetzung eines bereits geplanten Generalstreiks forderte, um weitere Zusammenstöße zu vermeiden, startete die Führung der Kommunistischen Partei Griechenlands (KKE) eine unglaublich feindselige Propaganda gegen die Erhebung und die Großdemonstrationen der ersten Tage. Die KKE organisierte eigene Demonstrationen zu anderen Zeiten und an anderen Orten, wo keine „Außenseiter“ zugelassen waren. Am Tag des Generalstreiks folgte sie im Grunde genommen der „Empfehlung“ der Regierung und beschloss, ihre Marschblöcke nicht vor das Parlament ziehen sondern lediglich auf dem Omonia-Platz ihre Runden drehen zu lassen, wobei sie fünf Minuten lang vor dem Haus von SYN stehen blieben und Losungen gegen unserer Partei riefen. KKE-Generalsekretärin Aleka Papariga warf SYN und SYRIZA vor, den Aufrührern zum Munde zu reden, um sich Wählerstimmen zu sichern. Dabei benutzte sie die gleiche Formulierung wie der Vorsitzende der rechtsextremen Partei, Giorgos Karatzaferis es unmittelbar nach der Begegnung mit dem Ministerpräsidenten getan hatte: „SYN schmeichelt den Ohren der Anarchisten.“ Das Politbüro der KP Griechenlands sprach in einer Analyse der Ereignisse von einem durch ausländische Geheimdienste inspirierten Plan, die griechische Gesellschaft zu destabilisieren.

SYN und SYRIZA brachten sich von Anfang an in zahlreiche Mobilisierungen ein. Wir haben stets erklärt, dass der Mordfall kein isoliertes Vorkommnis sondern die Spitze eines Eisberges ist, der allgemeinen Prekarisierung der Lebensumstände, die zahlreiche Klassen und Schichten der Gesellschaft ergreift, zu Elend, Unsicherheit und Frustration führt. SYN versuchte die Bewegung zu politisieren, indem sie Forderungen nach einer Reform des Bildungswesens auf allen Ebenen, nach Vollbeschäftigung und einem dringenden demokratischen Umbau der griechischen Polizei, darunter ihrer sofortigen Entwaffnung und der Abschaffung aller Spezialeinsatzkräfte, stellte. Wir haben auch darauf orientiert, die Aktionen in die Bildungseinrichtungen (Schulen und Universitäten) zu verlegen und mit politischen Forderungen anzureichern, um eine stärkere und wirksamere Bewegung zu

schaffen, die wirklichen Einfluss auf das politische Kräfteverhältnis zu nehmen und weitergehende soziale Veränderungen zu bewirken vermag. Mitglieder des Jugendverbandes von SYN Neolaia Synaspismou organisierten die landesweite „Schülerkoordinierung Alexandros Grigoropoulos“ und engagierten sich bei Besetzungsaktionen, Generalversammlungen und Manifestationen innerhalb und außerhalb der Schulen. Ihre Hauptlosung lautet „Keiner im Klassenzimmer, alle im Kampf“. Damit wird nicht nur der Zorn der Jugendlichen über die Ermordung von Alexandros zum Ausdruck gebracht, sondern auch die dringende Notwendigkeit einer massiven Jugendbewegung, die eine grundlegende Transformation des Bildungssystems und die Erfüllung weiterer Forderungen der Jugendlichen erreichen kann. Die gleiche Taktik wird auch in den Universitäten angewandt. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist immer noch eine beträchtliche Anzahl von Fakultäten besetzt. Die Koordinierung der studentischen Generalversammlungen ruft fast jeden Donnerstag zu einer zentralen Demonstration auf, wobei sie dem Beispiel der erfolgreichen Mobilisierung gegen die Abschaffung von Artikel 16 der Verfassung im Jahre 2006 folgt. (Dieser Artikel garantiert freie öffentliche Bildung für alle – d.Ü.)

## Die Reaktion des Auslands

In vielen Ländern Europas und darüber hinaus – Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Spanien, Italien, Türkei, USA, Kanada, Australien, Mazedonien u. a. – kam es zu Aktionen der Solidarität mit der Erhebung in Griechenland. Sie reichten von der Besetzung griechischer Botschaften bis zu öffentlichen Debatten in Universitäten und Theatern. Wir haben eine große Zahl von Solidaritätsbotschaften eng befreundeter Parteien innerhalb und außerhalb der Partei der Europäischen Linken erhalten, die sich vielfach an den Solidaritätsaktionen in ihren Ländern beteiligten. Wir haben Artikel in zahlreichen traditionellen und neuen Medien veröffentlichen können. Vor dem Angriff Israels auf Gaza wurden die Ereignisse in Griechenland von zahlreichen ausländischen Medien stark beachtet.

## Zur aktuellen Lage

Nach der Ermordung von Alexandros Grigoropoulos ist es zu weiteren Entwicklungen gekommen, die einer sorgfältigen Analyse bedürfen. Das wichtigste neue Element ist das plötzliche Wiederauftauchen der extremistischen Organisation „Revolutionärer Kampf“, die zwei Angriffe gegen Polizeibeamte durchführte. Bei dem zweiten Überfall wurde ein Polizist von einer Kugel aus einer gestohlenen AK 47 schwer verletzt. Er liegt immer noch auf der Intensivstation.

Abgesehen von diesem Zwischenfall, der das Thema des Terrorismus wieder in die Medien gebracht hat, versuchte die Regierung, ihr Ansehen in der Öffentlichkeit durch eine Umbildung des Kabinetts aufzubessern. Die drei Minister, die während der Erhebung direkt angegriffen wurden – für Wirtschaft, Bildung und Inneres – sind ausgewechselt worden. Während die neuen Minister für Bildung und Wirtschaft sich einer gemäßigten Rhetorik befleißigen (sie seien „offen für Dialog, um einen größtmöglichen Konsens für die bevorstehenden Reformen zu erreichen“) hat der neue Innenminister, der für die öffentliche Ordnung zuständig ist, die wirklichen Absichten der Regierung bereits dadurch enthüllt,



dass er der Polizei ein brutales, blindwütiges Vorgehen gegen die Teilnehmer der jüngsten friedlichen Großdemonstration vom 9. Januar befahl. Dabei wurden in Athen 70 Personen verhaftet, darunter 14 Anwälte, die der Bewegung als Rechtsberater dienen.

Diese Erhebung wird spürbare Auswirkungen auf die weitere Entwicklung des Kräfteverhältnisses im Lande haben, da sie bereits jetzt die ideologische, soziale und politische Orientierung vieler Teenager und junger Leute der „700-Euro-Generation“ entscheidend geprägt hat. Das Wiederauftauchen des Terrorismus ist ein Element, das konservative Reflexe in unserer Gesellschaft mobilisieren und zweifellos zu mehr Repression und noch größerem Druck auf die soziale und politische Linke führen wird.

Sorge bereitet uns das Phänomen der abgestimmten Angriffe auf SYN und SYRIZA von Seiten eines sehr heterogenen politischen Spektrums. Der wichtigste Unterschied gegenüber früher ist dabei die Haltung der Kommunistischen Partei Griechenlands. Die KKE-Führung hat entschieden, die Rhetorik der rechtsgerichteten Regierung und der extrem rechten politischen Kräfte zu übernehmen, um ihre Position innerhalb der griechischen Linken zu stärken. Und das zu einer Zeit, da SYRIZA in allen Meinungsumfragen eindeutig vor der KKE liegt, auch in jenen, die einen gewissen Rückgang unserer Ergebnisse gegenüber der Wahl von Alexis Tsipras zum neuen SYN-Vorsitzenden im vergangenen Jahr zeigen. Damit hat die Führung der KP Griechenlands ihren Beitrag dazu geleistet, eine der wichtigsten Bewegungen in der modernen politischen Geschichte unseres Landes zu delegitimieren, was ihr in dieser Bewegung und innerhalb der griechischen Linken bereits starke Kritik eingebracht hat.

## Wo Kommunisten regieren: Zypern

Von Julian Marioulas, AK Internationale Politik der Bundestagsfraktion DIE LINKE; aus: Birgit Daiber/Cornelia Hildebrandt (Hrsg.), *Die Linke in Europa*

Zypern zeichnet sich durch eine bemerkenswert starke linke Tradition aus, die der Öffentlichkeit im Ausland erst kürzlich mit der Wahl von Dimitris Christofias zum Präsidenten der Republik ins Bewusstsein gerufen wurde. Seit Jahrzehnten ist die Fortschrittspartei des Werktätigen Volkes (AKEL) ein bedeutender Faktor in der Inselpolitik. 1941 als Nachfolger der verbotenen Kommunistischen Partei konstituiert, setzte sie von Anfang an auf Zusammenarbeit und Dialog mit anderen politischen Kräften. Sie war einer der Vorkämpfer gegen den britischen Kolonialismus und verzichtete dabei im Gegensatz zu anderen Gruppen auf Gewalt als Mittel ihrer Politik. Nach der Unabhängigkeit war sie ununterbrochen im Parlament vertreten und erreichte bei den Wahlen der Volksvertretungen bis zu 39,8 Prozent.

Als Dimitris Christofias 1988 die Führung der AKEL übernahm, war ihre Zukunft wie die anderer kommunistischer Bewegungen unsicher. Ein Teil der Partei spaltete sich ab, und es bedurfte vieler Anstrengungen des Vorsitzenden, um diesen Rückschlag zu überwinden. Entgegen dem Trend in anderen europäischen Ländern kam es zu keinem Einbruch bei den Wahlergebnissen. Das aktuelle Sozialismuskonzept der Partei stammt noch aus dieser Zeit, es wurde 1990 verab-

schiedet und beinhaltet eine positive Wertung des Marxismus-Leninismus. Der letzte Parteikongress 2005 hielt an dem Begriff und dem wissenschaftlichen Sozialismus als Methode fest. Auch entsprechen die Statuten weiterhin denen einer Kaderpartei. Praktisch hatte die AKEL aber schon vor dem Zerfall der Sowjetunion einen reformkommunistischen Kurs eingeschlagen. Sie vertritt nicht die Auffassung, dass die Partei als Avantgarde der Arbeiterklasse deren einzige legitime Vertretung ist und strebt keine revolutionäre, sondern eine demokratische Umgestaltung der Gesellschaft zum Sozialismus an. Den Erfolg der AKEL sehen Beobachter der zyprischen Politik darin begründet, dass sie sich mehrfach neuen internationalen und lokalen Bedingungen anpassen konnte, ohne ihrem kommunistischen Profil zu entsagen.

Die altermondialistische Bewegung ebenso wie andere progressive Kräfte werden von ihr als mögliche Bündnispartner der internationalen Linken gesehen. Auch die Sozialdemokratie wird nicht von vornherein abgelehnt, spielt aber für Zypern eine untergeordnete Rolle. Die Bewegung der Sozialdemokraten (EDEK) kam bei den letzten Wahlen auf 8,9, die grüne Partei auf 2,0 Prozent. Während die EDEK unter verschiedenen Namen seit einigen Jahrzehnten besteht und über eine kleine, aber feste Anhängerschaft verfügt, sind die Grünen eine recht neue Erscheinung. Zur radikalen Linken sind nur einige trotzkistische Organisationen zu zählen. Attac ist auf Zypern nicht vertreten. Auf der anderen Seite des politischen Spektrums ist die konservative Demokratische Versammlung (DISY) angesiedelt. In den Wahlergebnissen liegt sie fast gleichauf mit der AKEL, besonders stark ist sie in bäuerlicher Regionen. Eine Zusammenarbeit mit ihr schließt die AKEL definitiv aus. Zwischen beiden Lagern steht die zentristische Demokratische Partei (DIKO).

Der gut organisierte Parteiapparat der AKEL ist Ausdruck einer tiefen Verwurzelung in der zyprischen Gesellschaft. Parteibüros sind auch in kleinen Dörfern zu finden, und viele Einrichtungen des täglichen Lebens verstehen sich als kommunistisch, ob es nun Sportvereine, Cafés oder ganze Betriebe sind. Ähnlich anderen linken Parteien ist AKEL im städtischen Milieu stärker als auf dem Land, wo sie ihre größte Unterstützung durch Flüchtlinge und Minderheiten erfährt. Politische Überzeugungen sind auch Familiensache, was den beiden großen Parteien, AKEL und DISY, konstante Wahlergebnisse sichert.

Der Partei gehören mehrere Unternehmen im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe. Ähnlich dem früheren Verhältnis zwischen der Französischen KP und der CGT steht der Panzyprische Arbeiterbund (PEO), ein gewerkschaftlicher Dachverband, der AKEL nahe. Er besteht unter diesem Namen seit 1941 und ist der wichtigste Zusammenschluss seiner Art. Der Jugendverband der Partei, die Vereinigte demokratische Jugendorganisation (EDON) hat um die 8 000 Mitglieder, sein Einfluss ist ebenfalls beachtlich. So erreichte die ihm angeschlossene Studentenbewegung bei den letzten Wahlen an den Universitäten über 42 Prozent. Weiterhin unterhält die Partei einen Frauenverband und eine Gewerkschaft für Landwirte, die beide über 10 000 Mitglieder haben.

## An die Spitze der Regierung

Trotz des großen Zuspruchs in der Bevölkerung und vielen Mandaten auf kommunaler und städtischer Ebene fand die erste Regierungsbeteiligung der AKEL erst im Jahr 2004



statt. Vorgesehen war, dass der damals gewählte Präsident Tassos Papadopoulos von der DIKO nach fünf Jahren aus dem Amt scheiden und die AKEL einen eigenen Kandidaten aufstellen sollte. Sie war stark in der Regierung vertreten, musste aber in vielen Punkten Zugeständnisse an die Politik des Präsidenten machen. Insbesondere der Annan-Plan zur Vereinigung Zyperns war umstritten. Die AKEL hatte verlangt, dass die Referenden über den Plan aufgeschoben werden sollten, um eine eindeutige Bewertung zu erlauben. Das geschah nicht, weshalb er letztlich auch von den Kommunisten abgelehnt wurde, nachdem Papadopoulos bereits deutlich gemacht hatte, dass er ihn nicht mittragen werde. Nach dem Scheitern des Referendums auf griechischer Seite verschlechterte sich das Klima in der Regierung zunehmend. Auf eine gemeinsame Linie zur Lösung des Konflikts konnten sie sich nicht einigen. Als Papadopoulos schließlich 2007 ankündigte, erneut zur Wahl anzutreten, womit er die ursprüngliche Vereinbarung brach, tat Christofias es ihm gleich und wurde der erste Präsidentschaftskandidat seiner Partei.

Die erste Runde der Präsidentschaftswahlen brachte ein unerwartetes und denkbar knappes Ergebnis. Auf Christofias entfielen 150 016 Stimmen (33,3%), damit blieb er knapp hinter dem Kandidaten der DISY, Ioannis Kasoulidis, der 980 Stimmen mehr bekam (33,5%). Präsident Tassos Papadopoulos dagegen schied mit 143 249 Stimmen und 31,8% überraschend aus, obwohl EDEK und die Grüne Partei ihn unterstützt hatten. Im zweiten Wahlgang stellten sich DIKO, EDEK und Grüne auf Christofias Seite. Offen für Kasoulidis sprach sich dagegen Erzbischof Chrysostomos II. von Zypern aus. Letztlich fiel der Sieg von Christofias deutlich aus, er vereinte 240 604 Stimmen (53,4%) auf sich, während auf Kasoulidis 210 195 Stimmen (46,6%) entfielen. Die Wahlbeteiligung lag bei 90,8 Prozent.

Seit der Wahl steht Dimitris Christofias einer Regierung vor, in der die AKEL vier von elf Ministern stellt, drei auf die DIKO und zwei auf die Sozialdemokraten entfallen und zwei weitere unabhängig sind. Das Programm der Präsidentschaft von Christofias nennt nicht den Aufbau der klassenlosen Gesellschaft als Zielsetzung. Die Begriffe Sozialismus und Kommunismus kommen nicht vor. Eindeutig ist es als Programm einer Koalition ausgelegt und beinhaltet einige Kontinuitäten zur letzten Regierung. Im gesellschaftlichen Bereich werden Fortschritte angestrebt – beispielsweise Maßnahmen für eine bessere Transparenz der Regierung, für die Aufwertung der lokalen Selbstverwaltung – und die Interessen der Arbeiterschaft, der Kleinunternehmer und Bauern betont. Trotz der zurückhaltenden Rhetorik fallen die sozialen Versprechungen üppig aus. An mehreren Stellen wird dem Neoliberalismus energisch widersprochen, insbesondere der Unterordnung von immer mehr Lebensbereichen unter die Gesetze des Marktes, und auch die Doktrin vom Kampf gegen den Terrorismus als Vorwand für Einschränkung der Persönlichkeitsrechte abgelehnt. Die vordringlichste Aufgabe bleibt die Lösung des Zypernkonflikts. Hier war die Kompetenz der Kommunisten mitentscheidend für den Wahlsieg.

## Die AKEL und der Norden Zyperns

Vor der Unabhängigkeit waren viele zyprische Türken Mitglied der AKEL, obwohl diese die Vereinigung mit Griechenland, die sogenannte Enosis, unterstützte. Die nationalistische Türkische Widerstandsorganisation (TMT) von Rauf

Denktasch, dem späteren Präsidenten Nordzyperns, wandte sich strikt dagegen. Sie zwang die Türken, jeden Kontakt mit AKEL abzubrechen, und statuierte mit Morden an prominenten Mitgliedern Exempel.

Im Inselnorden entstand 1970 die Republikanisch-Türkische Partei (CTP) als linke Opposition zu Denktasch. Mit der AKEL ist sie seit ihrer Gründung durch gute Beziehungen verbunden. Diese kamen 2004 zu einem Ende, als der CTP-Vorsitzende Mehmet Ali Talat zum Ministerpräsidenten Nordzyperns ernannt wurde und seine Partei wie die AKEL erstmalig in der Regierung saß. Dieser Schritt führte zu gegenseitigen Vorwürfen, nachdem in der Realpolitik die Trennlinien zwischen beiden deutlich wurden. Das persönliche Verhältnis von Christofias und Talat ist seitdem von Schwierigkeiten geprägt. Trotzdem gehören sie zu den wenigen Politikern des Nordens und Südens, die über die Zypernfrage hinaus in Kontakt stehen.

Die Verhandlungen zur Wiedervereinigung laufen seit mehreren Monaten und umfassen regelmäßige Treffen zwischen den beiden Präsidenten. Damit ist die Ausgangsposition eine sehr viel hoffnungsvollere, als es für den Annan-Plan der Fall war. Der anfängliche Optimismus gerade der türkischen Seite, eine schnelle Lösung zu finden, ist jedoch inzwischen abgeklungen. Die Erfahrungen des gescheiterten Plans und Referendums haben die AKEL veranlasst, keine zeitlichen Vorgaben zu setzen oder zu akzeptieren, was mittelfristig einer Lösung des Konflikts nur zugute kommen kann. Präsident Christofias sieht vor allem in zwei Kernfragen fundamentale Differenzen: den Kompetenzen der künftigen Zentralregierung und der Rückkehr der Griechen in den Inselnorden. Erschwert wird die Situation dadurch, dass der Einfluss der Türkei im Hintergrund schwer abzuschätzen bleibt.

## Außenpolitik

Einen zentralen Platz im Wahlprogramm der AKEL nahm die EU-Politik Zyperns ein. Als kleines, aber aktives Mitglied will man sich für ein demokratisches, solidarisches und menschnahes Europa einsetzen. Die EU-Perspektive der Türkei wird unterstützt, wobei die Voraussetzung dafür die Aufhebung der Besatzung von Nordzypern, die Wiedervereinigung der Insel und die Öffnung der türkischen Häfen für zyprische Schiffe ist. Die AKEL wendet sich gegen neoliberale und konservative EU-Politik. Betont wird der Kampf gegen Ungleichheit und die vernichtende Art der Globalisierung, für Nachhaltigkeit und ein friedliches, gerechtes Europa.

Nach der Wahl wurde der EU-Kommissar Zyperns, Markos Kyprianou, zum Außenminister ernannt. Die Entscheidung für den erfahrenen Politiker aus der Partei DIKO des vorherigen Präsidenten Papadopoulos war, wie die gesamte Aufstellung des Kabinetts, nicht umstritten. Im letzten Jahr hat Zypern seine Außenpolitik selbstständig gestaltet. Kyprianou war der erste Außenminister der EU, der Kuba nach der Aufhebung der Handelsbeschränkungen besuchte. Regierungsvertreter haben Pläne zur Eröffnung einer Botschaft auf Kuba geäußert. Eine zweite Reise im Januar 2009 führte Kyprianou erneut nach Lateinamerika, wo Venezuela die erste Station darstellte. Mit der Volksrepublik China kam es während der Olympischen Spiele zum Austausch auf höchster Ebene zwischen Hu Jintao und Dimitris Christofias.

Direkt nach der Amtsübernahme startete der neue Präsident eine Initiative in „alle Richtungen“, in deren Verlauf der



erste Auslandsbesuch nach Athen führte. Mit Gordon Brown führte er Anfang Juni Gespräche, die zu einem Memorandum führten, das seine Bedeutung hat, da das Vereinigte Königreich Garantmacht für Zypern ist. Ende des Jahres kam es zum Staatsbesuch in Russland, der Christofias an den Ort seines Studiums zurückführte. Beide Seiten äußerten den Wunsch, die ohnehin guten Beziehungen weiter auszubauen, und forderten eine europäische Sicherheitspolitik ohne die NATO. Dem widersprach die konservative Opposition, die einer Kooperation mit der NATO nicht abgeneigt ist.

Auf EU-Ebene ist beachtlich, dass die AKEL als einzige Regierungspartei Europas gegen den Vertrag von Lissabon stimmte. Zuvor gab Christofias der EU die Versicherung, dass dieser mit den Stimmen der anderen Koalitionspartner und der Opposition trotzdem verabschiedet würde, was dann auch geschah. Als einer von fünf EU-Staaten hat Zypern die einseitige Unabhängigkeitserklärung des Kosovo nicht anerkannt und betont, dies auch im Falle einer serbischen Anerkennung nicht zu tun. Abseits der Diplomatie kam Zypern mehrmals in die Schlagzeilen, als Schiffe von Larnaca aus in Richtung Gaza fuhren, um die israelische Blockade zu unterlaufen.

Die zyprische Außenpolitik im ersten Jahr von Christofias' Präsidentschaft war dadurch gekennzeichnet, dass das Land mehr noch als in der Vergangenheit einen für europäische Kleinstaaten eigenständigen Kurs verfolgt. Auch mit im Westen unliebsamen Regierungen – wie Syrien – werden die Beziehungen gepflegt. Die Orientierung nach Moskau hin war deutlich. Die EU-Staaten werden dabei nicht vernachlässigt. Vielfach geht es Zypern schlichtweg um die Zusicherung, den Kurs der Regierung in der Frage der Wiedervereinigung zu unterstützen. Die USA blieben weitestgehend außen vor, wobei die Wahl Obamas gemeinhin positiv beurteilt wurde, da die griechischen Lobbys den Demokraten nahe stehen. Hauptproblem für die zyprische Außenpolitik bleibt, dass sie zwar über gute Kontakte in der ganzen Welt verfügt, über diese aber, gerade was die EU-Staaten betrifft, nicht den gewünschten Druck auf den türkisch besetzten Norden und die Türkei ausüben kann.

## Finanz- und Innenpolitik

Zyperns Wirtschaft ist stark vom Handel abhängig. Die Insel genießt den Ruf einer Steueroase, was sich in einer großen Zahl von Offshore-Firmen und Schiffen unter zyprischer Flagge niederschlägt. An diesem System sucht die AKEL vorläufig nichts zu ändern. Im zyprischen Haushalt des Jahres 2008 wurden jedoch neue Prioritäten gesetzt. So stiegen die Ausgaben für Bildung und Kultur um knapp 30 Prozent, für Gesundheit um 13,5 Prozent, für Arbeit und Soziales um 12,5 Prozent, während die Ausgaben für Landwirtschaft und Rüstung gesenkt wurden. Gerade das Militärbudget ist konstant rückläufig, zumal Teile davon in anderen Bereichen angelegt wurden. Insgesamt wies Zypern eine positive Wirtschaftsentwicklung auf, was sich in niedriger Arbeitslosigkeit und sinkender Staatsverschuldung, gemessen am BIP, niederschlug. Zum neuen Finanzminister wurde der Parteilose Charilaos Stavrakis ernannt

Mit dem im November verabschiedeten Haushalt für 2009 geht Zypern einen Schritt weiter und erhöht die Sozialausgaben um 26 Prozent, womit verschiedene Versprechen der Regierung eingelöst werden können, z. B. die feste Ein-

richtung zusätzlicher Rentenzahlungen an Ostern und Vergünstigungen für Bewohner der Bergregionen. Die einzige Änderung im Steuersystem betrifft bisher die von der EU verlangte Einführung der Mehrwertsteuer beim Häuserkauf.

Der heimische Bankensektor ist von der Finanzkrise kaum betroffen, da er vorsichtig wirtschaftete und eine hohe Kreditdeckung aufweist. Den Einbrüchen im Tourismus und der Bauwirtschaft, beides Sektoren, die vom ausländischen Geldfluss leben, wirkt die Regierung mit Maßnahmen entgegen, die 300 Mio. Euro umfassen und über 1,5 Prozent des BIP entsprechen. Davon entfallen 51 Mio. Euro auf die Subventionierung des Touristikbereiches, während 245 Mio. Euro für staatliche Bauprojekte und günstige Baudarlehen für einkommensschwache Familien vorgesehen sind. Von den Baumaßnahmen sollen Schulen, Flüchtlingssiedlungen und die soziale Infrastruktur am stärksten profitieren.

Die Bildungspolitik der neuen Regierung forderte Widerspruch heraus, da sie neue Schulbücher einführt, die helfen sollen, die Türken als Feindbild zu überwinden, und nicht mehr alles in Schwarz-Weiß-Kategorien darstellen. Angesichts der Jahrzehnte alten Vorstellungen, die bisher unterrichtet wurden, ist dies ein wichtiger Schritt, der vor allem die Kirche herausfordert. Bisher war es üblich, sie in derartige Entscheidungen einzubinden, doch diese Zeiten sind vorbei, wie es Christofias ausdrückte. Ähnliche Streitigkeiten gab es mit der Kirche und den Konservativen auch in anderen Bereichen. Besonders deutlich werden die Differenzen jedoch immer wieder in der Schul- und Jugendpolitik. Allein schon der Vorschlag der AKEL, Schulparaden abzuschaffen, traf nationalistische Ressentiments hart. Derzeit ausgebaut wird das Netzwerk kostenloser Schulbusse auf der Insel. Bis zum September 2009 soll es 300 bis 350 Busse mehr als bisher umfassen und feste Haltestellen haben.

Beide Präsidentschaftskandidaten hatten vor dem zweiten Wahlgang verschiedene Modelle zur Verkürzung des Wehrdienstes vorgeschlagen. Der neue Verteidigungsminister Kostas Papakostas hat inzwischen einen Plan verabschiedet, der die Dienstzeit schrittweise von bisher 25 Monaten auf 19 heruntersetzt. Die DISY hatte als Endpunkt 14 Monate vorgesehen, was durch die Einstellung von 2 500 Berufssoldaten ausgeglichen werden sollte.

Eine zyprische Tradition, mit der Christofias gebrochen hat, ist die Reduzierung der Haftzeiten für Gefängnisinsassen zu Beginn seiner Amtszeit. Er hat von dem Recht zur Begnadigung bisher dreimal Gebrauch gemacht, darunter zwei Massenbegnadigungen von Häftlingen, die keine lange Zeit mehr abzusitzen hatten. Umstritten war die Begnadigung eines einzelnen Rechtsanwalts, der aufgrund von Verkehrsstrafen ins Gefängnis musste.

Eines der schwersten Probleme der Insel ist die Wasserversorgung. Aufgrund ausgebliebener Regenfälle prägte Wassermangel die Sommermonate, eine Situation, die sich erst zum Ende des Jahres hin entspannte. Trotz vielen Regens und Schnees im Winter 2009 ist aufgrund des Klimawandels langfristig keine Besserung in Sicht. Es ist zu erwarten, dass die Abhängigkeit von Importen steigt. Währenddessen liegen Pläne für den Bau weiterer Meerwasser-Entsalzungsanlagen vor, müssen aber nach Protesten der Opposition noch juristische Hürden nehmen. Im November 2008 verabschiedete das Parlament ein Gesetz, demzufolge der Import und die Verteilung von Flüssigerdgas nur durch den Staatsbetrieb EAC erfolgen darf. Eine bereits erteilte Lizenz für ein Privat-



unternehmen wurde damit ungültig. Der Staat soll bis 2015 eine Verteileranlage bekommen. Damit folgte man den Forderungen der betroffenen Gewerkschaften. Abgelehnt wird die Teilprivatisierung der Energieversorgung, ebenso ein Umstieg auf größere Erdgasimporte.

Eine weitere Gesetzesänderung des letzten Jahres betrifft die Möglichkeit für zyprische Bürger, im Ausland zu wählen, und die Beschränkung der Wahlkampfausgaben. Derzeit behandelt wird eine Reform des Adoptionsrechts, wobei der endgültige Gesetzesentwurf noch nicht steht. Im Gespräch ist auch ein Rauchverbot, was jedoch nicht der Initiative der AKEL entspringt, sondern des DISY und der Grünen, die einen Sitz im Parlament haben. In diesem Jahr soll eine große Reform der Polizei ebenso wie der Situation im Gefängnisystem angegangen werden. So hatten zuletzt die Flucht des verurteilten Vergewaltigers Antonis Kitas aus einem Krankenhaus und die Umstände seines Aufenthaltes dort große Missstände aufgezeigt und Justizministers Kypros Chrysotomides, ein Mitglied der AKEL, zum Rücktritt veranlasst.

Das wichtigste im letzten Jahr fertiggestellte Bauprojekt war ein Terminal des Flughafens Paphos. Ende Januar erfolgte die Grundsteinlegung für das neue Gebäude der zyprischen Theaterorganisation. In dieselbe Richtung zielt der Bau eines Kulturzentrums, das Musiksäle, Bibliotheken und Lehrinrichtungen umfassen und die wichtigste Einrichtung dieser Art auf der Insel werden soll. Dem Programm des Präsidenten entsprechend wurde zudem die Einrichtung einer Medizinischen Fakultät an der Universität von Zypern beschlossen.

Von Standpunkt der Linken kann für das erste Regierungsjahr ein positives Urteil getroffen werden. Große Umwälzungen waren nicht zu erwarten, da das Gleichgewicht zwischen den Parteien seit Jahrzehnten relativ konstant ist. Die AKEL strebt eine soziale und gerechte Gesellschaft an und hat dafür den Weg von Reformen eingeschlagen. Dabei helfen die Beziehungen zur anderen Organisationsform der Arbeiter, den Gewerkschaften, deren Einfluss im letzten Jahr unübersehbar war. Präsident Christofias tritt energisch auf und konnte seinen Worten bisher treu bleiben. Ob aber die AKEL langfristig als wichtigste Regierungskraft bestehen kann, wird weniger davon abhängen, ob ihre Sozial- und Gesellschaftspolitik Erfolg hat, sondern davon, dass die Wiedervereinigung Zyperns gelingt.

## Die emanzipative Linke in den Niederlanden

*Von Cornelia Weißbach, Politikwissenschaftlerin, tätig für die Gewerkschaft NGG; aus: Birgit Daiber/Cornelia Hildebrandt (Hrsg.), Die Linke in Europa*

### I. Kontextbedingungen

Die Niederlande durchlaufen seit 2002 eine doppelte Krise, deren sozialökonomische Dimension das wirtschaftliche Wachstum, den Export und die Nachfrage bremste sowie den Anteil prekärer Beschäftigung noch einmal sprunghaft erhöhte.

In der bundesdeutschen Medienöffentlichkeit erfährt die politisch-kulturelle Dimension der doppelten Krise mehr Aufmerksamkeit. Zuletzt im Zusammenhang mit dem islamfeind-

lichen Film des Regisseurs Theo van Gogh und seiner brutalen Ermordung. Vorausgegangen war das „lange Jahr 2002“ mit einer großen und nachhaltigen Erschütterung im Parteiensystem. Die WählerInnen hatten bei den Parlamentswahlen mit der neu gegründeten postmodernen Anti-Establishment-Liste Lijst Pim Fortuyn (LPF) eine Partei, die in Fragen der Migration und des Bildes einer multikulturellen niederländischen Gesellschaft nach rechts ausscherte, zur zweitstärksten Kraft gewählt.

Die seit dreizehn Jahren mitregierende Sozialdemokratie verlor annähernd die Hälfte ihrer Stimmenanteile und sackte auf den historischen Tiefstand von 15 Prozent. Damit war nach sieben Jahren in einer „violetten Koalition“ mit den beiden liberalen Parteien der niederländische Versuch eines „Dritten Weges“ gescheitert. Die „Erdrutschwahlen“ signalisierten erstmalig eine tiefe Kluft zwischen politischer Klasse und Wahlbevölkerung, die den Poldermodell-typischen gesellschaftlichen korporativen Grundkonsens eher als eine inhaltlich-programmatische Gleichförmigkeit aller etablierten Parteien wahrnahm. Die LPF ist zwar als politische Kraft implodiert, aber der Abschließungsprozess der politischen Klasse ist in den Augen der WählerInnenschaft weiter vorgeschritten.

Darüber hinaus kam es bei den Themen Migration, Islam und Integration zu einer diskursiven Verschiebung in allen Parteien. Nach zahlreichen Spaltungsprozessen liegt die Gruppe um den ehemaligen Politiker der Liberalen Wilders (Partij voor de Vrijheid, PVV) in den Meinungsumfragen seit Januar 2009 mit 23 von 150 Sitzen vor der Sozialistischen Partij (SP), die seit Mitte September 2008 verlor und nun wieder um etwa 15 Sitze oszilliert.

Im Jahr 2004 versammelten sich 300 000 Menschen in der niederländischen Hauptstadt Amsterdam zur größten Demonstration, die das Land je gesehen hatte. Zahlreiche Funktionäre und WählerInnen der SP waren dem Aufruf eines Bündnisses aus Gewerkschaften und sozialen Bewegungen gefolgt, die von ihrem Mobilisierungserfolg selbst völlig überrascht wurden. Anlass waren zugespitzte Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Gewerkschaften um die zukünftige Gestaltung der Sozialpolitik: Die Regierung versuchte die Gewerkschaften auf ihren (als „Konsens“ deklarierten) Kurs zu zwingen, indem sie drohte, das Instrument der Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen nicht mehr anzuwenden. Diese Auseinandersetzung stand im Kontext der sozialökonomischen Krise in den Niederlanden, die weite Teile der Mittelschichten mit der „Angst vor dem Absturz“ konfrontiert.

Das jüngste Phänomen der doppelten Krise in den Niederlanden, das weltweit wahrgenommen wurde, war das holländische „Nee“ im Referendum über den EU-Verfassungsvertrag. Die Entwicklungen in den Niederlanden sind umso bemerkenswerter, als das Land noch in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre vielfach als Erfolgsmodell angepriesen wurde: In ganz Westeuropa griffen Massenerwerbslosigkeit, Krise des Wohlfahrtsstaates und Orientierungslosigkeit der wohlfahrtsstaatlich orientierten Akteure – sozialdemokratische Parteien, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände – weiter um sich. Die Niederlande galten in dieser Phase als beispielhaft für eine marktorientierte und zugleich konsensbasierte Krisenbewältigung; davon zeugt nicht zuletzt die Rede vom „holländischen Wunder“. Sowohl die Auseinandersetzungen um Sozial-, Kultur- und Integrationspolitik und die



EU-Verfassung als auch die Krise des politischen Systems deuten jedenfalls darauf hin, dass derartige Einschätzungen allzu verfrüht waren. Die Kampagne gegen die EU-Verfassung war (im Unterschied zu Frankreich, wo das globalisierungskritische Netzwerk Attac zentral war) von einer Partei geführt worden, namentlich der Socialistischen Partij (SP). Diese parteipolitische Formation, die auf nationaler Ebene lange in der Bedeutungslosigkeit verharrte, hat in gut einem Jahrzehnt konsequent Erfolge erzielen können (Verdoppelung des Stimmenanteils bei jeder Wahlteilnahme mit Ausnahme 2002).

Im Jahr 1994 – nach fünf gescheiterten Versuchen erstmals im Parlament vertreten, erreichte sie bei den Wahlen im November 2006 ihren bisher größten Sieg. Mit 16,6 Prozent der Stimmen wurden sie drittstärkste Kraft sowohl in der zweiten Kammer des Parlaments als auch gemessen an ihren Mitgliedern. Nur 4,6 Prozent trennen sie damit von einem der Verlierer der Wahlen den niederländischen Sozialdemokraten (PvdA), auf die nur 21,2 Prozent der Stimmen entfielen.

Der mediengewandte und überaus populäre Vorsitzende der SP Jan Marijnissen warb bereits im Vorfeld der letzten Wahlen für eine Zusammenarbeit von GroenLinks, Sozialdemokratie und SP. Die anderen beiden Parteien lehnten dies ab und die Mehrheitsverhältnisse nach den Wahlen ließen ein Mitte-Links-Kabinett nicht zu. Jan Peter Balkenende führt als Ministerpräsident zum dritten Mal eine Koalition aus Christdemokraten, Sozialdemokraten und der kleinen fundamentalistisch christlichen Union.

Der Erfolg der SP ist für linke Parteien aus mehreren Gründen interessant. Der wichtigste ist, dass er in einer Zeit stattfindet, in der die europäische Linke um neue Perspektiven ringt, nachdem traditionelle Orientierungen mit dem Ende der sozialistischen Staaten 1989 – dem Ende einer Ära, die 1917 begonnen hatte – endgültig über Bord geworfen werden mussten. Was der britische Historiker Eric Hobsbawm den „Erdrutsch“ (vgl. Hobsbawm 1999) nennt, trifft die Linke in besonderer Weise – einstmals bestehende Klassenkompromisse sind aufgekündigt, die Frage, wer eigentlich der zu repräsentierenden „Arbeiterklasse“ angehört, scheint nach der Auflösung von „typischen“ Arbeitermilieus kaum noch zu beantworten. Diese Probleme teilen sozialdemokratische und sozialistische Parteien mit den Gewerkschaften.

## II. Wählerschaft und Mitglieder

Untersuchungen zu WählerInnenwanderungen (sogenannte „exit-polls“) ergaben, dass ein Drittel der Stimmen beziehungsweise sechs der Sitze, die die SP gewinnen konnte, auf Kosten der Sozialdemokratie gehen; bei einem Zuwachs von 16 Sitzen insgesamt ist das ein beträchtlicher Anteil (Voerman 2007 a: 139 f.). Nur zehn Prozent der SP-WählerInnen kamen von der LPF. Ein Großteil der bis kurz vor der Abstimmung unentschlossenen WählerInnen stimmte letztlich für die SP oder die rechtspopulistische Partij voor der Vrijheid (PVV) von Wilders. Beachtenswert ist der Umstand, dass die SP zehn Prozent der sich politisch in der Mitte verortenden WählerInnen an sich binden konnte. In der Wahrnehmung des Elektorats schreckt die maoistische Vergangenheit offenbar nicht mehr ab, was sich aus einem ungefähr gleich großen Quantum der über 55-Jährigen bei VVD und SP

schlussfolgern lässt. Die Kernwähler sind hingegen zwischen 30 und 60 Jahre alt. Gleichwohl erweitert sie ihre Wählerschaft: Die Jungen WählerInnen unter 25 Jahren sind im Verhältnis zur Gesamtwahlbevölkerung leicht überrepräsentiert. Das Bild des männlichen SP-Stammwählers ist nicht mehr aufrechtzuerhalten – zwei Drittel der Stimmen erhielt die Partei von Frauen. Nicht zuletzt deshalb wird als die Partei mit dem insgesamt größten Stimmenpotential eingeschätzt. (NRC Handelsblad 23.11.2007)

Stärkste Partei wurde die SP bei ihrem Stammklientel, den unteren Einkommensgruppen, unter denen prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse, Transfereinkommen sowie Teilzeitbeschäftigung weit verbreitet sind. Die SP ist vor allen anderen Parteien diejenige, die am meisten Menschen überzeugen kann, deren Löhne unterhalb des niederländischen Durchschnitts liegen. Zudem lässt sich das Elektorat nach dem Bildungsgrad differenzieren: Sie wird überwiegend von Menschen mit unterer Sekundarbildung (Real- und Hauptschulabschluss) gewählt. (Spier 2008: 112)

Exakte Angaben zur Mitgliederstruktur sind hingegen schwer zugänglich, da diesbezüglich keine wissenschaftlichen Texte erschienen und parteinterne Informationen für Außenstehende nicht frei verfügbar sind. Seit der zweiten Legislaturperiode hat sich die Mitgliederstruktur jedoch insofern geändert, als der Anteil der AkademikerInnen zugenommen hat. Diese Entwicklung konzentriert sich v. a. auf die FunktionsträgerInnen in Parlament, Senat und Vorstand. (Kagie 2006: 143, 136) Mit einer größeren Anzahl von Sitzen in beiden Kammern wuchs die Zahl derer, die als „QuereinsteigerInnen“ nicht die gesamte Parteiorganisation von der Gemeinde bis zum Parlament durchlaufen haben.

In der SP versammeln sich TrotzkiInnen, sozialreformistische ChristInnen, Kulturschaffende und ehemalige Mitglieder von CPN, GroenLinks und PvdA (vgl. Zonneveld 2007); überdies AktivistInnen aus sozialen Bewegungen, von der Friedens- über die Antimilitarismus- bis hin zur Anti-Atom-, Umwelt- und globalisierungskritischen Bewegung. Der sozial-ethische Humanismus hat mit dem Theologen, Freikirchler und SP-Mitglied Huub Osterhuis, einem in den Niederlanden prominenten konzeptiven Vordenker des christlichen Sozialismus, einen programmatischen und praktischen Ausdruck gefunden: Die Einleitung zu dem 2004 erschienenen Buch „Socialism – What's left?“, in dem unter anderem Fragmente des Kommunistischen Manifests und ökonomisch-philosophischer Schriften herausgegeben werden, verfasste Osterhuis unter der Überschrift „Die Revolution der Bibel“ (vgl. Osterhuis 2007: 9 ff.).

Seit dem „Erdrutsch“ steht insbesondere für Parteien links der Sozialdemokratie die Herausforderung einer Neugründung im Raum. Gerade aus dem bundesdeutschen Kontext heraus erscheint eine genauere Betrachtung der SP lohnenswert, haben doch Deutschland und die Niederlande die Gemeinsamkeit, dass sich seit langem keine solche linke Partei etablieren konnte. In der Bundesrepublik vereinigte sich im Juni 2007 die PDS mit der Wahlalternative Soziale Gerechtigkeit (WASG) zur Partei Die LINKE, und bis heute erreichte die gemeinsame Fraktion aus ostdeutscher „Volkspartei“ und westdeutschen Ex- Sozialdemokraten und linken Gewerkschaftern in vier westdeutschen Bundesländern den Einzug in die Landesparlamente. Hier drängt sich die Frage auf, ob sich für diesen Prozess von der SP lernen lässt. Kann die SP einen Beitrag zum Dialog einer neuen Linken in Euro-



pa leisten? Diese Fragestellung kann hier allerdings nur in Form einer ersten Annäherung aufgeworfen werden. Dazu formuliere ich zwei zentrale Thesen:

### III. Zwei zentrale Thesen

Eine Verengung auf die von Gerrit Voerman vertretene Sozialdemokratisierungsthese (vgl. Voerman 2007b) verkennt das spezifisch neue an der SP, sowohl strukturell als auch programmatisch-inhaltlich.

Zunächst sind generelle Zweifel an der analytischen Tragfähigkeit eines Rekurses auf klassische Sozialdemokratie angebracht. Spätestens seit dem Ende des Fordismus und dem Verschwinden klassischer Arbeitermilieus und Erwerbsbiographien ist die sozialdemokratische Kernwählerschaft vielfach fragmentiert und segmentiert. Ein politisch-inhaltliches Anknüpfen an den Interessen der klassischen Arbeiterklasse hätte der SP weniger als annähernd 17 Prozent der Stimmen eingebracht. Prekarisierungstendenzen reichen bis in die oberen Mittelschichten hinein und erfassen sicherlich den traditionellen Facharbeiter, dessen Normalarbeitsbiographie erodiert.

Die Analyse der Wahlprogramme und die inzwischen eingenommene Orientierung auf eine keynesianisch-wohlfahrtsstaatliche Regierungskoalition stützen die gängige These einer Sozialdemokratisierung der einstigen maoistischen K-Gruppe sowohl hinsichtlich einer programmatisch-inhaltlichen „Mäßigung“ als auch im Hinblick auf eine Verbreiterung des WählerInnenpotentials. Eindeutig bejaht werden kann sie aber dennoch nicht: In Parteistruktur und Arbeitsweise finden sich Elemente, die die SP von typisch fordistischen sozialdemokratischen Parteien abgrenzen. Auch unterschätzt die Sozialdemokratisierungsthese die spezifische Neuzusammensetzung der politischen Programmatik und Taktik, in der Ansätze einer Re-Regulation des nationalen Kapitalismus mit kommunitaristischen Elementen, christlich-sozialer Ethik, einer Ausnutzung neuer Medien und spezifisch mitgliedernahen Organizingkonzepten verknüpft sind.

Wesentlich ist die Parallelität kulturkonservativer, regulativer sowie ausgeprägt außerparlamentarischer und beteiligungsorientierter Antworten auf die Erscheinungsformen der sozialökonomischen wie der politisch-kulturellen Krise.

Gleichzeitig vermag die SP, die zugrunde liegenden Ursachen der Entfremdungstendenzen der Wahlbevölkerung von der politischen Klasse und den AkteurInnen des Wettbewerbskorporatismus sowie vom Prozess der europäischen Integration als einer die Legitimationskrise des niederländischen politischen Systems forcierenden Dynamik zu überbrücken.

Die SP verfolgt eine Organizing- und Beteiligungsstrategie für linke Parteien. Trotz einer bereits in den 1970ern vollzogenen „Demaosierung“ der SP hat die maoistische „Massenlinie“ die SP dennoch bis heute geprägt. Dies trifft vor allem für ihre relativ authentische Ausrichtung an den Interessen der „kleinen Leute“ zu. Diese fungieren im Parteidiskurs nicht als reine Projektionsfläche der eigenen Bestrebungen; stattdessen genießt der direkte Kontakt zur Basis und zum WählerInnenklientel einen hohen Stellenwert in der Partei und ist elementarer Bestandteil ihres Selbstverständnisses.

Zentral ist die Stellung der Ortsgruppen. Sie erhalten weitgehende Autonomie in lokaler Kampagnenführung. Hierzu werden regional relevante Themen – durch die Auswer-

tung selbst geführte Umfragen – identifiziert. Ziel ist es die Ortsgruppen in die Lage zu versetzen kampagnenfähig zu werden, d. h. alle Elemente ihrer Umsetzung werden auf dieser Ebene entschieden und durchgeführt. Der Beteiligungsansatz gibt den Aktiven in der Partei und ihrem Umfeld die Möglichkeit, sich inhaltlich und organisatorisch aktiv einzubringen. Dies kann punktuelles Engagement sein, ohne an allen in den Ortsgruppen üblichen formal institutionalisierten Parteiroutinen mitarbeiten zu müssen.<sup>1</sup> Wichtig ist hierbei: Beteiligung ist nicht im Sinne von Basisdemokratie zu verstehen, denn die Leitung obliegt den lokalen Führungen und die Besetzung der Gemeinderats- und Magistratsposten erfolgt über Listen.

Diese veränderte Rolle der Ortsgruppe hat sich in den Jahren, in denen die SP ausschließlich und sehr erfolgreich Lokalpolitik betrieb, entwickelt. Sie wurde ihr nicht im Sinne einer Modernisierungsstrategie übergestülpt. Heute ist sie noch immer wichtigster Pfeiler der SP, nicht zuletzt, weil die Ortsgruppe erste Anlaufstation für alle Interessierten bleibt und sich aus der Kampagnenarbeit nach wie vor Nachwuchs rekrutieren lässt.

Gleichzeitig sanktioniert die SP solche Ortsgruppen, die den Maßstäben der dezentralen lokalthematischen Kampagnenführung in keiner Weise gerecht werden, indem sie nicht zu den Gemeinderatswahlen zugelassen werden (vgl. Bredewold, Martine et al. 2008).

Für ParteifunktionärInnen ist es selbstverständlich, sich an der direkten „Straßenagitation“ zu beteiligen. In ihren Wahlkampfstrategien legt die Partei großen Wert auf eine verständliche Vermittlung ihrer Positionen. Zusätzlich setzt sie vielfach auf außerparlamentarische Aktionsformen wie Unterschriftensammlungen, Demonstrationen und Meinungsumfragen, etwa zur Einbürgerung oder zur Psychiatrie. Aus der frühzeitig entwickelten und lokal umgesetzten Strategie der Massenorganisationen ist auch die Gewährleistung individueller Betreuungs- und Hilfsangebote erhalten geblieben. So bietet die SP etwa Telefonhotlines und Sprechstunden an, die bei Problemen mit Vermietern oder mit der Gesundheitsversorgung Beratung und Unterstützung leisten. Zusätzlich bemüht sich die Partei, Strukturen zu schaffen, die eine möglichst direkte Kritik ihrer Politik durch die Basis, die WählerInnen sowie eine interessierte Öffentlichkeit ermöglichen. Nach den Wahlen 1994, die ihr zwei Sitze in der Zweiten Kammer einbrachten, installierte die SP eine „Alarmlijne“, über die Fragen zur Politik im Parlament und den Abgeordneten gestellt werden können (Hippe 1995: 75 f.). Diese ist so erfolgreich, dass sich inzwischen 20 MitarbeiterInnen um die Anrufenden kümmern; von Zeit zu Zeit telefonieren alle bekannten Köpfe der SP über eine Hotline mit Interessierten.

Mitglieder und Interessierte werden immer wieder direkt befragt, sei es zur aktuellen Verkehrssituation in der Region oder zur Frage, ob sie mit ihrem Geld auskommen. Diese niedrigschwelligen Beteiligungsangebote können online via Internet, aber eben auch offline per Post wahrgenommen werden. Die Partei profitiert durch die systematische Auswertung ihrer Feedbacks und Kampagnen. So kann die SP neue Themen generieren, die repräsentativen Meinungsumfragen verborgen bleiben.



## IV. Beitrag zum kritischen Dialog linker Parteien

Die Identifikation von Basis und Parteikadern, insbesondere in ihrem Selbstverständnis, ist ausschlaggebend für den Erfolg und führt zum immensen Stellenwert eines (nicht mit Basisdemokratie gleichzusetzenden) Konzeptes der Beteiligung von ehrenamtlichen Mitgliedern und Freiwilligen an Kampagnen, Aktionen und am Wahlkampf. Sie bindet Menschen an die Partei und macht sie so zu einem wichtigen Faktor ihrer Funktionsweise. Das Konzept der Beteiligungspartei mit weitgehend autonomer Ortsgruppe scheint übertragbar. Es ist jedoch nicht bloßes Instrument einer Marketingstrategie oder eines Servicekonzeptes, sondern wird als ein Meinungsforschungsinstitute ergänzender Zugang zu Themen genutzt.<sup>2</sup>

In gleicher Weise sind die „interaktiven“ Möglichkeiten der weit verzweigten Internetplattform mit Feedback-Möglichkeiten für die NutzerInnen zu verstehen. Sie ersetzen kein Beteiligungskonzept. Zusätzlich zu den neuen „online-Möglichkeiten“ bemüht sich die Partei, Strukturen zu schaffen, die eine „offline“ Kritik (z. B. Post) ihrer Politik durch die Basis, die WählerInnen sowie eine interessierte Öffentlichkeit ermöglichen.

Insgesamt ist die SP durch das Beteiligungskonzept auf allen Ebenen extrem erfolgreich und flexibel im Erkennen und Verarbeiten neuer Themen und ein Gegenmodell zum „expertInnenzentrierten“ Poldermodell.

Die Mitglieder erfüllen eher klassische bzw. idealtypische Funktion des Bindegliedes zwischen WählerInnenenschaft und Partei. Die Mitglieder repräsentieren die Wählerschaft in einem größeren Maß als dies bei den anderen niederländischen Parteien der Fall ist. In letzteren hat die Funktion der Mitglieder dahingehend abgenommen, dass Meinungsforschungsinstitute WählerInnen außerhalb der Kernwählerschaft identifizieren sollen und Politikinhalte entsprechend angepasst werden. (Man denke nur an das Vorstoßen in neue WählerInnen-schichten bei der SPD im Zuge der Neo-Sozialdemokratischen Erneuerung.) Insbesondere die ehemaligen „Bewegungsparteien“ stehen in der Folge vor dem Problem einer paradoxen Annäherung der WählerInnenbasis an die Parteispitzen bei gleichzeitiger inhaltlicher Entfernung von dem (aktiven) Teil der Mitgliederbasis. (vgl. Crouch 2008: 92 ff.)

Die SP unterscheidet sich von anderen Parteien durch ein neues Gesamtgefüge. Wenngleich sich die inneren Parteizirkel an der Spitze der SP im Sinne einer Professionalisierung um Berater (z. B. Design, Coaching, Wahlkampf) in Richtung einer Ellipsenform erweitert haben, so gibt es keine fließenden Rollenwechsel zwischen Lobbyisten und Beratern aus der Wirtschaft und SP-Politikern.

Sie umgeht mit ihrer Aktions- und Beteiligungsorientierung (Organizing) bisher jedoch die typischen Entfremdungsprozesse der Mitglieder und Aktiven von den hauptberuflichen Parteifunktionären einerseits und vom Elektorat andererseits. Denn über die direkte Aktion werden Spitzen und mittlere Funktionäre an die Basis und Interessen rückgekoppelt, stärker noch wird der innerparteiliche Willensbildungsprozess unter Beteiligung des gesamten Vorfeldes vollzogen. Möglich ist dies nur durch die hohe Zahl partizipierender Mitglieder.<sup>3</sup> Das Besondere an der SP ist also das Verhältnis der Partei in ihrer Gesamtheit zu ihrem Vorfeld.

Die SP war und ist weder Programm- noch Bewegungspartei. Sie orientiert sich diffus am „einfachen Menschen“, der nicht sui generis progressiv ist. Eine Verengung auf die im Durchschnitt gut ausgebildeten Anhänger der globalisierungskritischen Bewegung würde sie jedoch beschränken. Die Fixierung am elektoralen Erfolg und dessen Erweiterung verbietet auch eine enge Bindung an linke Teile der Gewerkschaften. Nicht zuletzt würde sie sich hierbei den Zugriff auf die kulturkonservativer orientierte christlich soziale Mitte in den Niederlanden versperren.

Trotz fehlender Fixierung auf eine Bewegung gestaltet sich das Verhältnis zu den neuen (und alten) sozialen Bewegungen nicht unbedingt einfach. Im Grunde hat die SP ein in Teilen utilitaristisches Verhältnis zu den sozialen Bewegungen: Solange Parteipolitik prominent eingebracht werden kann und der Einsatz gewissermaßen (stimmen)gewinnversprechend ist, engagiert sich die sozialistische Partei (etwa auf den europäischen Sozialforen), ansonsten hält sie sich zurück (so bei den G8-Protesten seit Evian).

In der Kampagne gegen den EU-Verfassungsvertrag ergab sich erstmals eine konkrete Aktionsform, vermittels derer die Entfremdung von Bevölkerung und europäischen wie nationalen Eliten greifbarer gemacht werden konnte.

Das „Nee“ im Referendum war der Schlüssel zum Wahlerfolg, bei dem die SP ihren Stimmenanteil mit fast 17 Prozent beinahe verdreifachte. Es gelingt ihr, linke Themen zu besetzen und progressive Forderungen entschieden zu vertreten. Dies wird allerdings gepaart mit teilweise offen kulturkonservativen Elementen, v. a. in der Europapolitik<sup>4</sup> oder der Integrationspolitik, aber auch in anderen Bereichen, die in den Niederlanden traditionell eher liberal gehandhabt werden wie etwa der Sterbehilfe, der Stammzellenforschung oder der Förderung niederländischer Popmusik.

Beispielsweise scheint die – wahlpolitisch überaus erfolgreiche – programmatische Orientierung, auf eine Stärkung der nationalen Parlamente im europäischen Integrationsprozesses gegenwärtig bestenfalls die europäisch-institutionalisierte Regimekonkurrenz zu verstetigen. Inwiefern die Partei den Widerspruch zwischen der Einbindung in einen möglichen national sowie wettbewerbstaatlich orientierten „Block an der Macht“ (angestrebte Regierungsbeteiligung) und ihrer strikten Basisorientierung regulieren kann (v. a. nach dem Ende der Ära Marjinissen), ist eine hypothetische Frage.

Wesentlicher Aspekt der Theoriefeindlichkeit ist ein weitgehender Verzicht auf präzise Gesellschaftsanalyse und -kritik. Sie ist aber die Basis jeder strategischen Option einer linken Partei. Gerade in Zeiten neoliberaler Hegemonie will sie den Blick über bestehende Herrschaftsverhältnisse hinaus erweitern.

Spannungen zwischen Theorie und Praxis wurden immer wieder spürbar und letztlich stets zu Gunsten der Praxis aufgelöst. Die nach wie vor extreme Abneigung gegen strategische Analysen bzw. konzeptive Intellektuelle ist durchaus ein Moment, das die Partei zu deutlich unterkomplexen Antworten auf die herrschenden Zustände verleitet und daher auf Dauer ein Potential der Schwäche für linke Parteien birgt. Was zunächst bleibt, ist der bemerkenswerte Erfolg der SP, neue und vor allem authentische Problemdimensionen „aufzuspüren“ und politisch sowie institutionell dauerhaft zu artikulieren. Gleichwohl sind Zweifel angebracht ob die Fähigkeiten eines politischen „Trüffelschweins“ ausreichen um einen Politikwechsel in den Niederlanden zu bewirken.



## Anmerkungen

- 1 Unerforscht sind die möglichen Probleme und Konflikte innerhalb der unteren und mittleren Ebenen, die sich aus einer solchen Parallelität von formeller und informeller Partei ergeben können.
- 2 Eine groß angelegte Wähleruntersuchung (Dutch Parliamentary Election Study 2002/2003) zeitigte weder ein Interesse für die Politik der Europäischen Union, noch eine skeptische Haltung gegenüber dem Integrationsprojekten (Vertrag über eine Verfassung). Letzteres wurde dennoch zum Schlüssel des Wahlerfolges. Gesundheitspolitik rangiert beim Ranking relevanter Themen dieser repräsentativen Umfrage gleichfalls relativ weit hinten. Die Kampagne gegen die vollständige Privatisierung und massive Kosteneinsparungen bei der häuslichen Betreuung und Altenpflege wären in klassischen Parteien nie gestartet worden. Bei der SP verliefen sie äußerst erfolgreich. Nach den letzten Wahlen gaben 76 Prozent derjenigen, die für die SP stimmten, an, dass die Gesundheitspolitik hierfür den Ausschlag gegeben habe, während unter allen WählerInnen 55 Prozent das Thema Gesundheitspolitik für das wichtigste hielten. (NRC Handelsblad 23.11.2007).
- 3 Im Gegensatz zu anderen Parteien – vor allem der PvdA, die, ungeachtet eines Anstiegs im Jahr 2006, zwischen 1980 und 2007 insgesamt mehr als 50.000 Mitglieder verlor – verdreifachte die SP die Anzahl ihrer Mitglieder seit ihrem Debüt im Parlament (1994) (vgl. Voerman 2007b) Erstmals verlor die SP im Januar 2009 ca. 500 Mitglieder im Vergleich zum Vorjahr. (vgl. www.dnpp.nl)
- 4 Hier sei nur erwähnt, dass die SP kein Mitglied der Europäischen Linken ist.

## Literatur

- Bredewold, Martine/Lucardie, Paul/Voerman, Gerrit/van de Walle, Nelleke (2008): „Kroniek 2006. Overzicht van de partijpolitieke gebeurtenissen van het jaar 2005.“ In: Documentatiecentrum Nederlandse Politieke Partijen (Hg.). Jaarboek 2006. Groningen
- Crouch, Colin (2008): Postdemokratie. Frankfurt am Main
- Documentatiecentrum Nederlandse politieke partijen (2009): Mitgliedszahlen. <http://www.dnpp.nl>.
- Dutch Parliamentary Election Study (2002/2003): <http://www.nesstar.nl>
- Hippe, Joop/Lucardie, Paul/Voerman, Gerrit (1995): „Kroniek 1994. Overzicht van de partijpolitieke gebeurtenissen van het jaar 1994.“ In: Documentatiecentrum Nederlandse Politieke Partijen (Hg.): Jaarboek 1994. Groningen, 75–77
- Hobsbawm, Eric (1999): Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. München.
- Kagie, Rudie (2006): De Socialisten. Achter de schermen van de SP. Amsterdam. NRC Handelsblad 23.11.2007: <http://www.nrc.nl>
- Oosterhuis, Huub (2007): „De revolutie van de bijbel.“ In: Anstadt, Milo/Jafari, Peyman/Klamer, Arjo/Meulenbelt, Anja/Osterhuis, Huub/Pronk, Jan/Raak, Ronald van (2007): Socialism. What s left? Klassieke teksten ingeleid door socialisten van nu. Diemen, 9–26
- Voerman, Gerrit (Hg.) (2007a): Persbericht Documentatiecentrum Nederlandse Politieke Partijen. Vijwel alle partijen boeken ledenwinst over 2006. Groningen.
- Voerman, Gerrit/Lucardie, Paul (2007b): „De sociaal democratisering van de SP.“ In: Becker, Frans/Cuperus, René (Hg.): Verloren slag. De PVDA en de verkiezingen van 2006. Amsterdam, 139–169
- Interview der Autorin mit Jeroen Zonnefeld (Journalist, Parteivorstandsmitglied der SP), telefonisch geführt am 11. August 2007.

## Über die jüngsten Wahlen zu den Provinzräten in Irak

*Interview mit Salam Ali, Mitglied des ZK der Irakischen Kommunistischen Partei; aus „Mameh Mardom“, Zentralorgan der Tudeh-Partei von Iran*

Die Wahlen zu den Provinzräten in Irak fanden am 21. Januar 2009 statt. Vorläufige Ergebnisse wurden am 5. Februar 2009 veröffentlicht.

### ● Wie schätzen Sie das Wahlergebnis insgesamt ein? Sind Sie der Meinung, dass es etwas über den Erfolg des politischen Prozesses aussagt, den die Irakische Kommunistische Partei (IKP) befördert hat?

Die vorläufigen Ergebnisse der Wahlen in 14 Provinzen (von 18 – die drei Provinzen der kurdischen Region und Kirkuk haben nicht teilgenommen), die die Wahlkommission am 5. Februar veröffentlicht hat, deuten Veränderungen in der politischen Landschaft des Irak und der Stärke der politischen Kräfte an, die mit verschiedenen Kandidatenlisten um Stimmen gekämpft haben. Vor allem haben politische und soziale Kräfte teilgenommen, die die Wahlen vor vier Jahren boykottiert hatten. Weiter zeigt sich, dass die Wähler in den meisten Fällen aus nationalen und weniger religiösen Motiven zu den Urnen gegangen sind. Sie wollten diejenigen aus führenden Positionen abwählen, die ihre Versprechen nicht gehalten und die Wähler enttäuscht haben.

Das Wahlergebnis zeigt auch, dass das Gewicht von Religion, Sektenfrömmigkeit und Extremismus geringer geworden ist. Verstärkt hat sich die Orientierung auf einen Bürgerstaat, der Recht und Gesetz sowie die Grundsätze der Demokratie achtet.

Diese Seite der Wahlen heben wir besonders hervor, weil sie einen Fortschritt des demokratischen Prozesses in unserem Lande, die Verbreiterung seiner sozialen und politischen Basis, die Überzeugung repräsentiert, dass Wahlen der beste Weg sind, um Differenzen und Konflikte auszutragen. Weiter heben wir hervor, dass diese Wahlen ein wichtiger Schritt auf dem Wege zu politischer Stabilität und Sicherheit, zur Wiederherstellung der vollen Souveränität und Unabhängigkeit des Iraks waren.

Diesen positiven Aspekten steht eine Anzahl negativer Faktoren gegenüber, die einen Schatten auf das Ergebnis der Wahlen und ihre Folgen für die politische Landschaft des Iraks werfen:

Die Wahlbeteiligung war mit 51 Prozent (7,5 von insgesamt 15 Millionen Wahlberechtigten) niedriger als erwartet und bei den letzten Wahlen realisiert. In der Hauptstadt Bagdad und in der Provinz Anbar lag sie bei kaum 40 Prozent. Das zeigt, dass ein großer Teil der Bevölkerung die Wahl verweigert hat, um zu protestieren und auf ihre Frustration hinzuweisen. Außerdem konnten viele Menschen nicht wählen, weil sie ihre Namen nicht auf den Wählerlisten fanden. Dafür ist vor allem die Wahlkommission verantwortlich. Zu der niedrigen Wahlbeteiligung haben weitere technische und logistische Faktoren beigetragen.

In mehreren Provinzen wurden andere Ergebnisse verkündet, als man erwarten konnte, wenn man von den Zahlenangaben der Augenzeugen bei den Auszählungen ausgeht. Das betrifft auch die Liste der Irakischen Kommunistischen Partei, ob sie nun allein oder im Bündnis mit anderen Kräften



und Persönlichkeiten angetreten ist. Unsere Partei hat Einwände gegen die verkündeten Ergebnisse in mehreren Provinzen geltend gemacht und fordert, dass diese ernsthaft, professionell und transparent behandelt werden, damit Zweifel an der Korrektheit der Wahl und dem Vorgehen der Wahlkommission ausgeräumt werden können.

Eine Analyse der vorläufigen Ergebnisse bestätigt, was unsere Partei bereits vorher an dem ungerechten System der Aufteilung der Sitze nach dem Gesetz für die Provinzwahlen kritisiert hat. In einigen Provinzen erreichen die Stimmen der Siegerlisten nicht einmal 35 Prozent, was bedeutet, dass die Stimmen der Listen, die nicht gewonnen haben, also insgesamt etwa 65 Prozent, laut Gesetz dem Gewinner zufallen! Das wirft aus unserer Sicht einen Schatten auf den demokratischen Inhalt des Wahlprozesses und ist eine Verfälschung des Wählerwillens. Ein solches System ist ungerecht gegenüber anderen Listen und deren Wählern. Es untergräbt den repräsentativen Charakter der gewählten Räte in den Provinzen.

Im Wahlkampf haben einige Listen großzügig „politisches Geld“ verteilt, um Wähler zu bestechen. Das hat das Ergebnis beeinflusst und ist eine ernsthafte Gefahr für die Demokratie und die Freiheit der Wähler, sich ohne Druck und Einflussnahme von außen zu entscheiden. Dies ist eine bedenkliche Lücke im Wahlsystem. Dringend notwendig sind Maßnahmen zur Kontrolle der Verwendung der Mittel im Wahlkampf. Dafür sollten zwei Gesetze ausgearbeitet werden – eines für die Wahlen selbst und eines für das Verhalten der Parteien.

In eindeutiger Verletzung des Wahlgesetzes sind Ressourcen und Medien des Staates von einigen Listen und Personen zur Wahlpropaganda und der Beeinflussung der Wählerentscheidung missbraucht worden. Auch in Gebetshäusern wurde an einigen Orten widerrechtlich Wählerbeeinflussung betrieben. Ein sehr wichtiges Ergebnis der Provinzwahlen besteht darin, dass es zu einer Umgruppierung der politischen Kräfte kommen wird. Dadurch können Blöcke sich auflösen, die bisher nach dem religiösen Bekenntnis gebildet wurden. Das kann großen Einfluss auf die Vorbereitung der Parlamentswahlen Ende 2009 haben.

● **Wie sehen Sie den Erfolg der Liste von Ministerpräsident Maliki sowie den Misserfolg von SCIRI und den Anhängern von Muktada al Sadr? Wie ist der Aufstieg von Maliki in den letzten Monaten zu erklären?**

Die Liste von Ministerpräsident Maliki (Koalition für den Rechtsstaat) hat generell mit nationalen, nicht religiösen politischen Argumenten gearbeitet und dabei auch auf alle religiösen Symbole und Losungen verzichtet. Damit hat sie sich deutlich von SCIRI, dem Obersten Rat der islamischen Revolution (dessen Name auf dem Kongress von 2007 in Oberste islamische Versammlung des Irak umgewandelt und das Wort Revolution gestrichen wurde) abgesetzt. Zwar war an Malikis Bündnis seine eigene islamische Daawa-Partei beteiligt, ihr Name wurde im Wahlkampf aber nicht erwähnt. Malikis Kampagne gegen die bewaffneten Milizen und die spürbare relative Verbesserung der Sicherheitslage besonders in Bagdad und Basra haben zweifellos seine Popularität gestärkt und eine entscheidende Rolle dabei gespielt, dass seine Liste in neun Provinzen gewann.

SCIRI, der bisher die Provinzräte von Bagdad und sechs südlichen Provinzen kontrollierte, hat in sechs Provinzen nur den zweiten Platz belegt. In Basra hat er 11,6 Prozent erhal-

ten, Maliki dagegen 37 Prozent. In Bagdad erhielt er 5,4 Prozent (sechster Platz) Maliki dagegen 38 Prozent. In Kerbela war der SCIRI fünfter mit 6,4 Prozent, Maliki dagegen dritter mit 8,5 Prozent. Dort gewann ein „unabhängiger Kandidat“, der 13,3 Prozent erhielt.

Das Wahlergebnis zeigt auch, dass die Irakisch Islamische Partei (Die Moslem-Brüder) in einigen Provinzen wie Anbar verloren hat. Außerdem ist festzustellen, dass keine der großen Listen in einer Provinz die absolute Mehrheit erreichte.

● **Waren diese Wahlen frei von Manipulationen durch die Regierung und die Machtblöcke, die die Politik des Iraks beherrschen?**

Machtpositionen in der Regierung und „politisches Geld“ wurden vor den Wahlen breit genutzt. Das hat einen großen Einfluss auf das Ergebnis gehabt, wenn auch das politische Bewusstsein der Bevölkerung gewachsen ist. Hier muss man bedenken, dass ein bedeutender Teil immer noch des Lesens und Schreibens unkundig, rückständig und arm ist. Diese Menschen konnten sich noch nicht aus traditionellen Gefolgschaften lösen und werden weiter eingeschüchtert. Es sind enorme politische und soziale Anstrengungen notwendig, um alle Bürger unseres Landes zu befähigen, ihren Willen zum Ausdruck zu bringen und sich von der Furcht zu befreien, die ihnen ein diktatorisches Regime, Chaos, religiöse Gewalt und die Milizen eingeflößt haben. Aber solange die Gesellschaft nicht zu einem normalen Leben, zu politischer Stabilität und Sicherheit zurückgefunden hat, solange es nicht mehr Arbeitsplätze gibt, ist es schwer, den Einfluss traditioneller Gefolgschaften und dominierender politischer Kräfte zu überwinden.

● **Wie schätzen sie das Ergebnis der Liste der Irakischen Kommunistischen Partei bei den Wahlen ein? Was waren die Hauptgründe, dass ihre Ergebnisse so niedrig sind?**

Die IKP war bemüht sich effektiv an den Provinzwahlen zu beteiligen, nicht nur, um Sitze in den Provinzversammlungen zu gewinnen, obwohl das wichtig und notwendig ist, sondern auch um die Volksmassen noch besser zu erreichen, ihre Politik zu verbreiten und die Menschen zu mobilisieren, für ihre Rechte und Freiheiten einzutreten. Unsere Parteiorganisationen und Aktivisten haben ihre Verbindung zu den Menschen verstärkt und in dieser politischen Auseinandersetzung an Erfahrung gewonnen. Außerdem ist darauf hinzuweisen, dass die Partei in acht Provinzen in demokratischen Bündnissen angetreten ist, um die demokratische Strömung in der politischen Landschaft des Iraks zu stärken. In einigen Provinzen haben wir mit lokalen politischen Kräften koalitiert. In Bagdad, Babil und Kadisiya sind wir mit der Nationaldemokratischen Partei und der Arabischen Sozialistischen Bewegung als Bündnis für einen demokratischen Bürgerstaat angetreten. Die Wahlergebnisse werden uns im Vorfeld der Parlamentswahlen Ende 2009 Erkenntnisse über Bündnisse und deren Wirksamkeit vermitteln.

Die Ergebnisse für die Liste unserer Partei liegen nach den bisherigen Veröffentlichungen mit 1,2 bis 2,3 Prozent weit unter unseren Erwartungen. Sie entsprechen auch nicht der Stellung und dem Einfluss der Partei und ihrer Bündnispartner im Lande, die in der Gesamtbevölkerung, in den Provinzen, bei deren politischen und sozialen Kräften gut bekannt sind. Die Partei hat Einwände gegen einige Ergebnisse erhoben und diese der Wahlkommission mitgeteilt.



● **Sie sagen, dass die IKP trotz dieser Ergebnisse die Wahl als einen Schritt in die richtige Richtung betrachtet. Können Sie das erläutern?**

Aus heutiger Sicht schätzen wir ein, dass die Organisationen und Mitglieder unserer Partei den Wahlkampf mit aller Kraft geführt haben. Was sie dabei erreicht haben, ist von Wert nicht nur für künftige politische Auseinandersetzungen, darunter die Parlamentswahlen, sondern auch für die weitere Entwicklung des demokratischen Prozesses. Die Partei hat jetzt auf allen Ebenen begonnen, die Wahlergebnisse zu bewerten, darunter ihr eigenes politisches Auftreten, ihre Positionen, die zu erwartende Entwicklung auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet, die Wirksamkeit der Parteimedien und wie sie weiter entwickelt werden müssen, die Verbindung zum Volk und zu verschiedenen Gesellschaftsschichten, die Methoden des Wahlkampfes. Wir sind überzeugt, dass die Organisationen unserer Partei ungeachtet der schwierigen und komplizierten Bedingungen, unter denen wir tätig sind, sich verstärkt haben. Sie haben Erfahrungen gesammelt, ihre Verbindungen zum Volk gestärkt und neue Einblicke in die komplizierte politische Lage sowie die Bedürfnisse und Erwartungen des Volkes gewonnen.

## **Den japanischen Kommunisten geht es heute besser**

*Aus: Japan Times, 24. Februar 2009*

Die Kommunistische Partei Japans (KPJ) ist in beiden Häusern des Japanischen Parlaments zwar noch ein schwacher Faktor, gewinnt aber zur Zeit unter den Wählern an Ansehen. Ihre Mitgliedschaft wächst, und immer mehr Menschen klicken die Website des Parteivorsitzenden Kazuo Shii an. Da in Japan spätestens Ende September 2009 Parlamentswahlen anstehen, bereitet das den anderen politischen Parteien Sorge.

Einer der Hauptgründe, weshalb die Popularität der KPJ gewachsen ist, sind ihre Bemühungen, Arbeitern in prekären Arbeitsverhältnissen zu helfen, die von Unternehmen, deren Lage sich wegen der globalen Finanzkrise verschlechtert hat, entlassen oder deren Verträge nicht verlängert werden. Im Dezember verwendete Shii seine gesamte Redezeit im Haushaltsausschuss des Unterhauses dafür, Premierminister Taro Aso und weiteren Kabinettsmitgliedern die elende Lage der fristlos entlassenen Arbeiter vor Augen zu führen. Er forderte die Führungen der beiden großen Autokonzerne Toyota und Isuzu auf, keine weiteren Entlassungen vorzunehmen. Zum ersten Mal kam es zu einer Begegnung zwischen der KPJ und dem allmächtigen japanischen Unternehmerverband. Als Toyota-Chef Mamoru Furuhashi den Sitz der Partei besuchte, sich vor Parteichef Shii tief verbeugte und ihm die Hand schüttelte, machte das im ganzen Land großen Eindruck.

Zwar ist die Mitgliedschaft der Partei von 500 000 im Jahre 2000, dem Höchststand, auf 400 000 zurückgegangen, aber seit September 2007 wurden 15 000 neue Mitglieder aufgenommen. Die Partei hat die Bedingungen für die Aufnahme gelockert, um neue Mitglieder zu gewinnen. Etwa 20 Prozent der neu Eingetretenen sind unter 30 Jahre alt. Shiis website wurde bisher von etwa 400 000 Menschen angeklickt.

Die Kommunisten haben lediglich 7 von 242 Sitzen im Oberhaus und 9 von 480 im Unterhaus. Aber ihr wachsendes Ansehen macht sie für Menschen attraktiv, die nicht mehr für die regierende Liberaldemokratische Partei (LDP) oder die stärkste Oppositionskraft, die Demokratische Partei Japans (DPJ) stimmen wollen. Seit Shii im Jahre 2000 an die Spitze der Partei getreten ist, hat sie in fünf Parlamentswahlen die Zahl ihrer Mandate lediglich halten können oder sogar verloren. In den neunziger Jahren hatte Shiis Vorgänger Tetsuzo Fuwa die Politik der Partei liberaler und flexibler gestaltet. Wichtige Punkte waren die Anerkennung des Kaisers und der Existenz der japanischen Selbstverteidigungskräfte im Parteistatut. Dieser Wechsel vom hartem Dogmatismus zu Realismus verhalf den Kommunisten bei den Wahlen von 1998 erstmalig zu Mandaten im Oberhaus.

Danach dominierten vor allen die beiden großen Parteien die politische Landschaft Japans. Jedes Mandat, das die regierende LDP verlor, ging an die oppositionelle DPJ. Die Kommunisten und andere kleinere Parteien gerieten mehr und mehr in Vergessenheit.

Ein weiterer schwerer Schlag traf die KPJ, als große Summen von Wahlkampfmitteln der Partei von der Regierung beschlagnahmt wurden. Nach dem gültigen Wahlrecht muss ein Unterhauskandidat in einem Direktwahlkreis 6 Millionen Yen hinterlegen, die verloren gehen, wenn er oder sie weniger als 10 Prozent der Stimmen in diesem Wahlkreis erhält.

Bei den Unterhauswahlen von 2005 gewann die Partei 9 Mandate nach den Parteilisten, jedoch nicht einen einzigen der 300 Direktwahlkreise. So verlor sie „Kauttionen“ in 223 Wahlkreisen, wo sie angetreten war. Daraufhin ging die Partei von ihrer langjährigen Strategie ab, in jedem Wahlkreis einen Kandidaten aufzustellen. Aus den Reihen der Mitglieder wurde immer lauter gefordert die Politik der Ablehnung von Wahlkampfmitteln der Regierung aufzugeben. Es ist eine Ironie, dass dieser Strategiewechsel der Kommunisten der DPJ geholfen hat, der LDP in einer Reihe von Wahlkreisen Mandate abzunehmen, weil dort die Kommunisten nicht mehr antraten. Nun konnten deren Wähler ihre Stimme geben, wem sie wollten. Meist stimmten sie eher für die DPJ, die dadurch weitere Mandate gewinnen konnte und der regierenden Koalition aus LDP und Komeito einen schweren Schlag versetzte. Es heißt, DPJ-Führer Ichiro Ozawa habe den ehemaligen KPJ-Vorsitzenden Fuwa sogar angerufen, um sich bei ihm zu bedanken.

Wenn die nächsten Parlamentswahlen, wie erwartet, ausgehen, dann ist es möglich, dass die KPJ zum Zünglein an der Wage wird. Höchstwahrscheinlich würde die KPJ Ichiro Ozawa von der DPJ als neuen japanischen Premierminister wählen und mit einer neuen Regierung von Fall zu Fall zusammenarbeiten. Höchst unwahrscheinlich ist dagegen, dass die KPJ in eine Koalition mit der DPJ eintreten könnte, denn deren Beziehungen sind ansonsten nicht gerade freundschaftlich. Die Kommunisten sind entschlossen, ihren Einfluss durch mehr Mandate bei den nächsten Parlamentswahlen zu stärken. Zu diesem Zweck wollen sie diesmal wieder in mehr Wahlkreisen antreten. Die DPJ ihrerseits will versuchen, aus eigener Kraft eine Mehrheit im Unterhaus zu erringen, um sich nicht mit den Stimmen der KPJ zum Regierungschef wählen lassen zu müssen.

Trotz allem ist die regierende LDP höchst besorgt über die Möglichkeit einer künftigen Koalition von DPJ und KPJ. Einige hochrangige LDP Vertreter denken bereits darüber nach, die



für die „Kautionen“ in den Wahlkreisen geltenden Regeln zu lockern. Das würde es der KPJ erleichtern, in mehr Wahlkreisen Kandidaten aufzustellen. Die DPJ könnte das Stimmen kosten. Diese Idee findet allerdings bei der Komeito, dem Juniorpartner in der gegenwärtigen Regierung, keine Unterstützung. Sie befürchtet eine intensivere Auseinandersetzung mit den Kommunisten bei Kommunalwahlen. Nach verschiedenen Meinungsumfragen, die Zeitungen und Fernsehstationen in Auftrag gegeben haben, erhält die KPJ nicht mehr als 2 bis 3 Prozent der Wählerstimmen. Aber den politischen Parteien ist es inzwischen nicht mehr gleichgültig, wie sich die Kommunisten bei den nächsten Parlamentswahlen schlagen werden.

## Das Weltsozialforum – ein Auslaufmodell?

Von Joachim Wahl, AK Lateinamerika bei der BAG Friedens- und Internationale Politik

Vor kurzem wurde in Belém (Brasilien) das neunte Weltsozialforum realisiert. Das erste Treffen wurde 2001 in Porto Alegre (Brasilien), initiiert von sozialen Bewegungen, Intellektuellen, politischen und zivilgesellschaftlichen Organisationen als Gegengipfel zum Treffen der Finanzwelt in Davos (Schweiz) durchgeführt. Unter der Losung der Zapatisten „Eine andere Welt ist möglich“ brachten die Teilnehmer ihren Protest gegen den Neoliberalismus zum Ausdruck. Damals ahnte noch niemand, dass sich diese Initiative in nur kurzer Zeit weltweit durchsetzen und Zuspruch erhalten würde. Zusammen gekommen waren die ersten Teilnehmer, um Ideen und Vorschläge zu diskutieren, wie der Kampf gegen die Folgen einer desaströsen Politik, die im Interesse des Kapitals realisiert wird, weltweit vernetzt und verstärkt werden kann.

Wenn 2001 am Treffen einige Tausend Menschen teilnahmen, so erreichte das Sozialforum in den darauf folgenden Jahren eine zunehmende Beteiligung von Organisationen und Personen.<sup>1</sup>

### Das Weltsozialforum als politische Innovation

Das grundsätzliche Anliegen des Forums, festgehalten in der Charta von Porto Alegre, ist, möglichst vielen sozialen und emanzipatorischen Bewegungen der Welt einen offenen Raum für Debatten, für den Erfahrungsaustausch, für die Vernetzung und Erarbeitung von Alternativen zum herrschenden neoliberalen Modell zur Verfügung zu stellen.

Die Initiative zur Einberufung des Forums entstand nicht von ungefähr in Brasilien. Lateinamerikanische Regierungen privatisierten im Sinne der neoliberalen Ideologie Staatseigentum, deregulierten den Markt und begannen soziale Errungenschaften abzubauen. In Folge vergrößerte sich die Schere zwischen Arm und Reich, die sozialen Probleme wurden durch den Markt nicht gelöst, sondern wesentlich verschärft.

Gegen diese Entwicklung formierte sich in vielen Ländern Lateinamerikas Widerstand. Getragen wurde dieser Widerstand von Parteien, sozialen Bewegungen und politischen

Kräften – unter ihnen die fortschrittlichen Vertreter der katholischen Kirche. Vertreter der Befreiungstheologie nahmen wesentlichen Anteil an der Formierung des Widerstandes, ob das in Brasilien durch die Unterstützung der Landlosen-Bewegung oder durch die Ausbildung von Führungskräften in Mittelamerika geschah. Einige Vertreter der Befreiungstheologie Brasiliens gehören zu den „Vätern“ des Weltsozialforums.

Seit Ende des vergangenen Jahrhunderts nahmen die neuen sozialen Bewegungen erheblichen Aufschwung. In Brasilien bis hin zu Bolivien waren es soziale Bewegungen, die eine bedeutende Rolle bei den Wahlsiegen progressiv-linksgerichteter Parteien spielten. Weltweit hatte sich in den 90er Jahren der Protest gegen den Neoliberalismus verstärkt. Seattle, Genua, Prag oder Göteborg stehen als Symbole für den wachsenden Widerstand gegen die Träger dieser Politik wie IWF, Weltbank und WTO.

Die Antiglobalisierungsbewegung (oder auch Altermondialismus – Bewegung für eine andere Welt), die sich vornehmlich durch die Organisation von „Gegen-Gipfeln“ zu den Tagungen des IWF, der Weltbank und der WTO bemerkbar machte, wurde zu einem maßgeblichen Träger der Weltsozialforen. Die Geschehnisse um das G8-Treffen in Heiligendamm 2007 waren ein eindrucksvoller Nachweis, dass die Antiglobalisierungsbewegung lebt und keineswegs an Wirksamkeit verloren hat.

Porto Alegre war der Beginn eines neuen Abschnittes in der Auseinandersetzung mit dem Neoliberalismus. Die Initiativen vieler sozialer Bewegungen wurden aufgegriffen und auf ein neues Niveau gehoben: Es war der Beginn der direkten politischen Auseinandersetzung mit dem Neoliberalismus und der Suche nach Alternativen zum hegemonialen kapitalistischen Modell. In gewisser Weise wurde die Auseinandersetzung mit dem neoliberalen Modell internationalisiert.

Zur Teilnahme aufgerufen wurden soziale Bewegungen, Gegner der neoliberalen Globalisierung, Intellektuelle, Vertreter der Zivilgesellschaft und Organisationen, die sich lokal und regional gegen Aktivitäten von transnationalen Unternehmen, gegen Umweltzerstörung, gegen Rassendiskriminierung, für die Rechte der Frauen oder gegen Privatisierungspolitik engagieren.

Die Zusammensetzung des Forums war von Beginn an sehr heterogen. Die Zielstellungen der Organisationen sind sehr unterschiedlich. Neben Bewegungen mit längerfristigen Zielen, wie z. B. die Landlosen, traten Organisationen mit kurzfristigen. Diese Vielfalt an Organisationen, diese Einheit in der Vielfalt, wurde zu einer wesentlichen Errungenschaft des Forums. In gleicher Weise steht die Frage des politischen Engagements oder auch einer bestimmten ideologischen Zuordnung. Viele Bewegungen und Organisationen stellen sich keineswegs gesellschaftsverändernde Aufgaben. Ihnen geht es vor allem um Widerstand gegen lokale oder regionale Missstände und Auswirkungen neoliberaler Politik. Sie suchen auf diesem Wege partielle Lösungen ihrer Probleme. So spielte auf den ersten Foren die Frage Krieg und Frieden kaum eine Rolle. Erst mit der Verschärfung der US-Politik gegen den Irak kam es zu einer bestimmten Politisierung der Forummbewegung. Ausdruck dessen war die weltweite Aktion im Jahre 2003 gegen den bevorstehenden Krieg im Irak.

Charakteristisch für viele Bewegungen sind ihre horizontale Organisation und ihr basisdemokratischer Charakter. Das wurde als Grundlage für das Weltsozialforum genommen und



bestimmt – auch im Sinne der Charta von Porto Alegre – dessen Organisation und Struktur. Auf demokratischer Grundlage werden im Internationalen Rat oder in thematisch bestimmten Gremien Fragen der Themenwahl, der Teilnahme oder der Organisation beraten und für die Foren vorgeschlagen. Im jeweiligen Land, das das Forum durchführt, existiert eine Vorbereitungsgruppe. Hierarchische Strukturen wurden in diesem Sinne nicht aufgebaut. Abschließende Erklärungen sind nicht vorgesehen.<sup>2</sup>

Das Forum definiert sich entsprechend seiner Charta als ein Treffen oder ein Raum der Debatten und des Austauschs, zum gegenseitigen Kennenlernen und zur Vernetzung. Es ist offen, niemand übt eine Zensur aus.

## Die Entwicklung des Weltsozialforums als Prozess

Unvoreingenommen kann festgestellt werden, dass sich das Weltsozialforum und mit ihm die Bewegung des Altermundialismus gegen den Neoliberalismus inzwischen auf allen Kontinenten etabliert haben. Die Foren in Mumbai oder auch in Nairobi haben neue Kräfte in die „Bewegung“ aufgenommen. Es ist durchaus richtig davon zu sprechen, dass das Forum eine „Bewegung in der Bewegung“ ist. Erweitert haben sich die Themenstellungen. War Porto Alegre 2001 noch eine Gegenveranstaltung zu Davos, so waren die nachfolgenden Foren sowohl gegen Krieg und auf eine Kultur des Friedens gerichtet als auch auf die Lage der Ausgeschlossenen in Indien oder Asien sowie später, thematisch zugespitzt, auf Politik und Macht. Mit der sich verändernden Weltlage rücken immer mehr zentrale Themen in den Blickpunkt des Forums.

Von vornherein war das Weltsozialforum nicht als „neue Internationale“ gedacht. Angeregt wurden viele regionale, nationale oder auch kontinentale und thematische Foren. Dort gelingt es mehr als bei den zentralen Zusammenkünften, neue Bewegungen einzubeziehen, neue Themen aufzugreifen und die auf diesen Ebenen existierenden Probleme konkreter zu beraten. Von diesen Treffen gingen konkrete Aktionen aus, wie etwa die Auseinandersetzung mit dem US-Projekt der Amerikanischen Freihandelszone ALCA.

Nicht zuletzt hat mit dem Weltsozialforum ein Prozess der politischen Bewusstseinsbildung begonnen, der mehr Klarheit über den Charakter des kapitalistischen Systems geschaffen hat und dazu beiträgt, dieses System umfassend wirtschaftlich, politisch und kulturell zu verstehen. Fernando Lugo, der Präsident Paraguays, sagte auf dem Treffen in Belém: „Zum ersten Sozialforum 2001 bin ich noch in leichten Sandalen gefahren. Das Forum sind wir. Wir haben dort gelernt.“<sup>3</sup>

In intensiven Debatten werden Strategien erarbeitet, die lokal, regional und national verschieden sind, die neue Formen des Kampfes hervorbringen und den Gesamtprozess absichern. In den Jahren seit 2001 hat sich bewahrheitet, dass die unterschiedlichsten weltweit tätigen Bewegungen einen Raum zum gegenseitigen Erfahrungsaustausch gefunden haben. Deutlich wird damit, dass es in keiner Weise nur um das Zusammentreffen auf dem konkreten Weltsozialforum, d. h. einem zeitlich begrenzten Treffen, geht, sondern um die real vorhandenen und lebendigen Aktivitäten der sozialen Bewegungen und emanzipatorischen Kräfte.

Die weltweit, kontinental, regional und lokal durchgeführten Foren repräsentieren einen zentralen politischen Fakt:

Sie sind eine Antwort auf die global tätigen internationalen Organisationen und die kapitalistisch globalisierte Welt. Proteste und Manifestationen werden parallel zu den Zusammenkünften der WTO, des IWF und der G-8 durchgeführt. Eine Zusammenfassung der dabei gemachten Erfahrungen findet auf den Foren statt, Darin besteht ihre Funktion, ihr Charakter und auch ihre Zukunft. Es erweitern sich die Sichten auf die globalisierte Welt, es vervielfältigen sich die Diskussionen um die unterschiedlichsten Erfahrungen. „Ein alternativer politischer Dialog ist ohne Widersprüchlichkeiten und bestimmte Spannungen jedoch nicht denkbar.“<sup>4</sup>

Einer der Gründungsväter des WSF, der Brasilianer Chico Whitaker, der seine Wurzeln in der Befreiungstheologie hat, äußerte sich im November 2008 zur Entwicklung des WSF.<sup>5</sup>

Nach seiner Meinung hat sich das WSF gegen das Treffen der Finanzwelt in Davos durchgesetzt. Und alle bisher durchgeführten Foren haben in dieser Richtung gewirkt. Auch sei Nairobi trotz aller Schwächen ein Erfolg für die Bewegung der Sozialforen gewesen. Der Bekanntheitsgrad des Forums auf dem afrikanischen Kontinent sei wesentlich erhöht worden. Nun gäbe es in der Bewegung Kräfte, die ungeduldig seien und schnellere Veränderungen in der Welt und für das Forum selbst anstrebten. Whitaker meint, dass der „Raum, den das Forum bietet, hilft, die Kraft zu schaffen, die für diese Veränderungen erforderlich ist.“ Die Frage sei, ob sich noch mehr Bewegungen anschließen, die bereit seien, sich an der Auseinandersetzung um Alternativen zu beteiligen.

## Die Herausforderungen für das Forum und den Altermundialismus

Es muss festgestellt werden, dass es – auch nach den Worten von Chico Whitaker zu urteilen – in der Bewegung der Weltsozialforen unterschiedliche Positionen und Tendenzen gibt.

Vertreter der einen Tendenz meinen, dass das Forum zwar ein Ort des Treffens, ein Raum für Debatten ist, aber zu wenig Ergebnisse erarbeitet wurden. Unter anderem wird gesagt, dass die Treffen bisher wenig zur Vertiefung der Debatte um Alternativen und zur Erarbeitung von Strategien des Kampfes beigetragen haben. Da jede Bewegung auf bestimmte Ziele gerichtete Kämpfe austrägt, halten es die Vertreter dieser Tendenz für erforderlich, gemeinsame Strategien zu erarbeiten. Da diese Kämpfe vorwiegend auf der nationalen Ebene ausgetragen werden, das Kapital aber global agiert, sieht diese Tendenz die Notwendigkeit, ebenfalls global tätig zu werden und den Widerstand global zu organisieren. In diesem Sinne äußert sich neben anderen Intellektuellen Samir Amin als Vertreter des „Forums für Alternativen“. Er schätzt ein, dass es einen weltweiten Widerstand gegen den Neoliberalismus gibt, dieser aber eben noch unzureichend global gestaltet wird. Nach Amin ist es erforderlich,

- die in der großen Diversität vorhandenen Potenzen des Widerstandes global zu gestalten,
- vorhandene defensive Positionen (Widerstand gegen Neoliberalismus, gegen Abbau sozialer Errungenschaften, gegen Militarisierung, gegen Armut) zu überwinden und den Kampf um reale Alternativen zu führen,<sup>6</sup>
- Bewegungen und Organisationen einzubeziehen, die bisher keine Kenntnis vom Weltsozialforum haben (z. B. prekarierte Schichten, Migranten, aus sich auflösenden sozialen Strukturen stammende Menschen, Bauernorganisationen aus Afrika und Asien).



Eine andere Position nehmen vor allem die Gründungs-väter des Forums, u. a. auch Chico Whitaker, ein. Sie stützen sich auf das Argument, dass niemandem vorgegeben werden kann, was er zu tun hat oder in welche Richtung der Kampf einzelner Teilnehmer zu entwickeln ist. Nach ihrer Auffassung besteht die Gefahr, dass das Forum in seiner Breite und Diversität eingeschränkt wird, wenn es eine allgemeinverbindliche Erklärung abgibt und Beschlüsse gefasst werden. Festgestellt wird aber auch, dass es bisher nicht gelungen ist, verarmte Bevölkerungsschichten und vor allem Jugendliche aus diesem Milieu am Forum zu beteiligen. Es dominieren NGOs, Intellektuelle und Vertreter der Mittelschichten.

In diesem Sinne agiert auch eine Mehrheit des Internationalen Rates des Forums. Abgelehnt wird, „avantgardistische Ideen“ durchzusetzen und konkretere Aktionen vom Forum zu beschließen. Gemeint ist das 2005 veröffentlichte „Manifest von Porto Alegre“, das von 19 Intellektuellen veröffentlicht wurde und ein entschiedeneres Handeln verlangt: „Die Bewegungen sind reif genug, um sich Neuem gegenüber zu öffnen. Wir wollen nicht ohne ideologische Probleme agieren. Aber ein Avantgardismus dieser Art garantiert nicht die Vielfalt, die wir haben,“ so Taoufik Ben Abdallah, Mitglied des Sekretariats des Afrikanischen Sozialforums.<sup>7</sup>

Auf diese Debatten hat die Strategie-Kommission des Internationalen Rates reagiert und auf dessen Tagung im Mai 2007 in Berlin ein Arbeitsdokument verabschiedet. Zusammengefasst werden folgende Fragen aufgeworfen:

- Wie hat sich die Weltlage seit 2001 verändert, welche Elemente des Bruches oder der Kontinuität bestehen?
- Leben wir in einer unipolaren, von den USA dominierten Welt, oder sind andere Pole entstanden?
- Ist das gesamte Leben unseres Planeten durch eine Zivilisationskrise verändert worden? Gibt es Rückwirkungen auf die laufenden Debatten und Aktionen?
- Wenn 2001 eine Konzentration auf die Kritik der vorherrschenden neoliberalen Ideologie erfolgte, ist es jetzt erforderlich, eine zweite Etappe der Kritik der vorherrschenden Meinung einzuleiten?
- War die Antiglobalisierungsbewegung in der Lage, sich als politischer Akteur zu etablieren?
- Anfänglich einberufen, um einen Gegenpol zu Davos zu schaffen, fragen wir heute, ob diese Zielstellung noch erforderlich ist? Welche Kosten entstehen und hindert die jährliche Durchführung nicht die Realisierung anderer Aktionen und Mobilisierungen?<sup>8</sup>

Darauf gibt es vielfältige Antworten (siehe dazu auch Rundbrief der ATTAC-Bewegung, Nr. 49). An dieser Debatte sind viele soziale Bewegungen Lateinamerikas und Europas, Vertreter der Zivilgesellschaften und Intellektuelle aller Kontinente beteiligt. Deshalb hier ein kurzer schwerpunktmäßiger Abriss der aufgeworfenen inhaltlichen Probleme, mit denen sich die Bewegung des Altermundialismus befasst:

1. Einen Schwerpunkt der Debatte bildet das politische Profil des Weltsozialforums. So fragen einige Intellektuelle, ob es möglich ist, im Rahmen der Bewegung der Sozialforen ein stärkeres antikapitalistisches Profil auszuprägen (Emir Sader, Brasilien – Präsident der CLACSO; Michael Löwy, Soziologe, Brasilien, Frankreich; Samir Amin, Senegal – Dritte Welt Forum; Walden Bello, Philippinen – Soziologe, Focus on the Global South, u. a.). Dabei wird in Rechnung gestellt, dass es innerhalb der Bewegung Kräfte gibt, die nach einer „Humanisierung“ des Kapitalismus streben, andere aber von

einer Überwindung des Kapitalismus sprechen. Für sie sollte das Forum besonders auf die Erarbeitung praktikabler Alternativen gerichtet sein, die nicht nur Reformen des Kapitalismus anstreben, sondern in der Lage sind, substantielle Veränderungen herbeizuführen.

François Houtart sieht drei Grundprobleme: Delegitimierung des Kapitalismus, antisystemische Kämpfe (mit fortschreitender Polarisierung zwischen Arm und Reich haben alle Bewegungen den gleichen Widerpart: das Kapital) und Schaffung der Grundlagen eines Antikapitalismus (in einer Kombination von Reformen und Revolution geht es um die Suche nach einer Utopie).<sup>9</sup>

2. Sich anlehnend an Erfahrungen, die mit den politisch-sozialen Veränderungen in Bolivien und anderen Ländern Lateinamerikas gemacht werden, wird die Frage nach einem anderen zivilisatorischen Projekt aufgeworfen. Schwerpunkte stellen in dieser Debatte die Betonung der Partizipation und einer Demokratie von unten dar. Wie Walden Bello formuliert: Die Suche nach einer Alternative, die aus dem System entsteht.<sup>10</sup> Ähnliche Gedanken äußert Boaventura de Souza Santos (Universität Coimbra, Portugal), der von einem neuen wirtschaftlich-sozialen Paradigma<sup>11</sup> spricht und in diesem Sinne das Prinzip des „bien vivir“<sup>12</sup> der indigenen Gemeinden, besonders in den Andenländern, heranzieht. Ergänzt wird diese Debatte durch die Frage des Charakters der Demokratie. Mehr Partizipation des Bürgers heißt danach, die Demokratie zu radikalieren oder Demokratisierung der Demokratie, die durch den unabhängigen Bürger getragen wird und sich vom Lokalen zum Globalen hin entwickelt.<sup>13</sup>

3. Was ist heute links? Besonders in der lateinamerikanischen Debatte wird die Rolle der traditionellen Bewegungen (Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegungen) und der neuen Bewegungen diskutiert. Festgestellt wird, dass innerhalb der Bewegungen eine Umgruppierung vor sich gegangen ist, die mit den sozialen Veränderungen an der Basis der kapitalistischen Gesellschaft zusammenhängt. In die Auseinandersetzung mit dem neoliberalen Kapitalismus haben sich die verschiedensten Gruppen und Schichten der Gesellschaft eingeschaltet, die jede auf unterschiedliche Art und Weise von den kapitalistischen Ausbeutungsverhältnissen betroffen sind. Der Begriff „Links“ hat unter diesen Bedingungen eine wesentliche Erweiterung erfahren, die das traditionelle Verständnis von „Links“ verändert. Er kann nicht mehr nur auf linkssozialistische Parteien und Organisationen angewandt werden. Neue Akteure sind entstanden und haben sich zu eigenständigen politischen Subjekten entwickelt. Ein neues Verhältnis zu den traditionellen Parteien muss gefunden werden.<sup>14</sup> Zu beachten ist, dass in dieser Debatte ebenfalls das Verhältnis zur Linken in Europa eine Rolle spielt. Generell kann festgestellt werden, dass sich eine gewisse Distanzierung abzeichnet.<sup>15</sup>

4. Die Entwicklung des Weltsozialforums wird in der Debatte in eine enge Beziehung zu den politischen Veränderungen in Lateinamerika gesetzt. Herangezogen werden die Veränderungen, die in Venezuela, Bolivien und Ecuador vor sich gehen. In ihnen werden Ansätze für alternative Lösungen gesehen und festgestellt, dass inzwischen bereits Schritte über den Kampf gegen den Neoliberalismus hinaus gegangen worden sind.<sup>16</sup> Ein Problem für das Weltsozialforum, das in seiner Charta von Porto Alegre keine Abhängigkeiten von Regierungen und Parteien schaffen will.

5. Mit der Darstellung der unterschiedlichen Positionen zur Zukunft des Weltsozialforums ist in direkter Weise die Rolle der sozialen Bewegungen verbunden. Während aller Weltsozialforen wurden Treffen der sozialen Bewegungen realisiert. Diese fanden als Generalversammlungen der Bewegungen statt. Im Unterschied zu den Treffen während des Forums vereinbarten die Generalversammlungen stets gemeinsame Aktionen. Vereinbart wurde das weitere strategische Vorgehen. In diesem Sinne sind soziale Bewegungen aktiver und entscheidungsfreudiger als andere Teilnehmer des Forums. Sie sind Träger und Initiatoren gemeinsamer Aktionen und Kampagnen.

## Die sozialen Bewegungen – die tragende Kraft der Weltsozialforen?

Ursprung des Widerstandes der sozialen Bewegungen ist die Verteidigung kollektiver Interessen, die sich auf den verschiedensten Ebenen des Lebens ergeben. Häufig entstehen soziale Bewegungen spontan und entwickeln sich sehr unterschiedlich in ihrer Kontinuität oder lösen sich nach Erreichung ihrer Zielstellungen auf. In Form und Struktur sind sie traditionellen Parteien nicht ähnlich. Strukturell sind sie horizontal orientiert, organisieren sich nicht hierarchisch sondern sind basisdemokratisch aufgebaut. Charakteristisch ist, dass sie quer zu Klassen und Schichten entstehen und damit eine bisher nicht gekannte Besonderheit aufweisen. (Im Unterschied zu den klassischen sozialen Bewegungen wie Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung z. B., sie sind weniger an ihre soziale Herkunft gebunden). Entsprechend ihrer kollektiven Interessen verfügen sie über eine gemeinsame Identität, die sich vor allem aus ihrem Widerstand gegen neoliberale Politik und deren Folgen ergibt. Soziale Bewegungen sind in der Lage, eine große Anzahl sozialer Akteure zu mobilisieren, die an den Gegenstand ihrer Zielsetzung gebunden sind und themenorientiert agieren. Sie organisieren sich in Netzen und sind Teil der nichtinstitutionalisierten Gesellschaft im Gegensatz zu Parlamenten, Regierungen oder Parteien.

Damit werden sie zu wesentlichen politischen Akteuren, obwohl sie in ihrer Subjektivität verschiedene Entwicklungen durchmachen. Ihre Wurzeln liegen in unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen. Das sind u. a. starke Bauernbewegungen (wie die Landlosenbewegung in Brasilien und anderen lateinamerikanischen Ländern), Stadtteilgemeinschaften, Jugend- und Studentenorganisationen, Umweltgruppen, progressive Teile der katholischen Kirche, die sich an die Befreiungstheologie anlehnen (besonderen Einfluss übten sie in Paraguay mit der Wahl des ehemaligen Bischofs Lugo aus), dazu ethnische Gruppen, besonders die indigenen Gemeinschaften, die in den Andenländern (Bolivien, Ecuador, Peru) eine bedeutende Rolle spielen. Es ist deshalb in Lateinamerika üblich, von einer „sozialen“ und einer „politischen“ Linken zu sprechen, wobei Letztere durch Parteien, linke Organisationen und Institutionen repräsentiert wird.

Für das Weltsozialforum ist diese Charakteristik von entscheidender Bedeutung. Soziale Bewegungen führen partielle Kämpfe, die vorwiegend auf nationaler Ebene ausgetragen werden. Unter den Bedingungen eines globalisierten Kapitalismus stellt sich die Forderung nach Globalisierung dieser sehr unterschiedlichen Widerstandsbewegungen. Das Weltsozialforum ist eine Plattform, auf der diese Übereinstim-

mung in großer Vielfalt hergestellt werden kann. Bisherige Foren waren geprägt von defensiver Kritik am existierenden System und am Neoliberalismus. Übereinstimmung besteht in der Debatte um die Zukunft des Weltsozialforums, dass es um die Zusammenführung aller Bewegungen im Rahmen des Weltsozialforums geht.

Nach François Houtart ist es sehr schwer, „alle Elemente eines solch heterogenen Widerstandes zu vereinigen. Obwohl die Basis dieser Treffen klar in der „Charta der Prinzipien“ ausgedrückt wird, liegen sowohl in der geografischen, sektoralen und kulturellen Verschiedenheit derer, die gegen den Neoliberalismus kämpfen und andere Wege suchen, die Stärken und Schwächen (des Forums). Hinzu kommt, dass es weltweit eine Tendenz der Abneigung gegen Formen des organisierten Widerstandes gibt und spontane Initiativen vorgezogen werden. Das ist vor allem für zahllose Jugendliche der Fall, die am Forum teilnehmen.“<sup>17</sup>

Insofern stellt aber gerade das Welttreffen den „Raum“ als Ideengeber und adäquateste Form des Austausches und des voneinander Lernens dar.

## Das 9. Weltsozialforum in Belém (Brasilien) (27. Januar bis 1. Februar 2009)

### Statistik des Forums 2009

Es fanden 2 310 eingeschriebene Aktivitäten in thematischen Foren und Seminaren statt. Organisatorische und logistische Schwierigkeiten erschwerten ihre Durchführung. Gezählt wurden 135 000 Teilnehmer aus 142 Ländern (davon 15 000 Jugendliche, 3 000 Kinder, 5 000 Teilnehmer mit finanzieller Unterstützung), darunter 1 400 Quilombolas (Nachfahren geflüchteter afrikanischer Sklaven, die in ca. 2 000 Gemeinschaften auf brasilianischem Territorium leben) 1 900 Vertreter indigener Völker aus 120 Nationen (50 Ländern) und 2 000 Journalisten. Unter den teilnehmenden Organisationen wurden 489 aus Afrika, 119 aus Mittelamerika, 155 aus Nordamerika, 4 193 aus Südamerika, 334 aus Asien, 491 aus Europa und 27 aus Ozeanien gezählt.<sup>18</sup>

### Veränderte internationale Bedingungen, auf die vom Forum Antworten erwartet werden

Wie die Strategie-Kommission des Internationalen Rates angeregt hatte, war es dringend erforderlich, die politischen internationalen Umstände zu analysieren, unter denen das 9. Forum in Belém stattfand.

Seit 2001, dem Jahr des ersten Weltsozialforums in Porto Alegre, haben sich weltweit substantielle Veränderungen ergeben. Mit Bezug auf Hobsbawn, Arrighi, Wallerstein<sup>19</sup> u. a. wird festgestellt, dass sich die Hegemonie der USA in einer Krise befindet. Die Entwicklung hin zu einer multipolaren Welt ist mit dem Erstarken anderer staatlicher Akteure wie China, Indien, Russland, aber auch des lateinamerikanischen Kontinents zu einem wesentlichen Faktor für die altermundialistische Bewegung geworden. Mit der Politisierung der Bewegung erstarkten die Mobilisierung gegen Krieg und Militarisierung, besonders gegen die Kriege im Irak, in Afghanistan sowie im Nahen und Mittleren Osten.

Mit dem Beschluss des Internationalen Rates, das 9. Forum in Belém durchzuführen, wurde die Absicht verbunden, die Weltöffentlichkeit auf die Situation im Amazonasbecken aufmerksam zu machen. Vernichtung der Lebenswelt indige-



ner Völker, Abholzung, Umweltzerstörung durch industriellen Raubbau, ungebremster Zugriff auf Natur und Biodiversität weisen auf eine weitere Krise hin, in die sich die Menschheit begibt: die ökologische Krise.

Während der Vorbereitung des Forums wurde die kapitalistische Welt von einer umfassenden Wirtschaftskrise erfasst. Das Zusammentreffen dieser Krisen, die noch verstärkt werden durch die Nahrungsmittel- und die Energiekrise, weist auf eine Zivilisationskrise hin, in der sich die Menschheit befindet. Es handelt sich faktisch um eine umfassende Krise in Zeiten der Globalisierung.

„Die Welt befindet sich in einer Krise. Lucien Goldman<sup>20</sup> sagt, dass eine Charakteristik des Kapitalismus seine Wertindifferenz, seine ethisch-moralische Indifferenz ist. Der Kapitalismus ist kompatibel mit Demokratie, Krieg, mit Barbarei und Faschismus ... Wir befinden uns in drei Krisen: der Wirtschafts-, der Nahrungsmittel- und der Umweltkrise. Die Folgen der Letzteren werden dramatisch sein. Leider haben wir keinen austauschbaren Planeten. Um diesen Krisen zu begegnen, müssen wir über Alternativen nachdenken, solche die radikal sind und das Übel an der Wurzel packen.“<sup>21</sup>

Nach Michael Löwy ist das Weltsozialforum die einzige Institution in der Welt, die ein alternatives Projekt zum Kapitalismus in Gang setzen kann.

## Verlauf des Forums

Nach vorliegenden Berichten wurde in der Öffentlichkeit die starke Präsenz indigener Völker und Vertreter wahrgenommen. Das Forum hatte – trotz einschränkender logistischer Bedingungen – guten Zulauf. Die Selbstorganisation der zahlreichen Foren und Seminare brachte Unübersichtlichkeit und sicher auch unnötigen Dopplungen hervor.

Um der Kritik zu begegnen, die Treffen brächten keine konkreten Alternativen und Vorschläge hervor, wurden während des 9. Forums thematische Generalversammlungen (Assembleias) durchgeführt und die Beratungen um einen Tag verlängert. Damit sollte allen Teilnehmern die Möglichkeit gegeben werden, sich zu konkreten Themen zu äußern und kollektiv bestimmte Schritte und Maßnahmen (Aktionen) zu beschließen. Nach vorliegenden Angaben fanden 22 solcher Generalversammlungen statt.

Mehrere waren dem Thema Krieg – Frieden, besonders der Lage im Nahen und Mittleren Osten, gewidmet. Speziell durchgeführt wurde ein Treffen „Gegen Krieg, Militärbasen, Militarismus und Atomwaffen.“ In einer Erklärung werden alle Versuche verurteilt, neue Kriege zu entfesseln, um aus der Krise herauszukommen. Wörtlich wird gesagt: „Wir lehnen die Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag der NATO am 4.4.2009 in Straßburg, dem Sitz des Europaparlaments, ab. Wir rufen dazu auf, eine internationale Kampagne für die Auflösung der NATO durchzuführen.“<sup>22</sup> Weiter wird die Beseitigung aller Militärbasen der USA (Manta, Guantánamo) gefordert und zu Solidaritätskundgebungen mit dem palästinensischen Volk am 30.3.2009 aufgerufen.

Nach vorliegenden Einschätzungen machten organisatorische Probleme die Durchführung einzelner Versammlungen unmöglich. Andere blieben in ihren Aussagen allgemein. Die abschließende Generalversammlung der Generalversammlungen litt unter geringer Beteiligung und langwierigen Diskussionen.

In anderer Weise verlief die Generalversammlung der sozialen Bewegungen. Sie bestimmten ihre Agenda der Aktio-

nen für 2009 und verabschiedeten Erklärungen („Brief der sozialen Bewegungen Amerikas“, „Wir zahlen nicht für die Krise. Die Reichen müssen dafür zahlen“ (auf Deutsch siehe [www.forumdesalternatives.org/IES/readarticl](http://www.forumdesalternatives.org/IES/readarticl)), die klaren politischen Charakter tragen. Sie rufen auf zum Treffen der sozialen Bewegungen Amerikas, das im Rahmen der „Bolivarianischen Alternative Amerikas“ (Alternativa Bolivariana para la América – ALBA) durchgeführt werden soll. In Übereinstimmung mit europäischen Vorschlägen ging von dieser Generalversammlung die Initiative aus, vom 28.3. bis 4.4.2009 eine Protestwoche gegen die NATO und die G8, bzw. G20 durchzuführen.<sup>23</sup>

Während des Forums fand das 6. Weltforum der Parlamentarier statt, die engen Kontakt zu den sozialen Bewegungen suchen. Vertreten waren Parlamentarier aus Lateinamerika, Europa und aus Palästina. In einer Erklärung fordern sie, eine „fundamentale Umorganisation des IWF, der Weltbank und der WTO“. „Wir lehnen das internationale Finanzsystem ab, das auf Spekulation orientiert ist und die Entwicklungsmöglichkeiten der Länder der Dritten Welt einschränkt“. Notwendig ist die „Schaffung einer gerechten und solidarischen Gesellschaft.“ Intensiviert werden soll die Debatte über ein Wirtschaftsmodell, das auf der gesamten Welt eingeführt wird. Der Fraktionsvorsitzende der Partei der Werktätigen (PT) im Parlament Brasiliens, Henrique Fontana stellte fest, dass es „der Linken bisher nicht gelungen ist, eine umfassende Debatte zu führen, wie das gegenwärtige hegemoniale Modell der Weltwirtschaft bekämpft werden kann. Das ist die große Herausforderung, vor der wir stehen.“<sup>24</sup>

Drei Initiativen bestimmten wesentlich den weiteren Verlauf des Forums und die Debatte über diese Veranstaltungen:

1. Die erste war die von der Landlosenbewegung Brasiliens (MST) und der Via Campesina einberufene Generalversammlung mit den Präsidenten Venezuelas, Boliviens, Paraguays und Ecuadors.

2. Parallel zu dieser Versammlung wurde, organisiert von einigen brasilianischen Organisationen, eine Zusammenkunft mit der Kandidatin der PT für die Präsidentschaftswahlen 2010, Dilma Rousseff, und einigen Ministern der Regierung Lula durchgeführt.

3. Schließlich wurde – im Unterschied zur Veranstaltung der MST – eine Zusammenkunft einberufen, auf der neben den Präsidenten Venezuelas, Boliviens, Ecuadors und Paraguays auch der Präsident Brasiliens, Inacio Lula da Silva, gegen war

## Einschätzung und Schlussfolgerungen

„Das Forum ist dort, wo gekämpft wird. Wo Ungerechtigkeit ist, wo es Intoleranz gibt, ist das Forum verankert. Dort multipliziert es sich. Here, there and everywhere, wie es im Lied der Beatles heißt.“<sup>25</sup>

Das sei vorangestellt, um festzustellen, dass das Forum lebt und durch Belém einen erneuten Impuls erfahren hat. Es war ein lateinamerikanisches (weniger brasilianisches) Treffen mit europäischer, afrikanischer und nordamerikanischer Beteiligung. Im Unterschied zu allen bisher durchgeführten Foren weist es eine Besonderheit auf: In Lateinamerika existieren inzwischen progressive Regierungen, die durch und mit Hilfe der sozialen Bewegungen zustande gekommen sind. Auch so gesehen, ist das Forum dort, wo gekämpft wird und wo es offensichtliche Erfolge des Kampfes gibt.



## Positive Ergebnisse

Entgegen allen bisherigen Zweifeln an der Bedeutung des Forums gibt es keinen Stillstand. Es kann ein Reifeprozess festgestellt werden, der sich auch im Wachsen eines kollektiven Bewusstseins ausdrückt. Nach wie vor ist dies jedoch ein Entwicklungsprozess, der sich durch Einheit in der Vielfalt ausdrückt. Das Zusammentreffen der unterschiedlichsten Bewegungen und politischen Kräfte lässt – wie Belém zeigt – immer wieder auch Übereinstimmungen entstehen. Im Falle des 9. Treffens drücken sie sich in einer gemeinsamen Stellungnahme zur aktuellen Krise als einer Zivilisationskrise, in der Ablehnung von Kriegen, in der Sorge um die Zukunft des Planeten und der Menschheit aus. Daraus resultiert auch das gemeinsame Streben nach Alternativen. Samir Amin spricht sich nicht für die „Vereinheitlichung der Bewegungen, sondern für ihre Übereinstimmung“ aus.<sup>26</sup>

Belém machte die Bedeutung der sozialen altermundialistischen Bewegungen deutlich. Das Streben nach Einheit, nach mehr Klarheit und breiteren Bündnissen stand im Mittelpunkt des Forums und der Generalversammlung der sozialen Bewegungen. In der Erklärung sind klare Aussagen zum Charakter der kapitalistischen Gesellschaft und zu den notwendigen Alternativen gemacht worden. Besonders die Erfahrungen in Lateinamerika unterstreichen die Rolle sozialer Bewegungen und anderer progressiver Kräfte, die wesentliche Anteil an der Veränderungen auf der politischen Karte des Kontinents haben. Belém machte es möglich, dass sich neue Netzwerke entwickeln, in die sich Bewegungen einklinken können, die bisher am Prozess des Weltsozialforums nicht teilnehmen.<sup>27</sup>

Positiv zu verzeichnen ist eine Verbesserung der Beziehungen zwischen dem Politischen und dem Sozialen. Besonders mit der Anwesenheit der Präsidenten hat sich, nicht von allen befürwortet und akzeptiert, ein neues Verhältnis zwischen den progressiven Regierungen und den sozialen Bewegungen entwickelt. In Gestalt der staatlichen Repräsentanten zeigen sich die erkämpften alternativen Ansätze. Es ist schwer vorstellbar, dass es zwischen den sozialen Bewegungen und der Politik eine Mauer geben kann. Beide haben sich gegenseitig beeinflusst und werden das weiter tun. Joao Pedro Stédile, Koordinator der MST, brachte diese Wechselbeziehung direkt zum Ausdruck. Er betonte die Autonomie der sozialen Bewegungen gegenüber den Regierungen<sup>28</sup> und erklärte: „Die Linksregierungen, die hier vertreten sind, müssen strukturelle Veränderungen einleiten. Von sozialer Veränderung und vom Transformationsprozess zu sprechen ist sehr gut, aber es dürfen nicht nur Erklärungen bleiben. Es müssen strukturelle Veränderungen erfolgen ... Der Staat muss die Kontrolle des Finanzsystems<sup>29</sup> übernehmen.“

## Probleme und Fragestellungen

### Zukunft des Weltsozialforums

Nach Abschluss des Forums in Belém bleibt seine künftige Gestaltung weiter offen. Klar wurde durch Belém, dass es nicht schlechthin um das „Modell“ des Weltsozialforums sondern um die Weiterführung des Prozesses „Weltsozialforum“ geht. Gesprochen wurde davon, das Weltsozialforum 2011 in einem afrikanischen Land durchzuführen. Gedacht wird auch an die USA. Kritiker wenden ein, dass eine Unterbrechung von zwei Jahren in der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Lage Zeitverlust wäre. Das Forum muss

Antworten erarbeiten und reale alternative Schritte einleiten. Klar ist den verschiedensten Kräften, dass das Forum unabhängig ist und überlegt werden muss, wie es unter bestimmten Gesichtspunkten (finanzielle Absicherung, Ausweitung auf Bewegungen und Kräfte, die bisher noch nicht erfasst wurden, Teilnahme von sozial ausgegrenzten Menschen) in modifizierter Form gestaltet werden kann. Das betrifft auch die Auslegung der Charta von Porto Alegre, die flexibel angewandt und den neuen Bedingungen angepasst werden soll. Entscheidend für den weiteren Prozess ist die Sicherung des Grundkonsenses.<sup>30</sup>

### Inhaltliche Fragen

Die unterschiedlichen Auffassungen zum Charakter des Forums und seiner Funktion bestehen weiter. Die Gruppe der Intellektuellen, die 2005 das Manifest von Porto Alegre veröffentlichte, meint, dass das Forum Vorschläge für ein anderes Gesellschaftsmodell erarbeiten<sup>31</sup> und Antworten auf Lebensfragen der Menschheit geben muss. Samir Amin, einer der Unterstützer des Manifestes, sagt: „Es wäre notwendig zu präzisieren, was es heißt, „für eine andere und bessere Welt“ zu sein. Es sind Strategien zu erarbeiten, wie diese neue Welt verwirklicht werden kann. Dazu ist es nicht erforderlich, eine einheitliche, gemeinsame Organisation zu haben, sondern diese Zielstellung in Übereinstimmung mit der vorhandenen Vielfalt zu formulieren und Wege zu ihrer Realisierung aufzuzeigen: Denn es gibt verschiedene Fronten, verschiedene Kulturen, verschiedene Ziele der Transformation, verschiedene Formen des Kampfes. Die politische Frage bleibt aber die zentrale. Wir müssen nur den Mut haben, es so deutlich auszusprechen.“<sup>32</sup>

Nach Meinung dieser Tendenz wäre es erforderlich, dass das Forum seinen Charakter ändert, feste Strukturen aufbaut und der Internationale Rat Verantwortung übernimmt.<sup>33</sup>

Die Veränderungen in Lateinamerika sind Ausgangspunkt für Überlegungen, das Forum stärker mit den progressiven Regierungen des Kontinents zu verbinden.<sup>34</sup>

In die gleiche Richtung gehen auch Bestrebungen, im Rahmen der ALBA einen Zusammenschluss der sozialen Bewegungen der Mitgliedsländer der ALBA (Venezuela, Bolivien, Kuba, Nicaragua) zu schaffen. Die MST als Organisator des Treffens mit den vier Präsidenten hatte Präsident Lula bewusst nicht eingeladen. Begründung: Brasilien ist nicht Mitglied der ALBA.

Mit der Hervorhebung der Rolle der sozialen Bewegungen als zentraler Akteur für die politischen und gesellschaftlichen Veränderungen in Lateinamerika stellt sich die Frage nach dem Verhältnis Bewegung – politische Partei und deren Rolle im Prozess des Weltsozialforums. Obwohl – wie hervorgehoben – Fortschritte erzielt wurden, bleibt das grundsätzliche Problem bestehen. Es ist noch nicht genau einzuschätzen, ob es sich um bestimmte sektiererische Tendenzen handelt, die es in der Bewegung gibt oder ob es sich um zeitweilige Erscheinungen handelt. Offenkundig ist aber die Kritik an den NGOs, besonders an den europäischen. Nach Meinung der Kritiker sind die NGOs nicht das vorwärtstreibende Element. Vielmehr wird gesagt, dass die NGOs eine kontrollierende Rolle gegenüber den Bewegungen spielen und im Forum zu dominant in Erscheinung treten.

Abschließend wird hervorgehoben, dass das Treffen in Belém ein Erfolg für die altermundialistische Bewegung war und das Forum seine Überlebenskraft bewiesen hat. Belém



zeigte, dass nicht wieder bei Null begonnen werden musste. Nicht allein der „event“ und die Veranstaltungen sind das Weltsozialforum, sondern die vielfältigen Aktionen und Mobilisierungen der Bewegungen als sehr komplexer und vielgestaltiger Prozess. Inhaltlich wird das Forum maßgeblich von der Generalversammlung der sozialen Bewegungen bestimmt, die die politische Plattform des Forums definieren.

Das Forum ist weltweit zu einem bedeutenden politischen Faktor geworden und wird mit erforderlichen Veränderungen die Grundlage des Zusammenschlusses emanzipatorischer und progressiver Kräfte bleiben.

#### Anmerkungen

- 1 Die ersten drei Foren fanden 2001, 2002, 2003 in Porto Alegre, Brasilien, statt. Die Organisatoren waren Abong (Zusammenschluss brasilianischer NGOs), ATTAC do Brasil, brasilianische Kommission für Recht und Frieden, die Gewerkschaft CUT, MST, Brasilianisches Institut für sozial-ökonomischer Analyse – Ibase, Soziales Netz für Recht und Menschenrechte. Das vierte Forum fand 2004 in Mumbai (Indien) statt. 2005 kehrte es nach Porto Alegre zurück. Das sechste Forum wurde dezentral in Bamako (Mali), Caracas (Venezuela) und Karachi (Pakistan) durchgeführt. In Nairobi (Kenia) fand das siebente Treffen statt. Das achte wurde mit weltweiten Aktionen realisiert.
- 2 Entsprechend der Charta von Porto Alegre (2001) schafft das Weltsozialforum keine hierarchischen Strukturen. Gebildet wurde auf demokratischer Grundlage ein Internationaler Rat (IR), an dem sich alle Bewegungen und Organisationen beteiligen können, die am Forum teilnehmen. Gegenwärtig sind ca. 150 Organisationen im IR vertreten.
- 3 Carta Maior, 5.2.2009
- 4 François Houtart, Direktor des Centre Tricontinental, Carta Maior, Dezember 2003
- 5 Carta Maior, 21.11.2008
- 6 Zeitschrift „Diagonal“, Madrid, 10.2.2008
- 7 Agencia Maior, 3.2.2006
- 8 Zusammengefasst nach Entwurf eines Papiers für die „Debatte über Strategie und die Zukunft des WSF“, in Rundbrief der ATTAC – Bewegung, „Sand im Getriebe“ Nr. 49, 12.3.2006
- 9 François Houtart, Konferenz der EZLN vom 13. bis 17.12.2007 in San Cristóbal de las Casas, Mexiko, Agentur Adista 21.1.2008
- 10 International Press Service, Terra Viva vom 12.12.2008
- 11 Agencia Brasil, 29.12.2008
- 12 „Wir glauben nicht an einen unaufhaltsamen Fortschritt und an grenzenlose Entwicklung auf Kosten anderer und der Natur. Wir müssen uns ergänzen, nicht miteinander konkurrieren ... „Vivir bien“ heißt nicht, nur an das Einkommen pro Kopf zu denken, sondern heißt kulturelle Identität, Gemeinschaft und Harmonie unter uns und mit unserer Mutter Erde.“ Vorschlag Evo Morales: „Schaffen wir gemeinsam mit unseren Völkern eine wahrhaftige südamerikanische Gemeinschaft.“ La Paz, 2.10.2006
- 13 Candido Grzybowski, Direktor des Brasilianischen Institutes für sozial-ökonomische Analyse – Ibase, Mitglied des IR des Weltsozialforums, O Globo, 8.1.2009
- 14 Brasil de Fato, 19.1.2009
- 15 Raul Zibechi, Informationsdienst „Alai-amlatina“, 23.4.2007
- 16 Emir Sader, Carta Maior, 25.1.2009
- 17 Carta Maior, Dezember 2003
- 18 Instituto Humanitas Unisinos (IHU), 3.2.2009
- 19 IHU, 5.2.2009
- 20 Lucien Goldmann, Professor, Centre Nationale de la Recherche Scientifique, Paris
- 21 Michael Löwy in Belém, Carta Maior, 31.1.2009
- 22 Carta Maior, 31.1.2009
- 23 Carta Maior, 2.2.2009, siehe auch „Manifest“ der Generalversammlung, www.movimientos.org
- 24 Carta Maior, 31.1.2009
- 25 Carta Maior, Gilberto Marangoni, Journalist, 31.1.2009
- 26 Samir Amin, in: fmaruth, 5.2.2009
- 27 Interview Samir Amin in fmaruth vom 5.2.2009: „In Ägypten gibt es eine gewaltige Bauernbewegung mit Millionen Menschen, die gegen die Landreform der Regierung protestieren, weil sie kein Geld haben und selbst die Bedeutung ihres Kampfes noch nicht verinnerlicht haben.“
- 28 www.página12.com.ar, 31.1.2009
- 29 Agentur Alai, Artikel von Ignacio Ramonet, Herausgeber der Le Monde diplomatique, 6.2.2009

- 30 Carta Maior, Aussage von Boaventura, 29. Januar 2009
- 31 Carta Maior, 25.1.2009
- 32 fmaruth, 5.2.2009
- 33 International Press Service (IPS) – Terra Viva, nach Walden Bello, 12.12.2008
- 34 Carta Maior, 30.1.2009

## Internationale Umschau

### Was ist von der neuen US-Administration zu erwarten?

*Von Mark Solomon, Kovorsitzender der Korrespondenzkomitees für Demokratie und Sozialismus (USA), Vortrag auf dem Deerfield Progressive Forum am 31. Januar 2009*

Die Wahl Barack Obamas zum US-Präsidenten ist in vielfacher Hinsicht als historisch anzusehen. Sie stellt einen schweren, entscheidenden Schlag gegen die rechte Reaktion dar, der eine Verschiebung der Politik des Landes nach Mitte-Links ankündigt. Sie ist eine historische Bestätigung des Jahrhunderte langen Kampfes gegen den Rassismus, der heute mit neuer Inspiration geführt wird. Obamas Wahl hat klar und eindeutig den Weg zu progressiven Veränderungen geöffnet, der zu weiter gehender Transformation führen kann. Die Triebkraft für weitere Fortschritte ist die multirassische Arbeiterklasse im Bündnis mit einem breiten Spektrum sozialer Kräfte, die für Obamas Wahl gearbeitet haben – Jugendliche, Afroamerikaner, Latinos und andere Farbige, Frauen und progressive Gruppen in Wirtschaft und Berufsverbänden.

Obamas Sieg reflektiert eine veränderte Demografie in allen Regionen des Landes, die rassistisch und ethnisch immer vielfältiger wird. Er bestätigt, dass eine progressive Mehrheit im Entstehen begriffen ist, die vor allem von einer neu belebten Arbeiterbewegung vorangetrieben wird, eine Mehrheit, die sich noch stärker organisieren und befähigen muss, die verschiedenen Probleme, vor denen das Land steht, zu einer zusammenhängenden politischen Agenda für Veränderung zu vereinen. Nur so kann die Obama-Administration in eine progressivere Richtung gedrängt werden. Das ist die große Herausforderung, vor der alle arbeitenden Menschen und ihre Verbündeten stehen.

Einige Stimmen der Linken beklagen bereits, dass Obama kaum mehr als ein raffiniertes Vehikel des Imperiums sei, dass seine Innenpolitik höchstens eine begrenzte Umverteilung von oben nach unten bewirken werde, um die krisengeschüttelte Wirtschaft zu retten. Andere Beobachter aus dem linken Spektrum sagen voraus, dass die progressiven Kräfte erst von Obamas Präsidentschaft enttäuscht werden müssen, um radikalere Veränderungen einleiten zu können. Es ist eine Ironie, dass diese Haltung ihre Entsprechung bei dem unsäglichen Rechten Limbaugh (einem erzkonservativen Radiomoderator – d. Ü.) findet, der dafür betet, dass Obama „scheitert“, damit das angebliche Abdriften seiner Administration zum Sozialismus gestoppt werden kann. Ein „linker“ Beobachter, der Obamas Rede zur Amtseinführung offenbar



mit der Lupe durchsucht hat, stellt fest, sie sei „geschrieben worden, um die republikanische Rechte zu besänftigen und Kontinuität in den Hauptfragen deren politischen Kurses zu signalisieren“. Jenen progressiven Kräften, die Hoffnungen in den neuen Präsidenten setzen, wirft er vor, sie ignorierten, „was Obama wirklich gesagt hat“ und hielten es für ein hinreichendes Symbol von Veränderung, „dass er auf den Stufen des Kapitols gestanden hat und von einer riesigen Menschenmenge gefeiert wurde“.

Das ist ein trauriges Beispiel dafür, dass man den Wald vor lauter Bäumen nicht sieht. Die riesige Menschenmenge, die Obamas Amtseinführung historische Ausmaße verliehen hat, stand für die hoffnungsvolle Überwindung von acht Jahren der reaktionärsten Regierung seit Menschengedenken. Hier setzte sich der Impuls fort, der Obamas Kandidatur vor allem getragen hat – die tiefe Sehnsucht nach Veränderung bei Inhalt und Orientierung der Politik des Landes. Diese Hoffnung auf Veränderung symbolisierte die breite Jugendbewegung, die eine zentrale Rolle beim Aufbau der komplexesten und wirksamsten Basisorganisation in der Geschichte gespielt hat. Sie organisierte einen Wahlkampf, in dem eine neue Technologie brillant eingesetzt, vor allem aber Hunderttausende meist ganz neuer Aktivisten zu einer kohärenten Organisation zusammengeführt wurden, die mit Begriffen wie „respektieren, bevollmächtigen, einbeziehen“ immer neue Freiwillige für sich gewann.

Einige Linke hielten es für notwendig, auf die starken Emotionen bei der großen Zahl von Afroamerikanern während der Amtseinführung hinzuweisen. Andere Kritiker, die solche Demonstration von „Rassenstolz“ abschätzig sehen, stellen die düstere Prognose, dass Obama die Erwartungen der progressiven Kräfte nicht erfüllen wird. Diese Kritiker verstehen nicht den historischen Grund für diese Bekundungen von Freude und Stolz der Afroamerikaner. Die Gemeinschaften der Schwarzen hatten im Wahlkampf ihre Wünsche nach bürgerrechtlichen Forderungen stark gedämpft, damit Obama nicht als ein „Rassenkandidat“ abgetan werden konnte, was seinen Bemühungen zweifellos geschadet hätte, zu weißen Wählern durchzudringen, die nach wie vor in Furcht und Vorurteilen gefangen sind. Zugleich bildeten die Afroamerikaner ohne jedes Aufsehen die feste Basis von Obamas Wahlkampf. Jenseits allen Geredes von einer „poststrassischen Gesellschaft“ haben Stärke und Einheit der schwarzen Wähler der Erfüllung des Traumes von Martin Luther King einen starken Schub verliehen, der die Unterdrückung nach dem Grundsatz überwinden wollte, dass Rassengleichheit von sozialer und wirtschaftlicher Gerechtigkeit für alle arbeitenden Menschen nicht zu trennen ist. Das war ein Leitmotiv von Obamas Rede zur Rassenfrage, als die Kontroverse um Reverend Wright (den früheren Pastor Obamas – d.Ü.) seine Kampagne zum Scheitern zu bringen drohte. Von den Afroamerikanern als konsequentester progressiver Kraft im Lande geht ein starker Impuls aus, um alle arbeitenden Menschen von solchen Übeln wie Krieg, Arbeitslosigkeit, Zwangsvollstreckung, dem Mangel an Gesundheitsfürsorge und Bildung zu befreien. Diese Gemeinschaft ist eine wichtige Komponente, um den weltweiten Kampf gegen den Rassismus mit dem Friedenskampf zu verknüpfen. Das meinte Obama in seiner Amtseinführungsrede, als er sagte:

„Weil wir den bitteren Geschmack des Bürgerkrieges und der Teilung geschmeckt haben und aus diesem dunklen Kapitel stärker und vereinter hervorgegangen sind, können wir

nicht anders, als daran glauben, dass alter Hass eines Tages vorbei geht, dass die Stammesgrenzen bald verschwinden, dass – wenn diese Welt kleiner wird – unsere gemeinsame Humanität sich zeigt und dass Amerika seine Rolle bei der Eröffnung einer neuen Ära des Friedens spielen muss.“

Das bedeutsamste Element beim Aufstieg Obamas ins Präsidentenamt ist zweifellos die Massenbewegung, die ihn ins Weiße Haus getragen hat. Sie verkörpert die Aussicht auf eine dauerhafte progressive Mehrheit. Sie muss gehegt, vertieft und gestärkt werden, um den Weg des Fortschritts unumkehrbar zu machen.

Die soziale Bewegung, die Obamas Wahlkampf vorangetrieben hat, ist heute wichtiger denn je, um die Absicht der Republikaner zu durchkreuzen, den Klassenkampf gegen die Werktätigen zu führen, indem sie versuchen, Obamas in Entwicklung befindliches Konjunkturprogramm zu Fall zu bringen, mit dem dieser die schlimmste Depression seit den dreißiger Jahren bekämpfen will.

Obama selbst ist die Bedeutung von Massenbewegungen für Veränderung nicht fremd. Während seines Wahlkampfes und darüber hinaus hat er seine Zuhörer immer wieder daran erinnert, dass die Umsetzung von Hoffnung in reale Veränderung eine massive Mobilisierung an der Basis erfordert. Immer wieder rief er seine Anhänger dazu auf, sich in den Kämpfen gegen etablierte Interessen kraftvoll zu engagieren, z. B. im Kampf für die Reform des Gesundheitswesens das Gewicht der Massenbewegungen gegen die Macht der Versicherungs- und Pharma-Konzerne ins Feld zu führen.

Obama ist auch mit den Symbolen und der Substanz einer progressiven Orientierung vertraut. Schon als Student am Occidental College und der Columbia University beteiligte er sich an der Bewegung für den Boykott Südafrikas unter der Apartheid. An der Juristischen Fakultät von Harvard engagierte er sich bei Aktionen, um die Universität zu zwingen, ihre Versprechen zur Einstellung schwarzer weiblicher Lehrkräfte einzuhalten.

Als Obama 1991 als Sozialarbeiter nach Chicago kam, wurde er mit dem Verfall der Innenstädte, Jugendlichen hinter Gittern und „meinen Brüdern ohne Zukunft“ konfrontiert. Mit wachsendem Zorn schrieb er in seinen Memoiren Träume meines Vaters: „All zu selten höre ich Menschen fragen, wie es kommt, dass die Herzen so vieler unserer Kinder so hart geworden sind oder was wir gemeinsam tun können, um ihren moralischen Kompass wieder in Ordnung zu bringen ... Statt dessen reagieren wir wie immer – wir tun so, als seien das nicht unsere Kinder.“

Im Wahlkampf zitierte Obama eine ganze Serie von Kämpfen, die sich auf Hoffnung stützten – die Hoffnung der Kolonisten in der amerikanischen Revolution, dass ihr Kampf zu Unabhängigkeit führen werde; die Hoffnung auf ein Ende der Sklaverei, die Kämpfe der Sklaven und der Verfechter der Sklavenbefreiung, um dieses Ziel zu erreichen; die Hoffnung auf ein besseres Leben in der Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre durch die Kämpfe für eine Gewerkschaftsbewegung und den New Deal; die Hoffnung, im Zweiten Weltkrieg den Faschismus zu besiegen, und die Kämpfe einer ganzen Generation für dieses Ziel; die Hoffnung auf Freiheit und Gleichheit, wie sie die Bürgerrechts- und Frauenbewegungen der sechziger Jahre verkörperten.

Nach seiner Nominierung hatte sich Obama mit Behauptungen auseinanderzusetzen, er bewege sich nun in Richtung der politischen Mitte. Er reagierte mit einer ganzen Liste pro-



gressiver Maßnahmen, die ihm sehr am Herzen liegen – Gesundheitsfürsorge für alle, gerechte Steuern und frühkindliche Bildung. Aber er gab das Versprechen auf, sich für eine Neufassung des Federal Intelligence Surveillance Act FISA (Gesetz zur geheimdienstlichen Überwachung der Bürger – d. Ü.) einzusetzen. Er schien von dem unbedingten Anliegen abzurücken, das militärische Engagement der USA im Irak zu beenden. Er rief zu verstärkten Kampfeinsätzen der US-Truppen in Afghanistan auf und wiederholte mehrfach, dass er dafür sei, Taliban-Kämpfer bis nach Pakistan zu verfolgen, „wenn Pakistan sich weigert zu handeln“. In einer Rede vor dem AIPAC (Amerikanisch-Israelischer Ausschuss für öffentliche Angelegenheiten, die einflussreichste pro-israelische Lobby in den USA – d. Ü.) forderte Obama ein „ungeteiltes“ Jerusalem, womit er sich, möglicherweise unbeabsichtigt, gegen UN-Resolutionen stellte. Später „präzisierte“ er seine Erklärung mit den Worten, er habe nur sagen wollen, Jerusalem dürfe „nicht durch Stacheldraht geteilt werden“. Auf innenpolitischem Gebiet gab Obama den Rechten im konservativen Obersten Gericht Schützenhilfe, indem er eine Entscheidung kritisierte, die die Todesstrafe einschränkt.

Der progressive Kommentator John Nichols hat darauf hingewiesen, dass Obama „genau weiß, was es bedeutet, sich selbst als progressiv zu bezeichnen“. Er kenne den feinen Unterschied, ob die Linken jemanden als „Liberalen“ (nicht als Rechten, sondern als einen, der hin und her schwankt) oder als Progressiven bezeichnen, womit sie grundsätzliches Engagement für soziale Veränderung verbinden.

Aber Nichols sagte auch: „Die Ideale und Werte der Linken zu kennen ist nicht das Gleiche wie sie zu praktizieren.“ Hier liegt wahrscheinlich der Kern der Herausforderung, wie Obama als Präsident eingebunden werden kann. In seinen Lebenserfahrungen und seinem weiten geistigen Horizont liegt ein enormes positives Potential. Aber es wird gedämpft, wenn auch nicht aufgewogen durch seine auf pragmatischer Philosophie beruhende Vorsicht, die ihn bei allen politischen Abwägungen außerordentlich empfindlich für die Realitäten der Macht reagieren lässt.

Selbst als sein leidenschaftlicher Ruf nach Veränderung Millionen Menschen inspirierte, waren Obamas Ideen und seine Politik stets in der liberalen Mitte des politischen Spektrums angesiedelt. Seit der Zeit, da viele progressive Menschen die frühen Kandidaturen von Kucinich, Edwards und Richardson links von Obama einordneten, scheinen Lichtjahre vergangen zu sein. Obamas Rede, die 2004 den Parteitag der Demokraten von den Sitzen riss und ihn landesweit ins Scheinwerferlicht rückte, war voller zentristischer Anspielungen an nationale Einheit und Kompromisse. Dort verkündete er, die Mehrheit im Lande habe dem kleinteiligen Hickhack zwischen den beiden großen Parteien, zwischen konservativen „roten“ und liberalen „blauen“ Bundesstaaten, zwischen Mann und Frau, zwischen Schwarz und Weiß, zwischen Homos und Heteros sowie (siehe da!) zwischen arm und reich gründlich satt.

In der Endphase des Präsidentschaftswahlkampfes stellte sich Obama über die Rassen und Klassen. Er vermied ideologisch befrachtete Begriffe. Selbst wenn er das Recht auf Gesundheitsfürsorge, auf die Organisation von Gewerkschaften oder auf den Schutz vor geldgierigen Hypothekenverleihern einforderte, sprach er von kollektivem Willen, vom Brückenschlag über ideologische Frontlinien hinweg. Mit solchem „Einheitsstreben“ deutete er an, aus seiner Sicht sei falsch

an der Politik, wie sie gemacht werde, nicht, dass sie dem Großkapital und dem Militär diene.

Obamas Hang zu pragmatischen Kompromissen, zu einer Linie, die sich durch die politische Mitte windet, ist von wichtigen Einflüssen auf sein Denken bestimmt. Während seiner drei Jahre als Sozialarbeiter in vorwiegend schwarzen Wohngebieten der South Side von Chicago stand er unter starkem Einfluss des berühmten Saul Alinsky, der große strategische Ziele und Ideologien, einschließlich Visionen von tiefgreifender Veränderung ablehnte. Ungeachtet seiner radikalen Rhetorik stellte sich Alinsky eine ziemlich unvollkommene Welt vor, in der es vor allem um Abmachungen und Kompromisse mit den Machthabern ging.

Obama wurde auch von dem Kalten-Kriegs-Theologen Reinhold Niebuhr beeinflusst, der gegen „Jahrtausende alte“, „perfektionistische“ Systeme (wie die UdSSR) zu Felde zog, die die Tatsache nicht verstünden, dass die Menschen von Natur aus mit Fehlern behaftet und moralisch „verkommen“ seien. Der Menschheit bleibe nur, das Bewusstsein von der eigenen Unvollkommenheit in den Kampf gegen das Böse umzumünzen. Moralisch zwingend seien geopolitischer Realismus, Experimentierfreudigkeit und Pragmatismus. Obamas Erfahrungen lassen nicht darauf schließen, dass er Niebuhrs Antikommunismus übernahm wie die Intellektuellen der fünfziger Jahre. Aber deutliche Spuren von dessen geopolitischer Härte sind in Obamas Sicht auf den „Krieg gegen den Terror“ erkennbar.

Was stellt Obama nun dar? Sicher ist er kein Antimperialist. Die Vorstellung, die USA seien imperialistisch, hat in seinem Denken keinen Platz und kann diesen angesichts der politischen Realitäten auch nicht haben. Sein Bestreben ist es, die globalen Ambitionen der USA mit der kapitalistischen Globalisierung in Übereinstimmung zu bringen, ebenso mit deren Erfordernis, dass die Außenpolitik der USA auf die Bedürfnisse und Interessen eines globalen Systems eingestellt werden muss, das multilaterale Zusammenarbeit als ein Grundprinzip des Weltkapitalismus zwingend erfordert. Er repräsentiert den Teil der herrschenden Klasse der USA, der ihre globalen Interessen wirksamer durchsetzen, Bushs rücksichtslosen Unilateralismus überwinden und aus dem Teufelskreis von Wut und Gegnerschaft zu den Vereinigten Staaten ausbrechen will, den die verheerende Globalpolitik der Bush-Administration geschaffen hat.

Daher setzt sich Obama dafür ein, mit den Gegnern der USA in Dialog zu treten. Er will die Diplomatie einsetzen, um bei regionalen Konflikten Vereinbarungen zu erreichen, die für das weitere Verfolgen von US-Interessen eine Tür offen lassen. Bevor er gegenüber angenommen ausländischen Gegnern „harte“ militärische Macht benutzt, will Obama „weiche“ Macht wie Wirtschaftshilfe oder kulturelle Kontakte einsetzen. Was die von Bush eingeleitete Stationierung von Raketenabwehrsystemen in Mittel- und Osteuropa betrifft, so könnte Obama zu einem Kompromiss mit Russland bereit sein. Gegenüber China wird die Obama-Administration eine harte Sprache in der Frage der Menschenrechte führen, die Unterbewertung der chinesischen Währung beklagen, aber die weitgehende Abhängigkeit des im Niedergang begriffenen Finanzsystems der USA von chinesischen Investitionen in amerikanische Staatsanleihen nicht in Frage stellen.

Beim schrittweisen Rückzug der amerikanischen Truppen aus dem Irak wird Obama wahrscheinlich die verschiedenen Gruppen im Irak dazu drängen, sich politisch zu arrangieren.



50 000 Mann sollen jedoch im Lande bleiben, um amerikanische Einrichtungen zu schützen und weiterhin angenommene Rückzugsgebiete von Al-Qaida anzugreifen. Das bietet die Möglichkeit, dass ein starkes Truppenkontingent im Irak verbleibt, was letzten Endes zur Einrichtung permanenter Militärbasen führen kann – ein wichtiges Ziel, das die Initiatoren des Irak-Abenteuers von Anfang an verfolgt haben. Hier ist die Friedensbewegung gefordert, einen Pol des Widerstandes gegen ein weiteres Verbleiben der USA im Irak aufzubauen.

Obama hat sich bereits für eine Lockerung der Blockade gegen Kuba ausgesprochen. Das ist eine erste Bresche für ein Bündnis von landwirtschaftlichen Interessen, der Verarbeitungsindustrie und Friedensaktivisten, auf die völlige Aufhebung der Blockade zu dringen. Was Iran betrifft, so wird Obama sich auf die Diplomatie verlegen, für eine Einstellung der Urananreicherung Zugeständnisse anbieten und Iran auffordern, neue regionale Sicherheitsarrangements zu prüfen. Zugleich werden Obama und seine Berater die wachsende Vormachtstellung des Iran in der Region nicht ohne weiteres hinnehmen und versuchen, den Ring aus Bodentruppen und Marinekräften um dieses Land aufrecht zu erhalten.

Afghanistan stellt die entscheidende Gefahr für einen Erfolg von Obamas Präsidentschaft dar. Seine Absicht, weitere 30 000 US-Soldaten in einen historischen Sumpf zu schicken, der noch alle Eindringlinge verschlungen hat, gibt Anlass zu großer Sorge. Die jüngsten Raketenangriffe auf angebliche Taliban-Stellungen in Pakistan, die zivile Opfer gefordert haben, sind höchst bestürzend. Jedoch kürzliche Aussagen Obamas, er strebe einen „harten Frieden“ in der Region an, weisen vielleicht darauf hin, dass er sich bewusst ist, in welche Fallen er geraten kann, wenn er den „Krieg gegen den Terror“ fortsetzt und den wirtschaftlichen sowie strategischen Interessen des Militärs wachsende Bedeutung beimisst. Frieden und Stabilität sowie die Verfolgung der Reste von Al-Qaida in der instabilen Grenzregion zwischen Pakistan und Afghanistan erfordern internationale und regionale Kooperation, wirtschaftliche Entwicklung und die Einbeziehung aller Elemente der afghanischen Gesellschaft in die Schaffung einer wahrhaft repräsentativen Regierung. Obamas ausgestreckte Hand gegenüber der muslimischen Welt lässt hoffen, dass er von der bisherigen Politik der USA abgehen will.

Zwar hat Obama große Gesten gegenüber den Organisationen gemacht, die die israelische Besetzung palästinensischer Gebiete verteidigen, zwar hat er als gewählter Präsident zu dem Gemetzel im Gaza-Streifen geschwiegen, aber andererseits hat er George Mitchell zu seinem Sondergesandten für den Nahen Osten ernannt und damit offenbar den eindeutig pro-israelisch eingestellten Dennis Ross abgelehnt, was ein ermutigendes Zeichen ist. Während die Hoffnung auf eine Zwei-Staaten-Lösung von der massiv vorgehenden Siedlerbewegung zunehmend zunichte gemacht wird, ist es möglich, dass der „realistische“ Flügel der herrschenden Klasse der USA im eigenen strategischen Interesse im israelisch-palästinensischen Konflikt auf eine ausgewogene Haltung einschwenkt und die Obama-Administration zu einer solchen Politik ermutigt. Eine neu belebte Friedensbewegung muss konsequent ein Ende der anhaltenden israelischen Besetzung palästinensischer Gebiete und ebenso die Einstellung der US-Waffenlieferungen an Israel fordern – einer Grundvoraussetzung für die Lösung jeglicher regionaler Konflikte.

Wir dürfen uns keinerlei Illusionen hingeben, dass sich Obama ohne starken Druck gegen die Forderungen von Sicherheits- und Militärapparaten, den entscheidenden Institutionen des US-Imperialismus stellen könnte. Angesichts der ungeschwächten und tief verwurzelten Macht von Militär und Sicherheitsorganen wird Obama weiterhin für eine Verstärkung des Militärs und selektives militärisches Eingreifen werben. Zur gegenwärtigen Zeit ist es nicht möglich, im Weißen Haus zu sitzen, ohne sich diesen Institutionen zu beugen.

Nur eine Massenbewegung, die sich des imperialen Wesens der globalen Politik der USA zunehmend bewusst wird und entschlossen ist, eine alternative Linie zu verfolgen, kann an diesem Kurs etwas ändern. Die Tatsache, dass Obama den auf multilaterale Zusammenarbeit und realistische Politik eingestellten Flügel der herrschenden Klasse vertritt, eröffnet für die zunehmend politisch interessierte Öffentlichkeit Möglichkeiten, auf eine weitergehende Veränderung der globalen Politik der USA zu dringen.

In seiner Rede zur Amtseinführung sagte Obama: „Unsere Stärke allein kann uns nicht schützen. Sie gibt uns auch nicht das Recht, zu tun, was uns gefällt. Unsere Stärke steigt, wenn wir sie weise anwenden. Unsere Sicherheit erwächst aus der Gerechtigkeit unserer Sache, aus der Kraft unseres Beispiels, aus Bescheidenheit und Zurückhaltung.“ Eine solche Erklärung kann und wird nichts am zerstörerischen Wesen der Politik des Imperiums ändern. Sie wird auch den Widerspruch zwischen schönen Worten und Raketenangriffen, die Zivilisten töten, nicht aufheben. Aber nach acht Jahren imperialer Rücksichtslosigkeit und verheerender Politik schlägt sie einen Ton von relativer Bescheidenheit und Edelmütigkeit an. Die progressiven Kräfte sollten auch dies als eine Bresche ansehen, durch die eine konstruktivere, auf Diplomatie orientierte Außenpolitik erreicht werden kann.

In der Innenpolitik widerspiegelt Obama die Sicht des weniger brutalen Ausbeutersektors der herrschenden Klasse, der bedeutsame Eingriffe des Staates akzeptiert und unterstützt, um das kapitalistische System vor den schlimmsten Missbräuchen zu bewahren. „Unternehmertum“, wie er es versteht, lehnt die gewerkschaftsfeindliche Taktik von Unternehmen wie Wal-Mart ab, ermutigt das Wachstum der Gewerkschaften und unterstützt den entscheidenden Employee Free Choice Act (einen Gesetzentwurf, der gewerkschaftliche Betätigung erleichtern soll – d. Ü.). Seine Bereitschaft, die Politik des freien Handels zugunsten menschenwürdiger Arbeitsbedingungen und besserer Umweltstandards zu überprüfen, hat ihm die entscheidende Unterstützung der Gewerkschaften eingetragen.

Obama anerkennt die Krise des Klimawandels und setzt sich für groß angelegte Regierungsprogramme zur Reduzierung des Einsatzes fossiler Brennstoffe ein. Wichtiger noch: In seinem Konjunkturprogramm zur Überwindung der Wirtschaftskrise wird die Notwendigkeit, neue Beschäftigung zu schaffen, mit der Einrichtung von Millionen „grüner Jobs“ verbunden, wodurch die Infrastruktur des Landes auf saubere Energien umgestellt werden soll. Durch die Verknüpfung von dringenden ökologischen und ökonomischen Aufgaben hat Obama Voraussetzungen für ein breites Bündnis von Umwelt- und Gewerkschaftsaktivisten geschaffen.

Gegenwärtig überlagert die weltweite Wirtschaftskrise von bisher nicht gekannten Ausmaßen alle innenpolitischen Überlegungen. Die Ursache der Krise liegt im kapitalistischen System selbst, in der Ausbeutung, die es den Arbeitern un-



möglich macht, die Ergebnisse ihrer Arbeit voll zu genießen, da der entscheidende Teil von den Kapitalisten als Profit angeeignet wird. Die schwache wirtschaftliche Position der arbeitenden Menschen ist in den vergangenen Jahren durch die Globalisierung weiter untergraben worden, die zur Verlagerung von Jobs in Billiglohnländer geführt hat. Dadurch wurden die Gewerkschaften wesentlich geschwächt, stagnierten Löhne und Lebensstandards von Millionen Arbeitern.

Jahrzehntlang wurde das System durch die Schaffung verschiedenster Kreditsysteme zusammengehalten. Das Ergebnis ist ein fast unvorstellbarer Schuldenberg der arbeitenden Menschen. 44 Prozent der Profite der Unternehmen kommen heute aus dem Finanzbereich, nur 10 Prozent aus der „realen Wirtschaft“. Die Schulden sind vom wachsenden Finanzsektor zu einem gigantischen Hütchenspiel ausgebaut worden. Verpackt in verschiedene exotische Produkte, sind sie für riesige Profite in der Finanzwelt herumgereicht worden, bis das ganze Gebäude zusammenbrach, weil die Massen nicht mehr in der Lage waren, ihre wachsenden Schulden zu bezahlen. Die Wurzel der Krise der Zwangsversteigerung von Häusern und der Zusammenbruch des Hypothekenmarktes liegt darin, dass Millionen von Menschen nicht mehr in der Lage sind, ihre überhöhten Hypotheken zurückzuzahlen. Die Krise der Zwangsversteigerungen, von der 2009 noch einmal über 3 Millionen zusätzliche Hypotheken erfasst werden, ist ein Klacks gegen die 18 Billionen Dollar Verbraucherkredite, die bei Banken und anderen Finanzinstitutionen liegen.

Die Tatsache, dass in den vergangenen dreißig Jahren alle Zügel für das Finanzsystem systematisch abgeschafft wurden, hat die globale Krise weiter vertieft. Der durch und durch finanzialisierte Kapitalismus ist nun plötzlich nicht mehr liquide. In einem der klassischen Skandale der modernen Geschichte hat die Regierung 350 Milliarden Dollar als erste Scheibe von insgesamt von ca. 800 Milliarden an die Banken ausgereicht, womit diese sich von wertlos gewordenen Hypotheken reinigen und die Kreditströme wiederherstellen sollen, von denen der Kapitalismus lebt. Aber die großen Finanzinstitutionen lehnen es nach wie vor ab, Kredite an „riskante“ Kunden auszugeben und verlegen sich stattdessen darauf, schwächere Banken zu schlucken und ihren Managern unverfroren riesige Prämien zu zahlen. Die Kosten des Irak-Krieges und die Unterhaltung der gewaltigen Militärmaschinerie haben den amerikanischen Schuldenberg weiter erhöht, der zunehmend die Geduld der Gläubiger der USA strapaziert. Im internationalen Rahmen hat der globalisierte Kapitalismus mit seinem Dogma des „freien Handels“ zur Vertreibung von Menschen, zu Hunger, Krankheiten und mehr Armut in weiten Teilen unseres Erdballs geführt.

Das ist die verzweifelte Lage, die Obama übernommen hat. Natürlich wird er nicht in der Lage sein, die dem Kapitalismus innewohnenden Probleme zu lösen. Das kann nur durch grundlegende gesellschaftliche Umwälzungen erreicht werden. Aber die Krise kann gedämpft werden durch große Infusionen von Staatskapital, um das Kreditwesen zu beleben und durch Investitionen in Infrastruktur, Bildungs- und Gesundheitswesen, vor allem aber durch die Stärkung der Kaufkraft der arbeitenden Menschen wieder Arbeitsplätze zu schaffen. Diesen Weg, der im wesentlichen auf den Theorien von John Maynard Keynes beruht, ging teilweise Präsident Roosevelt, als er die schlimmsten Folgen der Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre zu überwinden hatte.

Obama hat ein Konjunkturprogramm im Umfang von 825 Milliarden Dollar vorgelegt, wovon 250 Milliarden Steuerseinkungen ein Zugeständnis an die Republikaner sein sollen. Führende liberale und progressive Ökonomen haben darauf hingewiesen, dass mindestens 2 000 Milliarden Dollar notwendig wären, um eine wesentliche Veränderung der Beschäftigungslage herbeizuführen. Es ist anzunehmen, dass die außerordentlich komplizierte wirtschaftliche Situation die Obama-Administration veranlassen wird, noch höhere Ausgaben zu fordern, um die Krise der Zwangsversteigerungen zu bewältigen, die schwer angeschlagenen Regierungen der Bundesstaaten und der Gemeinden zu unterstützen, den Rentnern das notwendige Einkommen zu sichern, um Millionen „grüner“ Jobs zu schaffen, damit Industrie und Verkehrswesen des Landes den Übergang von fossilen Brennstoffen zu sauberen Energien bewältigen, um sichere Arbeitsplätze für Millionen Frauen zu schaffen und das Projekt einer Krankenversicherung für alle voranzubringen. Was Obama jetzt auch erklären mag, er wird dafür die unproduktiven Militärausgaben beschneiden müssen.

Obamas bisherige Bemühungen, den Republikanern über Parteigrenzen die Hand zu reichen, sind mit Verachtung gestraft worden. Die Republikaner führen den Klassenkampf gegen die Werktätigen weiter, indem sie versuchen, das Element der Schaffung von Arbeitsplätzen aus dem Konjunkturprogramm zu streichen und ihre traditionellen Forderungen nach Steuerseinkungen, insbesondere für Unternehmen statt Hilfe für die ärmsten Arbeiter durchzusetzen. Dass es ihnen gelungen ist, die Ernennung von Hilda Solis als Arbeitsministerin zu verhindern, weil sie sich so eindeutig für den Employee Free Choice Act eingesetzt hat, demonstriert, dass sie an ihrer zutiefst gewerkschaftsfeindlichen Politik festhalten. Die soziale Bewegung, die Obamas Wahlkampf trug, ist gefordert, zusammen mit weiteren Verbündeten die Angriffe der Rechten zu durchkreuzen, die alle Bemühungen zur Überwindung der schlimmsten Krisenfolgen zunichte machen wollen.

Viele progressive Menschen waren von Obamas Personalentscheidungen für das Kabinett enttäuscht, die sie weitgehend als ein Recycling von Vertretern der schwankenden, zentristischen Clinton-Administration ansehen. Dabei übersehen sie die Tatsache, dass die Umtriebe der Neokonservativen unter Bush endgültig beendet sind. Obama wird ein Präsident sein, der die Politik seiner Administration praktisch führt. Mehr noch, die Wucht der gegenwärtigen Krise macht eine angestaubte zentristische Politik völlig unbrauchbar, zwingt Leute wie Robert Rubin (Finanzminister in der Clinton-Administration) und Lawrence Summers (beide führende Wirtschaftsberater Obamas – d. Ü.), ihre regulierungsfeindlichen Ansichten aus den vergangenen Jahren über Bord zu werfen und sich auf ein keynesianisches Programm der Ankurbelung der Wirtschaft einzustellen. Die Mitte hat sich nach links verlagert. Es ist die Verantwortung gemeinsam agierender progressiver Kräfte, diese Mitte noch stärker nach links zu drängen, wenn Entlassungen und Lähmungerscheinungen in der Wirtschaft Massencharakter annehmen.

Die erste Woche der Obama-Administration war verheißungsvoll. Der Präsident hat die Schließung des schändlichen Gefängnisses von Guantanamo angeordnet. Folter wurde verboten. Obama hat verfügt, dass der Freedom of Information Act (der jedem US-Bürger das Recht auf Zugang zu Regierungsdokumenten gibt – d. Ü.) voll gültig ist, was die



Voraussetzung dafür darstellt, die Bush-Kamarilla für rechtswidrige Handlungen zur Verantwortung zu ziehen. Das Verbot finanzieller Zuwendungen an Organisationen, die sich für Familienplanung einsetzen, wurde aufgehoben. Die Abschaffung aller Einschränkungen für die Stammzellforschung beweist neuen Respekt für die Wissenschaft. Ein ernst zu nehmender Sondergesandter für den Nahen Osten wurde eingesetzt. Obama hat einem allseits geachteten arabischen Fernsehsender sein erstes Interview gegeben. All das sind wichtige Schritte, auf denen weiter aufgebaut werden kann. Und – die Gewerkschaften sind im Weißen Haus wieder willkommen: Der Präsident unterzeichnete den Ledbetter Fair Pay Act (ein Gesetz, dass das Prinzip des gleichen Lohns für gleiche Arbeit von Männern und Frauen bestätigt – d. Ü.).

Obamas zentristische, pragmatische Politik liegt irgendwo zwischen den gegensätzlichen Polen von Mitte-Rechts- und Mitte-Links. Seine Präsidentschaft ist ein neues Kampffeld zwischen den Interessen der herrschenden Klasse, die das Streben nach Beendigung des Parteienstreits dafür nutzen will, zu bekommen, was sie verlangt, und den Forderungen einer wachsenden progressiven Bewegung nach grundlegenden Veränderungen.

Entscheidend dafür, dass dieser Kampf positiv ausgeht, wird sein, wie es gelingt, eine wirksame Basisbewegung zu schaffen. Große Bedeutung hatte die beispiellose Gründung der Organizing for America durch Obamas Wahlkampforganisation. Gestützt auf eine Liste von über 13 Millionen Namen und die Erfahrungen von zehntausenden lokalen Organisationen will Obama offensichtlich diesen riesigen Teil seiner Wählerschaft mobilisieren, um sein Programm durchzusetzen. Das ist von entscheidendem Gewicht. Allerdings fehlt diesem Programm eine wahrhaft progressive Agenda, was die Linke veranlassen muss, mit Obamas Wahlkampforganisation eng zusammenzuarbeiten, um tiefere Veränderungen zu erreichen.

Wenn die Linken hier eng zusammenarbeiten, dann können sie Obamas Bewegung in Richtung eines stärker auf die Arbeiterklasse orientierten Programms drängen. Wichtige Forderungen müssen ein Ende des Krieges in Afghanistan und der Besetzung des Irak, ein nationaler Gesundheitsplan, der wirklich alle Bürger erfasst, das Festhalten am Employee Free Choice Act sein. Die Bewegung muss darauf bestehen, dass dem Klimawandel weiterhin Priorität zugemessen wird, dass es keine Schlupflöcher beim Verbot von Folter und bei der Verfolgung der Verbrechen der Bush-Administration gibt, dass Gerechtigkeit für die Palästinenser und Frieden zwischen Palästina und Israel erreicht werden, dass die Verfolgung von Immigranten ein Ende nimmt, indem man ihre Forderung nach einer gerechten Lösung für ihren permanenten Status und ihre US-Staatsbürgerschaft unterstützt.

Da die Depression sich verstärkt (von einer Rezession kann gar nicht mehr gesprochen werden), ist die Linke auch verpflichtet, auf eine tiefere Umgestaltung gerichtete Ideen einzubringen wie demokratisches, öffentliches Eigentum an Banken und Finanzinstitutionen als ein Weg, um den destruktiven Praktiken des finanzierten Kapitalismus ein Ende zu setzen. Sie muss die Überführung der Energie in öffentliches Eigentum als einen Weg fordern, das Land aus dem Würgegriff der fossilen Brennstoffe zu befreien und eine neue Ära sauberer Energien zu eröffnen.

Wenn wir eine progressive Mehrheit von Mitte-Links erreichen wollen, dann brauchen wir eine reife und einheitliche

Linke, die bereit ist, mit den neuen Bewegungen zusammenzuwirken, die das Phänomen Obama hervorgebracht hat. Wir brauchen eine Bewegung, die die drei Krisen – die zusammenbrechende Wirtschaft (einschließlich Gesundheitswesen, Bildung und Wohnung), den Klimawandel und die fruchtlose, tödliche imperiale Globalpolitik – ins Visier nimmt. Wir brauchen eine Bewegung, die über die Beschäftigung vieler progressiver Gruppen mit Einzelthemen hinausgeht, weil sie so nicht in der Lage ist, die dringendsten Erfordernisse des Augenblicks rechtzeitig und wirksam anzugehen.

Die Wahl Barack Obamas ist eine historische Wasserscheide. Sie schafft die Möglichkeit, dass in die Politik unseres Landes wichtige Veränderungen einziehen. Zum ersten Mal seit Menschengedenken fordert ein Präsident, dass eine wachsende Basisbewegung sich aktiv „für Veränderung von unten nach oben einsetzt“. Die Gefahren liegen auf der Hand. Aber die Chancen sind riesig und überzeugend. Lasst uns diese Gelegenheit ergreifen, um der Herrschaft der Rechten ein für alle Mal ein Ende zu setzen und das Land auf den Weg in eine progressive, demokratische, gerechte und friedliche Zukunft zu führen.

## Rechtsextreme proben wieder Eintritt ins Europäische Parlament

Von Bernhard Schmid, freier Journalist und Buchautor, Paris; aus: <http://www.rosalux.de>

Neue Runde, neuer Einsatz, neue Chance: Dieses Motto scheint sich Europas extreme Rechte im Vorfeld der nächsten Europaparlamentswahl zu eigen zu machen. Und so probt man schon einmal grenzübergreifend den Einzug in das Straßburger Parlament, wo man eine Kooperation in neuer Form anstrebt. Am Wochenende des 31. Januar und 1. Februar 2009 fand dazu eine Tagung in Wien statt.

## Rechtsextreme Fraktion im Europaparlament 2007 geplatzt

Die Wahl findet europaweit am 7. Juni dieses Jahres statt. In der jetzt auslaufenden Legislaturperiode des Europäischen Parlaments (EP) hatte kurzzeitig, während mehrerer Monate des Jahres 2007, eine gemeinsame Fraktion der rechtsextremen Parteien unter dem Namen Identität/Tradition/Souveränität (ITS) existiert. Letztere hatten dadurch zusammen die Fraktionsstärke – für die mindestens 20 Abgeordnete aus mehreren Mitgliedstaaten erforderlich sind – erreichen können, dass mit dem EU-Beitritt Rumäniens und Bulgariens im Januar 2007 starke rechtsextreme Parteien einzogen. Damals jedenfalls waren diese Kräfte relativ stark. Aber die Großrumänienpartei (PRM) von Corneliu Vadem Tudor hat zwischenzeitlich starke Einbrüche erlebt: Bei einer Nachwahl zum EP in Rumänien im November 2007 erzielte die Partei nur noch 3,5 Prozent, und bei der rumänischen Parlamentswahl im Dezember 2008 scheiterte sie mit rund vier Prozent der Stimmen an der in Bukarest geltenden Fünf-Prozent-Hürde. Beachtlich bleibt hingegen die bulgarische Ataka-Partei.

Doch inzwischen hat sich die gemeinsame Fraktion in Strasbourg zerlegt: Der Grund waren im Herbst 2007 heftige



Querelen zwischen der italienischen Rechtsextremistin und „Duce-Enkelin“ Alessandra Mussolini, die grob und pauschal über rumänische Einwanderer in ihrem Land und über die Abgeordneten der PRM hergezogen war. Hätte die italienische Rechtsradikale allein gegen aus Südosteuropa stammende Roma gehetzt, es wäre ihren rumänischen Kameraden ja recht gewesen. Allein, sie hatte es übertrieben – und auch gleich den Abzug, ja Hinauswurf, des rumänischen Botschafters aus Italien gefordert.

## Tagung der europäischen Rechtsextremen in Wien

Nun versuchen es die Rechtsextremen aus mehreren europäischen Ländern also erneut. Wieder will man zusammen eine Präsenz im Europaparlament anstreben und versuchen, dort Einfluss auszuüben. Geworben wird für ein „Europa der Nationen und Völker“, gegen eine supranationale Integration und den Lissabon-Vertrag. An der gemeinsamen Tagung in Wien nahmen neben Vertretern der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) als Gastgeberin (Parteivorsitzender Heinz-Christian Strache und ihr einziger EP-Abgeordneter Andreas Mölzer) u.a. Bruno Gollnisch vom französischen Front National teil – also der frühere Chef der rechtsextremen Fraktion im EP, derzeit Vizepräsident des französischen FN und für „internationale Angelegenheiten“ zuständig. Auch die amtierenden Europaparlamentarier Philip Claeys vom belgisch-flämischen Vlaams Belang und Mogens Camre von der rassistischen Dänischen Volkspartei (DFP) waren anwesend. Neben diesen größeren Formationen wurde auch die Präsenz von Vertretern der deutschen rechtspopulistischen Regionalpartei Pro Köln respektive Pro NRW – Markus Beisicht, Judith Wolter und Markus Wiener – vermeldet. Außer ihnen nahmen ferner die bulgarische Ataka-Partei und, durch diverse Pressemeldungen zunächst nicht näher bezeichnete politische Kräfte „aus Italien, der Schweiz, Serbien und Russland“ an dem Treffen teil. Ein Pressecommuniqué der gastgebenden FPÖ präzisierte später: „Tomislav Nikolic bedachte aufgrund kurzfristiger Termine die Veranstaltung mit seinen Grußworten, Mag. Batinac vom Büro des Ministerpräsidenten der Republik Srpska war ebenso zugegen, wie der Russe Maxim Schewtschenko, Berater von Wladimir Putin.“

Zum Abschluss der Zusammenkunft besuchten die Beteiligten den in Österreich aufgrund rechtsextremer Tendenzen und teils offener Nazisympathien umstrittenen „WKR-Ball der studentischen Verbindungen“ in der Wiener Hofburg.

## Neue Strategie

Geändert hat sich offenkundig die Taktik, mit der die vereinigten Rechtsextremen in den kommenden Europa-Wahlkampf ziehen möchten. Als strategisches Ziel wird nicht länger die Bildung einer eigenen gemeinsamen Fraktion angestrebt, sondern die Aufnahme in die bereits bestehende, größere Parlamentariergruppe „Union für ein Europa der Nationen“. In dieser sind derzeit 44 von insgesamt 785 Abgeordneten des EP Mitglied. Ihr gehören bislang solche Parteien an, die zwar weit rechts stehen, aber anders als etwa zumindest Teile des französischen Front National oder der österreichischen FPÖ nicht in einer pro-faschistischen oder Pro-Nazi-Tradition angesiedelt sind. Zu den ihr angeschlossenen Parteien zählen etwa die beiden Mitgliedsformationen der italia-

nischen Regierungskoalition, Alleanza Nazionale – die mit ihrer offen faschistischen Herkunft offiziell gebrochen hat – und die Lega Nord. Aus Polen gehören sowohl die populistische Bauernpartei Samoobrona als auch die antisemitische Liga der polnischen Familien zu der Fraktion. In ihr sitzen ferner mehrere Parteien aus den drei Ländern des Baltikums und die konservative Großpartei Fianna Fail aus Irland.

Der Europa-Abgeordnete der dänischen Dansk Folkeparti (DFP), Morgens Camre, hat den in Wien Versammelten seine Hilfe bei der Aufnahme in die Fraktion „Union für ein Europa der Nationen“ zugesichert. Ihr gehört auch seine Partei an, die in Dänemark ab 2001 mehrere Jahre lang die konservativ-liberale Regierung als parlamentarische Mehrheitsbeschafferin stützte – im „Tausch“ gegen eine drastische Verschärfung der Einwanderungs- und Asylgesetze.

## Schlechte Aussichten für das Bündnis Zukunft Österreich

Schlechte Aussichten gibt es allerdings für die frühere Partei Jörg Haider, das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ), das sich im Jahr 2005 von der – aktuell stärker extremistisch orientierten – FPÖ abgespalten hatte: Noch im Mai 2007 hatte das BZÖ, nach einem Zusammentreffen zwischen seinem Klubobmann (Fraktionschef) Peter Westenthaler und dem Fraktionsvorsitzenden der Lega Nord im italienischen Parlament – Roberto Maroni – in Rom angekündigt, zukünftig gemeinsam mit der Lega in deren Fraktion im EP sitzen zu wollen. Das aber nur für den Fall, dass das BZÖ in der nächsten Legislaturperiode auf den Parlamentsbänken in Strasbourg Platz nehmen kann, wo es im Augenblick nicht vertreten ist.

Noch allerdings kann das BZÖ, das fast nur noch in Kärnten wirklich stark ist, nicht sicher sein, überhaupt in das kommende Europäische Parlament einzuziehen. Die Landtagswahl in Kärnten am 1. März 2009 wird belegen, ob die Partei nach dem Ableben Jörg Haider sich im Niedergang befindet oder ihre Anhänger noch mobilisieren kann. Und falls ihm dies gelingt – immerhin erhielt es über 10 Prozent der Stimmen bei der letzten österreichischen Nationalratswahl im September 2008 –, so hat ihm die Konkurrenz von der „radikaleren“, aber stärkeren FPÖ jetzt ein Schnippchen geschlagen. Denn wer zuerst kommt, malt mutmaßlich zuerst ...

Das österreichische Beispiel belegt zugleich auch, dass die europäische extreme Rechte – bei aller Kooperation zwischen ihren Kräften über die Ländergrenzen hinweg – zugleich Schwierigkeiten ausgesetzt sein kann, weil die jeweiligen nationalen Parteien Auf- und Abschwünge oder Spaltungen durchlaufen können. Dies setzt die übrigen Parteien einigem „Hin und Her“ aus, wenn sie sich zwischen Partnern oder innerparteilichen Flügeln mit unterschiedlichem, ja gegensätzlich zueinander stehendem ideologischem Profil entscheiden müssen. Auch wenn die Programmatik der rechtsextremen und rechtspopulistischen Kräfte sich in aller Regel auf den ersten Blick sehr stark ähnelt, so liegen doch beträchtliche Unterschiede im „Kleingedruckten“, der beim „offiziellen“ Diskurs mitschwingt. Und das Entscheidende liegt eben bei diesen Parteien oder „Bewegungen“ sehr oft im „Kleingedruckten“, da offen rassistische, antisemitische oder verschwörungstheoretische Inhalte aus unterschiedlichen – darunter strafrechtlichen – Gründen selten explizit in einem Parteiprogramm Platz finden.



## Auseinandersetzungen im Front National

Das beste Beispiel für Auseinandersetzungen um ideologische Orientierungen im Rahmen ein- und derselben Partei, die aber in jüngster Zeit auch mehrere Abspaltungen erfahren musste, liefert im Augenblick der französische Front National. Die im Oktober 1972 gegründete rechtsextreme Partei konnte unter ihren westeuropäischen Gesinnungskameraden am frühesten Erfolge feiern – ihr wahlpolitischer Durchbruch erfolgte zwischen September 1983 und Juni 1984. Das war wesentlich früher als der scharfe Rechtsschwenk der österreichischen FPÖ mit der Wahl Jörg Haider im Herbst 1986 zum „Parteiobmann“ und als die Welle von Wahlerfolgen der westdeutschen Republikaner von Januar bis Juni 1989. Aber heute ist der Front National (FN) gleichzeitig „das“ Sorgenkind für die parteiförmig organisierte extreme Rechte in Europa.

Der Front National ist einer doppelten Problematik ausgesetzt: erstens der ungelösten Frage der Nachfolge ihres seit dem Gründungsjahr 1972 ohne Unterbrechung amtierenden „Präsidenten“ Jean-Marie Le Pen. Und zweitens der Schwierigkeit, gegenüber einer selbst weit nach rechts ausgreifenden Regierung unter Präsident Nicolas Sarkozy ein eigenständiges Profil zu behaupten. Soll man sich demgegenüber als ultrakonservative Partei derer, denen Sarkozy noch nicht genug für das Eigentum und die „traditionellen Werte“ tut, sondern zu viel Weltoffenheit und „Opportunismus gegenüber den Gewerkschaften“ besitzt, profilieren? Oder soll man sich lieber als „Partei des sozialen Protests“ von einem regierenden konservativen Block, an dem sich kaum noch auf der Überholspur rechts vorbeikommen lässt, weitestgehend absetzen? Das aber würde die Gefahr bedeuten, über keinerlei strategische Bündnisoption im konservativen Lager zu verfügen und, isoliert, seine „Unfähigkeit zur Machtteilhabe“ unter Beweis zu stellen.

In jüngster Zeit durchläuft der französische FN einen regelrechten Erosionsprozess. Dadurch droht allerdings die ideologische „Synthese“, die bislang die französische rechtsextreme Partei auszeichnete, in Frage gestellt zu werden. Denn der Front National verfügte nie über eine einheitliche Ideologie, sondern stellte stets ein Konglomerat aus heterogenen Strömungen dar, die aus unterschiedlichen historischen „Erfahrungen“ entstanden waren. So gehörten katholische Fundamentalisten oder Monarchisten, deren Strömung sich historisch aus der Ablehnung der bürgerlichen Revolution von 1789 und einer reaktionären Opposition zum Liberalismus speist, dem FN lange Zeit ebenso an wie „Nationalrevolutionäre“, die sich selbst als „antikapitalistische Systemgegner“ aufspielen. Dem ultrarechten Katholizismus stand als ideologisches Gegenstück das rassistische Neuheidentum, das innerhalb der Partei ebenfalls seine Anhänger hatte, gegenüber. Dazwischen fanden oder finden sich Elemente, die sich positiv auf den Bonapartismus beziehen, auf die französischen Kolonialkriege oder gar (was freilich nur eine relativ kleine Minderheit anspricht) auf Nazideutschland als „Modell“. Nunmehr droht diese Mischung aber „entmischt“, das einigende Band droht infolge der Krise der Partei und ihrer abnehmenden Integrationskraft „aufgetrennt“ zu werden.

## Herausforderung für die Linken

Es ist bemerkenswert, dass gerade in der aktuellen Phase, zu Beginn einer starken Wirtschafts- und Finanzkrise, die verheerende soziale Auswirkungen hervorzurufen droht, eine der wichtigsten rechtsextremen Parteien in Europa sehr geschwächt ist. Noch vor einem guten Jahrzehnt gab der französische Front National sich den Anschein, als sei sein Vormarsch unaufhaltsam und sein Griff nach der Macht (beteiligung) nur eine Frage der Zeit. Andere rechtsextreme Kräfte blickten neidvoll zu ihm auf. Diese Zeit scheint nun definitiv vorüber: Der FN, einstmals eine der mit Abstand stärksten Parteien der europäischen extremen Rechten, ist zur Zeit eher ihr „Sorgenkind“. Dies zeigt, dass keine Fatalität existiert, sondern der Aufstieg extrem rechter „Bewegungen“ auch unterbrochen werden kann.

Umgekehrt belegt jedoch das österreichische Beispiel, dass der Aufschub, den der zeitweilige Niedergang rechtsextremer Parteien und Demokraten und Sozialisten verschafft, nur ein vorübergehender ist, sofern die grundsätzlichen Ursachen für den Aufstieg solcher Kräfte nicht wirksam bekämpft und abgestellt worden sind. Auch die österreichische FPÖ durchlief eine starke Krise in den Jahren ab 2002/03, da sie es nicht schaffte, auf Dauer mit ihrer Regierungsbeteiligung erfolgreich umzugehen: Sie vermochte es nicht, die entstehende Kluft zwischen den Erwartungen ihrer oft kleinbürgerlichen Wählerschaft (die eine verschärfte „Ausländerpolitik“, aber auch soziale Verbesserungen erwarteten) und ihrer „Realpolitik“ in der Regierung zu überbrücken. Bei den letzten Europaparlamentswahlen im Juni 2004 fiel die FPÖ auf nur noch 6 Prozent der Stimmen – von einstmals 27 Prozent auf Bundesebene –, und im darauf folgenden Jahr spaltete die Partei sich. Aber das Terrain, auf dem ihre Wahlerfolge zuvor gediehen waren, blieb auch danach noch fruchtbar. Der Rassismus wurde nicht stark zurückgedrängt, sondern weiterhin auch durch andere Großparteien für ihre wahlpolitischen Zwecke genutzt. Die sozialen Ursachen des, auch rechten, „Protests“ wurden nicht abgestellt. Und linke Alternativen, die als glaubwürdig erschienen wären, vermochten sich kaum oder nicht abzuzeichnen. Bei den letzten österreichischen Parlamentswahlen Ende September 2008 stand die extreme Rechte mit über 28 Prozent der Stimmen (für FPÖ und BZÖ zusammen) besser denn je da. Wir werden uns also nicht erhoffen dürfen, dass das Problem von allein verschwindet. Auch wenn die extreme Rechte sich oftmals selbst ein Bein stellt – wie im deutschen Falle, wo sie in mehrere Parteien aufgespalten ist – NP, DVU, Republikaner und andere – oder sich organisatorisch als unfähig erweist, so mindert das die von ihr ausgehende Gefahr auf Dauer nicht. Wichtig ist, zugleich die Ideen anzugreifen und zurückzudrängen, auf denen ihre Stärke und Anziehungskraft beruht, soziale und politische Alternativen aufzuzeigen, die auf Solidarität und dem Streben nach gleichen Rechten für Alle beruhen. In diesem Sinne hat die Linke – mit und ohne Großbuchstaben – eine doppelte Aufgabe. Im Wahlkampf, im Alltagsleben und beim sozialen Protest muss sie dieser Herausforderung gewachsen sein. Erweist sie sich dazu in der Lage, so wird sie der extremen Rechten nicht den Boden überlassen.

### Literatur zum Thema:

– Peter Bathke/Susanne Spindler (Hrsg): Neoliberalismus und Rechtsextremismus in Europa. Zusammenhänge – Widersprüche – Gegenstrategien. R.-Luxemburg-Stiftung, Texte 29, Karl Dietz Verlag Berlin 2006

– Joachim Bischoff/Klaus Dörre/Elisabeth Gautier u. a.: Moderner Rechtspopulismus. Ursachen, Wirkungen, Gegenstrategien. VSA-Verlag Hamburg 2004.



# Knessetwahlen 2009: Hintergründe, Ergebnisse, Perspektiven und Akzente des Wahlkampfes

Von Angelika Timm, Leiterin des Büros Israel der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Tel Aviv; aus: <http://www.rosalux.de>

Am 10. Februar 2009 fanden die Wahlen zur 18. Knesset, dem 120 Abgeordnete umfassenden israelischen Parlament, statt. Die laut Grundgesetz alle vier Jahre durchzuführenden allgemeinen, landesweiten, direkten, gleichen, geheimen und proportionalen Wahlen wurden um ein Jahr vorgezogen. Der Premierminister, Ehud Olmert, war am 22. September 2008 aufgrund der gegen ihn wegen Korruptionsverdacht eingeleiteten gerichtlichen Untersuchungen von seinem Amt und als Vorsitzender der Partei Kadimah zurückgetreten. Die neue Parteivorsitzende, Zippi Livni, scheiterte beim Versuch, eine neue Regierung zu bilden.

Zur Stimmabgabe aufgerufen waren 5 278 985 Bürger – 264 000 mehr als 2006. Sie konnten sich für eine der 33 zugelassenen Wahllisten entscheiden. Um in das Parlament einzuziehen, sind seit 2006 mindestens 2 Prozent der gültigen Stimmen erforderlich (1949 bis 1988 betrug die Sperrklausel 1%, 1992 bis 2003 – 1,5%).

Am 1. Februar 2009 schrieb die Tageszeitung Haaretz, dass am 10. Februar „eine der trockensten, langweiligsten und unverständlichsten Wahlkampagnen zu Ende gehe“. Und noch zwei Tage vor dem Urnengang waren 25 Prozent der Wähler unentschlossen, für wen sie votieren bzw. ob sie überhaupt zur Wahl gehen sollten. Der Wahlausgang schien in den Medien schon im Vorfeld entschieden, d. h. dem rechts-konservativen Oppositionsführer Benjamin Netanjahu war ein sicherer Sieg vorausgesagt. Am Wahltag selbst jedoch hatte sich die Stimmungslage gewandelt. Alle Meinungsforschungsinstitute registrierten ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen dem Likud-Führer und der Kadimah-Vorsitzenden. Als besonders brisant erwies sich die wachsende Popularität Avigdor Liebermans, des Führers der 1999 gegründeten rechts-nationalistischen Partei Jisrael Beiteanu, die im Schatten der israelischen Militäroffensive in Gaza mit antiarabischer Polemik punkten konnte. Die von Lieberman ausgehende Gefahr für die israelische Demokratie war für viele Israelis ein zusätzlicher Grund, ihr Wahllokal aufzusuchen.

Bis zum Herbst 2008 hatten soziale Fragen und die Umweltproblematik eine wichtige Rolle im innenpolitischen Diskurs gespielt. Angesichts der militärischen Eskalation in Gaza verloren beide Themen jedoch an Bedeutung. Der Wahlkampf wurde zunehmend durch die Sicherheitsproblematik dominiert. Die Grenzen zwischen „Tauben“ und „Falken“, sei es im israelisch-palästinensischen Verhältnis (Siedler und Siedlungen, künftige Grenzziehung, Status von Jerusalem, palästinensische Flüchtlinge u. a.), sei es bezüglich der Golanhöhen, waren lange unschwer zu verorten; nunmehr verschwammen sie zusehends. Der Gazakrieg wurde von allen zionistischen Parteien mitgetragen und befürwortet; ebenfalls wird eine atomare Bewaffnung Irans vom überwiegenden Teil der Bevölkerung als existenzielle Gefahr betrachtet; die breite Öffentlichkeit tolerierte zudem das halbherzige Vorgehen der Regierung Olmert gegenüber gewaltbereiten Siedlern im Westjordangebiet. Obwohl die Mehrheit der Israelis nach wie vor die Zweistaatenlösung be-

fürwortet, stehen aktuell weder die Räumung von Siedlungen noch ein weiterer Rückzug aus der Westbank auf der Tagesordnung.

Der kürzeste Wahlkampf in der Geschichte Israels wurde weniger durch Wahlveranstaltungen, Poster und Flugblätter als vielmehr durch Internetwerbung geprägt. Es fehlten charismatische Politiker, die dem Buhlen um Wählerstimmen ihren Stempel aufgedrückt hätten. Als Gideon Levy in Haaretz über „drei zweitrangige Kandidaten, zwischen denen es nicht den geringsten Unterschied“ gäbe, schrieb, hatte er neben Benjamin Netanjahu und Zippi Livni zweifellos Ehud Barak, den Vorsitzenden der Arbeitspartei (Avodah), mit im Blick. Barak setzte im Wahlkampf vor allem auf die nationalistische Welle im Lande und auf seine Verdienste als Verteidigungsminister im Gaza-Abenteuer.

Vor dem skizzierten Hintergrund gelang es Avigdor Lieberman, das Interesse der Medien auf sich zu ziehen. Seine gegen die arabischen Staatsbürger gerichtete Forderung „Ohne Loyalität keine Staatsbürgerschaft“ fiel insbesondere bei Jugendlichen auf fruchtbaren Boden, wurde jedoch zugleich von manchem jüdischen Israeli als Gefährdung demokratischer Grundwerte betrachtet. Der sephardische Oberrabbiner Ovadia Josef, durchaus kein Demokrat, bezeichnete Lieberman wegen dessen in der Mehrzahl nichtreligiöser Anhänger als „Ausgeburt des Teufels“. Nicht Hoffnung und Zukunftsoptimismus, sondern Hass, Furcht und gegenseitige Verdächtigungen prägten somit – so die Einschätzung namhafter israelischer Politologen und Publizisten – die Wahlkampagne 2009.

## Wahlbeteiligung und Wahlergebnisse

Die sich im Vorfeld der Knessetwahlen abzeichnenden Tendenzen politischer Verdrossenheit, Desillusionierung und Apathie ließen eine geringe Wahlbeteiligung erwarten. Diese lag mit 64,8 Prozent zwar 2 Prozent über der des Jahres 2006, jedoch deutlich unter dem politischen Engagement bei früheren Urnengängen (die Wahlbeteiligung betrug 1949 bis 1999 durchschnittlich 80%). 2009 verweigerten nahezu 1,9 Millionen Bürger ihre Stimmabgabe. Die 739 000 Wahlberechtigte zählende Gruppe der arabischen Staatsbürger beteiligte sich mit lediglich 54 Prozent an der Abstimmung.

Von den 33 zur Wahl angetretenen Parteilisten überschritten 12 die Sperrklausel von 2 Prozent. Stärkste Fraktion in der 18. Knesset wurde mit 28 Sitzen die Kadimah-Partei, die seit 2006 den israelischen Ministerpräsidenten stellt. Die Vorsitzende, Zippi Livni, hat damit theoretisch die Chance, als zweite Frau zur israelischen Ministerpräsidentin gewählt zu werden. Sie wurde 1999 für den Likud in die Knesset gewählt und bekleidete mehrere Ministerposten. Gemeinsam mit ihrem politischen Mentor, Ariel Scharon, verließ sie im November 2005 den Likud und wurde Mitbegründerin der Zentrumspartei Kadimah. Seit 2006 ist sie israelische Außenministerin; sie unterstützt – im Gegensatz zu früheren Äußerungen – eine Zwei-Staaten-Lösung und politische Gespräche mit der Fatah-Führung bzw. arabischen Staatsoberhäuptern.

Der Likud, 2003 noch mit 40 Sitzen im Parlament, 2006 – nach Gründung von Kadimah – jedoch auf 12 Abgeordnete geschrumpft, konnte nicht den erhofften eindeutigen Wahlsieg erreichen, erhöhte die Zahl seiner Mandate jedoch auf 27. Likud-Vorsitzender Benjamin Netanjahu gilt als „Hard-



liner“. Er sprach sich gegen die Oslo-Vereinbarungen mit der PLO aus und hatte während seiner Amtszeit als Ministerpräsident 1996 bis 1999 nicht geringen Anteil an deren Scheitern. Die Schaffung eines palästinensischen Staates an der Seite Israels lehnt er strikt ab. Als Finanzminister im Kabinett Scharon trug Netanjahu maßgeblich zur Durchsetzung des neoliberalen Wirtschaftskurses bei; 2005 trat er aus Protest gegen den Plan der Regierung, den Gaza-Streifen zu räumen, von seinem Posten zurück. Verhandlungen mit der PLO sollten seines Erachtens nicht politische Regelungen anstreben, sondern einzig die „wirtschaftliche Entwicklung“ der palästinensischen Gebiete zum Ziel haben.

Drittstärkste Partei wurde 20 Jahre nach Beginn der russischen Masseneinwanderung und zehn Jahre nach ihrer Gründung Jisrael Beitenu unter dem 1978 aus Baku nach Israel eingewanderten Avigdor Lieberman. Dieser machte von Anfang an mit rechten Slogans auf sich aufmerksam. 1996 wurde er Generaldirektor des Likud und Kanzleichef des damaligen Ministerpräsidenten Netanjahu. Seit 1999 gilt Lieberman aufgrund seiner populistischen Rufe nach dem „starken Mann“ als „Gefahr für die israelische Demokratie“. War Jisrael Beitenu zunächst eine Partei russischsprachiger Immigranten, so verstand sie sich zunehmend als „rechte Brücke“ zwischen Alteingesessenen und Neueinwanderern, Religiösen und Säkularen, Siedlern und innerhalb der Grünen Linie lebenden jüdischen Israelis. Sie lehnte 2005 die Räumung des Gaza-Streifens ab. Die in Sicherheitsfragen innerhalb des „nationalen Lagers“ weit rechts zu verortende Partei entwickelte sich zum Auffangbecken extremistischer Kräfte. Für den Rechtsrutsch und Stimmungswandel in der israelischen Gesellschaft spricht, dass die antiarabischen Parolen Liebermans heute als salonfähig gelten – 20 Jahre, nachdem die Knessetliste Meir Kahanes aufgrund rassistischer Slogans disqualifiziert worden war.

Israel Harel, ehemals Vorsitzender des Siedlerrates Jeshcha, schrieb wenige Tage vor der Wahl aus rechter Position in Haaretz: „Lieberman reitet auf der Welle der drei chronischen Krisen, in denen sich der Staat zur Zeit befindet – der Krise des politischen, militärischen und juristischen Establishments, der Radikalisierung der israelischen Araber ... und einer moralischen Krise, die sich in Arroganz, fehlender Integrität und der Doppelmoral eines großen Teils der israelischen Intelligenz widerspiegelt.“

Als Hauptverlierer der Wahlen gilt die Arbeitspartei, die während des Gazakriegs infolge der „harten Hand“ ihres Vorsitzenden zwar kurzzeitig an Popularität gewann, nunmehr jedoch ihr schlechtestes Wahlergebnis einfuhr. Die Hintergründe sind vielfältig: Die Partei der Staatsgründung, für drei Jahrzehnte unangefochtene Politikdominante, ist seit den 1970er Jahren einer permanenten politischen und moralischen Erosion ausgesetzt. Seit 2001 beeinflusst sie nur noch marginal das politische Geschehen im Lande. Die Positionen ihres derzeitigen Führers unterscheiden sich kaum von denen der Kadimah oder des Likud. Die Arbeitspartei war während der letzten Legislaturperiode an der Regierungskoalition beteiligt, wurde für das Debakel des Libanonkrieges verantwortlich gemacht und widersetzte sich kaum der sich vergrößernden Kluft zwischen Arm und Reich bzw. der sich abzeichnenden Bildungsmisere. Nicht wenige Publizisten fragen, ob die Partei David Ben Gurions, Golda Meirs und Jizchak Rabins ihre historische Rolle in der Gesellschaft nunmehr beendet habe.

An Gewicht und Ansehen hat auch die linkszionistische Merez verloren. Die Partei hatte sich im Vorfeld der Knessetwahlen in „Die neue Bewegung Merez“ umbenannt, nachdem sich ihr eine größere Zahl israelischer Intellektueller, unter ihnen Schriftsteller wie Amos Oz und David Grossman, angeschlossen hatten. Mit nunmehr nur noch drei Parlamentsabgeordneten hat die 1992 aus der Vereinigung von Bürgerrechtsbewegung Raz, Mapam und Schinui hervorgegangene Partei ihr historisches Tief erreicht. Viele ihrer traditionellen Wähler dürften sich im letzten Augenblick für Livni entschieden haben, um die Zentrumspartei Kadimah in Führung zu bringen, den drohenden Wahlsieg Netanjahus zu verhindern und dem Demagogen und Populisten Lieberman zu begegnen. Der Antikriegsflügel von Merez dagegen hat allem Anschein nach für die konsequenter die Gaza-Aktion ablehnende Chadasch votiert, die dadurch einen deutlichen Stimmengewinn verbuchen konnte. Merez bleibt dennoch eine achtbare Plattform linker, demokratisch gesinnter jüdischer Israelis. Sie stellt sich zunehmend der Frage, wie sie sich als kleine linke Opposition in der 18. Knesset profilieren kann bzw. ob sie sich mit dem linken Flügel der Arbeitspartei vereinigen sollte, um mittelfristig wieder an Ansehen und Einfluss zu gewinnen.

Vollkommen aus der politischen Landschaft verschwunden ist die Rentnerpartei (Gil). Sie hatte 2006 mit Hilfe politikverdrossener junger Israelis auf Anhieb sieben Mandate erreicht, schloss sich Kadimah an, bekleidete zeitweilig drei Ministerämter und spaltete sich 2008. 2009 votierten lediglich 0,5 Prozent der Wähler für Gil.

Die arabischen Bürger Israels sprachen sich – wie erwartet – mehrheitlich für Parteien aus, die sich als ihre nationalen Interessenvertreter profiliert haben und bereits während mehrerer Wahlperioden in der Knesset vertreten sind (Vereinigte Arabische Liste/Ta'al, Chadasch, Balad). Chadasch konnte einen deutlichen Sympathiezuwachs (23 700 Stimmen mehr als 2006) verzeichnen und die Anzahl der Mandate von drei auf vier erhöhen. Der Erfolg auf der „jüdischen Straße“ ist nicht zuletzt Dov Khenin zuzuschreiben, dem es bereits während der Kommunalwahlen im November 2008 gelungen war, mit seiner Liste „Eine Stadt für uns alle“ Tausende junge jüdische Bürger zu begeistern und in Tel Aviv 34 Prozent der Stimmen zur Wahl des Bürgermeisters auf sich zu vereinigen. In der Knessetwahl 2009 gingen lediglich 18 Prozent der arabischen Stimmen an zionistische Parteien (2006 – 28%).

Insgesamt wurden 3 373 490 gültige Stimmen ausgezählt. Davon entfielen 104 000 (3,08%) auf kleinere Parteien, die vorwiegend Partikularinteressen bedienen und für die neue Legislative keine Rolle spielen. 21 der 33 Wahllisten zogen nicht in die Knesset ein. Zu ihnen gehört die 2006 noch gemeinsam mit der Arbeitspartei in einer Fraktion agierende Liste „Die grüne Bewegung – Meimad“ des Reformrabbiners Michael Melchior (0,8%). Auch der ehemalige stellvertretende Verteidigungsminister Ephraim Sneh, der im Mai 2008 die Avodah-Fraktion verlassen hatte, erhielt für seine auf die Bekämpfung des organisierten Verbrechens ausgerichtete Partei „Ein starkes Israel“ weniger als ein Prozent der abgegebenen Stimmen.



## Ethnische und soziale Zusammensetzung der 18. Knesset

Die ethnische, weltanschauliche und berufliche Zusammensetzung des israelischen Parlaments, das am 2. März 2008 zu seiner konstituierenden Sitzung zusammentreten wird, hat sich gegenüber der vergangenen Legislaturperiode wesentlich verändert:

- 31 Abgeordnete, ein Viertel aller Knessetmitglieder, wurden zum ersten Mal ins Parlament gewählt.
- Der Anteil orientalischer Juden (Misrachim), seit 1988 jeweils etwa ein Drittel der Abgeordneten, verringerte sich auf 29 Sitze (2006 – 34).
- 13 arabische Bürger Israels wurden in die neue Legislative gewählt, unter ihnen zum dritten Mal in der Geschichte der Knesset, jedoch zum ersten Mal auf einer arabischen Wahlliste, eine Frau – Hanin Zuabi (Balad).
- Der Frauenanteil erhöhte sich von 17 auf 21 Abgeordnete; er erreichte mit 17,5 Prozent ein „historisches Hoch“; die beiden Linksparteien – Chadasch und Merez – vermochten keine Kandidatin in die Knesset zu bringen.
- Die Zahl der orthodox-religiösen und ultra-orthodoxen jüdischen Knessetmitglieder verringerte sich von 34 auf 28.
- In der 18. Knesset sind 10 im palästinensischen Westjordanland ansässige Siedler vertreten (2006 – 7).

## Trends in der politischen Komposition des israelischen Parlaments

Im israelischen Parlament zeichnen sich folgende Parteienblöcke ab:

- Rechtsblock: Likud, Jisrael Beitenu, Ichud Leumi, Ha-Bajit Ha-Jehudi (49 Mandate)
- Zentrum: Kadimah, Arbeitspartei (41 Sitze)
- Religiös-ultraorthodoxe Parteien: Schas, Vereinigtes Thora-Judentum (16 Abgeordnete)
- Arabische Parteien: Vereinigte Arabische Liste, Chadasch, Balad (11 Parlamentssitze)
- Zionistische Linke: Merez (3 Mandate).

Die Wahlergebnisse bestätigen den sich während der letzten Legislaturperiode abzeichnenden Rechtstrend. Die Ursachen für diese Entwicklung liegen primär in der israelischen Sicherheits- und Gesellschaftspolitik, insbesondere in der bereits über 40 Jahre andauernden Besetzung palästinensischer Gebiete, der permanenten Verletzung von Menschenrechten und der damit verbundenen Aushöhlung demokratischer Werte, aber auch in der latenten Gefährdung israelischer Sicherheit durch palästinensische Terroranschläge bzw. Kasam-Raketenbeschuss. Hinzu tritt ein die gesamte Gesellschaft erfassender Wertewandel, der Konsumdenken und Individualismus an die Stelle des für die ersten Jahrzehnte nach der Staatsgründung dominanten solidarischen Miteinandersetzte. Innergesellschaftliche Konfliktlinien, vor allem Spannungen zwischen jüdischer Bevölkerungsmehrheit und arabisch-palästinensischer Minderheit, haben sich vertieft. Fremdenfeindliche und rassistische Stimmungen wurden vor diesem Hintergrund gestärkt; sie sind in nicht unerheblichen Teilen der israelischen Gesellschaft verankert und haben die Wahlen 2009 maßgeblich beeinflusst bzw. den Rechtsrutsch bewirkt.

## Optionen für die Regierungsbildung

Das Wahlergebnis engt den Spielraum für die Regierungsbildung extrem ein. Für eine Zentrum/Mitte-Links-Koalition bzw. für jede Regierung links der Mitte fehlen die Voraussetzungen. In realistischer Sicht existieren lediglich drei Kompromissoptionen, die – unterschiedlich variiert – politisch bestimmend werden könnten:

Eine Rechtsregierung („Nationales Lager“) unter Führung von Benjamin Netanjahu, im Kern bestehend aus Likud, Jisrael Beitenu, Schas und VTJ (zusammen 58 Mandate), die auf die Unterstützung des „rechten Rands“, d. h. von Ichud Le’umi und Ha-Bajit Ha-Jehudi, angewiesen wäre und maximal von 65 Knessetabgeordneten getragen würde.

Ein numerisch denkbarer, politisch jedoch wenig tragfähiger Gegenwurf zur Rechtsregierung in Form einer „Mitte-Rechts-Koalition“ unter Führung Zipi Livnis, bestehend aus Kadimah, Arbeitspartei, Jisrael Beitenu und einer (oder beider) Partei/en des religiösen Lagers (insgesamt 67 bzw. 72 Mandate).

Eine z. Z. noch weitgehend außerhalb der konkreten Koalitionssondierungen befindliche, in der israelischen Geschichte jedoch wiederholt praktizierte „Regierung der nationalen Einheit“ (1967 – 70; 1984 – 88; 1988 – 90), d. h. eine „Große Koalition“ aus Kadimah, Likud und Arbeitspartei (zusammen 68 Mandate), nach links – wenig wahrscheinlich – ergänzt durch die drei Merez-Sitze, nach rechts möglicherweise durch Jisrael Beitenu und/oder eine bzw. beide religiös-orthodoxe(n) Parteien (insgesamt 71, 73, 79, 83 oder maximal 99 Mandate).

Alle drei Koalitionsvarianten – Zweckbündnisse von zumindest 3 bis 6 Parteien – wären politisch wenig homogen und würden große Spannungs- und Konfliktpotentiale in sich bergen.

Die nationalistische Variante wäre aufgrund der Ideologie und politischen Programmatik der betreffenden Parteien eine schwer überwindbare Barriere für jede einvernehmliche Regelung des Nahostkonflikts. Neue regionale Spannungen blieben nicht aus. Die nationale Sicherheit Israels wäre weiterhin und möglicherweise verstärkt in Frage gestellt. Nicht nur innenpolitisch würde eine Netanjahu-Lieberman-Regierung die gesellschaftlichen Klüfte (Arm-Reich, Juden-Araber u. a.) ernsthaft vertiefen; sie wäre auch in nur geringem Maße kompatibel mit dem internationalen Bemühen um Spannungsminderung im Nahen Osten, sei es seitens der Obama-Administration, europäischer Akteure oder moderater arabischer Staaten. Die Israelfeindlichkeit in Teilen der islamischen Welt, der weltweite Antiisraelismus und damit verbunden die internationalen Erscheinungen von Antisemitismus, jedoch auch die kritische Distanz des demokratischen Segments der jüdischen Diaspora zum Staat Israel könnten weiter anwachsen. Präsident Obama hätte in der Rechtsregierung wenig echte Partner. Israel könnte sich erneut internationaler Isolierung ausgesetzt sehen.

Darüber hinaus würden die latenten Politikgegensätze bzw. die offene Feindschaft zwischen den säkularen Kräften im „nationalen Lager“ und der religiösen Orthodoxie, z. B. hinsichtlich der Zivilgesetzgebung, des Wehrdienstes, des Lieberman’schen Loyalitäts-Eids (abverlangt nicht nur den arabischen, sondern auch den ultraorthodox religiösen Staatsbürgern) oder der finanziellen Extraleistungen des



Staates für das religiöse Bildungs- und Sozialsystem, zu ständigen Querelen in der Regierung führen und deren Handlungsspielraum einengen.

Eine Mitte-Rechts-Regierung unter Livni würde über noch weniger politisch-programmatische Übereinstimmung verfügen als die rechte Koalition und dementsprechend äußerst instabil sein. Ein Ausgleich mit den arabischen Bürgern, den Palästinensern in den Territorien und den arabischen Staaten wäre auch in dieser Konstellation blockiert; der Wirtschaftskrise und den sozialen Disparitäten könnten kaum tragfähige Politikkonzepte entgegen gesetzt werden; die Zustimmung der Religiös-Orthodoxen müsste – wie in Variante 1 – teuer erkauft werden; Zippi Livni hätte sich als Ministerpräsidentin permanent mit der Gilde politischer Machos auseinander zu setzen.

Die „Regierung der nationalen Einheit“ schließlich besäße in der Knesset eine stabilere Basis, bedürfte jedoch der Zurücknahme bzw. Zügelung persönlicher Animositäten zwischen den führenden Politikern. Um die Führungsambitionen beider machtbewusster Anwärter auf die Ministerpräsidentschaft auszugleichen, wäre eine Rotation zwischen Livni und Netanjahu denkbar (z. B. nach dem Muster des Machtspaltung Peres-Schamir zwischen 1984 und 1988). Bisher lehnen beide Politiker diesen Kompromiss ab. Dem bellizistischen Führer der Arbeitspartei bliebe im obigen Modell die Funktion des Verteidigungsministers in Permanenz vorbehalten. Barak würde sich ohnehin, ob seines pragmatischen Politikerprofils, in jede Regierungsvariante einfügen; er hat jedoch nicht in jedem Falle die Unterstützung seiner Partei, die nach eigener Bekundung dringend einer „Runderneuerung“ in der Opposition bedarf.

Die „Große Koalition“ würde sich andererseits – ähnlich der Livni-Regierung – besser als jedes Rechtsbündnis in das sich wandelnde internationale Umfeld einbinden lassen. Auch sie würde den Entspannungsprozess im Nahen Osten wahrscheinlich nur zögerlich befördern und nicht frei von militanten Abenteuern (vgl. Gaza-Aktion) sein. Sie würde die Chancen für politische Regelungen in den Beziehungen mit den Palästinensern bzw. den arabischen Staaten jedoch nicht generell als obsolet erscheinen lassen. Auch die anderen für die Rechtsregierung konstatierten Unwägbarkeiten könnten sich – in ihren Wirkungen auf Israel, die Palästinenser oder die internationale Gemeinschaft – als weniger krass und kontraproduktiv erweisen.

Sollte ein Livni-Netanjahu-Barak-Triumvirat auf die drei säkularen Parteien beschränkt bleiben oder lediglich durch Merez bzw. Jisrael Beitenu ergänzt werden, so ergäbe sich eine für die israelische Geschichte seltene Chance, der finanziellen Erpressung seitens der religiösen Parteien zu entkommen, einen neuen Gesellschaftsvertrag vorzubereiten und die überfällige Zivilgesetzgebung voran zu treiben (möglicherweise in Fortsetzung der von Barak 1999 angedachten „zivilen Revolution“ oder auch in Realisierung des Forderungskatalogs Liebermans).

Die Kompliziertheit der bevorstehenden Koalitionsverhandlungen hat in der israelischen Öffentlichkeit erneut die seit Jahren schwelende Diskussion über ein neues Wahlsystem angefacht. Die 1996 erstmals erprobte Direktwahl des Ministerpräsidenten bewährte sich nicht. Sie wurde nach drei Urnengängen wieder abgeschafft. Neue Regelungen müssten garantieren, dass alle Segmente der israelischen Bevölkerung in der Legislative vertreten sein können und das Land

nicht immer wieder durch vorgezogene Neuwahlen und langwierige Koalitionsverhandlungen für längere Zeiträume lahm gelegt wird.

Die Knessetwahlen erbrachten – auch 2009 – keinen Ausbruch aus der „Wagenburg“. Sie inaugurierten keinerlei neue Konzepte, wie der jüdische Staat sich dauerhaft in der nahöstlichen Staatenwelt verankern könnte. Sie schufen überdies keine positiven Impulse für die Begegnung der ernsthaftesten Wirtschaftskrise in der israelischen Geschichte, für die Überbrückung sozialer Klüfte oder für die Minderung ethnischer Widersprüche. „Im Kern“, so urteilte eine namhafte israelische Publizistin am 12. Februar, „entschieden sich die israelischen Wähler dafür, sich nicht zu entscheiden, weder für einen Führer noch für einen Weg. Was sie wählten, war der Zwist“.

Die anstehenden Entscheidungen über die Strukturierung der politischen Machtbeziehungen und den künftigen Kurs werden dennoch neue Weichenstellungen für die Geschicke des Landes und des Nahen Ostens enthalten; sie werden auch dem internationalen Krisenmanagement einen neuen Rahmen setzen. Die friedensorientierte Annäherung an den Konflikt und das Agieren internationaler Akteure sind durch den Ausgang der Knessetwahl nicht leichter geworden.

## Südafrika vor den Wahlen

Von Gerd-Rüdiger Stephan, Leiter des Büros Südliches Afrika der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Johannesburg; aus: <http://www.rosalux.de>

Nach langem Hin und Her steht nun seit einigen Tagen der Termin für die anstehenden Parlamentswahlen in der Republik Südafrika fest. Übergangspräsident Motlanthe teilte der Öffentlichkeit den 22. April 2009 mit. Dieser Mittwoch wird nun zum arbeitsfreien Feiertag.

Vorausgegangen war eine wochenlange Geheimniskrämerei, die offenbar taktischen Überlegungen innerhalb der Führung des regierenden African National Congress (ANC) geschuldet war, welches Datum wohl die besten Erfolgsaussichten eröffnen würde. Zunächst war erwartet worden, dass Motlanthe anlässlich der traditionellen jährlichen Eröffnung der parlamentarischen Sitzungsperiode in der ersten Februarwoche sich festlegt. Dann verging aber eine weitere Woche, bevor klar wurde, wann die über 30 Millionen potenziellen Wähler landesweit an die Urnen treten sollen.

Der Wahlkampf hatte schon zuvor begonnen. Bereits Mitte Dezember 2008 war er inoffiziell eröffnet worden. Zu diesem Zeitpunkt traten der ANC und seine Abspaltung, der Congress of the People (COPE), zu Parteikongressen, nahezu zeitgleich in Bloemfontein zusammen. Dabei handelte es sich bei COPE um den eigentlichen Parteigründungskongress, der den ehemaligen Verteidigungsminister Lekota zum Vorsitzenden kürte und programmatische Leitlinien verabschiedete. Der ANC wollte jedoch den traditionsreichen Boden Bloemfonteins keinesfalls seiner Abspaltung allein überlassen und veranstaltete deshalb den regulären jährlichen Parteitag am selben Ort.

Die Wahlkampfaussagen unterschieden sich nur wenig. Der Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit (die weiterhin über 40 Prozent liegt und eher zu-, denn abnimmt), gegen



die noch immer nicht eingedämmte Gewaltkriminalität, für die Verbesserung der sozialen Versorgung der armen Bevölkerungsgruppen sind von allen Parteien auf die Agenda gesetzt worden, so auch von der von Weißen dominierten Demokratischen Allianz (DA) oder der Inkatha Freedom Party (IFP). COPE betont insbesondere, die weit verbreitete Korruption, den Amtsmissbrauch und die Vetternwirtschaft bekämpfen zu wollen. Die Medien lieferten in den Februarwochen dafür brauchbare Munition. Der Pressesprecher des ANC Carl Niehaus, ein Veteran des Anti-Apartheid-Kampfes und ehemaliger Botschafter Südafrikas in den Niederlanden, wurde wegen umfangreicher krimineller Finanzmanipulationen angeprangert. Dabei geht es um Beträge in Millionenhöhe, den Missbrauch seiner politischen Funktion und eine ganze Reihe von Falschaussagen und Lügen. Niehaus musste inzwischen zurück- und aus dem ANC austreten. Ob dieser oder einige ähnliche Fälle sich tatsächlich wahlmitentscheidend auswirken werden, darf allerdings bezweifelt werden.

Beobachter hatten Ende 2008 angesichts der verbalen Auseinandersetzungen zwischen Vertretern von ANC und COPE befürchtet, dass der Wahlkampf gewaltsam eskalieren könnte. Es kam zum Jahreswechsel zwar zu einigen Vorfällen, die sogar Todesopfer forderten, doch hat sich die Lage insgesamt offenbar wieder beruhigt. Dafür füllen sich die Straßen der großen Städte mit sichtbaren Anzeichen des Wahlkampfes. Überall tauchen an den Straßenlaternen, an den Bäumen und Mauern entlang der Magistralen die auch in Deutschland gewohnten Werbeplakate der politischen Parteien auf. Am Westkap und besonders in Kapstadt dominiert die Werbung für die DA mit dem Porträt ihrer Vorsitzenden Helen Zille (die gleichzeitig Oberbürgermeisterin von Kapstadt ist). Traditionell ist der Führungsanspruch des ANC hier am stärksten herausgefordert. Auch COPE hat sich am Westkap profiliert und bei Nachwahlen zu Kommunalvertretungen in einigen kleineren Orten erste Erfolge erzielen können. In der Provinz Gauteng, also in der Region um Johannesburg und Pretoria, beherrschen der ANC und dessen Vorsitzender, Präsidentschaftskandidat Zuma, die Szene.

Am 22. April 2009 wird nun das 400-köpfige Parlament gewählt. Es gibt in Südafrika keine Wahlkreismandate, die Parteien treten mit Kandidatenlisten in einer reinen Verhältniswahl gegeneinander an. Bei den letzten Wahlen vor fünf Jahren, am 14. April 2004, konnte der ANC (der in einer „Allianz“ mit der Kommunistischen Partei und dem Gewerkschaftsdachverband COSATU antrat) 279 Mandate, also die Zweidrittelmehrheit, erringen. Die DA kam auf 50 Sitze, die IFP auf 28 Sitze. Der Rest verteilt sich auf zahlreiche Splitterparteien. Eine Sperrklausel gibt es nicht. Das Parlament bestimmt einige Wochen nach der Wahl den Staatspräsidenten. 2004 wurde Thabo Mbeki, der bereits als Nachfolger Nelson Mandelas ab 1999 amtiert hatte, in diesem Amt bestätigt. Im September 2008 wurde Mbeki vorzeitig von der Führung des ANC zum Rücktritt gedrängt, weil ein Gericht festgestellt hatte, dass er im Gerichtsverfahren gegen seinen parteiinternen Rivalen Jacob Zuma (dieser war 2005 von Mbeki in Folge seiner „durch und durch korrupten Beziehung“ zu Schabir Sheik als Vizepräsident entlassen worden) die Staatsanwaltschaft unzulässig beeinflusst hätte. Inzwischen ist dieses Urteil in einer nächsten Instanz schon wieder aufgehoben worden.

Die Ermittlungen gegen Zuma, der Ende 2008 vom ANCKonvent in Polokwane zum Präsidentschaftskandidaten ge-

kürt wurde, wegen Korruption dauern an. Für August 2009 ist der nächste Gerichtstermin anberaumt worden. Dann könnte er bereits gewählter Staatspräsident sein – und wäre möglicherweise durch die Immunität des Amtes geschützt.

Unter Intellektuellen und aus den anderen Parteien (allen voran die DA-Führerin Zille) mehren sich die Forderungen, Zuma müsse seinen Hut aus dem Ring nehmen, solange die juristischen Vorwürfe im Raum stehen. Das hat Zuma immer abgelehnt, obwohl er vor kurzem erwähnte, er könne sich auch die Fortsetzung der ANC-Präsidentschaft vorstellen, seine Ambitionen wären nicht auf Wahl zum Staatspräsidenten fixiert. Übergangspräsident Motlanthe, von in- und ausländischen Medien inzwischen verstärkt als Ersatzkandidat für die anstehende Periode 2009 bis 2014 ins Spiel gebracht, bekam aus den eigenen Reihen Gegenwind (so wurden vermeintliche „Frauenaffären“ aufgedeckt), worauf er erklärte, ab Mitte 2009 doch lieber die operative Führung des ANC übernehmen zu wollen (also dann, wenn der ANC-Präsident Zuma Staatspräsident geworden ist, und er als ANC-Vizechef wieder in seine Parteifunktion zurückkehrt). Die Anhänger Zumas, zu denen die Spitzenfunktionäre von KP und COSATU zählen, versuchen nun mit allen Mitteln, seinen Aufstieg ins höchste Staatsamt zu forcieren.

Vorhersagen zum voraussichtlichen Wahlergebnis sind schwierig. Die meisten Zahlen basieren auf (zum Teil nicht repräsentativen) Umfragen mit relativ wenig Beteiligten. Die aufgrund der jugendlichen Bevölkerungsstruktur relativ große Zahl von Erstwählern, über deren politische Orientierung wenig Zuverlässiges bekannt ist, erschwert Prognosen zusätzlich. Die auch in diesem Jahr zu erwartende, seit 1994 immer sehr hohe, Wahlbeteiligung spielt ebenfalls eine Rolle (eventuell wird diese deutlich sinken). Die Medien, politische Beobachter und Sozialwissenschaftler gehen derzeit davon aus, dass der ANC (bei Fortsetzung der „Allianz“) über 55 Prozent der Stimmen, allerdings keine Zweidrittelmehrheit mehr erreichen könnte. Die DA könnte Stimmen dazu gewinnen, wird allerdings wohl kaum die 20-Prozent-Marke überschreiten. COPE werden etwa zehn Prozent zugetraut, wobei die Schwankungsbreite der Prognosen in diesem Fall beträchtlich ist. Die IFP könnte sich bei etwa fünf Prozent halten. Der wahrscheinlich nicht beträchtliche prozentuale Rest (um zehn Prozent oder weniger) verteilt sich wiederum auf mehrere kleine Parteien, die damit erneut faktisch keinen parlamentarischen Einfluss besitzen werden. Auf Provinzebene dürfte es zu erheblichen Differenzierungen kommen. Am Westkap wird erwartet, dass DA und COPE eine Mehrheit gegenüber dem ANC erreichen. Am Ostkap, aber auch im Free State, zeichnen sich die besten Teilergebnisse für COPE ab. Traditionell hat die IFP in Kwazulu-Natal einen gewissen Einfluss. In den nordöstlichen Provinzen dominiert der ANC recht deutlich.

Trotz der Veränderung des bisherigen Parteiensystems durch das Auftauchen von COPE und trotz der Auseinandersetzungen im ANC sieht es derzeit nicht so aus, als ob die Stabilität Südafrikas gefährdet sei. Nichts deutet darauf hin, dass etwa „simbabwische Verhältnisse“ (immer wieder im Westen befürchtet) ausbrechen. Eher hat sich die hochgelobte südafrikanische Verfassung in den Turbulenzen seit September 2008 bewährt. Sollten die Wahlprognosen einigermaßen zutreffen, kann der ANC die Landesverfassung auch nicht mehr selbständig in seinem Sinne verändern (was bisher allerdings auch nicht geschehen ist). Die Übernahme

des Präsidentenamtes durch Motlanthe hat in manchen Bereichen seit September 2008 zu Konsolidierungen geführt (besonders im Gesundheitswesen, wo eine neue Ministerin eine Kursänderung hin zu einer offensiven Politik der Bekämpfung von AIDS/HIV eingeleitet hat, aber auch im Bereich der inneren Sicherheit). Ein neuer Präsident könnte mit seiner Regierung hier ansetzen und konstruktive Politikelemente verstärken.

Ob der Einfluss von KP und COSATU innerhalb der „Allianz“ ausreicht, einen „Linksruck“ einzuleiten, bleibt abzuwarten. Es erscheint jedoch höchst zweifelhaft, ob der bisher dominante neoliberale Wirtschaftskurs tatsächlich in Frage gestellt wird. Über die Auswirkungen der globalen Finanzkrise für Südafrika kann derzeit ebenfalls nur vage gemutmaßt werden. Der Kurs des Rand gegenüber den führenden westlichen Währungen ist weiter gefallen. Bisher wirkten sich die Ölpreissteigerungen von 2008 erheblich aus; die Inflation, insbesondere die Verteuerung der Lebensmittel (für einzelne Grundnahrungsmittel im letzten Jahr von bis zu 30 Prozent), verstärkten innenpolitische Krisenprozesse deutlich. Zusätzlich wird der ANC unter Handlungsdruck geraten, um ein weiteres Fallen seiner Reputation unter seiner schwarzen Stammwählerschaft zu verhindern.

Bei den prognostizierten Ergebnissen der Parlamentswahlen ist die Wahl von Jacob Zuma zum Staatspräsidenten hoch wahrscheinlich. Inwieweit der Fortgang seines Gerichtsverfahrens noch eine andere Option seitens des ANC erfordert, bleibt abzuwarten. COPE schlug inzwischen Bischof Dandale, Ex-Führer der Methodistischen Kirche Südafrikas, als Gegenkandidaten vor, der aber wahrscheinlich keine Chance haben dürfte.

Wie wichtig der ANC den Wahlkampf inzwischen nimmt, wird dadurch deutlich, dass der inzwischen neunzigjährige Nationalheld des Anti-Apartheid-Kampfes, Nelson Mandela, mobilisiert wird. Außerdem wurde bekannt gegeben, daß Zuma die recht beliebte Ex-Ehefrau Nelson Mandelas, Winnie Madikizela-Mandela, auf die Liste seiner potentiellen Ministerkandidaten gesetzt hat. All das deutet darauf hin, dass entgegen einer überschwänglichen Ankündigung von ANC-Generalsekretär Mantashe die bisher dominierende Partei sich nicht sicher sein kann, 75 Prozent der Stimmen einzufahren.

## **Piraterie als Herausforderung für die internationale Gemeinschaft – Alternativen zur militärischen Logik bei der Bekämpfung von Piraterie**

*Von Norman Paech, Paul Schäfer und Wolfgang Neskovic, MdB, DIE LINKE; aus: <http://www.paulschaefer.info>*

Der gegenwärtige Umgang der internationalen Gemeinschaft mit dem Problem der Piraterie vor der Küste Somalias wirft ein Schlaglicht auf die Versäumnisse bei der Bekämpfung der Kriminalität zur See. Das internationale Seerechtsübereinkommen (SRÜ) von 1982, welches ein wichtiger Durchbruch für die Regelung der staatlichen Befugnisse und Zuständigkeiten auf See darstellte, wurde in den letzten 25 Jahren nicht nennenswert weiterentwickelt und eine Reihe von

Staaten, darunter auch die USA, sind dem Abkommen immer noch nicht beigetreten. Gleiches gilt für das 1992 in Kraft getretene Übereinkommen zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Seeschifffahrt. Auch die Internationale Seeschifffahrts-Organisation (International Maritime Organisation – IMO), eine UN-Sonderorganisation, fristet ein Schattendasein. Nur wenige Staaten waren bereit, im Rahmen bilateraler oder regionaler Zusammenarbeit weitreichende Verpflichtungen zum Informationsaustausch und gegenseitiger Unterstützung einzugehen. Auch die Reedereien hatten kein Interesse, sich einer stärkeren Kontrolle ihrer Schiffe und ihrer Flaggenpolitik auszusetzen. Die Konsequenzen sind heute nicht nur vor der Küste Somalias zu beobachten. Piraterie, Schmuggel, Meeresverschmutzung, Überfischung und illegaler Fischfang gefährden die Seesicherheit seit langem.

Mit inzwischen drei Resolutionen (UNSR Res. 1814 vom 15.5.2008, 1816 vom 2.6.2008 und 1838 vom 7.10.2008) hat sich der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen nun dem Problem der Piraterie vor Somalia angenommen. Die Staaten wurden mandatiert, die Sicherheit vor der Küste Somalias auch mit militärischen Mitteln zu gewährleisten und insbesondere Nahrungsmitteltransporte zu schützen. Hierfür wurden die Befugnisse des SRÜ auf somalische Gewässer ausgeweitet. Einschränkend betonen die Resolutionen lediglich, dass dabei die Souveränität Somalias gewahrt bleiben muss, die Staaten vor allem die Übergangsregierung Somalias unterstützen und nur in enger Abstimmung mit ihr Piraterie unterbinden sollen. Obwohl die erste Resolution bereits vor sechs Monaten verabschiedet wurde, haben weder die UNO noch die Staaten Ansätze und Initiativen für zivile Maßnahmen zum Umgang mit Piraterie und der Situation in Somalia präsentiert. Auch wenn in der Resolution betont wurde, dass damit kein neues Völkergewohnheitsrecht geschaffen wird, begünstigen die vagen Umsetzungsbestimmungen der Resolutionen die Militarisierung der Pirateriebekämpfung und die Instrumentalisierung der Piraterie für die Beanspruchung von Sonderrechten einiger Industriestaaten bei der Kontrolle und Überwachung des internationalen Seeverkehrs. Im Rahmen der Operation Enduring Freedom beanspruchen die NATO-Staaten bereits seit 2001 das Recht, für die Seesicherheit im Mittelmeer und am Horn von Afrika zu sorgen.

Zusätzlich zur Task Force 150 der OEF hat die NATO jetzt auch die Standing Naval Maritime Group 2 (SNMG 2) in die Region verlegt, um militärisch gegen Piraten vorgehen zu können. Im Dezember soll mit der EU-Mission ATALANTA nun der dritte große Militäreinsatz am Horn von Afrika beginnen. Sie wird die bereits im September eingerichtete EU-Koordinierungszelle EU NAVCO ablösen. Geht es nach dem Willen der Bundesregierung, wird sich die Bundeswehr neben den bereits im Rahmen der „Task Force 150“ und „SNMG 2“ eingesetzten Kriegsschiffen und Aufklärungsflugzeugen auch an ATALANTA beteiligen.

Unter dem Strich zeichnet sich ab, dass die bisherige Herangehensweise der UNO und einzelner Staaten zu kurz greift:

→ Auch drei Militärmissionen werden nicht einmal kurzfristig das Problem der Piraterie eindämmen können. Die zu überwachende Fläche ist viel zu groß, die Identifizierung von Piratenschiffen weder aus der Luft noch von See aus wirklich möglich. Obwohl im Rahmen von OEF bereits seit sechs Jahren der Golf von Aden überwacht wurde und die



- Kriegsschiffe zuletzt auch aktiv gegen Piraterie vorgingen, konnten keine nennenswerten Erfolge verbucht werden.
- Die gewählte Strategie von ad hoc Militäreinsätzen wird langfristig nicht zur Stärkung der Vereinten Nationen und dem Aufbau eines kooperativen Sicherheitssystems für internationale Gewässer führen.
  - Auch wenn sich, wie in Resolution 1816 betont, mit der Ausweitung des SRÜ auf Territorialgewässer kein Gewohnheitsrecht etablieren soll, droht Resolution 1816 zum Vorbild für zukünftige Maßnahmen zur Pirateriebekämpfung zu werden und damit eine Militarisierung der Pirateriebekämpfung zu etablieren und – ähnlich wie der „Krieg gegen den Terrorismus“ – rechtliche Grauzonen zu schaffen. Insbesondere in Deutschland droht die Piraterie instrumentalisiert zu werden für die Legitimation permanenter Auslandseinsätze und zur schleichenden Übertragung von polizeilichen Befugnissen auf die Bundeswehr.
  - Es besteht die Gefahr einer Ausweitung der Militärintervention auf das somalische Festland. Dies würde jegliche Chancen auf einen innersomalischen Friedensprozess zum Erliegen bringen und stattdessen zu einer weiteren Eskalation des Bürgerkrieges führen mit schrecklichen Konsequenzen für die Bevölkerung.

## ATALANTA: Militarisierung der Pirateriebekämpfung durch die EU

Nach Verabschiedung der UN-Sicherheitsratsresolution 1816 vom 2. Juni 2008 begann der Rat der EU die Vorbereitung einer Militärmission im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP). Als erste (schnell umzusetzende) Maßnahme richtete sie im September die Koordinierungsmission EU NAVCO ein. Ihre Aufgabe war die Koordinierung der verschiedenen militärischen Aktivitäten gegen Piraterie, die bereits am Horn von Afrika stattfinden. Am 10. November 2008 hat der Rat der Europäischen Union die Militärmission ATALANTA angenommen, die voraussichtlich im Dezember 2008 anlaufen wird. Die Koordinierungsmission wird dann in die neue Mission überführt.

Nach dem gegenwärtigen Stand werden sich wenigstens fünf Kriegsschiffe und an Bord stationierte Hubschrauber an dem Einsatz beteiligen. Hinzu kommt eine unbekannte Zahl von Unterstützungsschiffen. Ein Teil der Kosten für ATALANTA, etwa 8,3 Mio. Euro, werden über den ATHENA-Mechanismus gemeinsam von den EU-Staaten getragen. Die Gesamtkosten sind nicht bekannt. Die Bundesregierung hat bereits angekündigt, eine Fregatte zu stellen. Über den Gesamtumfang der deutschen Beteiligung gibt es noch keine verbindlichen Angaben. Es werden Zahlen zwischen 500 und 1.400 SoldatInnen genannt.

Zum Auftrag der EU-Mission gehören folgende Aufgaben:

- Schutz von Schiffen des Welternährungsprogramms (WEP), die Hilfslieferungen nach Somalia transportieren, entweder durch Geleitschutz oder Präsenz von bewaffneten Streitkräften an Bord dieser Schiffe;
- Schutz von Handelsschiffen, die vor der Küste Somalias fahren;
- Durchführung der erforderlichen Maßnahmen, einschließlich der Gewaltanwendung, zur Abschreckung, Verhütung und Beendigung von Piraterie-Vorfällen;
- Aufgriff, Festnahme und Überstellung von Piraten bzw. der Piraterie Verdächtigen, Beschlagnahmung von Piraten-

- schiffen oder von Piraten gekaperten Schiffen und den an Bord befindlichen Gütern;
- Überwachung der Gebiete vor der Küste Somalias, inklusive der somalischen Hoheitsgewässer;
- Kommunikation und Kooperation mit den Staaten und Organisationen, die in der Region Piraterie bekämpfen, insbesondere mit der Anti-Terror-Mission OEF.

Ungeklärt in dieser Planung ist bislang, wie ATALANTA die Vorgaben der UN-Sicherheitsratsresolutionen hinsichtlich einer Beteiligung der somalischen Übergangsregierung berücksichtigt. Flankierende zivile Initiativen der EU fehlen komplett. Darüber hinaus ist eine Reihe von Fragen ungeklärt, die vor allem rechtliche, aber auch andere Aspekte der Verhältnismäßigkeit des Einsatzes betreffen. Offen bleibt vor allem, wie die EU-Staaten gewährleisten wollen, dass bei der Festnahme mutmaßlicher Piraten und im weiteren Umgang internationale und nationale Rechtsstandards gewahrt bleiben, u.a. hinsichtlich der Überstellung von Festgenommenen an Drittstaaten. Ein weiterer besonders kritischer Aspekt ist die Unklarheit, welche Maßnahmen zur Verhütung und Vorbeugung gegen Piratenangriffe gestattet sind – wie nicht zuletzt der Vorfall unter Beteiligung der indischen Marine gezeigt hat, die mit der Versenkung eines vermeintlichen Piratenschiffes eindeutig gegen das SRÜ verstoßen hat. Ungeklärt ist auch der rechtliche Status von Soldaten und Waffensystemen, die auf Handelsschiffen stationiert werden und die Implikationen für den Status der zivilen Schiffe. Laut SRÜ sind zur Pirateriebekämpfung nur Militärschiffe befugt sowie Schiffe, die deutlich als im Staatsdienst stehend gekennzeichnet sind.

Der EU-Ratsbeschluss für die Militärmission ATALANTA öffnet Tür und Tor für eine willkürliche Vorgehensweise der EU-Staaten vor der Küste Somalias. Es ist deutlich zu erkennen, dass es nicht um den Schutz der lokalen Fischer und Handelsschiffahrt geht, sondern im Zweifelsfall um den Schutz von sogenannten hochwertigen Frachtschiffen, die Waren nach Europa transportieren. Vor allem aber verfolgt die EU mit ATALANTA beharrlich ihre Strategie, durch solche Missionen ihre militärische Handlungsfähigkeit zu demonstrieren und sich als Global Player zu etablieren – eine Strategie die z. B. im Kongo bereits zwei Mal zu keiner Verbesserung der Sicherheit und Lebensbedingungen geführt hat.

## Bundeswehr droht ihre Befugnisse bei der Pirateriebekämpfung zu überschreiten

### Völkerrechtliche Grundlagen für die Pirateriebekämpfung

Das maßgebliche völkerrechtliche Dokument für den Umgang mit Piraterie ist das Seerechtsübereinkommen (SRÜ) der Vereinten Nationen von 1982. Nach Artikel 105 SRÜ dürfen alle Staaten auf Hoher See, nicht aber in territorialen Gewässern, ein Seeräuberschiff aufbringen, die Personen an Bord des Schiffes festnehmen und die Vermögenswerte beschlagnahmen. Berechtigt sind hierzu gem. Art. 107 SRÜ Kriegsschiffe oder andere Schiffe, die deutlich als im Staatsdienst stehend gekennzeichnet und als solche erkennbar sind und die hierzu befugt sind. Eine Ermächtigung zum Versenken von Piratenschiffen enthält das SRÜ nicht.

Der Sicherheitsrat der UN hat mit der Zustimmung Somalias die Resolutionen 1818 und 1838 verabschiedet, welche



die Staaten, die mit der somalischen Übergangsregierung zusammenarbeiten, ermächtigt, innerhalb der Hoheitsgewässer Somalias alle notwendigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Piraterie entsprechend dem einschlägigen Völkerrecht auf Hoher See anzuwenden. Die Befugnisse des Art. 105 SRÜ werden damit quasi auf die somalischen Hoheitsgewässer ausgedehnt.

Problematisch ist in diesem Zusammenhang, dass der Sicherheitsrat die Resolutionen auf Kapitel VII der Charta stützt. Voraussetzung hierfür ist nämlich eine Friedensbedrohung bzw. -bruch oder eine Angriffshandlung. Dies ist bei Piraterie aber nicht gegeben. Gemäß Art. 101 SRÜ ist sie eine geografisch begrenzte Form gewöhnlicher Kriminalität wie Raub, Freiheitsberaubung etc. Statt einer Bedrohung für den internationalen Frieden dürfte eher die Sicherheit der internationalen Schifffahrt bedroht sein. Die Feststellung des Sicherheitsrats, dass die Vorfälle von Seeräuberi in den Hoheitsgewässern Somalias „die Situation in Somalia verschärfen, die nach wie vor eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit in der Region darstellt“ ist unzutreffend.

Art. 107 SRÜ überlässt es den Staaten, mit welchen Instrumenten sie gegen Piraterie vorgehen. So hat ein Staat durchaus völkerrechtlich die Möglichkeit, sein Militär bei der Bekämpfung von Piraterie einzusetzen. Nach französischem und dänischem Recht ist es beispielsweise möglich und üblich, Militär für polizeiliche Zwecke einzusetzen.

### Verfassungsrechtliche Rahmenbedingungen für den Einsatz der Bundeswehr bzw. Bundespolizei in der Pirateriebekämpfung

In Deutschland ist der Einsatz von Militär für polizeiliche Zwecke verfassungsrechtlich ausgeschlossen. Art. 87a GG sieht eine strikte Trennung von polizeilichen und militärischen Aufgaben vor. Nach deutschem Recht liegt die Zuständigkeit für Seeräuberi bei der Bundespolizei. Aus dem Zusammenspiel mehrerer Normen (§ 1 Nr. 3d) Seeaufgabengesetz i.V.m. § 1 Nr. 2a ZustBV See, § 6 des Bundespolizeigesetzes (BPolG)) lässt sich diese Zuständigkeit als ausschließliche herleiten. Während die Pirateriebekämpfung in den Zuständigkeitsbereich der Polizei fällt, darf die Bundeswehr nur im Verteidigungsfall eingesetzt werden. Es wird argumentiert, dass im Rahmen der Amtshilfe (Art. 35 GG) der Einsatz von Militär für polizeiliche Zwecke möglich ist. Allerdings ist mehr als fraglich, ob dies auf Auslandseinsätze anwendbar ist. Abgesehen davon, dass ein Einsatz der Bundespolizei vor Somalia derzeit nicht geplant ist, dürften die Streitkräfte im Rahmen des Art. 35 GG lediglich als Polizeikräfte zur Verfügung gestellt werden, d.h. ohne militärische Ausrüstung (BVerfG, Urteil vom 15.2.2006).

Ein Bundeswehreinsatz mit polizeilichem Charakter kann auch nicht auf Art. 24 GG gestützt werden, da eine „ausdrückliche“ Zulassung in Art. 87a GG fehlt. Vielmehr ist davon auszugehen, dass der ratio legis nach die in Art. 87a GG geregelte Trennung von Polizei- und Militäraufgaben auch für Auslandseinsätze gilt. Selbst die Bundesregierung sieht diese „Rechtsunsicherheit“, die sie ggfls. mit einer Verfassungsänderung klären möchte. Von Art. 24 GG wären im Übrigen nur Bundeswehreinsätze im Rahmen eines NATO-, UN- oder EU-Einsatzes gedeckt, keine unilateralen Einsätze.

Da das Grundgesetz Vorrang vor dem Seerechtsübereinkommen hat, bestehen verfassungsrechtliche Bedenken

auch im Hinblick auf Art. 104 GG, der den Umgang mit festgenommenen Personen regelt. Festnahmen sind von der Polizei durchzuführen, nicht von Soldaten. Selbst wenn die Kriegsschiffe Polizisten an Bord haben, um Festnahmen durchzuführen, wie derzeit diskutiert wird, können die Normen des Art. 104 nicht erfüllt werden: Erteilung einer richterlichen Anordnung bzw. zügiges Nachholen sowie die Vorführungs- und Anhörungspflicht durch einen Richter spätestens am Tag nach der Festnahme (Richtervorbehalt). Dies wäre schon aufgrund der geografischen Entfernung zwischen dem Einsatzgebiet und Deutschland nicht zu bewerkstelligen.

Gleichzeitig räumt die Bundesregierung ein, dass die Bundeswehr den Verpflichtungen aus dem SRÜ zur Nothilfe durchaus nachkommen kann. Sie bestätigt außerdem, dass das im Rahmen der OEF vor der Küste Somalias stationierte Kriegsschiff „Emden“ während seiner Einsatzzeit mehrfach Nothilfe bei Piratenüberfällen geleistet hat – wobei bis heute nicht abschließend geklärt ist, ob dabei das Mandat überschritten wurde.

Die bestehende Gesetzeslage ist für die Nothilfe im Sinne des SRÜ bei Piraterie ausreichend. Eine über die Nothilfe hinausgehende Piratenabwehr und -bekämpfung wäre demnach Aufgabe der Polizei, sei es für den Begleitschutz von Handelsschiffen oder für die Verfolgung und Verhaftung von Piraten. Vertreter von Bundeswehrverbänden und Politiker von CDU, SPD und FDP bemängeln die Einsatzbeschränkungen für die Bundeswehr, die lediglich die Nothilfe, nicht aber ein aktives militärisches Vorgehen gegen Piraten sowie den militärischen Schutz von Handelsschiffen zulassen. Sie fordern Abhilfe, wenn nötig auch durch eine Grundgesetzänderung der Art. 87a und 35.

Dabei wird das Piraterieproblem für die Durchsetzung anderer Interessen missbraucht:

- Der Einsatz der Bundeswehr gegen Piraten ist ein Türöffner für die Aufhebung der strikten Trennung zwischen Militär- und Polizeiaufgaben und den Einsatz der Bundeswehr auch im Innern. Änderungen der Art. 87a und 35 werden seit längerem vorangetrieben.
- Piraterie wird instrumentalisiert, um den Einsatz der Bundeswehr zum Schutz strategischer Seetransporte zu legitimieren.
- Pirateriebekämpfung wird zum Vorwand für Beschaffungsvorhaben (aktuell: Anschaffung einer militärisch hochgerüsteten Fregatte Typ F 125).
- Die aktive Beteiligung an der EU-Mission dient der Bundesregierung zur Festigung und Stärkung der Rolle Deutschlands in der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP).

### Alternative Strategien zur Bekämpfung von Piraterie

Neben verfassungs- und völkerrechtlichen Bedenken sind es vor allem politische Erwägungen, die gegen eine militärische Bearbeitung des Piraterieproblems sprechen. Vertreter der Bundesmarine, der Reedereiverbände, selbst die Befürworter eines Militäreinsatzes sind sich darin einig, dass sich die strukturellen Ursachen von Piraterie nicht militärisch beseitigen lassen. Selbst kurzfristig werden die Kriegsschiffe vor der somalischen Küste nur wenig gegen Piraterie ausrichten können.



Gerade der Fall der Piraterie vor Somalia zeigt, wie sehr diese Form der (organisierten) Kriminalität durch eine Vielzahl von gesellschaftlichen Faktoren geprägt wird: De facto gibt es kein einheitliches Staatsgefüge und keine staatliche Autorität. Neben der somalischen Übergangsregierung kontrollieren die Regime in Puntland und Somaliland Teile des somalischen Staatsgebiets. Weder existiert eine Küstenwache noch eine funktionierende Gerichtsbarkeit, die diese Formen der Kriminalität ahnden kann. Mehr als 15 Jahre Bürgerkrieg, Überfischung und illegaler Fischfang haben den Fischereisektor geschwächt. Die Verarmung der somalischen Bevölkerung erhöht die Attraktivität illegaler Erwerbsquellen, wozu neben der Piraterie auch der Waffenschmuggel zählt. Lediglich zwischen Juni und Dezember 2006, als die Union Islamischer Gerichte (UIG) die Macht im Land übernommen hatte, sind die Piraterie-Vorfälle drastisch zurückgegangen. Sie haben seit 2007 wieder zugenommen, nachdem äthiopische Truppen mit Unterstützung der USA die UIG vertrieben haben und sich die Sicherheitslage im Land wieder massiv verschlechterte. Da vor allem Binnenfaktoren Einfluss auf die Entwicklung der Piraterie haben, kann eine Lösung des Piraterie-Problems nicht ohne Einbeziehung der Akteure in Somalia erreicht werden.

Unserer Auffassung nach ist daher der derzeit von der UNO, der EU und der NATO verfolgte Ansatz einer kurzfristigen militärischen Abschreckungsstrategie nicht sinnvoll und droht eine falsche Praxis als Gewohnheitsrecht zu etablieren. Es versperrt den Blick auf die notwendigen Maßnahmen, die jetzt schnell angegangen werden müssen. Es wäre im Interesse aller Staaten und vor allem der somalischen Bevölkerung, wenn der folgende Katalog von Sofortmaßnahmen und langfristigen Maßnahmen umgesetzt werden würde:

1. Beendigung der militärischen Intervention in Somalia. Sofortiger Abzug der noch in Somalia befindlichen äthiopischen Truppen und Einstellung von Angriffen der USA und anderer OEF-Staaten auf das somalische Festland.

2. Sofortige Aufnahme von Verhandlungen, wie von Ministerpräsident Adde gewünscht, aber von Staatspräsident Yussuf blockiert, mit allen politischen Akteuren des Landes. Bildung einer möglichst repräsentativen Regierung, die nicht zuletzt die Islamischen Gerichtshöfe einbeziehen muss.

3. Einrichtung einer temporären internationalen Küstenwache unter Beteiligung der Staaten der Region und unter Führung der UNO und der Afrikanischen Union mit technischer Unterstützung der EU vor allem im Bereich Kommunikation und Informationsaustausch. Die Beteiligung der somalischen Autoritäten muss bei allen Maßnahmen der UNO und anderer Organisationen zur Herstellung der Seesicherheit gewährleistet werden.

4. In der Übergangszeit ist die Sicherheit der Seeschifffahrt durch Ausweichen (Südafrika), durch geringere Beladung (Erschwerung des Kaperns) und durch passive Schutzmaßnahmen auf den Schiffen zu gewährleisten.

5. Intensivierung der Anstrengungen der Anrainerstaaten des Roten Meeres und des Golfs von Aden zur Durchsetzung des Waffenembargos gemäß den Vorgaben des UN Sanktionskomitees.

6. Dialog mit den politischen Autoritäten in Somaliland und Puntland über eine Unterbindung der Piraterie in dieser Küstenregion.

Parallel zur Umsetzung der Sofortmaßnahmen müssen eine Reihe von längerfristig angelegten Initiativen in Angriff

genommen werden, um die strukturellen Ursachen für Piraterie zu beseitigen. Diese sollten sich auf die folgenden vier Bereiche konzentrieren:

1. **Stärkung der Rolle der internationalen Organisationen bei der Bekämpfung der Piraterie.** Internationale Polizeieinsätze gegen Piraterie auf Hoher See müssen bis zu einer Weiterentwicklung des Seerechtsübereinkommens und einer Vereinbarung über ein kollektives Seesicherheitssystem in den internationalen Gewässern von der UNO geführt werden. Die UNO ist aufgefordert, unter Einbeziehung der Internationalen Schifffahrtsorganisation und auf Grundlage des Übereinkommens zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Seefahrt, die rechtlichen Grundlagen für die Übertragung der Zuständigkeit für Piraterie-Straftaten auf den Internationalen Seegerichtshof zu erarbeiten.

2. **Unterstützung für den Aufbau regionaler Kapazitäten, diese Form der Kriminalität erfolgreich zu bekämpfen.** Piraterie ist in erster Linie ein regionales Problem der Kriminalität. Nur funktionierende regionale Strukturen erlauben eine effektive Bekämpfung der Piraterie. Die Kooperation zwischen Indonesien und Malaysia in der Straße von Malakka oder das Programm der IMO im Golf von Guinea zeigen, dass Fortschritte erzielt werden können. Vor diesem Hintergrund ist das von Ägypten initiierte Treffen der Anrainerstaaten am Roten Meer Mitte November ein erster wichtiger Schritt. Wichtige Teilmaßnahmen sind der Aufbau gemeinsamer Beobachtungszentren und die Vereinbarung einheitlicher rechtlicher und polizeilicher Verfahrensstandards. Die Durchführung regelmäßiger Übungen und Modernisierung der Ausstattung der Küstenwache müssen unterstützt werden. Aufgrund der engen Verquickung von Piraterie zu anderen Formen der Kriminalität, wie z. B. dem Waffenschmuggel, sollten auch in diesem Bereich die Anstrengungen verstärkt werden und der Informationsaustausch zwischen den Behörden verbessert werden. Vor allem die NATO-Staaten und andere europäische Staaten, wie die Ukraine, sind in der Pflicht, durch eine restriktive Rüstungsexportpolitik und Umsetzung des Waffenembargos die Voraussetzungen für den Handel von Kleinwaffen und leichten Waffen in der Region zu minimieren.

3. **Förderung der politischen Bemühungen um eine Beendigung des internen Konflikts.** Piraterie profitiert vom Bürgerkrieg und der Abwesenheit handlungsfähiger staatlicher Institutionen. Die Bemühungen müssen darauf ausgerichtet sein, nach dem Abzug der äthiopischen Truppen den innersomalischen Friedensprozess wieder in Gang zu bringen. Die Arbeit des UN-Sondergesandten ist zu unterstützen. Parallel dazu sollte nach neuen Wegen gesucht werden, die politische Führung in Puntland und Somaliland einzubinden und auch die Unterstützerstaaten dieser Regime zu einer kooperativen Politik zu bewegen. Die Afrikanische Union und die UNO müssen zudem dafür sorgen, dass im Rahmen des Friedensprozesses auch der Schutz der Menschenrechte gewährleistet wird.

4. **Unterstützung des wirtschaftlichen Wiederaufbaus und des Aufbaus funktionsfähiger staatlicher Strukturen.** Die Attraktivität der Piraterie in der somalischen Bevölkerung ist eine Funktion des wirtschaftlichen Niedergangs – insbesondere in den Küstenregionen- und des Zerfalls staatlicher Institutionen. Es gibt derzeit keine funktionsfähige Küstenwache, keine Hafenschutzpolizei, keine funktionierende Hafen- und Seeschifffahrtsverwaltung sowie kein funktio-



nierendes Rechtssystem. Hier muss mit Hilfs- und Wiederaufbauprogrammen angesetzt werden. Zu den vorrangigen Aufgaben gehört der Aufbau einer Küstenwache und eines funktionierenden Rechtssystems sowie eines adäquaten Zugangs der Bevölkerung zur Bildung. Als Konsequenz des etwa seit 20 Jahren andauernden Bürgerkrieges waren die somalischen Behörden außerstande, ihre Nutzungsrechte in ihrer Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) vor der Küste Somalias durchzusetzen. Fischfangflotten aus Europa und Asien haben daraus ihren Nutzen gezogen, illegale Fischfangflotten gefährden bis heute nicht nur den Fischbestand sondern damit auch die Existenzgrundlage der somalischen Küstenbevölkerung. Somalia muss wieder eingebunden werden in regionale Abmachungen zur Nutzung der maritimen AWZ. Die EU sollte wenigstens vorübergehend restriktive Fangquoten für ihre Fischfangflotten im Indischen Ozean vereinbaren und gemeinsam mit den Staaten der Region ein Maßnahmenpaket gegen illegale Fischfangflotten entwickeln. Vor Ort sollten im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit sowohl Programme für die Modernisierung der somalischen Fischfangflotte durchgeführt werden als auch ergänzende Maßnahmen für die Reintegration und Ausbildung ehemaliger Fischer.

## Die aktuelle politische, militärische und humanitäre Situation in Somalia

Von Hüseyin Aydın, MdB, DIE LINKE, Obmann im Bundestagsausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

### Zusammenfassung

Mit dem jüngst abgeschlossenen Abzug der äthiopischen Armee (ENDF) aus Süd- und Zentralsomalia und der Wahl von Sheikh Sharif Sheikh Ahmed am 31.1.2009 steht das Land am Horn von Afrika erneut an einem kritischen Punkt in seiner nun 18 Jahre dauernden Bürgerkriegsgeschichte. Während sich die internationale Diplomatie vor allem auf das Problem der Piraterie an Somalias Küsten konzentriert, entgehen ihr die entscheidenden innenpolitischen Entwicklungen. Weite Teile des Landes befinden sich unter der Kontrolle von islamistischen Gruppen, deren erneuter Machtübernahme nach ihrer kurzen Regierungszeit zwischen Juni und Dezember 2006 nichts mehr im Wege zu stehen scheint. Allein der Zerfall der bisher relativ geeinten Guerilla-Bewegung, die aus der Union Islamischer Gerichtshöfe (ICU) hervorgegangen ist, aufgrund von Clan-Konkurrenzen sowie der fortgesetzten außenpolitischen Einflussnahme (vor allem aus Äthiopien und Eritrea) könnte die Etablierung eines islamischen Staates mit einer Scharia-Gerichtsbarkeit verhindern. In der letzten Januarwoche übernahmen die Milizen die Kontrolle über Baidoa, Sitz des Parlaments.

Das auf 550 Sitze vergrößerte Interim-Parlament tagte in dieser Zeit im benachbarten Djibouti und wählte den Anführer der gemäßigt islamistischen ARS-D, Sheikh Sharif Sheikh Ahmed, zum Übergangspräsidenten. Gleichzeitig wurde die Legislaturdauer bis 2011 ausgeweitet. Sowohl Parlament als

auch Präsident sind für das tatsächliche politische Geschehen allerdings von sehr eingeschränkter Relevanz. Die Regierung ist geprägt durch Korruption, fehlende Durchsetzungskraft, innere Konkurrenzkämpfe und mangelnde Kontrolle über ihre Sicherheitskräfte und affilierte Milizen, denen zahlreiche Verbrechen zur Last gelegt werden. In der Gesellschaft Somalias, die stark auf Clan-Zugehörigkeiten basiert, genießt sie sehr geringen Rückhalt.

Trotzdem setzen internationale Akteure wie die EU, die USA und die UN weiterhin auf die Unterstützung der TFG. Die Hilfe, die dem Polizeiapparat der TFG über das UN-Entwicklungsprogramm UNDP zukommt und die die EU ausweiten möchte, zieht die Kritik einer Reihe von Beobachtern auf sich. Die Strategie der internationalen Akteure zum Aufbau von zentralstaatlichen Institutionen in Somalia muss als gescheitert angesehen werden. Im Moment ist nicht zu erkennen, welche politischen Alternativen es jenseits eines stark vom islamistischen Fundamentalismus geprägten Staates, der fortgesetzten Konfrontation der bewaffneten Gruppen oder der ausländischen Okkupation geben könnte.

### Jüngste Entwicklungen

Die im Dezember 2006 nach Somalia einmarschierten äthiopischen Truppen (ENDF) sind offiziellen Verlautbarungen aus Addis Abeba zufolge inzwischen vollständig aus Somalia abgezogen. Es ist davon auszugehen, dass sich Äthiopien über die Unterstützung von ausgewählten Warlords und möglicherweise auch mit direkten militärischen Interventionen seine Einflussmöglichkeiten erhalten wird.

Der Rücktritt des Präsidenten der Transitional Federal Government (TFG), Abdullahi Yusuf Ahmed, am 29.12.2008 kam auch auf Druck der IGAD-Staaten, der EU und der USA zustande. Vorausgegangen waren monatelange Spannungen zwischen Yusuf einerseits und dem Premierminister Nur Hassan „Adde“ Hussein sowie dem Übergangsparlament andererseits. Gemäß des 2008 in Djibouti ausgehandelten Abkommens wird die Zahl der Sitze im Übergangsparlament auf insgesamt 550 erhöht. 200 Sitze sind für den gemäßigten Flügel der Islamisten, die „Djibouti-Fraktion“ der Alliance for the Re-liberation of Somalia (ARS), reserviert; dazu kommen 75 Vertreter von NGOs und aus der Diaspora. Am 31.1.2009 wurde Sheikh Sharif Sheikh Ahmed, der Anführer der ARS-D, vom Parlament zum neuen Interimpräsidenten gewählt.

Aufständische haben im Laufe des Abzugs der ENDF am 24.1.2009 einen erneuten Selbstmord-Anschlag verübt, der sich gegen die im Land stationierten AU-Soldaten richtete. Dabei wurden 17 Menschen getötet. Zudem nahmen sie die Stadt Baidoa, in der das Übergangsparlament seinen Sitz hat, sowie verlassene Stützpunkte der äthiopischen Armee ein.

Gegen die aktivste und militärisch bedeutsamste Rebellengruppe Somalias, Al-Shabaab, die weite Teile Süd- und Zentralsomalias kontrolliert, richtet sich seit einigen Wochen der Widerstand einer anderen religiösen Gruppierung namens Ahlu Sunnah Wal Jamaee'a vor allem in der Region Galgaduud. Sie soll angeblich Unterstützung aus Äthiopien erhalten. Dutzende Menschen wurden um die Jahreswende bei Gefechten zwischen diesen Gruppen getötet. Auch in anderen Regionen entstehen weitere islamische bewaffnete Milizen.



## Die Kriegsparteien

### ● Transnational Federal Government (TFG) und ihre Verbündeten

Die politische Stellung der Übergangsregierung stellt sich seit ihrem Amtsantritt Ende 2004 als außerordentlich schwach dar. Die Sicherheitskräfte der TFG kontrollieren nunmehr lediglich einige wenige Straßenzüge in Mogadishu. Die Regierung verfügt über verschwindend geringe Legitimation in der Bevölkerung. Seit der Machtübernahme der Islamic Courts Union (ICU) im Juni 2006 war die TFG maßgeblich von der Unterstützung Äthiopiens und dessen Truppen abhängig. Die Sicherheitsorgane der TFG stehen zum großen Teil unter der Führung von ehemaligen Warlords und agieren weitgehend autonom. Darüber hinaus sind Milizen unter der Führung einflussreicher Politiker im Bündnis mit der TFG aktiv.

Die ENDF intervenierte im Dezember 2006 auf Einladung der TFG, um die ein halbes Jahr zuvor errichtete Herrschaft der ICU zu stürzen. Die ENDF erhielt dabei logistische Unterstützung sowie geheimdienstliche und militärisch relevante Informationen durch die USA. Extremisten innerhalb der ICU hatten zuvor mit Gebietsansprüchen auf die Teile Äthiopiens, Kenias und Djiboutis, die von ethnischen Somalis bewohnt sind, Erinnerungen an den Ogaden-Krieg (1977–78) heraufbeschworen. Zudem befürchtete Äthiopien den Aufschwung der von Somalia aus unterstützten Rebellenbewegungen auf seinem Territorium.

Laut Mandat der AU vom Januar 2007 und mit Zustimmung des UN-Sicherheitsrates können in Somalia von den Mitgliedsländern im Rahmen der Militärmission AMISOM bis zu 8 000 Soldaten stationiert werden. Es befinden sich derzeit jedoch lediglich 3 400 Soldaten aus Uganda und Burundi im Land. Weitere Kontingente aus diesen Ländern sowie aus Nigeria wurden angekündigt. Die Aktivitäten von AMISOM beschränken sich auf die Sicherung des See- und des Flughafens in Mogadishu sowie die Bewachung von Regierungsgebäuden. AMISOM wurde in der Vergangenheit wiederholt Ziel von Angriffen der Aufständischen und wird aufgrund ihrer Unterstützung für die TFG als Kriegspartei angesehen.

### ● Aufständische Gruppen

Der Widerstand gegen die äthiopische Besatzung und die TFG genießt in weiten Teilen der Bevölkerung erheblichen Rückhalt, auch wenn die extremen Strategien von einem Teil der Akteure auch zu einer Entfremdung geführt haben. Nach der Vertreibung der ICU aus Mogadishu im Dezember 2006 spaltete sich die islamistische Bewegung in verschiedene Gruppen, die zum Teil kooperieren, zum Teil konkurrieren. Im Zuge des Krieges kam es während der vergangenen anderthalb Jahre zu einer Radikalisierung und der Ausbreitung von anti-amerikanischen Einstellungen sowohl in der Bevölkerung als auch bei den aufständischen Gruppen. Die Finanzierung der Rebellen umfasst Überweisungen aus Eritrea, von privaten Gebern aus der islamischen Welt sowie aus der somalischen Diaspora. Rein kriminelle Gruppen ohne politische Ambitionen sind oft kostenneutrale Unternehmungen, die sich durch Piraterie, Entführungen, Raub und Wegelagerer finanzieren.

Die heute militärisch aktivste islamistische Gruppe, Al-Shabaab, wurde 2003 als Kampftruppe der ICU gegründet. Bis zu seiner Tötung durch einen US-amerikanischen Rake-

tenangriff im Mai 2008 leitete der in einem afghanischen Taliban-Camp ausgebildete Aden Hashi „Ayro“ die Miliz. Zu ihren Strategien im Kampf gegen die äthiopischen Besatzer zählen Bomben-, Auto- und Selbstmordanschläge, die Ermordung von vermeintlichen und tatsächlichen Sympathisanten der TFG, Einschüchterung, Raketenangriffe auf TFG-Truppen etc. Die Gruppe, die einer salafistisch-jihadistischen panislamischen Ideologie anhängt, tritt für eine strenge Auslegung der Scharia ein und wendet diese in von ihr gehaltenen Gebieten, das heißt momentan in weiten Teilen Süd- und Zentralsomalias, auch an. Diese in Somalia relativ neue Ideologie stellt das einigende Band zwischen den verschiedenen Kommandos von Al-Shabaab dar, die darüber hinaus stark auf Clan-Identitäten beruhen. Es bestehen Verbindungen zwischen der Gruppe und extremen Islamisten in Nahost, Pakistan, Afghanistan und afrikanischen Ländern. Die Ideologie von Al-Shabaab steht allerdings im Widerspruch zu lokalen islamischen Traditionen, was sowohl zum Entstehen konkurrierender islamischer Rebellengruppen als auch zu einem Rückgang der Unterstützung in der Zivilbevölkerung geführt hat. Al-Shabaab wurde im April 2008 von der US-Regierung als terroristische Organisation eingestuft.

Nach der Vertreibung der ICU aus Mogadishu im Dezember 2006 ließ sich ein großer Teil der ICU-Spitze im Exil in Eritreas Hauptstadt Asmara nieder. Zu ihnen stießen Parlamentarier des Übergangsparlaments, die die Invasion Äthiopiens ablehnten, Personen aus der Diaspora und somalischen gesellschaftlichen Gruppen. Dieser Kreis gründete im September 2007 die Alliance for the Re-liberation of Somalia (ARS). Die ARS spaltete sich nach dem Beginn der Friedensgespräche in Djibouti in einen Flügel, der diese Verhandlungen befürwortete und daran teilnahm (ARS Djibouti), und einen Flügel, der jegliche Gespräche vor dem Abzug Äthiopiens ablehnte (ARS Asmara). Der Vorsitzende der ARS-D und neue Interimpräsident, Sheikh Sharif Sheikh Ahmed, sowie andere hochrangige Funktionäre kehrten Ende Dezember 2008 nach Mogadishu zurück. Nach Expertenangaben verfügt vor allem die Djibouti-Fraktion über nur geringen Einfluss auf die kämpfenden Einheiten in Somalia.

Neben diesen Gruppen agieren weitere am Islam orientierte Organisationen. Dazu zählen unter anderem Raskomboni, Anole, Ansaaru Summah und Jabhal Islamiya. In den vergangenen Monaten haben sich außerdem aufgrund der erhöhten Aktivität von Al-Shabaab und im Widerspruch zu deren strikter Auslegung des Islam, die keinen Platz lässt für spezielle somalische Traditionen, eine Reihe von Gruppen gebildet, die sich sowohl gegen die Einflussnahme Äthiopiens als auch gegen Al-Shabaab richten. Diese werden nach Ansicht von Al-Shabaab von Äthiopien unterstützt. Die Größe und Stärke der neuen islamischen Gruppen ist momentan schwer abzuschätzen, auf Seiten von Al-Shabaab kämpfen zwischen 2 000 und 3 000 Aufständische.

## Militärische Situation

Die verschiedenen islamistischen Rebellengruppen konnten in den vergangenen Monaten weite Teile von Zentral- und Südsomalia unter ihre Kontrolle bringen und sind derzeit militärisch so stark wie vor der Invasion Äthiopiens. Die Übergangsregierung und verbündete Milizen befinden sich nach dem Abzug der ENDF in der Defensive. Es wird abzuwarten sein, ob die angekündigte Verstärkung der AMISOM umge-



setzt wird und ob sie dieses Defizit ausgleichen kann. Allein zur Sicherung Mogadishus würde AMISOM nach Erklärungen ihrer Kommandeure ca. 17 000 Mann benötigen. Würde die AU-Mission verstärkt, wäre sie noch stärker als bisher das Ziel der islamistischen Rebellen.

Zugleich droht nach dem Verlust des gemeinsamen Gegners der Zerfall der islamistischen Gruppen in konkurrierende Milizen, denn die gemeinsame Religion überdeckt oft äußerst relevante Clan-Identitäten und lokale Begehrlichkeiten. Es ist davon auszugehen, dass sowohl Äthiopien als auch Eritrea ihnen verbundene Organisationen weiterhin massiv finanziell und logistisch unterstützen werden. Der Stellvertreterkrieg zwischen diesen verfeindeten Staaten auf somalischem Boden ist eine wichtige Komponente der Kriegssituation.

## Humanitäre Situation

Nach Angaben lokaler Menschenrechtsgruppen verloren zwischen 2007 und 2008 um die 16 000 Somalis aufgrund des Krieges das Leben, mehr als 30 000 Menschen wurden verletzt. 3,2 Millionen Somalis sind auf humanitäre Nothilfe angewiesen. Während der vergangenen neun Monate flohen 870 000 Menschen, vor allem aus Mogadishu. Insgesamt befinden sich im Land 1,1 Millionen Menschen auf der Flucht. Das seit 17 Jahren bestehende Flüchtlingscamp Dabaab im Nordosten Kenias ist das größte weltweit. Es beherbergt ungefähr 250 000 somalische Flüchtlinge. Mehr als eine Million Somalis leben außerhalb des Landes.

Angestellte von NGOs wurden in den vergangenen Monaten immer wieder Ziel von Mordanschlägen und Entführungen. 2008 wurden 24 Helfer, 20 von ihnen Somalier, während ihrer Arbeit getötet. Zehn weitere wurden verschleppt. Neben den Angriffen der islamistischen Aufständischen wird die Arbeit der Hilfsorganisationen auch durch die Beamten der TFG behindert, die in der Versorgung von Vertriebenen eine Unterstützung für die Aufständischen sehen.

Die humanitäre Lage wird verschärft durch den rasanten Preisanstieg für Nahrungsmittel, vor allem Reis, seit Anfang 2008. Der Wert des somalischen Schillings brach zudem drastisch ein, was unter anderem durch das illegale Drucken neuer Banknoten begünstigt wurde.

Nach einem kürzlich veröffentlichten Bericht von Human Rights Watch (HRW) nahmen weder Aufständische noch die Regierungstruppen oder die ENDF während des jüngsten Krieges Rücksicht auf die Zivilbevölkerung. Allen Seiten legt HRW Verbrechen wie Mord, Vergewaltigung, Körperverletzung und Verschleppung zur Last. Das Verhalten der ENDF, das zu Beginn der Invasion noch akzeptabel gewesen sei, habe sich im Laufe der Zeit rapide verschlechtert.

## Politische Entwicklungen

Der Rücktritt des Präsidenten Abdullahi Yusuf Ahmed im Dezember 2008 kam einerseits auf internationalen Druck der IGAD-Mitgliedsländer, speziell Kenia und Äthiopien, zustande. Andererseits trugen innenpolitische Auseinandersetzungen, insbesondere mit dem Premierminister Nur Hassan „Adde“ Hussein und Teilen des Übergangsparlamentes, zum Rücktritt bei. Adde hatte im Juli 2008 aufgrund von Korruptionsvorwürfen den Bürgermeister von Mogadishu, Mohamed Dhere, einen engen Verbündeten von Yusuf, entlassen. Die-

ser wiederum entließ einige Monate später seinen Premierminister und ernannte einen neuen, was jedoch am Widerstand von Teilen des Parlamentes scheiterte und rückgängig gemacht werden musste.

Das Abkommen von Djibouti, das im November 2008 zwischen der TFG und der ARS-D unterzeichnet wurde, sieht eine Machtteilung zwischen den beiden Akteuren und den Abzug der äthiopischen Truppen vor. Die ARS-D und gesellschaftliche Gruppen sowie Diaspora-Vertreter sollen insgesamt 275 Sitze im Übergangsparlament zugewiesen bekommen, was die Größe der Legislative auf 550 Mitglieder anschwellen lässt (Einwohnerzahl Somalias: ca. 10 Mio.). Es soll nach dem Zusammenkommen die parlamentarische Führung einschließlich eines neuen Sprechers und Präsidenten ernennen. Zudem soll eine gemeinsame Polizeitruppe aufgestellt werden. In einer ersten gemeinsamen Presseerklärung forderten Mitte Dezember der Premierminister und der Vorsitzende der ARS-D den Einsatz einer UN-Truppe. Da das Abkommen nur mit einer Fraktion der ARS getroffen wurde und die Al-Shaabab sowie die meisten übrigen in Somalia kämpfenden Gruppen nicht zur Teilnahme bereit waren, ist es von eingeschränkter Bedeutung für die politische und militärische Realität in Somalia.

## Piraterie

Die Aktivitäten von Piraten haben seit Mitte 2007 in der autonomen Region Puntland sowie in Zentralsomalia rapide zugenommen. Piraterie stellt in den Gewässern vor Somalia seit mindestens zehn Jahren ein Problem dar. Zu ihrem Aufkommen hat die illegale Überfischung der Gewässer des Landes durch asiatische, afrikanische und europäische Trawler sowie die Entsorgung von giftigem Abfall erheblich beigetragen. Die gesamten Lösegeldzahlungen für 2008 wurden auf zwischen 18 und 30 Millionen US-Dollar geschätzt. Insgesamt sollen zwischen 1 000 und 1 500 Personen in zwei übergreifenden Netzwerken beteiligt sein.

Inzwischen kursieren in den Gewässern vor Somalia ungefähr 20 Kriegsschiffe der Nato, EU, Chinas, Russlands und Indiens zur Bekämpfung der Piraterie. Der Erfolg dieser Anti-Piraten-Einsätze wird allerdings sehr unterschiedlich bewertet. Wie die Financial Times Deutschland am 18.1.2009 berichtete, wurden in der ersten Januarhälfte im Golf von Aden bereits 14 Schiffe angegriffen und zwei Frachter entführt. Ende Januar kam es zudem zur Entführung des Frachters „Longchamp“, der unter dem Management der Hamburger Firma Bernhard Schulte fährt. Ein Sprecher der Einsatzführungskommandos der Bundeswehr in Potsdam sagte der FTD, die Piraten würden aggressiver als bisher vorgehen und schneller von der Schusswaffe Gebrauch machen. Nach Informationen eines Fregattenkapitäns an den Tagesspiegel werden nun auch Kalaschnikows und Panzerfäuste eingesetzt. Außerdem hätten die Piraten offenbar Zugriff auf das Automatische Identifikationssystem und seien deshalb bestens über die Position und Ladung von Schiffen sowie die Entfernung von Kriegsschiffen informiert. Das bundesdeutsche Mandat für die Operation „Atalanta“ sieht den Einsatz von bis zu 1 400 Soldaten vor.

Sowohl die UN als auch andere Experten gehen davon aus, dass hohe Beamte der Regierung Puntlands sowie der aus dieser Region stammende Ex-Präsident Yusuf Zuteilungen aus dem Lösegeld der Entführer erhalten. Die Beziehung



zwischen Piraten und Islamisten wird widersprüchlich analysiert. Einige Berichte stellen eine Verbindung zwischen ihnen her, andere beschreiben die Islamisten als entschiedene Gegner der Piraterie. Es bestehen Überschneidungen zwischen der Piraterie, dem Waffen- und dem Menschenschmuggel.

Die finanzielle Anziehungskraft der Piraterie in der bettelarmen Region ist enorm. Viele Fischer haben ihr Einkommen durch die illegale Überfischung verloren. Die beachtlichen nautischen Kenntnisse der Kidnapper sollen auch daher rühren, dass ihnen Personen angehören, die von der Regierung und internationalen Consulting-Firmen zu Küstenwachen ausgebildet wurden. Sie sind zum Teil mit GPS-Systemen und Mobiltelefonen ausgerüstet und verfügen offensichtlich über ein Netzwerk von Informanten in den Häfen der Golfstaaten, Europas und Asiens.

## Internationale Dimension

Das für Somalia von der UN erlassene 17-jährige Waffenembargo hat keinerlei Auswirkungen auf die Verfügbarkeit von Waffen aller Art. Es wird ständig und von allen Seiten gebrochen; die aktuell geringe Einfuhr widerspiegelt die bereits beträchtlichen Arsenale, die sich im Land befinden. Die UN-Expertengruppe für Somalia gibt an, dass bis zu 80 Prozent der Waffenlieferungen, die zu einem großen Teil im Rahmen von internationalen Unterstützungsprogrammen die Übergangsregierung erreichen, „privaten Zwecken, dem somalischen Waffenmarkt oder Oppositionsgruppen“ zugeleitet wurden.

Von unmittelbarer internationaler Bedeutung im somalischen Konflikt sind Äthiopien und Eritrea. Äthiopien hat seit dem Beginn des Rückzuges damit begonnen, verbündete Warlords auszurüsten und zu finanzieren. Aus Eritrea fließen Hilfen an die Islamisten, in der Hauptstadt Asmara ist der nicht verhandlungsbereite Flügel des ARS ansässig. Außerdem werden die Aufständischen durch die somalische Diaspora und private „Hilfswerke“ aus der arabischen Welt unterstützt. Äthiopien und Eritrea trugen und tragen auf somalischem Boden einen Stellvertreterkrieg aus, der die ohnehin komplizierte Situation in dem Land weiter verschärft. Grund für die Feindschaft zwischen Eritrea, das 1993 von Äthiopien unabhängig wurde, und Äthiopien ist der nach wie vor nicht abschließend geklärte Grenzstreit zwischen diesen Staaten, der von 1998 bis 2000 zu einem offenen und verlustreichen Krieg geführt hatte. Die von der internationalen Grenzkommission festgelegte Demarkierung wird von Eritrea akzeptiert, von Äthiopien jedoch abgelehnt. Für die Feindschaft zwischen den Ländern ist der Grenzstreit allerdings nur der Auslöser. Die Regime beider Staaten versuchen sich durch diese Konfrontation innenpolitisch zu stabilisieren und rechtfertigen damit ihr Vorgehen gegen Oppositionelle. Die Beilegung dieses Konfliktes ist von entscheidender Bedeutung für die Stabilisierung Somalias und verdeutlicht die regionale Dimension des somalischen Bürgerkrieges.

Presseberichten zufolge rekrutierten islamistische Aktivisten auch in der großen somalischen Gemeinde in Minneapolis (USA). 20 junge Männer seien dort verschwunden. An der Seite der Aufständischen sollen darüber hinaus Freiwillige aus dem Sudan, dem tansanischen Sansibar, den Komoren, Pakistan und Afghanistan kämpfen.

Die USA als wichtiger Partner Äthiopiens lenkten nur zögerlich auf die interventionistische Linie des Landes ein, un-

terstützten sie aber nach deren Beginn. In den vergangenen zwei Jahren führte das US-Militär mehrere gezielte Luftangriffe in Somalia gegen Personen durch, die verdächtigt werden, Verbindungen zu Al-Kaida zu unterhalten und an den Bombenanschlägen gegen die US-Botschaften in Dar es Salaam und Nairobi 1998 sowie auf israelische Ziele in Kenia 2002 beteiligt gewesen zu sein. Dabei wurde im Mai 2008 der Führer von Al-Shabaab, Aden Hashi „Ayro“, getötet. Die Europäische Union ist, abgesehen vom Einsatz gegen die Piraterie in den Gewässern Somalias, militärisch nicht involviert, unterstützt jedoch diplomatisch und finanziell die Übergangsregierung. So wurde ab 2007 beispielsweise die Polizistenausbildung auch durch die EU über UNDP bezahlt und organisiert. Die Vereinten Nationen sind diplomatisch am aktivsten. Das Djibouti-Abkommen kam unter Vermittlung des Sonderbeauftragten der UN für Somalia, Ahmedou Ould-Abdallah, zustande.

## Fazit und Ausblick

Mit dem Abzug der ENDF aus Somalia hat die politische und militärische Lage in dem Land, das sich seit 17 Jahren im Bürgerkrieg befindet, einen neuen kritischen Punkt erreicht. Der Errichtung eines islamischen Staates unter der maßgeblichen Beteiligung von extremen Islamisten scheint wenig entgegenzustehen. Es bleibt abzuwarten, ob die AU tatsächlich ihre Kontingente wie angekündigt verstärken wird.

Das größte Hindernis für einen inklusiven Friedensprozess stellt die Finanzierung und Ausrüstung der gegnerischen Parteien durch die Regionalmacht Äthiopien sowie Eritrea dar. Die Entspannung zwischen diesen Ländern ist eine entscheidende Voraussetzung für die Stabilisierung Somalias. Zu hoffen ist, dass die neue US-Administration einen Richtungswechsel in ihrer Politik am Horn von Afrika vollzieht, der neben den engen Vorgaben des Antiterror-Kampfes auch die regionale Dimension des Konfliktes sowie die innenpolitischen Gegebenheiten in Somalia zur Kenntnis nimmt. Dazu zählen in erster Linie die hohe Bedeutung von Clan-Identitäten und Religiosität, der starke Rückhalt in der Bevölkerung für eine Rechtssprechung, die Elemente der Scharia aufnimmt sowie die radikal autonome gesellschaftliche Struktur, die einem Staat nach westlichem Vorbild entgegensteht. Sowohl die USA als auch die EU sollten mäßigend auf die beiden verfeindeten Länder einwirken. Es ist allerdings zu bezweifeln, dass die von den USA erwogene Einstufung Eritreas als staatlichem Unterstützer des Terrors diesem Ziel dienlich ist.

Die fortgesetzte und vorbehaltlose Unterstützung der Übergangsregierung durch die internationale Politik, im Besonderen die UN, USA und EU, wird von Beobachtern der Region zum Teil scharf kritisiert. Die TFG besitzt innerhalb der Bevölkerung keinen Rückhalt, ihre Sicherheitskräfte sind an Verbrechen beteiligt, mit ihr affilierte Milizen können nicht kontrolliert werden und sie wird der Korruption verdächtigt. Notwendig scheinen neben klaren Worten gegenüber der TFG auch die Androhung und die Anwendung von Sanktionen gegen bekannte Kriegsverbrecher, die mit der Übergangsregierung verbunden sind. Die Fortsetzung oder gar Ausweitung der Unterstützung für die Polizei über UNDP verstößt gegen das UN-Waffenembargo und stellt angesichts der Vergehen der Polizeikräfte gegen die Zivilbevölkerung eine eindeutige Parteinahme im Konflikt dar.



Ohne eine Einbeziehung der bewaffneten Islamisten in Friedensverhandlungen ist der Krieg in Somalia nicht beizulegen. Einzige Voraussetzung für Gespräche mit diesen Gruppen sollte ein Gewaltverzicht sein. Da die Islamisten jedoch momentan über eine starke militärische Stellung verfügen, wird sich ihr Interesse an einer Machtteilung in Grenzen halten. Im schlechtesten Fall zerfällt die bisher durch einen gemeinsamen Gegner relativ geeinte islamistische Bewegung in mehrere konkurrierende Gruppen, die sich sowohl untereinander bekämpfen als auch im Konflikt mit lokalen säkularen Milizen und den Truppen der Übergangsregierung stehen.

Die nordwestliche Region Somalias, die seit 1991 vergeblich unter dem Namen Somaliland um diplomatische Anerkennung ersucht, und die nordöstliche autonome Region Puntland sind verglichen mit Süd- und Zentralsomalia relativ stabil. Zwar gibt es zwischen diesen Regionen bisweilen auch bewaffnet ausgetragene Grenzstreitigkeiten, außerdem griffen Islamisten Ziele in den nördlichen Regionen an. Dennoch gilt Experten die Entwicklung in Somaliland als ein Vorbild für den Rest des Landes. Einige Beobachter plädieren für die internationale Anerkennung Somalilands, auch, um die Akteure im restlichen Somalia unter Druck zu setzen.

Die Einflussmöglichkeiten der internationalen Politik sollten in jedem Fall nicht überschätzt werden. Sie beschränken sich generell auf die Durchsetzung des UN-Waffenembargos, auf Initiativen gegenüber den externen Akteuren am Horn von Afrika, besonders Äthiopien und Eritrea, sowie auf den Umgang mit der Übergangsregierung.

## Expertenmeinungen zur Situation in Somalia

### Abzug der äthiopischen Truppen

„Es ist unwahrscheinlich, dass sich Äthiopien vollständig zurückzieht. Es bewaffnet bereits einige Kriegsherren und hofft, die Dinge aus der Distanz durch diese Warlords zu managen.“ *Abdi Samatar, Professor der Geographie und Global Studies an der University of Minnesota*

„Die äthiopische Armee ist weithin dafür bekannt, dass sie Finanzen, Waffen und Munition für verschiedene somalische Fraktionen bereitstellt. Erhebliche Unterstützung an islamistische Gruppen fließt aus dem Nahen Osten ein. Der Konflikt zur Etablierung von Kontrolle könnte lang andauernd und zerstörerisch sein.“ *Bronwyn Bruton, International Affairs Fellow, Council on Foreign Relations*

„Der Abzug der äthiopischen Truppen und der Rücktritt des sehr umstrittenen Präsidenten könnten sehr wohl die Unterstützung für die radikalen Islamisten entschärfen.“ *Somalia-Spezialistin, internationale Menschenrechtsorganisation*

„Allein die Präsenz der äthiopischen Truppen hat die islamistische Front zusammengehalten. Mit ihrem Abzug hat die Fragmentierung der Islamisten bereits begonnen.“ *Bashir Goth, somalischer Journalist und Blogger*

„Wenn Äthiopien auf die Strategie zurückgreift, verschiedene Clan-Milizen zu bewaffnen und gegeneinander auszuspielen, um Chaos zu entfachen, würde das die Aussichten auf jede Art von Friedensverhandlungen ernsthaft beschädigen.“ *Chris Albin-Lackey, Human Rights Watch*

### Rolle des politischen Islam

„Im Moment gibt es tatsächlich keine wirkliche Alternative zu einem islamischen Staat. Um lebensfähig zu sein, müsste er eine Art Kompromiss mit traditionellen somalischen Werten und der Kultur finden. Andernfalls wäre das Land in einer Situation der permanenten Rebellion.“ *Ioan Lewis, Emeritus Professor der Anthropologie an der London School of Economics*

„Die Unterstützung [für den politischen Islam] ist real. Doch auf der anderen Seite ist der Extremismus von Al-Shabaab für die somalische Gesellschaft etwas Fremdes, das bis vor zwei Jahren niemals Wurzeln geschlagen hat.“ *Chris Albin-Lackey*

„Die meisten Somalis sehen keinen Gegensatz zwischen Glauben und der Art des Regierens. Die meisten Menschen unterstützen glaubensbasierte politische Systeme, und das ist eine tatsächliche Alternative zur Herrschaft der Kriegsfürsten und zum Bürgerkrieg.“ *Abdi Samatar*

„Die Unterstützung für die Scharia ist sehr stark. Die Somalis sind jedoch moderat in religiöser Hinsicht und schätzen ihre Autonomie. Sie werden eine radikale, aufdringliche Form des politischen Islam nicht willkommen heißen.“ *Bronwyn Bruton*

„Man braucht nur auf Somaliland zu schauen um zu sehen, dass eine konstitutionelle Demokratie mit einem Rechtswesen, das einige Elemente der Scharia zulässt, keine Gefahr für Frieden und Menschenrechte darstellen muss.“ *Somalia-Spezialistin*

„So weit ich es beurteilen kann, werden die Somalier niemals akzeptieren, dass ihnen ein extremistischer Islam aufgezungen wird.“ *Bashir Goth*

### Engagement mit den Islamisten

„Al-Shabaab muss in jegliche Art von neuem Abkommen einbezogen werden, sowohl als Schlüsselakteur des Widerstandes gegen die äthiopische Besatzung als auch als Gruppe organisierter Bürger.“ *Abdi Samatar*

„Die radikalen Islamisten müssen Teil eines jeden effektiven Friedensabkommens sein. ... Es ist an den Clan-Chefs zu sagen, was sie wollen, und jeder sollte ihre Ansichten im Interesse einer genuinen Demokratie respektieren.“ *Ioan Lewis*  
„Selbst wenn Al-Shabaabs extremste Führer abgeneigt sind zu verhandeln, können Teile der Bewegung an den Verhandlungstisch gebracht werden.“ *Chris Albin-Lackey*

„Alle Parteien des Konfliktes müssen an Friedensverhandlungen teilnehmen, ganz speziell auch Al-Shabaab. Die Bereitschaft zur Einstellung der Feindseligkeiten ist die einzige berechnete Bedingung.“ *Bronwyn Bruton*

„Al-Shabaab, deren Mitglieder nicht alle Radikale oder der Menschenrechtsverbrechen schuldig sind, sollte in die Verhandlungen einbezogen werden. Jene, die sich weigern, dem Frieden und der Verwaltung eine Chance zu geben, müssen kaltgestellt werden, zum Teil, indem man die Gründe für ihre Unterstützung angeht.“ *Somalia-Spezialistin*



## Sanktionen gegen Eritrea

„Sowohl Äthiopien als auch Eritrea sollten für die Unterstützung der Rebellen aus ihren Ländern sanktioniert werden. Unvoreingenommenheit ist der einzige vernünftige Weg.“  
*Abdi Samatar*

„Eritrea facht offen das Chaos in Somalia an und wird wahrscheinlich damit fortfahren. Irgendein Mechanismus muss gefunden werden, um das zu unterbinden.“ *Chris Albin-Lackey*

„Eritreas Verstrickung ist opportunistisch und getrieben von der unendlichen Auseinandersetzung seiner Führung mit der Regierung Äthiopiens. Doch die Einstufung Eritreas als ein staatlicher Unterstützer des Terrorismus wäre eine dumme und ineffektive Reaktion.“ *Ioan Lewis*

„Die Designierung Eritreas als Unterstützer des Terrorismus wäre unbesonnen und taktisch wirkungslos.“ *Bronwyn Bruton*

„Es ist Zeit, dass Eritrea für seine destabilisierende Rolle am Horn von Afrika zur Verantwortung gezogen wird.“  
*Bashir Goth*

## Somalia-Politik der USA

„Die Politik der US-amerikanischen Regierung war einfach dumm. Sie hat religiöse Empfindungen in Somalia und in der Region verschärft.“ *Abdi Samatar*

„Es ist absolut offensichtlich, dass die US-Politik den islamischen Extremismus im Land und der Region verschärft hat, und das gefährdet uns alle.“ *Ioan Lewis*

„Ich glaube, dass die amerikanische Rolle und die Unterstützung der Intervention Äthiopiens die gesamte Region vor dem Ansturm des islamistischen Extremismus bewahrt hat.“  
*Bashir Goth*

„Das Ansehen der USA in Somalia ist so mies, dass es schwer vorzustellen ist, wie die US – Regierung irgendeine konstruktive Rolle bei der Unterstützung eines politischen Abkommens spielen könnte.“ *Bronwyn Bruton*

## Unterstützung der EU für die TFG

„Es ist nicht ratsam für die EU, die Unterstützung für die TFG auszuweiten. Sie hätte sie nie unterstützen sollen. Es war ein grober Fehler, diese verrufene Bande von Kriegsherren und Kriminellen zu versammeln.“ *Ioan Lewis*

„Die TFG ist tot, und wir haben der EU bereits vor fünf Jahren gesagt, dass dieses System nicht funktionieren wird.“ *Abdi Samatar*

„Während die EU sich vor allem mit Mogadishu beschäftigt, fürchte ich, wird sie friedliche Regionen wie Somaliland opfern und sie den Islamisten preisgeben.“ *Bashir Goth*

„Die TFG ist derart dysfunktional und weithin verachtet, dass die fortgesetzte Unterstützung der EU nur im Kontext des kompletten Fehlens anderer Möglichkeiten verstanden werden kann.“ *Bronwyn Bruton*

„Hilfe an sich ist nicht verkehrt, doch es ist wichtig, dass eine angemessene Beobachtung ihrer Verwendung stattfindet.“ *Somalia-Spezialistin*

## Piraterie und deren Bekämpfung

„Die finanziellen Einnahmen (der Piraten) werden unter ihren Clan-Mitgliedern verteilt, einschließlich großer Zuwendungen an (Ex-Präsident) Colonel Abdillahi Yusuf.“ *Ioan Lewis*

„Die Kontrolle des Meeres (durch die internationale Marine) bei fehlender Hilfe für die Menschen vor Ort und für deren Küstenwache sieht wie eine Rückkehr des Kolonialismus aus und wird lediglich die islamistische Propaganda fördern.“  
*Bashir Goth*

„Eine Lösung für die Piraterie in somalischen Gewässern wird nur dann gefunden, wenn Somalia eine funktionierende Regierung hat, die im Land Recht und Ordnung durchsetzen kann.“ *Roger Middleton, Forscher, Chatham House*

### Ausgewählte neueste Veröffentlichungen

- Amnesty International 2008: Somalia: Fatal Insecurity: Attacks on aid workers and rights defenders in Somalia, November 2008. <http://www.amnesty.org>
- Heinrich-Böll-Stiftung 2008: Somalia: Alte Konflikte und neue Chancen zur Staatsbildung. <http://www.boell.de>
- Human Rights Watch 2008: So Much to Fear. War Crimes and the Devastation of Somalia. New York, Dezember 2008. <http://www.hrw.org>
- International Crisis Group (ICG) 2008: Somalia: To Move Beyond the Failed State. Africa Report Nr. 147, Dezember 2008. <http://www.crisisgroup.org>
- Lewis, Ioan 2008: Understanding Somalia and Somaliland. Culture, History, Society. London: Hurst.
- Menkhaus, Ken 2008: Somalia – A Country in Peril, a Policy Nightmare, Enough Strategy Paper, September 2008. <http://www.enoughproject.org>
- Middleton, Roger 2008: Piracy in Somalia. Threatening global trade, feeding local wars. Chatham House Africa Programme Briefing Paper, London. <http://www.chathamhouse.org.uk>
- Prendergast, John 2008: 15 Years after Black Hawk Dawn: Somalia's Chance? Enough Strategy Paper, April 2008. <http://www.enoughproject.org>
- Report of the Monitoring Group on Somalia pursuant to Security Council resolution 1811 (2008), Dezember 2008. <http://daccessdds.un.org>
- Senils Council 2008: Chronic Failures in the War on Terror. From Afghanistan to Somalia. London, Mai 2008. <http://www.senliscouncil.net>
- Weber, Annette 2009: Politischer Umbruch in Somalia. SWP Berlin, Januar 2009. <http://swpberlin.org>
- Kleine Anfrage der LINKEN und Antwort der Bundesregierung: „Einsatz von Streitkräften gegen Piraten und Maßnahmen zur Vermeidung von Piraterie vor der Küste Somalias“, Drucksachen-Nummer 16/11435, 17.12.2008.



## NATO-Osterweiterung oder konstruktive Ostpolitik?

Von Wolfgang Grabowski, BAG Friedens- und Internationale Politik

### Eine historische Chance vertan

Die historische Chance nach der Auflösung der Warschauer Vertragsorganisation, eine neue, auf der Grundlage der Nachkriegsregelungen und der UNO-Charta fußende Weltordnung, ein Europa der Pariser Charta, zu wagen, wurde vertan, was zu Kriegen, folgenschwerer NATO-Osterweiterung und einer drohenden neuen Spaltung Europas geführt hat.

Eigentlich war der Feind abhanden gekommen und die längst nicht nur in linken Kreisen geführte Diskussion über die Legitimationskrise und die Sinnhaftigkeit des transatlantischen Militärbündnisses verdiente ernsthafte Erörterung. Aber die NATO-Macher machten kurzen Prozess mit ihr.

Das bekam auch der neu gekürte grüne BRD-Außenminister Josef Fischer zu spüren, der sehr schnell nach Besuchen in den USA vom Disputanten über die NATO zum glühenden Verfechter der NATO-Aggression gegen Jugoslawien mutierte. Was er an der Seite seines SPD-Kollegen Scharping der staunenden Öffentlichkeit an „Wahrheiten“ über diesen Krieg offenbarte, half mit, seine Partei in eine Identitätskrise zu bringen. Und man erntete noch Hohn vom Hauptverbündeten. Madame Albright meinte damals in einer Sitzung des US-Kongresses: Erst schaffen die Deutschen mit ihren Alleingängen in Jugoslawien uns die Probleme, und wenn diese dann energisch zu lösen sind, werden sie zögerlich.

Das bekannte Bonmot eines britischen Ministers aus der Gründerzeit der NATO könnte so modifiziert werden: Der Sinn der Wende-NATO sollte, erstens, darin bestehen, der Welt dominanz der einzig verbliebenen Supermacht zu dienen, zweitens, Russlands Wiederaufstieg zu Weltgeltung zu bekämpfen und drittens, Deutschland/die EU gefügig zu halten.

Die bundesdeutschen Regierungen der Nachwendezeit ordneten sich mehr oder weniger dieser Vorgabe der Supermacht unter, obwohl immer deutlicher auch großdeutsche Interessen erkennbar waren, manchmal auch artikuliert wurden, Kanzler Kohl auch eigene Wege gegenüber Russland ging. Ein hochrangiger Mitarbeiter der EU von der CDU überraschte 1993 in einer internen Diskussionsveranstaltung in Brüssel mit der Feststellung, dass die NATO-Mitgliedschaft nicht ewig währen müsse und dass er sich eine Neugestaltung der transatlantischen Beziehungen durchaus vorstellen könne. In Arbeitsgremien der SWP und in Veranstaltungen der DGAP wurden nicht selten sehr eigenständige deutsche Positionen formuliert, wobei sich besonders Vertreter der Wirtschaftseliten hervortaten.

Die Regierung Schröder folgte zunächst uneingeschränkt der pro-atlantischen Linie. Die rot-grüne Koalition war dabei, als Russland im Jugoslawien-Krieg gedemütigt wurde. Igor Maximyschew bezeichnete Fischer in einem Leitartikel in der „Nesawissimaja Gaseta“ als Totengräber der deutsch-

russischen Beziehungen. Kanzler Schröder ging auf Distanz zur Sauna-Politik Kohls. Die NATO-Zentriertheit und die Russland-Aversion der Regierung veranlasste die Bundestagsfraktion der PDS am 3.12.1999 einen Entschließungsantrag einzubringen, in dem die Bundesregierung aufgefordert wurde, „dringend ein Konzept deutscher und europäischer Russlandpolitik vorzulegen, das die Integration von und die Kooperation mit Russland in Europa fördert, Russland wirtschaftlich und sozial zu stabilisieren hilft und die russischen Sicherheitsinteressen gebührend in Rechnung stellt“.

Natürlich haben nicht dieser Antrag und die von der Fraktion vorgelegte Beziehungskonzeption Veränderung gebracht. Diese hat ihre Ursache vor allem in den sich ausprägenden eigenständigen Interessen und Ansprüchen der deutschen Wirtschaft. Dann auch mehr und mehr im arroganten und ignoranten Agieren der Bush-Administration gegenüber den Verbündeten, z. B. beim Afghanistan-Feldzug. Man nahm Bush übel, dass er nicht die Beratung und Kooperation im Bündnis suchte, sondern eine „Koalition der Willigen“ bevorzugte, gar Russland einbezog, nun schon unter dem eigenwilligen Präsidenten Putin.

Schröder gewann 2002 die Wahlen mit seiner in den Vordergrund gestellten Ablehnung des Irak-Abenteuers der USA. Die geheimdienstliche und logistische Unterstützung für den Krieg blieb natürlich ausgeblendet. Und er suchte den Schulterchluss mit Frankreich und Russland. Die NATO geriet in schweres Wasser, dann auch über Afghanistan.

Bei der Abwahl Schröders als Bundeskanzler waren die deutsch-russischen Beziehungen so gut wie nie zuvor. Ein Ausgleich, zumindest eine gewisse Abfederung des konfrontativen Kurses der NATO-Osterweiterung schien real.

Die Bush-Administration hat ihm das nie verziehen. Die antirussische und antichinesische Konfrontations- und Einkreisungspolitik der USA brachte beträchtliche Differenzen in die Allianz. Viel Unbehagen und Unwillen verursachte der Alleingang bei der Stationierung von Antiraketenelementen in Polen und Tschechien, auch wenn die Westeuropäer dann (in Bukarest 2008) erneut kuschten.

Auch hinsichtlich des Kaukasus und der Ukraine eckten die USA mit ihrer Eigenmächtigkeit an. Man möchte dem verbündeten Rivalen nicht gern das Feld überlassen. Die Vorstellung, dass die USA ihre Hand am ukrainischen Gas hahn haben oder die Erdöl- und Erdgasströme aus der kaspischen Region und Zentralasien kontrollieren könnten, lässt nicht nur im Kreml die Alarmglocken läuten.

Die Sarkozy-Medwedjew-Initiative im Kaukasuskonflikt und die für EU-Verhältnisse rasche „Hilfsaktion“ für Georgien hat nicht den Beifall der Koautoren der georgischen Aggression gefunden.

Widerspenstigkeit erntete Bush für seinen burschikosen Versuch, das NATO-Prozedere in der sensiblen Frage der Aufnahme von Georgien und der Ukraine aushebeln zu wollen.

Die Versuche der Bush-Administration, aus GUAM und neuen NATO-Mitgliedern eine antirussische Allianz zu schmieden, fand keine Gegenliebe.

Die Einbeziehung der mittel- und osteuropäischen NATO-Staaten in die Dominanzpolitik der USA haben die Aversionen verschärft, die Bruchstellen in der NATO sind tiefer geworden.

Nun hofft man in den Kernländern der EU auf einen Neubeginn mit Obama. Signale aus Washington scheinen in diese Richtung zu weisen, zumindest was Umgangsformen und



Tonlage betrifft. Auch bei einigen substanziellen Fragen.

Aber wie soll die modifizierte Führungsrolle aussehen, wo sich die multilaterale Welt doch schnell entwickelt, in letzter Zeit auch durch die von den USA ausgegangene, beispiellose Finanzkrise. Und in Westeuropa, auch in der Bundesregierung, geht man von Multipolarität aus.

Beinhaltet nicht die Fokussierung auf ein verstärktes militärisches Engagement in Afghanistan, womit nichts Neues versucht wird, erneut die Quadratur des Kreises? Wo doch z.B. die Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit, in der alle hauptsächlichen östlichen Akteure und Nachbarn Afghanistans versammelt sind, schon längst an Alternativen arbeitet. Was sicher Präsident Karsai ermuntert hat, in letzter Zeit verstärkt Kritik am Vorgehen der NATO zu äußern und sich an Russland zu wenden. Wird ein Neubeginn mit einer fortgesetzten NATO-Osterweiterung möglich sein?

## Die NATO-Osterweiterung – eine schicksalsschwere Fehlentscheidung

Bei der Ausarbeitung und dem Abschluss des Zwei-plus-Vier-Vertrages wurde viel über die Nichtausdehnung der NATO geredet. Gorbatschow, später dann auch Jelzin wurde von Kohl, Baker, Wörner und anderen versprochen, dass diese nicht geschehen werde. Aber die „Verlierer“ im Kalten Krieg wurden schamlos betrogen und über den Tisch gezogen. Dass man das in Russland nicht vergessen hat und nicht vergessen wird, brachte Wladimir Putin in seiner Rede auf der Münchener Sicherheitskonferenz von 2007 auf den Punkt:

„Ich denke, dass es offensichtlich ist: Der Prozess der NATO-Erweiterung hat mit einer Modernisierung der Allianz selbst oder mit der Gewährleistung der Sicherheit in Europa nichts zu tun. Im Gegenteil: Dies ist ein ernsthafter provokativer Faktor, der das Niveau des gegenseitigen Vertrauens herabsetzt. Wir haben ein gutes Recht, offen zu fragen: Gegen wen ist diese Erweiterung gerichtet? Und was ist mit den Versicherungen geworden, die von westlichen Partnern nach der Auflösung des Warschauer Vertrages gegeben wurden? Wo sind diese Erklärungen heute? An diese erinnert sich niemand mehr. Ich gestatte mir aber, in diesem Raum daran zu erinnern, was gesagt wurde. Ich möchte ein Zitat aus der Rede des NATO-Generalsekretärs Wörner am 17. Mai 1990 in Brüssel anführen. Er sagte damals: ‚Die Tatsache, dass wir bereit sind, keine NATO-Truppen außerhalb des Territoriums der Bundesrepublik Deutschland zu stationieren, gibt der Sowjetunion feste Sicherheitsgarantien.‘ Wo sind diese Garantien?

Die Steine und Betonblöcke aus der Berliner Mauer sind längst als Souvenirs verscherbelt worden. Man darf aber nicht vergessen, dass der Mauerfall auch dank der historischen Entscheidung unseres Volkes möglich geworden ist, einer Entscheidung für Demokratie, Freiheit, Offenheit und aufrichtige Partnerschaft mit allen Mitgliedern der großen europäischen Familie.“

Die von Putin damals ausgesprochene Sorge, dass Europa eine neue Spaltung droht, sollte ernst genommen werden. Nicht wenige Wissenschaftler und Politiker in Russland lasten Gorbatschow an, dass er kaum etwas getan habe, den Verzicht auf eine Ausdehnung der NATO vertraglich in völkerrechtlich verbindlicher Form durchzusetzen. Und man schätzt ein, dass das durchaus möglich gewesen wäre.

In Artikel 5 des Zwei-plus-Vier-Vertrages heißt es lediglich:

„Bis zum Abschluss des Abzugs der sowjetischen Streitkräfte vom Gebiet der heutigen Deutschen Demokratischen Republik und Berlins in Übereinstimmung mit Artikel 4 dieses Vertrags werden auf diesem Gebiet als Streitkräfte des vereinten Deutschlands ausschließlich deutsche Verbände der Territorialverteidigung stationiert sein, die nicht in die Bündnisstrukturen integriert sind, denen deutsche Streitkräfte auf dem übrigen deutschen Hoheitsgebiet zugeordnet sind. Unbeschadet der Regelung in Absatz 2 dieses Artikels werden während dieses Zeitraums Streitkräfte anderer Staaten auf diesem Gebiet nicht stationiert oder irgendwelche andere militärische Tätigkeiten dort ausgeübt.“

Nach dem Abschluss des Abzugs der sowjetischen Streitkräfte vom Gebiet der heutigen Deutschen Demokratischen Republik und Berlins können in diesem Teil Deutschlands auch deutsche Streitkräfteverbände stationiert werden, die in gleicher Weise militärischen Bündnisstrukturen zugeordnet sind wie diejenigen auf dem übrigen deutschen Hoheitsgebiet, allerdings ohne Kernwaffenträger. Darunter fallen nicht konventionelle Waffensysteme, die neben konventionellen andere Einsatzfähigkeiten haben können, die jedoch in diesem Teil Deutschlands für eine konventionelle Rolle ausgerüstet und nur dafür vorgesehen sind. Ausländische Streitkräfte und Atomwaffen oder deren Träger werden in diesem Teil Deutschlands weder stationiert noch dorthin verlegt“.

Daraus abzuleiten, dass „Deutschland somit der einzige westliche Staat ist, der die mündlichen Abmachungen mit Russland einhält, dass sich westliche Militärstrukturen nach dem Ende des Kalten Krieges den Grenzen Russlands nicht annähern werden“ (aus einem Aufsatz des früheren Ministerpräsidenten der Slowakei Jan Carnogursky, [solon-line.de](http://solon-line.de), 28.2.2008), ist wohl weit hergeholt.

Keine Regierung der BRD wie auch der anderen westeuropäischen Länder hat im Grunde die NATO-Osterweiterung je in Frage gestellt, obwohl man hätte wissen müssen, dass damit die europäische Sicherheit bedroht wird und dass die USA von Anfang an bestrebt waren, die neuen NATO-Mitglieder auch als Instrumente gegen das „alte Europa“ zu nutzen. Das Unbehagen darüber und natürlich der Unwillen, der „lahmen Ente“ Bush noch kurz vor dem Abgang ein Präsent zu servieren, sind wohl als hauptsächliche Gründe für die Zurückhaltung Europas hinsichtlich der NATO-Aufnahme von Georgien und der Ukraine zu sehen. Ob dies auch als ein ernst zu nehmendes Zeichen in Richtung des neuen US-amerikanischen Präsidenten und Russlands gemeint ist, muss sich erst noch beweisen.

Allein schon die erste Welle der NATO-Osterweiterung mit der Aufnahme von Tschechien, Polen und Ungarn brachte eine grundsätzliche Veränderung der Kräfteverhältnisse in der Region. Die Topografie der neuen NATO-Grenzen erinnerte an die Ausgangslinie der faschistischen Wehrmacht beim Überfall auf die Sowjetunion.

Die NATO brachte die Leitstellen der Truppenführung, vorgeschobene Flugplätze, die Truppenaufklärung und Waffenlager bis an die Grenzen der GUS.

Die NATO erlangte die fünffache Überlegenheit gegenüber den Mitgliedstaaten der Vertragsorganisation für Kollektive Sicherheit (im Rahmen der GUS) bei angriffsfähigen konventionellen Waffensystemen.



Der NATO wurden Kampfeinheiten der Landstreitkräfte in Gestalt von 11 Divisionen und 38 Brigaden zugeführt, die Luftwaffe wuchs um 14 Prozent, die Marine um 18 Prozent.

In dieser Zeit wurden umfangreiche Maßnahmen zur Erhöhung der Wirksamkeit der NATO-Streitkräfte, einschließlich der neu hinzugekommenen Einheiten, realisiert, während die vormals einheitlich geführten Streitkräfte der Sowjetunion sich auf die nun unabhängigen ehemaligen Sowjetrepubliken aufteilten.

Mit Beteiligung der USA, Frankreichs, Großbritanniens, der Türkei und anderer Länder wurde im Herbst 2000 begonnen, in fast allen GUS-Staaten breit angelegte Manöver durchzuführen. In Kasachstan fand in der Nähe der chinesischen Grenze im September 2000 das Manöver „Centrasbat 2000“ statt. Fast gleichzeitig wurde am Schwarzen Meer das Manöver „Kasansteppe 2000“ durchgeführt, ebenso Manöver ähnlichen Charakters in den rumänischen Karpaten, an dem sich acht NATO-Staaten und 10 Länder der „Partnerschaft für den Frieden“ beteiligten. Insgesamt waren in diese Manöver ca. 10 000 Soldaten involviert, wobei Russland nur am kasachischen teilnahm (Nesawissimaja Gaset, 5.10.2000).

Die NATO begann sich in Staaten der GUS festzusetzen und unterstützt das Bestreben der Armeen dieser Länder, sich mit finanzieller und materieller Hilfe dem NATO-Standard anzunähern.

Besondere Aufmerksamkeit galt schon damals dem Kaukasus, dem „weichen Bauch Russlands“, vor allem Aserbaidshan mit seinen Energieressourcen, der Nähe zum Iran und Zentralasien, dem komplizierten Konflikt um Nagorny Karabach.

Aber auch dem anderen Beteiligten an letzterem Konflikt, Armenien, das zu Russland partnerschaftliche Beziehungen unterhält, näherte man sich. Heute erhält Armenien pro Einwohner mehr amerikanische „Entwicklungshilfe“ als Israel.

Militärisch wandte man sich vor allem dem unruhigen und von ethnischen Konflikten zerrissenen Georgien zu. Anfang 2001 wurden in bi- und trilateralen Verhandlungen mit USA und Türkei Vorbereitungen getroffen, um die Truppen Georgiens „in eine kleine, aber moderne Armee umzubauen, die dem westlichen Standard entspricht.“ Dafür stellten die USA 94 Mio. und die Türkei 13 Mio. US-Dollar zur Verfügung (Radio Free Europe, 8.2.2001). Angestrebt wurde eine Armee mit ca. 13 000 Mann, die als „schnelle Eingreiftruppe“ agieren kann, z. B. zur Absicherung der damals in Planung befindlichen Pipeline Baku-Ceyhan. Beim Überfall auf Südossetien im August 2008 war die Truppenstärke auf 30 000 angestiegen. Als Präsident Schewarnadse, der nicht gewillt war, die Beziehungen mit Russland vollständig zu kappen, im Wege stand, fand man als Ersatz den in den USA ausgebildeten Saakaschwilli.

Besondere Aufmerksamkeit der NATO genießt die Ukraine. Ein NATO-Ukraine-Rat wurde installiert, gemeinsame Manöver auf dem Schwarzen Meer und zu Lande wurden durchgeführt, Trainingszentren errichtet. Auch hier lief ein ähnliches Szenarium wie in Georgien ab. Der durch Korruption und Skandale, tatsächliche oder erfundene, im Volk unbeliebte Präsident Kutschma konnte trotz des Wirtschaftsaufschwungs, der maßgeblich dank der Zusammenarbeit mit Russland erfolgte, relativ unkompliziert vom Sessel gestoßen werden. Er hatte eine Balance zwischen Russland und dem Westen versucht.

Der neue Präsident Juschtschenko, wie Saakaschwilli mit besten Verbindungen in die USA ausgestattet, wollte und sollte der NATO in der Ukraine zum Durchbruch verhelfen. Im Irak-Krieg beteiligte sich die Ukraine an der „Koalition der Willigen“. Aber mehr als 60 Prozent der Bevölkerung bleiben bei ihrer Ablehnung der NATO. Über die Beziehungen mit Russland, zum Kaukasus-Krieg, zum Gaskonflikt sind der Präsident und Ministerpräsidentin Timoschenko, die Juschtschenko bei den nächsten Wahlen beerben will, zerstritten. Das Land steckt neben der Wirtschaftskrise in einer tiefen politischen Dauerkrise.

Die NATO, deren Macht einmal am Harz zu Ende war, steht heute nur noch wenige Kilometer von Petersburg entfernt. Kaliningrad ist von NATO-Gebiet eingeschlossen. Von NATO-Flugplätzen im Baltikum ist Petersburg in drei bis fünf Minuten zu erreichen, in einigen Dutzend Flugminuten Moskau. Moderne Kampfflugzeuge und Marschflugkörper könnten das ganze Spektrum strategischer Aufgaben gegen alle Zielobjekte bis zum strategischen Abschnitt der Wolga erfüllen. Die USA sind in der Lage, auch mit konventionellen Mitteln jeden Punkt auf dem Territorium der Russischen Föderation mit Feuer zu belegen.

Parallel zur militärischen Einkreisung wurden Schritte unternommen, die existierenden Instrumente für militärische Entspannung wertlos zu machen, so den mit Mühe ausgehandelte KSE-Vertrag oder die OSZE. Wenn diese einmal aktiv wird, interveniert sie einseitig gegen Russland oder mit ihm eng kooperierende Staaten. Sie ist Teil des antirussischen Vorgehens geworden.

Im Kreml hatte man viel Hoffnung in die Grundakte NATO-Russland gesetzt, die am 27. Mai 1997 in Paris unterzeichnet wurde. Aber die Realitäten im Verhältnis zwischen der NATO und Russland konterkarieren die in der Akte formulierten hehren Grundsätze und Ziele. Sie konnten nicht wirksam werden, weil eine Gleichberechtigung zwar formuliert, aber nicht vertraglich verbindlich vereinbart wurde und nicht existiert, Russland faktisch der Katzentisch zugewiesen wurde. Informiert und konsultiert wurde und wird nur, wenn man das in Brüssel für nötig hält. Wenn es ernst wird und Entscheidungen zu treffen sind, bleibt Russland außen vor.

Positiv ist zu bewerten, dass in der Akte ein Mechanismus festgeschrieben wurde (halbjährliche Ratstagungen, russischer Botschafter bei der NATO, Vertretung der NATO in Moskau, Teilnahme des russischen Botschafters an den Monatsberatungen der Botschafter bei der NATO, Informationsberatungen von Militärs), der, wenn er nicht gerade blockiert wird, Kontakt, Informationsaustausch und einen gewissen Dialog möglich macht.

Typisch jedoch war der Umgang mit Russland im Jugoslawien-Konflikt. Als der russische Premier Primakow nach Washington flog, um den Krieg durch weitere Verhandlungen doch noch zu verhindern, wurde er im Flugzeug von der Nachricht überrascht, dass die NATO den Krieg begonnen hatte. Er sah sich veranlasst, über dem Atlantik umzukehren. Es kam zur ersten großen Krise. Der Stachel der Demütigung saß tief. In der Bevölkerung breitete sich eine tiefe Abneigung gegen den Westen, die NATO aus, die bis heute wirkt.

Bereits dem Russland Jelzins, der alles tat, um dem Westen zu gefallen, der keine Gelegenheit ausließ, die sowjetische Vergangenheit zu verteufeln, wurden die Instrumente gezeigt und zu verstehen gegeben, wer der „Sieger der Geschichte“ und wer der Herr im Hause Europa ist.



Nachdem die prowestliche Transformation in Russland mit dem Finanzcrash von 1998 und dem Abgang Jelzins ein dramatisches Ende genommen hatte, sah sich die neue USA-Administration unter Bush veranlasst, die Haltung zu Russland zu überprüfen. Auch war zu bedenken, dass Russland unter Putin, der noch von Primakow erarbeiteten außenpolitischen Strategie folgend, begann, konsequent die eigenen Interessen in den Mittelpunkt zu stellen.

Nach Vorlage einer Studie der Carnegie-Stiftung vom Juli 2000 versuchte man ein Konzept des Wandels und der Anbindung durch Annäherung. Der Terroranschlag in den USA und die rasche Reaktion der russischen Führung darauf schienen dafür weitere Möglichkeiten zu eröffnen. Aber der Kern blieb trotz aller verbalen Weichspülung unverändert. Man wollte in den USA wie im gesamten Westen Russland im Grunde nicht als gleichberechtigten Partner akzeptieren. Nichteinmischung, Anerkennung des Andersseins und der legitimen Interessen wollte man nicht wirklich (Alexander Rahr in seinem Buch „Putin nach Putin“, 2009). Bush hielt die nach dem 11. September gemachten Versprechungen nicht ein.

Die Zuspitzung in den letzten Jahren der Bush-Administration blieb nicht unwidersprochen. Putin analysierte und kritisierte die entstandene Lage in aller Offenheit in seiner Münchener Rede von 2007. Dort sprach er Wahrheiten aus, die auch Stimmungslagen westeuropäischer Politiker entsprachen. Die Altkanzler Schmidt und Schröder, Genscher und Bahr, wenngleich nur elder statesmen, hielten es für angebracht, dies auch in der Öffentlichkeit zu sagen.

Von besonderer Brisanz sind die US-Raketenabwehr-Pläne in Polen und Tschechien. Wie die vollzogenen oder geplanten Schritte zur Entfaltung des amerikanischen Raketenabwehrsystems in der asiatisch-pazifischen Region sollen sie der Vorbereitung des Kampfes gegen das russische strategische Kernwaffenpotential dienen. Die Flugbahnen der Raketen, die in Nordkorea und Iran gestartet werden können und gegen die die Abfangraketen nach offizieller Meinungsäußerung zum Einsatz kommen sollen, müssten auf ihrem Weg in die USA oder nach Europa einen anderen Verlauf nehmen und über entschieden größere Reichweiten verfügen, als sie die USA angekündigt haben. Daher sind sich Insider in Ost und West darin einig, dass das US-Raketenabwehrsystem für die Auseinandersetzung mit russischen und chinesischen strategischen Raketen gedacht ist. Russland soll der Fähigkeit einer Reaktion auf einen nuklearen Erstschlag beraubt werden.

## Der kaukasische Knoten

Mit dem vom georgischen Präsidenten Saakaschwili ausgelösten Überfall auf Südossetien und auf die dort mit GUS- und UNO-Mandat stationierten russischen Truppen ist eine neue Dimension der Auseinandersetzung der USA mit Russland provoziert worden. Es ist schwer vorstellbar, dass man in Washington von dem Vorhaben nichts gewusst haben soll. Egon Bahr formulierte in einer Talkshow: Wenn die USA-Administration von dem Überfall überrascht worden ist, sei das schlimm. Wenn sie davon gewusst hat, wäre es noch schlimmer.

Die USA haben Georgien mit modernen Waffen (das 30-fache als nach internationalen Normativen für Zwecke der Selbstverteidigung vorgesehen) und mit dem Einsatz einer

Vielzahl von Militärberatern hochgerüstet. Sie drängten die NATO-Mitglieder, der Aufnahme Georgiens in das westliche Militärbündnis zuzustimmen und die NATO-Osterweiterung bis unmittelbar an die Grenze Russlands in einer hochbrisanten Region voranzutreiben, die einmal fester Bestandteil der Sowjetunion war und in der Russland beträchtliche strategische Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen hat.

Leitlinien des Vorgehens der USA hatte Zbigniew Brzezinski nach der Auflösung der Sowjetunion in seinem Buch „Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie“ beschrieben. Eurasien – der Kaukasus, Zentralasien, die Türkei, Iran und Afghanistan – sei das Schachbrett, auf dem sich der Kampf um die globale Vorherrschaft abspielt. Für die USA hänge alles davon ab, „ob sie dort das Aufkommen einer dominierenden, gegnerischen Macht verhindern“ könne. Das ist der springende Punkt der aktuellen Auseinandersetzung im Kaukasus.

Im Kaukasus-Konflikt geht es um Erdöl und Erdgas. Auch Brzezinski geht in seinen strategischen Szenarien davon aus, dass im Zentrum Eurasiens 80 Prozent der bekannten Weltreserven an Energieträgern liegen.

Russland hat erstmalig militärisch zurückgeschlagen, und zwar ohne dass die USA etwas dagegen tun konnten. Es wurden Tatsachen zur Stärkung der Position Russlands im Kaukasus und in Zentralasien geschaffen. Russland betont, dass es keine andere Wahl hatte, als entschlossen auf die georgische Aggression zu reagieren, zumal weder UNO-Sicherheitsrat, OSZE noch EU einschreiten wollten.

Präsident Medwedjew unterstrich in dieser Zeit, dass Russland nun endgültig als gleichberechtigt, auf gleicher Augenhöhe zu behandeln ist. Der Kampf im Kaukasus habe das bewiesen. Der Westen werde sich darauf einstellen müssen. Die baldige Wiederholung eines Abenteuers wie gegen Südossetien dürfte für absehbare Zeit erst einmal verhindert sein, zumal zusätzliche Militäreinheiten Russlands in Südossetien und Abchasien stationiert wurden, und die Anerkennung Südossetiens und Abchasiens erfolgte. Eine Isolierung Russlands war trotz Trommelfeuer der westlichen Medien und der massiven rhetorischen Schelte von westlichen Politikern nicht realisierbar. Sanktionen konnten die USA und ihre Parteigänger in der EU nicht durchsetzen.

Es ist davon auszugehen, dass Russland seine Entscheidung zur Anerkennung der Unabhängigkeit von Südossetien und Abchasien nicht rückgängig machen oder aufweichen lassen wird. In amerikanischen Medien werden Szenarien, die sich an das Modell Kosovo anlehnen, diskutiert und zur Behandlung in der Genfer Kaukasus-Konferenz empfohlen. Russland wird darauf nicht eingehen.

Russland hat begonnen, für die Stabilisierung, für den Wiederaufbau, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung beider Republiken und den Ausbau seiner militärischen Präsenz umfangreiche Mittel zur Verfügung zu stellen. Es gibt nichtdementierte Meldungen, dass Russland an der abchasischen Küste Ersatz für den Flottenstützpunkt Sewastopol sucht. Der entsprechende Vertrag mit der Ukraine läuft 2017 aus. Präsident Juschtschenko, aber auch russische Nationalisten, die auf der Krim beträchtlichen Einfluss haben, suchen Streit um die Krim. In westlichen Medien wurde kolportiert, dass nach Südossetien die Krim zum nächsten Kriegsauslöser werden könnte.

Die russische Seite bewertet die Aufnahme des Dialogs im Rahmen der Genfer Konferenz und die gleichberechtigte,



eigenständige Teilnahme der Vertreter Südossetiens und Abchasiens als Erfolg.

Neben der Wiederaufnahme des Dialogs zur Lösung der „eingefrorenen“ Konflikte um Transnistrien und Nagorny Karabach, die auf Initiative von Medwedjew unmittelbar nach Beendigung des Kaukasus-Kriegs erfolgte, wurden unlängst Maßnahmen zur Stärkung der Zusammenarbeit im Rahmen der GUS getroffen. Russland gewährt GUS-Partnern Stabilisierungskredite in US-Dollar in insgesamt zweistelliger Milliardenhöhe, darunter eine Mrd. Dollar für Belarus, zwei Mrd. Dollar für Kyrgystan (das an seinem Entschluss zur Schließung der US-Luftwaffenbasis festhält), 500 Mio. Dollar für Armenien. Verhandlungen mit Turkmenistan, Aserbaidschan und anderen Ländern stehen noch an. Die Staatschefs mehrerer GUS-Republiken beschlossen, in Moskau einen Antikrisenfonds mit 10 Mrd. Dollar einzurichten, für den Russland zu zwei Dritteln aufkommt.

Die ukrainische Ministerpräsidentin Timoschenko teilte auf der Münchener Sicherheitskonferenz 2009 mit, dass Russland der Ukraine einen Stabilisierungskredit in Höhe von 5 Mrd. Dollar zur Verfügung stellt.

Die Präsidenten von Usbekistan und Russland vereinbarten, dass das usbekische Gas ausschließlich durch russische Leitungen transportiert wird. Der Streit um die Wasserressourcen mit Tadschikistan wurde rasch beigelegt. Medwedjew und der belorussische Präsident Lukaschenko fassten Beschlüsse zur allseitigen Vertiefung der Zusammenarbeit, einschließlich der militärischen. Das unlängst durchgeführte Gipfeltreffen der Vertragsorganisation für Kollektive Sicherheit (im Rahmen der GUS) sprach sich für eine engere Zusammenarbeit und für die Schaffung einer gemeinsamen operativen Eingreiftruppe aus.

Russland hat die Kontakte im Rahmen der Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit intensiviert, seine Präsenz in Lateinamerika verstärkt (Staatsbesuche des russischen Präsidenten in den linksorientierten Ländern, von Raul Castro in Russland mit weit reichenden vertraglichen Vereinbarungen).

## Die Ambivalenz der bundesdeutschen Ostpolitik

Mit der Amtsübernahme durch Angela Merkel trat eine Akzentverschiebung ein. Eine Weiterführung der deutsch-russischen Beziehungen wie in den letzten Jahren der Kanzlerschaft von Schröder, sollte es nicht geben. Priorität erhielt die Wiedergutmachung im Verhältnis zu Bush, der die Eigenständigkeiten und Aktivitäten Schröders in Richtung Russland und Präsident Putin argwöhnisch verfolgt hatte.

Die Bundeskanzlerin agierte eher vorsichtig und zurückhaltend, lavierte zwischen unterschiedlichen Interessengruppen, war auf eine gewisse Distanz bedacht, ließ einen ausreichend eigenständigen und souveränen Umgang in den Beziehungen mit Russland vermissen. Sie blieb, trotz so mancher Rücksichtslosigkeiten aus Washington, in einem folgsamen pro US-amerikanischen Kurs befangen. Sie tat und tut sich schwer mit den Aktivitäten ihres Stellvertreters Steinmeier, der sich ganz offensichtlich mit dem Verhältnis zu Russland, auch mit Blick auf das Wahljahr 2009, profilieren will. In einem Offenen Brief an Obama schrieb er: „In Ihrer Rede in Berlin haben Sie aufgerufen sie (die Kategorien des Kalten Krieges) zu überwinden und stattdessen an einer Partner-

schaft zu arbeiten, die den ganzen Kontinent erfasst – auch Russland ... Wir leben in einer Epoche, in der sich die Gewichte der Welt verschieben. Neue Mächte in Asien, Afrika und Lateinamerika streben ins Rampenlicht der Weltbühne. Sie werden das relative Gewicht der USA und des Westens verringern ... Nur wenn sie auf Augenhöhe mit am Tisch sitzen, werden sie bereit sein, weltweite Regeln zu akzeptieren ... Kein Land der Welt, und sei es das mächtigste, kann auch nur eines dieser Probleme – verlässliche Architektur des Weltfinanzsystems, Kampf gegen die Wirtschaftskrise, neues Vertrauen zwischen Ost und West, Klimawandel, weltweite Abrüstung – lösen“. („Der Spiegel“, 3, 2009)

Von einer strategischen Partnerschaft, von vertrauensvollen Beziehungen, von einem Beziehungskonzept kann bisher keine Rede sein. Manchmal gewinnt man den Eindruck, dass Russland trotz eindeutiger objektiver geostrategischen Interessenlage, trotz florierender Wirtschaftsbeziehungen und vielen regelmäßigen Kontakten auf staatlicher Ebene, trotz historischer Erfahrungen und Lehren für die deutsche Politik nur „zweite Wahl“ sein soll. Und dies, obwohl Russland den russisch-deutschen Beziehungen höchste Priorität beimisst und mit seiner Rolle für die deutsche Einheit mehr als große Vorleistungen erbracht hat.

Der Vorsitz Deutschlands in EU und G8 2007 war eine gute Gelegenheit, neue Akzente zu setzen und Realpolitik zu betreiben, auch alte Zöpfe aus der Zeit des Kalten Krieges zu entsorgen.

Im Vorfeld der Präsidentschaft entstand der Eindruck, dass dies deutsche Regierungspolitik werden könnte. Auf einem informellen Treffen der EU-Außenminister im finnischen Lapeenranta Anfang September 2006 trat Außenminister Steinmeier mit einer bemerkenswerten Rede auf. Gemeinsam mit Finnland, das bis Ende 2006 die EU-Präsidentschaft innehatte, wolle man sich für eine Vertiefung der Beziehungen zwischen der EU und Russland einsetzen. Steinmeier bezog sich auf ein Strategiepapier, das im AA unter dem Motto „Annäherung durch Verflechtung“ ausgearbeitet worden war. In dem Papier heißt es: Ziel einer europäischen Ostpolitik müsse es sein, „das konstruktive Engagement Russlands durch neue Kooperations- und Integrationsangebote zu fördern“ und seine Verankerung in Europa durch enge politische, wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen „irreversibel zu machen“.

In dem Papier wird für eine nüchterne Bewertung der zum Teil übereinstimmenden, zum Teil auseinander laufenden Interessen geworben. Russland bleibe ein wichtiger Partner, selbst wenn es jetzt nach außen mit neuem Selbstbewusstsein nationale Interessen vertrete und im Inneren „einen eigenen, russischen Weg“ verfolge, „der vielfach asynchron zu dem der EU“ verlaufe. Ohne intensive Partnerschaft mit Russland könne es weder eine „gesamteuropäische Friedensordnung“ noch eine Lösung von Konflikten wie etwa auf dem Balkan oder im Nahen Osten geben. Deutschland befürworte ein neues Abkommen der EU mit Russland, das „umfassend, integrativ, nach vorn weisend angelegt ist und klare Signale enthält, dass Russland in Europa willkommen ist“. Als mittelfristige Ziele werden im Strategiepapier des AA eine Freihandelszone, eine Energiepartnerschaft, enge Beziehungen auf den Gebieten der Forschung, Bildung und Kultur sowie ein Ausbau der gesellschaftlichen und menschlichen Kontakte genannt, was etwa den im Mai 2003 zwischen Russland und der EU vereinbarten und am 10.5.2005 auf



dem EU-Russland-Gipfel verabschiedeten „Wegekarten über die vier gemeinsamen Räume der Kooperation und strategischen Partnerschaft“ entspricht (siehe FAZ vom 4. September 2006 sowie Heinz Timmermann, „Die deutsch-russischen Beziehungen im europäischen Kontext“, 3. September 2006).

Ähnliche Positionen sind in einem Grundsatzpapier der Bertelsmann-Stiftung enthalten, das in einer repräsentativen Veranstaltung im Auswärtigen Amt im September 2006 vorgestellt wurde. Darin heißt es: „Die Kooperation mit den direkten Nachbarn der EU in Osteuropa, in der Schwarzmeerregion und in Zentralasien erfordert eine aktive Partnerschaft mit Russland. Russland bleibt ein unverzichtbarer Akteur in Gesamteuropa“.

Angela Merkel zögerte jedoch, diesen Weg für die EU-Präsidentschaft zu beschreiten. Im Gegenteil, im Präsidentschaftsprogramm der Bundesregierung war von all dem keine Rede. Russland wurde lediglich mit einem nichts sagenden Nebensatz in der Einleitung bedacht. Die Bundeskanzlerin hatte sich entschieden, andere Akzente zu setzen. Eine EU-USA-Wirtschaftspartnerschaft sollte zum zentralen Punkt der Ratspräsidentschaft gemacht werden.

Dieses Vorgehen gegenüber Russland kam nicht von ungefähr. Schon seit geraumer Zeit sammeln sich konservative Kräfte in Deutschland und der EU, die eine restriktive Politik gegenüber Russland durchsetzen wollen und eine neue transatlantische Partnerschaft anstreben. Man fürchtet den Aufbruch des Ostens, seine Wirtschaftsoffensive und fordert eine „NATO der Wirtschaft“. „Die im Kalten Krieg bewährte Waffenbrüderschaft könnte im Weltwirtschaftskrieg fortgesetzt werden“ (Gabor Steingart, „Spiegel“, Nr. 37, 2006). Nach einer nicht öffentlichen Sitzung des EU-Ausschusses im Bundestag Ende September 2006 erklärte die Bundeskanzlerin, dass sie den Vorschlag einer Freihandelszone zwischen Europa und den USA voranbringen wolle.

Aber nicht nur der Schulterchluss gegen den Osten treibt die Konservativen um. Man sieht die Schuldenfalle und die Ohnmacht der Supermacht im Finanzwesen und im Militärischen (Irak, Afghanistan). Man sucht die Aufstellung der EU zu verbessern, die Vorteile im Wirtschaftsbereich im Wettstreit mit den USA zur Geltung zu bringen. Man möchte nicht, dass die imperiale Überdehnung der USA der EU auf die Füße fällt, dass die USA weiterhin nur ihre eigenen Interessen durchsetzen, auch auf Kosten der Verbündeten. Es schien so, als hätten in Deutschland jene Kräfte die Oberhand gewonnen, denen das Veto Polens und später Litauens gegen die Aufnahme der Partnerschaftsverhandlungen mit Russland gerade recht kam. Es wurde keine Gelegenheit ausgelassen, Stimmung gegen Russland und seine Führung zu machen. Positives, wie die gute Wirtschaftszusammenarbeit, die konstruktiven Bemühungen um die Ausgestaltung der kulturellen Beziehungen, die Petersburger Dialog- und Gipfeltreffen wurden klein geredet oder der Öffentlichkeit vorenthalten. Verleumdungen, unbewiesene Behauptungen und Vorverurteilungen wurden tonangebend und werden in den Massenmedien breit getreten. Alte Klischees wurden ausgegraben, Ängste geschürt. Das nahm im Zusammenhang mit dem Georgien-Konflikt groteske, gar feindselige Töne an.

Die oft nicht nur in den Medien, sondern auch von Politikern vorgebrachten Defizite an Demokratie, Meinungsfreiheit und Menschenrechten, oder „imperiale Ambitionen“ Russ-

lands, vermeintliche oder tatsächliche, sind nicht der eigentliche Grund für die Antihaltung. Dieser liegt tiefer:

Erstens tut man sich mit der Tatsache schwer, dass Russland mit neuem Selbstbewusstsein und eigenständig in die Weltpolitik zurückgefunden hat und als internationales Schwergewicht Gleichbehandlung einklagt, eine Unterordnung grundsätzlich ablehnt. Man wollte eigentlich immer, dass „Russland Teil und Juniorpartner des Westens wird“ (A. Rahr in einem „Freitag“-Interview.)

Und zweitens will man nicht akzeptieren, dass Russland eigene Wege geht. Russland folgt eigenen Interessen und Traditionen. Aber das möchte man im Westen eigentlich nicht und verfällt immer wieder in ideologische Attacken, Rituale und Praktiken des Kalten Krieges.

Zugleich muss die Bundeskanzlerin berücksichtigen, dass das Vorgehen der konservativen „Transatlantiker“ nicht unwidersprochen bleibt. Deren Kritiker stellen das westliche Bündnis nicht in Frage. Aber sie wollen nicht, dass der Weg nach Osten verstellt wird, dass die großen, zukunftssträchtigen Chancen im Osten, der immer mehr Gewicht in der Welt erlangt, vertan werden. Das kommt im Strategiepapier des Auswärtigen Amtes zum Ausdruck. Das ist auch im Brief Steinmeiers an Obama Schwerpunkt. Das war auch Leitmotiv in einem bemerkenswerten Auftritt von Ex-Kanzler Schröder in einer überfüllten Veranstaltung der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik und des Ostausschusses der Deutschen Wirtschaft am 17. Januar 2007.

Deutschland habe keine Alternative zu den Energielieferungen aus Russland. Man müsse Russland Eigenständigkeit und Gleichberechtigung zugestehen. Schröder wies die Vorverurteilungen und Verleumdungen gegenüber Russland zurück und verwarf sich gegen eine Politik der „doppelten Standards“. Er rief die Medien zur Sachlichkeit auf. Gerade wir Deutschen sollten auch nie vergessen, was im Namen Deutschlands dem russischen Volk angetan wurde.

Ähnliches hört man von Egon Bahr und nun auch von Helmut Schmidt in seinem Buch „Außer Dienst“. Er geißelt die verfehlte Russland-Politik mit scharfen Worten: Zusagen bei der Abrüstung wurden nicht eingehalten, schwere Fehler und Vertrauensbrüche sind begangen worden, Politiker verhalten sich überheblich und herablassend, einige setzen den Kalten Krieg fort, mischen sich ständig in die russische Innenpolitik ein und schüren antirussische Gefühle.

Für die Fortsetzung des Dialogs mit Russland nach dem Kaukasuskrieg warb in der FAZ vom 24. August 2008 Hans-Dietrich Genscher. Und in seiner Rede bei Entgegennahme des „Walther-Rathenau-Preises“ am 21. Oktober bedauerte er, dass der Vorschlag des russischen Präsidenten für eine Kooperationszone von Vancouver bis Wladiwostok im Westen ignoriert worden sei. Er distanzierte sich von der Vorstellung einer unipolaren Weltordnung und kritisierte, dass Westeuropa es versäumt hätte, eine Debatte um eine neue Weltordnung anzulegen. Die Zeit dafür sei reif, und das westliche Bündnis müsse sich mit den aufstrebenden Großmächten arrangieren. Es könne nichts mehr daran ändern, dass China, Indien, Brasilien sowie das wieder genesene Russland und ihre regionalen Zusammenschlüsse den Rang globaler Player erlangt hätten. Man müsse sie als gleichberechtigte und ebenbürtige Partner akzeptieren.

Horst Teltschik betont in einem Artikel in der FAZ vom 7. Mai 2008, dass Russland keine Belehrungen braucht. Der Westen muss die russische Wahrnehmung der Einkreisung



und Isolierung ernst nehmen. Ähnlich schreibt es auch Peter Scholl-Latour in seinem Buch „Russland im Zangengriff“.

Besonders von Vertretern der Wirtschaft hört man in der Regel deutliche Unterstützung für eine enge und konstruktive Zusammenarbeit. Dr. Mangold, der Vorsitzende des Ostausschusses der deutschen Wirtschaft assistierte Schröder in der Veranstaltung am 17. Januar 2007. Auch er forderte die Rückkehr zum Strategiepapier des AA. Er betonte, dass die deutsche Wirtschaft nicht nur die Energieimporte aus Russland dauerhaft gesichert haben will, sondern sich an der zu erwartenden Modernisierung der russischen Industrie maßgeblich beteiligen werde und dass die verstärkten Aktivitäten russischer Unternehmen auf dem EU-Markt willkommen seien. Das Motto „Annäherung durch Verflechtung“ sei das richtige Signal.

Außenminister Steinmeier plädierte in seiner Rede an der Universität von Jekaterinburg im Mai 2008 gar für eine deutsch-russische Modernisierungspartnerschaft.

Ein außenpolitisches Umdenken einflussreicher Kreise in Deutschland und Westeuropa scheint in Gang gekommen zu sein.

Von diesem schien die Kanzlerin wohl beeinflusst, als sie trotz des fortgesetzten propagandistischen Getöses gegen das Vorgehen Russlands im Kaukasus-Konflikt ihren Teil geleistet hat, damit das Petersburger Dialogtreffen am 2. Oktober in Petersburg ein konstruktives Ergebnis hatte. Der Gedanke der Modernisierungspartnerschaft wurde aufgegriffen und einige Abkommen in dieser Richtung abgeschlossen (Erhöhung der Energieeffizienz, Schaffung eines Deutsch-Russischen Instituts für Wissenschaft und Technologie, Lasertechnik, Gesundheitswesen u. a.).

Deutschland hat im Zusammenwirken mit Frankreich und anderen EU-Staaten dazu beigetragen, dass die Frage der NATO-Osterweiterung mit Georgien und der Ukraine vertagt wurde.

Bemerken sollte man auch Aussagen der Kanzlerin wie: die USA werden keine einzige Supermacht bleiben, es gäbe ein elementares Interesse, die NATO-Russland-Kooperation zu intensivieren. Oder ihre kritischen Worte an die Adresse der USA-Administration im Zusammenhang mit der Finanzkrise.

## Barak Obama

Mit großer Spannung wurde auf der diesjährigen Sicherheitskonferenz in München verfolgt, welche Überlegungen die neue USA-Administration zur europäischen Sicherheit anstellt. Obamas Abgesandter Biden blieb in den meisten anstehenden Fragen unverbindlich, was angesichts der Komplexität und Schärfe der Probleme nicht verwundert.

Auch liegt die Latte sehr hoch. Die Vorschläge des russischen Präsidenten in seiner Berliner Rede am 5. Juni des vergangenen Jahres, die auf eine weit reichende Neubestimmung der europäischen Sicherheitsstrukturen abzielen, stellen für den Westen eine große Herausforderung dar. Die Versuche, sie im Zusammenhang mit der Kaukasus-Krise zu negieren und Russland auszubremsen, sind nicht aufgegangen. Das belegen die Genfer Konferenz zum Kaukasus, der EU-Beschluss zur Aufnahme von Sachverhandlungen über ein neues Strategieabkommen zwischen der EU und Russland, die Ablehnung des Vorstoßes der Bush-Administration, im Eilverfahren die NATO-Aufnahme von Georgien und der Ukraine

durchzubringen, die begonnenen Gespräche über die russischen Vorschläge auf diplomatischer Ebene und ihre Erörterung auf dem OSZE-Gipfel im Sommer 2009. Dies ist durchaus ermutigend, kann Basis für die Aufnahme von Sachgesprächen mit der neuen USA-Administration sein, die intensiv in Moskau vorbereitet werden.

Die Reaktion der russischen Führung auf die Wahl von Obama fiel zunächst eher zurückhaltend aus. Präsident Medwedjew schickte ein kurzes Glückwunschtelegramm. In seiner Grundsatzrede vor den Parlamentariern einen Tag nach der Wahl kamen diese und Obama nicht vor.

Sehr kritische Worte wählte er jedoch hinsichtlich der Verantwortung der USA für die Finanzkrise und die Zuspitzung der Lage im Kaukasus. Er prangerte das selbstgefällige, egoistische, fehlerhafte und gefährliche Agieren der Bush-Administration an.

Es habe sich der Eindruck verfestigt, dass mit den in Europa forcierten Raketenplänen, der Einkreisung Russlands durch US-Militärbasen, mit der zügellosen NATO-Osterweiterung und anderen „Geschenken“ Russlands Standfestigkeit auf die Probe gestellt werden soll.

Medwedjew kündigte an, dass, falls die Notwendigkeit eintritt, den US-amerikanischen Anti-Raketen-Komplex zu neutralisieren, im Kalingrader Gebiet eine „Iskander“-Raketenanlage aufgestellt werde. Russland würde darauf verzichten, wenn die USA ihre Stationierungspläne in Polen aufgäben, sagte er am Vorabend des EU-Russland-Gipfels „Le Figaro“. Der gewählte US-Präsident Obama scheine die Frage zu überdenken. Inzwischen ist das Vorhaben erst einmal aufgehoben.

In weiteren Erklärungen stellte er fest, dass Russland zu Dialog und konstruktiver Zusammenarbeit mit dem neuen USA-Präsidenten bereit sei.

Der zuständige stellvertretende Außenminister Rjabkow unterstrich in der „Nesawissimaja Gaseta“, es sei schwer, die für die USA-Außenpolitik dauerhaft vorgegebenen Konstanten, über die ein eingespielter Macht- und Beamtenapparat wacht, zu verändern, selbst, wenn Obama es wollte. Auch signalisiere sein Regierungsteam nicht gerade die Veränderung, von der im Wahlkampf die Rede war.

Als Anknüpfungspunkte für künftige Kontakte wurden in Gesprächen im russischen Außenministerium Anfang Dezember genannt: Afghanistan, Kampf gegen die Taliban und andere Terroristen, Abrüstung im Nuklearbereich, Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen, Überwindung der Finanzkrise und Entwicklung von Regeln für die internationale Finanzwirtschaft.

Russland bemühe sich aktiv, für den Vorschlag Medwedjews über eine neue transatlantische Partnerschaft zwischen EU, Russland und den USA zu werben. Ebenso für Abrüstungsvorhaben und die Verbesserung der Wirtschaftsbeziehungen (der Außenhandel stagniert mit 26.Mrd. Dollar auf einem niedrigen Niveau, die von Bush 2001 zugesagte Beseitigung der Jackson-Vanik-Klausel von 1974 ist nicht erfolgt. Im Unterschied zur EU können die Wirtschaftsbeziehungen nicht zum Ausgleich bei Problemen und Turbulenzen auf anderen Gebieten dienen).

Russische Diplomaten erwarten, dass Obama eine ruhigere, berechenbarere Politik betreiben wird. Das wäre nicht wenig.

Das Auftreten von Vizepräsident Biden in München deutet in diese Richtung. Seine Ausführungen zum Verhältnis mit



Russland fanden große Beachtung und Unterstützung. Er betonte zunächst, dass es auch in Zukunft Differenzen mit Moskau geben werde. So könne man Südossetien und Abchasien nicht anerkennen. Aber es gäbe genügend Themen für Zusammenarbeit: Afghanistan, Iran, den Raketenschild in Polen und Tschechien.

„In der Erklärung Bidens wird die Position der vorigen Administration wiederholt, das heißt das Antiraketensystem ist ein unerschütterliches Element amerikanischer Politik. In der jüngsten Erklärung Hillary Clintons wird das Schicksal des Antiraketensystems mit der Iran-Frage verknüpft. Optimistisch könnte man sagen, diese Erklärung bedeute, dass diese Idee den Amerikanern nicht als unannehmbar scheint und in die Tagesordnung aufgenommen werden kann. Wenn das so ist, dann kann man von der Wiederaufnahme der Zusammenarbeit zwischen Russland und den Vereinigten Staaten auf praktischer Ebene sprechen“ (Prof. Bogaturow, *Nesawisimaja Gaset*, 16.2.2009).

Das Verhältnis zu Russland war eine zentrale Frage der Münchener Sicherheitskonferenz. Sie wurde kontrovers und widersprüchlich diskutiert. Sarkozy sieht keine russische Gefahr und wiederholte seine Bereitschaft, den russischen Vorschlag für eine neue europäische Sicherheitsarchitektur zu erörtern und auf dem kommenden OSZE-Gipfel zu diskutieren. Kanzlerin Merkel äußerte grundsätzliche Dialogbereitschaft, aber auch Zweifel an der Machbarkeit des Projekts. Beide erwarten weitere russische Präzisierungen.

Außenminister Steinmeier war bemüht, sich in Sachen nuklearer Abrüstung und KSE- Vertrag zu profilieren.

Dem polnischen Premier macht Sorge, dass das russische Vorgehen auf die Beseitigung der bestehenden Strukturen gerichtet sei.

Allgemein wurde anerkannt, dass die Verbesserung der Beziehungen zu Russland für die europäische Zusammenarbeit wichtig sei. An der NATO-Osterweiterung wolle man festhalten, das bekräftigte auch Biden. Der russische Vizepremier Iwanow signalisierte Dialogbereitschaft.

Nach München gibt es Fortschritte in Sachen nuklearer Abrüstung. Russland, das in den letzten Jahren mit Blick auf das 2009 auslaufende START-1-Abkommen wiederholt die Wiederaufnahme der Verhandlungen über neue nukleare Abrüstungsschritte vorgeschlagen hat, reagierte positiv auf die Vorschläge Obamas im Bereich der strategischen Kernwaffen.

Die Ankündigungen zur Zusammenarbeit in der Afghanistan-Frage sind zügig in Vereinbarungen umgesetzt worden. Das wurde auch nicht durch die von Kyrgystan beschlossene Schließung der US-Luftwaffenbasis Manas behindert, die die volle Unterstützung Moskaus (auch finanziell) gefunden hat. Die Transporte der USA nach Afghanistan über russisches Territorium sind angelaufen, auch militärische Güter sind möglich. Moskau hat sogar angeboten, mit eigenen Militärflugzeugen den Nachschub für die NATO-Truppen zu übernehmen.

## Eckpunkte für eine konstruktive Ostpolitik

### 1. Es gibt viele Gründe für dauerhaft gutnachbarliche Beziehung mit Russland:

- Die geostrategische Lage und die gegenseitige Sicherheitsabhängigkeit.
- Eine Isolierung Russlands ist nicht möglich. Es ist in jedem

Fall klüger, in der realpolitischen Nähe Russlands zu sein als außen vor zu bleiben.

- Langfristig existenzielle Energieprobleme mit Russland zu lösen ist von erheblicher Bedeutung.
- Russland hat gewaltige Pläne zur Modernisierung der Wirtschaft, was insbesondere für stark exportabhängige Wirtschaften von Bedeutung ist und Arbeitsplätze schaffen hilft. Von großem Interesse ist der relativ einfache Zugang zur Nutzung der hoch qualifizierten und zugleich billigen Arbeitskräfte. Lukrativ ist das beachtliche Innovationspotenzial Russlands im Hightech-Bereich. Gerade hier bestehen auf lange Sicht gute Chancen für kleine und mittelständische Unternehmen.
- Gute Beziehungen zu Russland können behilflich sein, um mehr „Freiräume“ für die Wahrnehmung eigener Interessen im Westen durchzusetzen. Interessenübereinstimmung besteht hinsichtlich der Entwicklung einer multipolaren Weltordnung, der Stärkung der UNO. Einvernehmen mit Russland kann für Deutschland durchaus hilfreich sein, um den Status eines ständigen Mitglieds des Sicherheitsrats zu erlangen.
- Ohne Russland sind europäische Sicherheit, Abrüstung sowie die Bewältigung regionaler Konflikte unmöglich. Russland kann Brücke zum Osten sein, zum Kaukasus, zu Zentralasien, zur Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit.
- Deutschland und Russland haben historische Erfahrungen guter Nachbarschaft und fruchtbarer Zusammenarbeit (Peter I, Katharina II., Bismarck, Rapallo- Vertrag, Neue Ostpolitik unter Brandt, DDR), aber auch katastrophaler Konfrontation in zwei Weltkriegen und im Kalten Krieg.

**2. Die Zeit für Schritte zur Verbesserung der Beziehungen ist günstig.** Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise drängt zu Abstimmung und Kooperation. Die Krisennot der USA, das desolante Erbe Bushs im Land und in der Welt stellen den neuen US-Präsidenten vor die Aufgabe, eine gewisse Neujustierung vorzunehmen und das in der Welt verloren gegangene Vertrauen zurück zu gewinnen. Die russische Führung hat in den letzten Wochen weit reichende Vorschläge für einen Neubeginn vorgelegt. Die Hysterie um das Vorgehen Russlands im Kaukasus-Krieg ist der Bereitschaft zum Dialog gewichen.

Die Interessen des Landes und der europäischen Sicherheit erlegen der Bundesregierung die Verantwortung auf, diese Realitäten zu berücksichtigen. Es gilt, eine Politik für die Beziehungen mit Russland auf bilateraler Ebene sowie im Rahmen von EU und NATO zu konzipieren und konsequent umzusetzen, die die Kooperation mit Russland auf gleichberechtigter Basis fördert, die aber zugleich auch die russischen Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen gebührend in Rechnung stellt. Eine neue europäische Ostpolitik ist nötig.

Deutschland hat gute Voraussetzungen, um sich zu einem Vorreiter für die Verbesserung der Beziehungen mit Russland zu machen. Moskau würde das begrüßen.

**3. Die Angelegenheiten Europas sind ohne Russland nicht zu regeln. Europa ist mehr als die EU.** Die Überlegungen und Vorschläge des russischen Präsidenten für einen juristisch verbindlichen Vertrag über Europäische Sicherheit und die Einberufung eines gesamteuropäischen Gipfeltreffens zu diesem Zwecke sind modern und zukunftsweisend.



Eine effektive Sicherheitspolitik in Europa ist nur mit Einbeziehung und Unterstützung Russlands erreichbar. Für Europa gibt es nur eine gemeinsame Sicherheit und Abwehr der Gefahren aus internationaler Destabilisierung und Finanzkrise, internationalem Terrorismus, Drogenschmuggel und organisierter internationaler Kriminalität.

Es sollte alles unternommen werden, um einer neuen Spaltung Europas entgegenzuwirken, die durch eine fortgesetzte Osterweiterung der NATO, aber auch der EU, durch eine Konfrontation von alten und neuen EU- und NATO-Mitgliedsstaaten, durch weitere Einmischung im postsowjetischen Raum droht.

Das Festhalten an der NATO und ihre Weiterentwicklung als Militärbündnis sind anachronistisch. Die Versuche, ihr mit weltweiten, gegen die UNO gerichteten Aktionen, einen zweiten Atem, eine neue Identität zu verleihen, bedrohen die internationale Sicherheit. Gewalt mit noch mehr Gewalt bekämpfen zu wollen wird in der Endkonsequenz erfolglos bleiben, wie die Entwicklung im Irak und Afghanistan zeigt.

Zwei Wege zur Überwindung der NATO werden in der Öffentlichkeit debattiert: Entweder die NATO wird aufgelöst, wie es die LINKE vorschlägt, und durch ein regionales, nicht-militärisches Sicherheitssystem ersetzt. Oder die NATO wandelt sich selbst in einem tiefgehenden Prozess zu einer nicht-militärischen Sicherheitsorganisation um.

Nun verschwindet die NATO nicht einfach, wenn wir es fordern. Obama und auch die NATO-Kritiker im westlichen Establishment sind im überschaubaren Zeitraum offenbar nicht bereit, die NATO in Frage zu stellen. Dennoch sollte die Forderung nach Auflösung der NATO in der politischen Auseinandersetzung ihren festen Platz behalten, denn sie wird von vielen Menschen geteilt, und langfristig kann sie auch zielführend sein. Mit klaren Parolen untersetzt wie – Kernwaffen raus aus Deutschland, Auflösung der US-Militärbasen, ein Moratorium für die NATO-Osterweiterung – dürfte sie im Wahlkampf und in der außerparlamentarischen Aktion weiterhin Zuspruch finden. Das allein reicht allerdings nicht aus. Auch über realpolitische Ansätze, die heute und morgen schon Druck auf Regierungspolitik ausüben können, sollte weiter nachgedacht werden.

So bleibt die Forderung an die Bundesregierung, ihre Position zur NATO-Osterweiterung zu überdenken, durchaus im realpolitischen Bereich. Zumindest wäre ein Moratorium zu debattieren, was Egon Bahr schon einmal vor Jahren vorgeschlagen hatte, oder zumindest ein unausgesprochenes Hinausschieben der NATO-Ausdehnung. Die Bedingungen scheinen heute günstiger, zumal viele westliche Politiker nicht für Saakaschwilli und Juschtschenko in Haftung genommen werden wollen.

Die neue USA-Führung scheint einen Positionswechsel vorzunehmen. Der stellvertretende Außenminister William Burns erklärte kürzlich der Nachrichtenagentur Interfax-Ukraine, dass Washington die unverzügliche euroatlantische Integration Georgiens und der Ukraine nicht mehr als prioritäre Aufgabe betrachtet: „Jeder Staat, der sich um die Mitgliedschaft in der NATO bemüht, muss den Kriterien für eine Mitgliedschaft entsprechen. Heute sind die Ukraine und Georgien für eine Mitgliedschaft in der NATO nicht vorbereitet“ (Nesawissimaja Gaseta, 17.2.2009.) Und US-Verteidigungsminister Gates erklärte beim NATO-Treffen in Krakow, es sei klar geworden, dass es noch ein langer Weg für beide Länder sei (ARD, 20.02.2009).

„Was die NATO-Erweiterung betrifft, so ist dieses Problem als langfristige Tendenz viel grundsätzlicher als die Aufnahme Georgiens oder der Ukraine. Selbst wenn die Amerikaner Vernunft annehmen und das Tempo verringern, sollte man nicht glauben, dass die NATO-Erweiterung begraben wäre. Für die USA ist die NATO-Erweiterung ein Umbau, eine Transformation der Plattform für ihre militärische Anwesenheit in Zentral-Eurasien. Wenn sie früher nur das kleine Westeuropa hatten, so sind die amerikanischen Interessen heute auf Zentralasien, die Kaspiregion, die Erdöl- und Erdgasgebiete fokussiert. Im Sinne ihrer traditionellen Geopolitik werden sie Positionsgewinne suchen. Mit der NATO-Erweiterung sollen die politischen und rechtlichen Grundlagen dafür gelegt werden“, schreibt Prof. Bogaturow in der Nesawissimaja Gaseta vom 16.2.2009.

Wie Biden in München machte auch Gates deutlich, dass die neue US-Regierung auf Zeit spielt, zurückhaltend agiert. Das betraf auch den Vorstoß des deutschen Verteidigungsministers Jung, der ausdrücklich dafür warb, das Verhältnis zu Russland wieder zu normalisieren. „Wir haben gemeinsame Sicherheitsinteressen. Deshalb ist es wichtig, den Dialog im NATO-Russland-Rat wieder aufzunehmen“ (ARD, 20.2.2009)

Gates meinte, man habe sich dazu in Washington noch keine Meinung gebildet, fügte aber hinzu: „Diese Regierung glaubt in der Tat, dass die Zeit da ist, die Beziehungen zu Russland neu zu gestalten und vorwärts zu gehen.“ Das sei vor allem eine Frage des Zeitpunktes. Er bestätigte auch, dass die Pläne für einen Rakenschutzschild in Europa überprüft würden, aber auch dafür brauche man Zeit (ebenda).

Auf den Vorschlag des britischen Verteidigungsministers Hutton, eine ständige Eingreiftruppe der NATO aus 3000 Mann zum Schutz bedrohter NATO-Länder zu schaffen, der vor allem bei den baltischen Vertretern gut angekommen war, ging Gates nicht ein. Hinsichtlich eines neuen strategischen Konzepts für die NATO äußerte er: „Ich denke, dass die Idee Sinn macht, einen frischen Blick darauf zu werfen“. Festzuhalten bleibt, dass in Krakow die NATO ihr Versprechen bekräftigt hat, dass Georgien und die Ukraine Mitglied des Bündnisses werden sollen. Dieser Zündstoff in den Beziehungen mit Russland bleibt bestehen.

Die ARD fasste ihre Berichterstattung aus Krakow so zusammen: „Die NATO zwischen Bedrohungsängsten auf der einen Seite und einem deutlichen Versöhnungskurs gegenüber Russland auf der anderen. Man darf gespannt sein, wie daraus am Ende ein Schuh werden soll“.

Zu den komplexeren Zusammenhängen gehört Afghanistan. Was geschieht mit der Allianz, wenn sie dort auch mit dem neuen Konzept der jetzigen US-Administration scheitert? Und was, wenn man dann auf die Schanghai-Organisation mit ihren alternativen Vorstellungen zugehen muss? Oder kann es gelingen, antirussische Haltungen von Staaten zwischen Deutschland und Russland durch gemeinsame Vereinbarungen und Aktionen im Bereich der kollektiven Sicherheit und der Wirtschaftsentwicklung konstruktiv aufzulösen und damit deren Interesse zu relativieren, die US-amerikanische NATO-Karte zu spielen? Entsprechende Andeutungen im Strategiepapier des Auswärtigen Amtes könnten zweckdienlich sein.

Was wird aus der NATO und dem Führungsanspruch der USA, wenn angesichts der Konkurrenz aufstrebender Staaten wie China, Indien, Russland und Brasilien die USA in



zehn bis fünfzehn Jahren nur noch „einer von mehreren wichtigen Akteuren auf der Weltbühne sein werden“? (aus einer Studie des National Intelligence Council der USA, ND, 22./23.11.2008). Außenminister Steinmeier macht in seinem Brief an Obama Andeutungen in dieser Richtung. Aufmerksamkeit verdient auch Steinmeiers Passage zur NATO: „Die NATO werden wir auch in Zukunft brauchen. Aber: Zu lange haben wir eine ehrliche Aufgabendiskussion durch Erweiterung und Erweiterungsfragen vertagt. Heute brauchen wir eine neue grundsätzliche Verständigung über die zukünftige Ausrichtung des Bündnisses – so etwas wie einen neuen „Harmel-Bericht, mit dem sich die NATO vor 40 Jahren in einer kritischen Phase neue Orientierung gegeben hat“. Damals reagierte man positiv auf die Dialogbereitschaft der Sowjetunion.

Eine konstruktive Ostpolitik bedeutet, gemeinsam mit Russland über Abrüstungsinitiativen nachzudenken, über Projekte zur Bekämpfung der Armut in der Welt, für Entwicklungshilfe und Umweltschutz, für die Ausprägung einer multipolaren, gerechteren Weltordnung, für den Schutz des Völkerrechts und der UNO. Dabei sind die Erfahrungen der Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit als demokratische und pluralistische Alternative zur gegenwärtigen Welt sowie die Bestrebungen der weltweiten sozialen Bewegungen einzubeziehen.

Die von Russland angebotene Interessen- und Werte-koexistenz könnte eine tragfähige Grundlage für eine neue konstruktive Ostpolitik werden. Europa hat aus dramatischen Erfahrungen der Vergangenheit und Gegenwart das Potenzial, nach der Region der Schanghaier Organisation ein weiterer gewichtiger Pol gewaltfreien Zusammenlebens zu werden.

**4. Die LINKE steht für einen friedlichen, gleichberechtigten Interessenausgleich zwischen der EU, Russland und den USA.** Sie erwartet von der Kanzlerin, dass sie in ihren kommenden Verhandlungen mit dem neuen amerikanischen Präsidenten für ein konstruktives und gleichberechtigtes Verhältnis zu Russland wirbt. Zu unterstützen sind entsprechende Aussagen im offenen Brief des Außenministers an Präsident Obama und von Regierungsvertretern, so von Karsten Voigt, dem Regierungskordinator für die Beziehungen mit den USA, der im Info-Radio festgestellt hatte, ohne Russland könne man weder in den Umwelt- und Abrüstungsproblemen, noch bei der Befriedung der Konflikte in der Welt, wie Iran, Kaukasus, Transnistrien weiterkommen.

Der Widerstand gegen die Raketenabwehr-Pläne der USA in Polen und Tschechien ist zu verstärken. Das kann helfen, realistischere Sichten in der NATO, mit Obama nun auch in den USA, zu fördern.

Zu fordern ist, dass in kommenden Verhandlungen mit dem neuen amerikanischen Präsidenten auch die Beendigung der Stationierung US-amerikanischer Kernwaffen und die Auflösung der Militärbasen der USA in Deutschland thematisiert werden.

Deutschland hat in konstruktiver Zusammenarbeit mit Russland zur Entspannung der Lage in der Kaukasus-Region beizutragen. Dabei könnte auf konstruktive Aktivitäten in der EU, so den Initiativbericht des EP-Abgeordneten Ooslander vom Oktober 2000 und eine darauf folgende Resolution zurückgegriffen werden.

**5. Maximale Anstrengungen sind zu unternehmen, um den in den letzten Jahren angehäuften Berg von Problemen in den Beziehungen zwischen der EU und Russland abzubauen.** Vereinbarungen zur weiteren Sicherung der russischen Energielieferungen, einschließlich des Projektes der Ostsee-Pipeline, der South Stream- Pipeline und der reibungslosen gemeinsamen Zusammenarbeit mit den Transitländern sollten getroffen werden. Ein ebenso wichtiger Schwerpunkt ist die langfristige Modernisierungszusammenarbeit.

Die LINKE sieht in der Wirtschaftskooperation mit Russland in erster Linie reale Impulse für die Schaffung neuer Arbeitsplätze und die Verbesserung sozialer Standards auf beiden Seiten. Ein besonderer Schwerpunkt sollte die Förderung von kleinen und mittelständischen Unternehmen sein, zumal in Russland die Entwicklung dieses Bereichs Priorität hat. Hier könnte viel für Betriebe in den neuen Bundesländern mit alten und neuen „Osterfahrten“ getan werden, um ihr wirtschaftliches und soziales Zurückbleiben bekämpfen zu helfen und ihre Existenz auch in Zeiten der Krise zu gewährleisten.

**6. Ansatzpunkte für einen konstruktiven Dialog bietet das Strategiepapier, dass das AA für die deutsche EU-Ratspräsidentschaft erarbeitet hatte.** Auch der Vorschlag des Außenministers für eine Modernisierungspartnerschaft, die Ausführungen der Bundeskanzlerin auf dem Petersburger Dialogtreffen und die dort getroffenen Vereinbarungen sind Schritte in dieser Richtung.

Das Strategiepapier sollte, nachdem die Regierung es vom Tisch genommen hatte, wieder in die Debatte gebracht und weiterentwickelt werden. Zu fordern ist, dass ohne Verzug ein konkreter, umfassender „Masterplan“ für die Entwicklung der Beziehungen ausgearbeitet wird.

DIE LINKE, die über vielfältige Erfahrungen freundschaftlicher Zusammenarbeit mit Akteuren der Zivilgesellschaft, mit Parteien und staatlichen Vertretern in Russland verfügt, ist zu aktivem Mitwirken bereit und erwartet, dass sie einbezogen wird.

**7. Russland ist für die Bewältigung der internationalen Finanzkrise gut aufgestellt, obwohl es selbst schwer betroffen ist.** Es verfügt nicht nur über immense Gold- und Valutareiserven (von 600 Mrd. Dollar im August 2008 auf etwa 400 Mrd. Dollar zurückgegangen), sondern bekanntermaßen auch gewaltige Naturreichtümer. Sie werden seit geraumer Zeit zur Stabilisierung Russlands global zur Wirkung gebracht. Und es kann erwartet werden, dass die Weltmarktpreise für Erdöl und Erdgas sowie für andere Rohstoffe nicht auf dem gegenwärtigen Tiefstand verharren werden. Russland ist bilateral und in der Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit mit den aufstrebenden Großmächten China und Indien, sowie mit den regionalen Schwergewichten Kasachstan und Iran eng verbunden. Russland hat maßgeblich zur Gründung einer GAS-OPEC beigetragen und plant den Aufbau eines eigenen Finanzzentrums auf Rubelbasis. Es vertieft die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Lateinamerika.

Nachhaltig Anschluss an diese strategische Dimension der Weltentwicklung zu erlangen, sollte als große Chance aufgegriffen und nicht durch kleinkarierte, ideologisierende Attacken vertan werden. Die im Westen oft geschmähten staatsregulierenden Erfahrungen der Länder des Ostens,



nun auch Lateinamerikas, erweisen sich jetzt als Standortvorteil. Es ist ein Irrtum anzunehmen, dass der Westen ohne den Osten mit der Finanzkrise fertig wird (Peer Steinbrück in einem „Spiegel“-Interview). Der Umbruch in der Welt sollte nüchtern und ohne alte Scheuklappen betrachtet werden. Auf das Angebot des russischen Präsidenten vom 7. Oktober zur gemeinsamen Bewältigung der Finanzkrise ist konstruktiv einzugehen.

**8. Die einseitig negative Berichterstattung in den Medien ist der Schaffung einer vertrauensvollen Atmosphäre abträglich.** Es sind Aktivitäten zu unterstützen und zu initiieren, die darauf gerichtet sind, ein objektives Russland-Bild zu vermitteln. Eine entsprechende Resolution, die nach einer Vorlage der jugendlichen Teilnehmer am Hamburger Treffen des Petersburger Dialogs im September 2004 angenommen wurde, kann Richtschnur sein. Leider hat sie in der Öffentlichkeit keine Rolle gespielt, also auch keine Folgen gehabt.

**9. Wichtig ist, dass die historische Dimension der Beziehungen mit Russland im Blick bleibt.** Das betrifft vor allem die Kriegserfahrungen und den Sieg über den Hitlerfaschismus. Sie bleiben identitätsstiftend für Russland. Auch realpolitische Ansätze in der von Bismarck, Rathenau und Wirth betriebenen Ostpolitik gehören zu den bleibenden Geschichtsgütern, ebenso die hervorragenden Impulse aus Kultur und Kunst für die Entwicklung unserer Völker.

Es kann nicht hingegenommen werden, dass in Deutschland mit dieser historischen Erfahrung fahrlässig umgegangen und Geschichtsklitterung betrieben wird. Der 65. Jahrestag der Zerschlagung des Hitlerfaschismus und der Beendigung des 2. Weltkrieges 2010 bieten gute Gelegenheit, dagegen verstärkt vorzugehen und vor allem den Kindern und Jugendlichen diese Geschichte und ihre Bedeutung für heute nahe zu bringen.

Präsident Medwedjew hat in Berlin den hohen Wert der gemeinsamen Geschichtserfahrungen unterstrichen und aufgerufen, die Unterschätzung der russisch-deutschen Versöhnung zu überwinden. Das verdient tatkräftige Unterstützung. Angesichts der von Deutschen in der Sowjetunion begangenen Verbrechen, die viele Millionen Menschen das Leben kosteten, hat Deutschland eine besondere Verantwortung für immerwährende gute Beziehungen mit Russland.

Einen deutschen Gedenktag für die Befreiung am 8. Mai 2010 erstmalig zu begehen, würde dem entsprechen.

Zu den gemeinsamen geschichtlichen Erfahrungen gehört auch die Zeit der Existenz der Sowjetunion und der DDR, die in Russland nicht mehr verketzert wird. Die Traditionen gutnachbarlicher Zusammenarbeit aus dieser Zeit bleiben dort wie hier im Gedächtnis vieler Menschen. Sie sollten auch in Deutschland nicht mehr gebrandmarkt oder verschwiegen, sondern bewahrt und für die jetzige Zeit genutzt werden. Die Verherrlichung nazistischer Untaten in den baltischen Republiken und die damit einhergehende Demütigung des russischen Bevölkerungsteils, oder Gesetzesvorhaben zur Anerkennung und Unterstützung von Nazikollaborateuren durch die gegenwärtige Führung in der Ukraine dürfen nicht unwidersprochen bleiben.

**10. Zivilgesellschaftlichen Akteuren sind größere Chancen einzuräumen, an der Zusammenarbeit mitzuwirken.** Das betrifft den Petersburger Dialog, das Deutsch-Russische

Forum, die Stiftung Jugendausschuss, die im Großen und Ganzen elitäre Veranstaltungen geblieben sind. Förderung verdienen die Freundschaftsgesellschaften und ihr Dachverband, die Jugendinitiativen und -gruppen, der Schüler- und Studentenaustausch.

Der Vorschlag der Murmanskter Nichtregierungsorganisation „Humanistische Bewegung der Jugend“, die schon mehrere deutsch-russische Kultur- und Freundschaftsfestivals im Murmanskter Gebiet durchgeführt hat, sollte aufgegriffen werden, in verschiedenen Regionen beider Länder regelmäßig Jugendfestivals durchzuführen.

Die Deutsch-Russischen Festtage – Initiative einer Berliner NGO –, die im Mai 2009 zum dritten Mal in Berlin-Karlshorst stattfinden werden, sollte angemessene staatliche Unterstützung erfahren.

Weitere Erleichterungen sind im Reiseverkehr, u. a. durch Einführung der Visafreiheit, zu erreichen.

## Das Münchener Diktat von 1938 und das Völkerrecht

*Vortrag von Gregor Schirmer, BAG Friedens- und Internationale Politik, beim Verband für internationale Politik und Völkerrecht am 8. Oktober 2008*

Das letzte Vorkriegsjahr 1938 war von drei schlimmen Daten gezeichnet: Annexion Österreichs im März, Münchener Abkommen im September über die Angliederung des Sudetengebiets an Nazi-Deutschland und die „Reichskristallnacht“ im November. Zwischen den drei Daten besteht ein innerer Zusammenhang. Sie verdeutlichen den endgültigen Eintritt in die Konstante der Politik unter Hitler: Skrupellose Verfolgung des Ziels eines Großgermanischen Reichs durch Krieg, durch Annexion fremden Territoriums, durch Unterdrückung anderer Völker und Vernichtung der Juden sowie anderer „minderwertiger“ Menschen und „Rassen“. Das hätten die regierenden Politiker des Westens 1938 erkennen können und müssen.

### Der Inhalt des Abkommens

Das Münchener Abkommen<sup>1</sup> zwischen Deutschland, dem Vereinigten Königreich, Frankreich und Italien, das ansonsten keinen Titel hat, wurde am 29. September 1938 von Adolf Hitler, Neville Chamberlain, Benito Mussolini und Edouard Daladier nach einer kurzen Konferenz in München unterzeichnet. Eine tschechoslowakische Delegation war zur Konferenz nicht zugelassen worden. Ihr wurde das Abkommen nach Abschluss der Konferenz bekannt gegeben. Einige Stunden später gab die tschechoslowakische Regierung bekannt, dass sie das Abkommen annimmt. Es trägt zurecht den Namen Münchener Diktat. Die Auslieferung des Sudetengebietes an Hitler-Deutschland wurde durch das Abkommen besiegelt und die „Bedingungen und Modalitäten“ und die „danach zu ergreifenden Maßnahmen“ bestimmt.

Der Inhalt ist kurz und bündig. Das Abkommen setzte in der Präambel voraus, dass „hinsichtlich der Abtretung des sudetendeutschen Gebiets“ ein Abkommen „bereits grundsätzlich erzielt wurde“. Das war pure Euphemie. Einig waren



sich lediglich England und Frankreich mit Hitler, dass das Sudetengebiet „heim ins Reich“ kommen musste. Mussolini hatte nichts dagegen. Aber eine Zustimmung der Tschechoslowakei lag nicht vor. Im Wörterbuch des Völkerrechts, einer seriösen deutschen Quelle, werden die 17 Tage vor München folgendermaßen beschrieben: „Als Hitler am 12.9. 1938 offen das Selbstbestimmungsrecht für die Sudetendeutschen forderte, begab sich der britische Premierminister Chamberlain überraschend nach Berchtesgaden (15.9.) und gestand Hitler grundsätzlich die Loslösung der Sudetengebiete von der Tschechoslowakei zu. Am 18.9. einigten sich die französische und britische Regierung in London über die Abtretung der Sudetengebiete an das Deutsche Reich. [Das geschah alles ohne die CSR! – G. S.] und erzwangen in ultimativer Form die Zustimmung des tschechischen Präsidenten und der tschechischen Regierung (21.9.). Chamberlain überbrachte dieses Ergebnis Hitler in Godesberg (22.9.); dieser schraubte seine Forderungen aber jetzt noch höher, in der Absicht, sein eigentliches Ziel, die Auflösung der Tschechoslowakei doch noch zu erreichen. In einem Memorandum forderte er die bedingungslose Übergabe des sudetendeutschen Gebiets zum 1.10.1938. Die während der Godesberger Verhandlungen in Prag angeordnete allgemeine Mobilmachung, Teilmobilisierungen in Frankreich und Großbritannien und die Ablehnung des durch Chamberlain an die tschechische Regierung übermittelten deutschen Memorandums, auf dessen Bedingungen Hitler bestand, schienen den Krieg unvermeidlich gemacht zu haben.“<sup>2</sup> Mit der Tschechoslowakei war vor München kein Abkommen über die Abtretung des sudetendeutschen Gebiets erzielt worden. Die Präambel ist eine Lüge. Was am 30. September vorlag, war ein von der CSR abgelehntes Ultimatum Hitlers mit der Drohung des „Einmarsches“. Es ist geradezu grotesk, wenn behauptet wird, „das Deutsche Reich habe zu keiner Zeit militärischen Druck auf die Tschechei ausgeübt“, „durch die tschechische Regierung“ war „die Abtretung bereits erklärt. Somit war rechtlich gesehen keine Anwesenheit der tschechischen Vertreter mehr notwendig.“<sup>3</sup>

Das Abkommen bestimmte, dass die „Räumung“ des „sudetendeutschen Gebiets“ am 1. Oktober, also zwei Tage später beginnt und am 10. Oktober abgeschlossen wird. In dem Zeitraum sollte die Besetzung durch deutsche Truppen „etappenweise“ erfolgen. Geräumt werden musste nicht nur das eigentliche Sudetengebiet, sondern darüber hinaus das „restliche Gebiet vorwiegend deutschen Charakters“. Die CSR verlor 29 000 km<sup>2</sup> Territorium und vier Millionen Einwohner. Die tschechoslowakische Regierung hatte das Gebiet „ohne Zerstörung irgendwelcher bestehender Einrichtungen“ und ohne deren „Beschädigung“ zu räumen. Das zielte auf die Übernahme intakter militärischer Anlagen, funktionierender Betriebe der Industrie, des Bergbaus und Verkehrsmittel durch Deutschland ab. Die endgültigen Grenzen sollten von einem internationalen Ausschuss festgelegt und von England und Frankreich „gegen einen unprovokierten Angriff“ garantiert werden. Deutschland und Italien wollten eine Garantie der neuen Grenzen erst dann geben, wenn „die Frage der polnischen und ungarischen Minderheiten in der Tschechoslowakei geregelt ist“. Es war „ein Optionsrecht für den Übertritt in die abgetretenen Gebiete und für den Austritt aus ihnen vorgesehen“ und in einigen Gebieten sollten Volksabstimmungen stattfinden. Dazu kam es jedoch nicht. Es wurden eine Reihe von Vereinbarungen zwischen Deutsch-

land und der Tschechoslowakei zur Durchführung des Münchener Diktats abgeschlossen.

Das Münchener Diktat war der erste Akt der von Hitler geplanten Vernichtung des tschechoslowakischen Staates. Ihm folgte auf dem Fuße der von den vier Unterzeichnern gebilligte Anschluss von Tschechisch Teschen an Polen. Polnische Truppen marschierten dort am 2. Oktober ein, also zwei Tage nach München. Vier Wochen später, am 2. November, wurden durch den sogenannten Ersten Wiener Schiedsspruch Deutschlands und Italiens (zwei Böcke als Gärtner) slowakische Gebiete von 12 000 km<sup>2</sup> und mit einer Million Einwohnern, darunter die Angehörigen der ungarischen Minderheit, an Ungarn ausgeliefert. Der Endpunkt war die Unabhängigkeitserklärung der Slowakei, befohlen von Hitler und ausgeführt von dem katholischen Priester Josef Tiso am 14. März sowie die Besetzung der „Rest-Tschechei“ durch die faschistischen Truppen am 15. März 1939. Am 16. März wurde die Gründung eines Protektorats Nazi-Deutschlands namens Böhmen und Mähren ausgerufen. Die Zustimmung dazu wurde von dem neuen Präsidenten Emil Hacha – Benesch war schon nach London emigriert – und seinem Außenminister von Hitler im wahrsten Sinn des Wortes erpresst. Das Protektorat durfte einen Präsidenten (Hacha konnte bis 1944 bleiben) und eine eigene Regierung haben. Der eigentliche Machthaber war aber der „Reichsprotektor“, von Hitler eingesetzt. Alles in allem wurde ein souveräner Staat, ein Mitglied des Völkerbunds faktisch ausgelöscht. De jure bestand dieser Staat in seinen Grenzen von 1919 jedoch weiter. Er wurde ab 1940 von einer Exilregierung in London unter Eduard Benesch als Präsident repräsentiert.

## Politisch-historische Bewertungen

Das Abkommen war für Hitler Bestandteil der Vorbereitung des faschistischen Aggressionskrieges und zwar ein nicht vermeidbarer Zwischenschritt zur gewaltsamen Vernichtung der Tschechoslowakei, die bereits seit 1937 geplant war. Hitler hätte lieber sofort die ganze Tschechoslowakei militärisch besetzt. Insofern war München für Hitler die „zweitbeste“ Lösung. Aber eine „Niederlage“ Hitlers und eine erfolgreiche „Widerstandshandlung“, wie Ernst von Weizsäcker im Nürnberger Wilhelmstraßenprozess zu seinen Gunsten glaubhaft machen wollte, war München gewiss nicht. Man kann darüber spekulieren, wie die Geschichte verlaufen wäre, wenn es München nicht gegeben hätte und stattdessen von allen Seiten Widerstand, auch militärischer, gegen Nazi-Deutschland geleistet worden wäre. Hitler hätte wahrscheinlich den Zweiten Weltkrieg ein Jahr früher angefangen. Er hätte sich möglicherweise von Anfang an in einen Zweifrontenkrieg Ost und West verwickelt. Aber lassen wir die Spekulationen.

Die Berufung auf ein angebliches Selbstbestimmungsrecht der Sudetendeutschen interessierte Hitler herzlich wenig. Sie war nur Mittel zum aggressiven Zweck. Es ging ihm überhaupt nicht um Menschen sondern um Territorien und ihre Ressourcen. Sein Adlatus Goebbels hat am 22. August, also 5 Wochen vor München in sein Tagebuch geschrieben: „Wir dürfen diese Völker, vor allem die Tschechen u. a. Ge-lichter nicht hochpäppeln, wir müssen sie vielmehr einmal herabdrücken. Wir wollen nicht diese Völker, wir wollen ihr Land.“<sup>4</sup> Eine üble Rolle spielten die von Hitler gesteuerten Faschisten der Sudetendeutschen Partei von Konrad Henlein. Aber das ist ein anderes Thema.<sup>5</sup>



Mussolini hat sich in München als Moderator aufgespielt und den Kurs Hitlers gestützt. Er hat die Chance genutzt, sich durch seinen Vorschlag an seinen Freund Hitler, in letzter Minute vor einem bewaffneten Konflikt die Münchener Konferenz einzuberufen, ins Spiel zu bringen, nachdem er wegen der völkerrechtswidrigen Annexion Äthiopiens in internationale Isolation geraten war.

Großbritannien und Frankreich haben mit München eine verhängnisvolle Politik der Besänftigung Hitlers und der Zugeständnisse an ihn um ihres vermeintlichen Friedens willen betrieben. Sie wollten die Aggressivität des faschistischen Deutschland nach Osten ablenken. Diese Politik ist unter dem Begriff „Appeasement“ in die Geschichte der Diplomatie eingegangen. Eine besonders üble Rolle hat der englische Premierminister Chamberlain gespielt. Er degradierte sich selbst zum Briefträger von Ultimaten an die CSR, den Forderungen Hitlers nachzukommen. Daladier war froh, sich der vertraglichen Beistandspflichten gegenüber der CSR im Bunde mit Großbritannien entledigen zu können. Beide dachten, Hitler wolle „nur“ die „Schmach von Versailles“ beseitigen. Sie erkannten nicht oder wollten nicht erkennen, dass es ihm um weit mehr ging, nämlich um faschistische Weltherrschaft. Bei aller Verurteilung der schändlichen Politik Englands und Frankreichs darf man natürlich nicht vergessen, dass Hitler in München der Verbrecher war und nicht Chamberlain und Daladier. Der englische Historiker Jan Kershaw sagte kürzlich in einem Interview für die Welt<sup>6</sup>: „Man verdreht die Dinge zu sehr, wenn man die Schuld nur auf die Konzessionen schiebt und die Bereitschaft, sich überhaupt mit Hitler geeinigt zu haben. Das hieße ja, dass nicht der aggressive Einschüchterer der Schuldige ist, sondern alle die Schwachen, die ihm nicht in den Weg treten können. Gewiss, der Westen hat viele gravierende Fehler begangen bei dem Versuch, Hitler in den Griff zu bekommen. Aber letztendliche Ursache der Probleme in Europa waren nicht westliche Schwächen, sondern die Aggression des deutschen Diktators.“

Die Benesch-Regierung hat gegen die aggressive Politik Hitlers keinen konsequenten Widerstand geleistet und unter den Drohungen Hitlers und dem Druck Englands und Frankreichs kapituliert.

Die Sowjetunion hat ihre Bereitschaft erklärt, entsprechend dem Vertrag über gegenseitige Hilfe von 1935 bewaffnete Hilfe gegen eine faschistische Aggression zu leisten, selbst wenn Frankreich die vertraglich vereinbarte Bedingung nicht erfüllt, ebenfalls Hilfe zu leisten. Heute wird behauptet, die Sowjetunion hätte damals weder militärisch eingreifen können noch wollen. Die Sowjetarmee wäre zu schwach gewesen und hätte ohnehin keine Durchmarschrechte von Polen und Rumänien bekommen. Ich will das dahin gestellt sein lassen. Auf jeden Fall haben Benesch, Chamberlain und Daladier, geblendet von ihrem Antikommunismus, die Bereitschaft der Sowjetunion nicht auf die Probe gestellt.

Heute werden Analogien konstruiert zwischen München 1938 und dem Kaukasus-Konflikt 2008. Die „heutigen Sudesten“ sind Südossetien und Abchasien. Putin/Medwedjew wollten sie mit militärischer Gewalt „heim ins russische Reich“ führen. Georgien spielt die Rolle der gegen ihren Willen amputierten CSR. Und die EU, vor allem Frankreich und Deutschland betreiben „Appeasement“ und kuschen artig vor Russland wie weiland Chamberlain und Daladier. Diese Analogien sind so infam wie abartig und falsch. Russland hat

im Kaukasus keinen Aggressionskrieg geführt und plant auch keine Aggressionskriege anderswo. Die „Westmächte“ verhalten sich eher progeorgisch, wenn auch nicht unbeachtet aggressiv gegenüber Russland. Oder hätten sie den NATO-Verteidigungsfall beschließen sollen?

## Völkerrechtliche Bewertung

Wie ist das Münchener Abkommen aus völkerrechtlicher Sicht zu bewerten? Um die Antwort vorweg zu nehmen: Der Maßstab ist das vor dem II. Weltkrieg verbindliche Völkervertrags- und Gewohnheitsrecht. Dieses Diktat war ein eklatanter Bruch des damals geltenden Völkerrechts. Es steht zum damals verbindlichen Völkergewohnheitsrecht und zu geltenden Verträgen in einem so unerträglichen Widerspruch, dass es von Anfang an (ex tunc) als nichtig zu betrachten ist. Es war ein politisch-militärisches Diktat in der Form eines Vertrags.

Zunächst zum Völkergewohnheitsrecht: Nach Art. 52 und 53 des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge vom 23. Mai 1969 ist ein Vertrag nichtig, wenn „sein Abschluss durch Anwendung oder Androhung von Gewalt“ herbeigeführt wurde oder „wenn er im Zeitpunkt seines Abschlusses im Widerspruch zu einer zwingenden Norm des allgemeinen Völkerrechts steht“. Das trifft für das Münchener Diktat zu. Nach Art. 69 Abs. 1 haben die „Bestimmungen eines nichtigen Vertrags ... keine rechtliche Gültigkeit“. Das Wiener Übereinkommen gab es 1938 nicht und es hat keine rückwirkende Rechtskraft. Aber seine Grundaussagen hatten schon damals gewohnheitsrechtliche Geltung.

In dem klassischen Lehrbuch von Oppenheim „International Law“ – ich zitiere aus der dritten Ausgabe aus dem Jahr 1920 – wird die damalige Lage nach Völkergewohnheitsrecht so dargestellt: Es ist „eine gewohnheitsrechtlich anerkannte Regel des Völkerrechts“ dass „unmoralische Verpflichtungen“, Verpflichtungen, „die im Widerspruch mit universell anerkannten Prinzipien des Völkerrechts“ stehen, „nicht Gegenstand eines internationalen Vertrags sein können“. Solche Verträge sind von „vornherein nicht bindend“, sondern „null und nichtig“.<sup>7</sup> Das war die damals herrschende Lehrmeinung der „fähigsten Völkerrechtler der verschiedenen Nationen“, die nach dem Statut des Ständigen Internationalen Gerichtshofs als „Hilfsmittel zur Feststellung von Rechtsnormen“ herangezogen werden.

Der einzige völkerrechtlich gültige Akt für eine Abtretung tschechoslowakischen Staatsgebiets an Deutschland hätte nur eine Vereinbarung zwischen der CSR und dem Deutschen Reich sein können. Die CSR war die einzig Verfügungsberechtigte über eine Abtrennung des Sudetengebiets. Das Parlament hätte zu einer Grenzänderung nach § 1 der Verfassung der CSR vom Februar 1920 ein Verfassungsgesetz beschließen müssen.

Es ist versucht worden, zwischenzeitliche und nachträgliche Inkaufnahmen der von England übermittelten Diktate Hitlers durch Benesch und seine Regierung und die Tatsache der Mitwirkung der CSR an der Durchführung des Abkommens als völkerrechtlich wirksame Zustimmung der CSR zu werten. Tatsächlich gab es windelweiche, kapitulantenhafte und zähneknirschende Erklärungen Beneschs, darunter die schon erwähnte Erklärung der „Annahme“ des Abkommens durch die tschechoslowakische Regierung vom 30. September. Es wurden mehrere Abkommen mit Nazi-Deutschland



nach dem Münchener Diktat abgeschlossen, darunter Abkommen über den Grenzverlauf sowie über Staatsangehörigkeits- und Optionsfragen vom 20. November 1938. Das alles vollzog sich unter der Kriegsdrohung durch das faschistische Deutschland und konnte die Nichtigkeit des Diktats nicht „heilen“.

Das Abkommen war ein geradezu „klassischer“ Fall eines Vertrags zu Lasten Dritter, nämlich der Tschechoslowakei, der völkerrechtlich nicht zulässig war. Die Partner des Abkommens hatten kein Verfügungsrecht über Staatsgebiet der Tschechoslowakei. Die Tschechoslowakei war an dem Abkommen nicht beteiligt. Sie wurde nicht einmal angehört. Ihre Zustimmung wurde durch Androhung von militärischer Gewalt und Krieg erpresst. Mit Gewalt erzwungene Gebietsveränderungen waren schon damals völkerrechtswidrig und nichtig. Durch völkerrechtswidrige Akte kann kein neues Recht geschaffen werden. Sie werden selbst durch Anerkennung seitens anderer Staaten nicht rechtmäßig. Das ist die Konsequenz aus der Stimson-Doktrin, die mit der Resolution des Völkerbundes vom 11. März 1932 allgemeine Anerkennung fand. In der Resolution wurde erklärt, „dass die Mitglieder des Völkerbundes keine Situation, keinen Vertrag, kein Übereinkommen anerkennen dürften, die sich aus der Anwendung von Mitteln, die durch die Völkerbundsatzung und den Briand-Kellogg-Pakt verboten wären, ergeben hätten“.<sup>8</sup> Das war zum Zeitpunkt des Abschlusses des Münchener Abkommens allgemein verbindliches Völkergewohnheitsrecht.

Das Diktat war ein Bestandteil der Planung und Vorbereitung eines Angriffskrieges nach Art. 6 a des Statuts für den Internationalen Militärgerichtshof von Nürnberg und damit ein Verbrechen gegen den Frieden. Das Statut nimmt zu Recht für sich in Anspruch, dass es Völkerrecht normiert, das schon vor dem Zweiten Weltkrieg galt. Die Behauptung, der Nürnberger Gerichtshof habe die Gültigkeit des Münchener Abkommens anerkannt, indem er im Urteil dessen Bruch durch Nazideutschland festgestellt hat, denn man könne nur ein Abkommen brechen, das vor dem Bruch gültig war, ist blasphemisch. Das Tribunal hat das Abkommen als politisches Faktum genommen und festgestellt, dass es Hitler mit Füßen getreten hat. Es hat aber nicht über dessen Rechtskraft befunden.

Soweit die Lage nach Völkergewohnheitsrecht. Die Partner des Abkommens haben, alle zusammen oder jeder für sich, gültige völkerrechtliche Verträge gebrochen. Der Krieg als Mittel der Politik war durch den Kellogg-Pakt vom 27. August 1928, dem alle vier Partner des Münchener Abkommens angehörten, geächtet. In Art. I des Paktes erklären die Partner, „dass sie den Krieg als Mittel für die Lösung internationaler Streitfälle verurteilen und auf ihn als Werkzeug nationaler Politik in ihren gegenseitigen Beziehungen verzichten“. Durch Art. II waren die vier Partner auf die Lösung der Streitfragen „niemals anders als durch friedliche Mittel“ verwiesen. München war ein grober Verstoß gegen den Pakt.

Das Abkommen war ein Bruch von Art. 10 der Satzung des Völkerbundes, dem damals Großbritannien, Frankreich und die Tschechoslowakei angehörten (Deutschland und Italien waren bereits ausgetreten). Der Artikel verpflichtete die territoriale Integrität und politische Unabhängigkeit der Mitglieder des Völkerbundes zu achten und zu wahren. Art. 20 verpflichtete, „Verträge, die mit der Satzung unvereinbar sind, in Zukunft nicht mehr einzugehen“.

Verletzt wurde das I. Haager Abkommen zur friedlichen

Erledigung internationaler Streitfälle vom 18. Oktober 1907, in dessen Artikel 1 steht: „Um in den Beziehungen zwischen den Staaten die Anrufung der Gewalt soweit wie möglich zu verhüten, erklären sich die Vertragsmächte einverstanden, alle ihre Bemühungen aufwenden zu wollen, um die friedliche Erledigung der internationalen Streitfragen zu sichern.“

Verletzt wurde der Versailler Vertrag vom 28. Juni 1919, an den, auf jeden Fall an dessen territoriale Bestimmungen, Deutschland nach wie vor gebunden war. In Art. 85 hieß es: „Deutschland erkennt die vollständige Unabhängigkeit der Tschechoslowakei an.“

Frankreich hat mit dem Abkommen den französisch-tschechoslowakischen Bündnisvertrag vom 25. Januar 1924 und den Garantievertrag vom 16. Oktober 1925 gebrochen.

Deutschland hat den deutsch-tschechoslowakischen Schiedsvertrag vom 16. Oktober 1926 verletzt, der vorsah, alle Streitfragen jeglicher Art friedlich zu regeln, indem sie einem Schiedsgericht zur Entscheidung unterbreitet werden. Der Vertrag war in seiner Gültigkeit von der Annullierung des Locarno-Vertrags nicht betroffen.

Mit einem angeblichen Selbstbestimmungsrecht der Sudetendeutschen kann das Abkommen nicht gerechtfertigt werden. Man kann darüber streiten, ob das Selbstbestimmungsrecht damals schon ein allgemein anerkanntes Völkerrechtsprinzip war. Jedenfalls beinhaltet dieses Recht nicht das Recht auf Separation einer ethnischen Minderheit von dem Staat, dem sie zugehört und auf Anschluss an den Staat, der ihre ethnische Zugehörigkeit repräsentiert. Schon gar nicht erlaubt das Selbstbestimmungsrecht, dass ein Staat durch Anwendung von und Drohung mit Gewalt nationale Minderheiten „heimholt“. Die Sudetendeutschen konnten Autonomie beanspruchen, aber keinen Anschluss an das Deutsche Reich. Die Autonomie war ihnen von der tschechoslowakischen Regierung zugestanden. Es war Zynismus, wenn in einem völkerrechtlichen Gutachten vom Oktober 1965 behauptet wurde, beim Anschluss des Sudetengebiets handle es „sich nicht um die Annexion fremden Volksbodens seitens des Deutschen Reiches, sondern um die nachträgliche Anwendung des Nationalitätsprinzips ...“<sup>9</sup>

Der Tiefpunkt dieses Argumentationsstrangs ist mit der Feststellung erreicht: „Völkerrechtlich kann bei diesem Vorgehen grundsätzlich vom Begriff der Annexion gesprochen werden“<sup>10</sup>, der Annexion des Sudetengebiets nicht durch Deutschland im Jahre 1938 sondern durch die Tschechoslowakei durch deren Gründung im Jahre 1918!

## Positionen nach Sieg und Befreiung

Nach dem Sieg über den Faschismus gingen die Siegermächte von der Existenz Deutschlands in den Grenzen von 1937 aus. Die endgültige Festlegung der Oder-Neiße-Grenze sollte in einem Friedensvertrag erfolgen. In Bezug auf die CSR war es selbstverständlich, dass Deutschland das Sudetengebiet nicht behalten konnte. Das Potsdamer Abkommen und der Friedensvertrag mit Italien von 1947 enthalten keine Aussagen zum Münchener Abkommen.<sup>11</sup> Nach Ansicht der Siegermächte gab es keine tschechoslowakische Frage mehr. Die de iure nicht untergegangene CSR lebte auch de facto in ihren Vorkriegsgrenzen wieder auf. Die Bundesrepublik Deutschland hat die Grenze zur CSR – im Unterschied zur Westgrenze Polens – nicht in Frage gestellt. Insoweit waren das Münchener Abkommen und die folgenden Unrechtsakte

zur Liquidierung der CSR erledigt. Aber nur insoweit. Offen blieb die Frage, ab wann das Münchener Abkommen hinfällig und nichtig war.

Ist diese Frage nach 70 Jahren nicht Schnee von gestern? Leider nein. Um es kurz zu sagen: Wenn das Abkommen von Anfang an nichtig war, dann haben die Sudetendeutschen niemals die deutsche Staatsangehörigkeit erworben. Die CSR hat 1945 ihre eigenen „deutschstämmigen“ Staatsbürger enteignet, was ihr Recht ist. Auf die Umsiedelung der Sudetendeutschen komme ich noch zurück. Wenn das Abkommen zunächst rechtsgültig war und erst irgendwann später nichtig wurde, dann sind die Sudetendeutschen deutsche Staatsangehörige geworden. Die CSR hat Ausländer enteignet, was völkerrechtlich problematisch ist. Das ist der Kern der Sache. Es geht um Grundbesitz und um Entschädigung.

Wie haben sich die Beteiligten später zum Münchener Abkommen verhalten?

England und Frankreich hatten sich nach Hitlers fortschreitender Aggressivität vom Abkommen distanziert. In Strupp-Schlochauers Wörterbuch des Völkerrechts wird dazu berichtet: „Nachdem bereits im März (1939) die britische Regierung das Deutsche Reich hatte wissen lassen, dass sie in der Zerstörung der Tschechoslowakei eine Verwerfung (repudiation) des Münchener Abkommens sehe, und die französische Regierung von einer Verletzung gesprochen hatte, haben sich Großbritannien am 5.8.1942 und die französische Exilregierung am 29.9.1942 vom Münchener Abkommen losgesagt.“<sup>12</sup> Das geschah reichlich spät und bei Offenlassen der Frage, ab wann dieses Diktat ungültig war. Am deutlichsten war Charles de Gaulle. Er teilte der Regierung der CSR mit, dass das französische Nationalkomitee „diese Übereinkünfte als null und nichtig betrachtet, ebenso wie alle Akte, die in Anwendung oder in Konsequenz dieser Übereinkünfte durchgeführt worden sind“.<sup>13</sup> Italien hat 1944 nach dem Sturz Mussolinis unter dem kurzzeitigen Nachfolger Pietro Badoglio seine Beteiligung am Abkommen verurteilt und es für nichtig erklärt.

Wie haben sich die zwei deutschen Staaten zum Münchener Diktat verhalten? Beide waren gezwungen, sich zu positionieren. Der eine, die Bundesrepublik Deutschland betrachtet sich auch heute noch als mit dem Deutschen Reich identisch und der andere, die Deutsche Demokratische Republik, verstand sich als Rechtsnachfolger des 1945 untergegangenen Reichs. Beide Staaten konnten ihre Beziehungen zur Tschechoslowakei nur auf der Basis einer Distanzierung vom Münchener Abkommen aufbauen.

Ich beginne mit dem Ost-Staat, weil da die Lage völlig klar ist. Art. 7 des Vertrags über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen der DDR und der CSSR vom 17. März 1967 lautete: „Die hohen vertragschließenden Seiten stellen fest, dass das Münchener Abkommen vom 29. September 1938 unter Drohung eines Aggressionskrieges sowie der Anwendung von Gewalt gegenüber der Tschechoslowakei zustande gekommen ist, dass es Bestandteil der verbrecherischen Verschwörung des nazistischen Deutschlands gegen den Frieden und eine grobe Verletzung der bereits damals geltenden elementaren Regeln des Völkerrechts darstellte und dass deshalb dieses Abkommen von Anfang an ungültig war, mit allen daraus sich ergebenden Folgen.“ Das war eindeutig und stand im Einklang mit Art. 10 des sowjetischen Entwurfs eines Friedensvertrags mit Deutschland vom 10. Januar 1959, der lautete: „Deutschland erkennt

die Ungültigkeit des Münchener Abkommens mit allen sich aus ihm ergebenden Folgen an und erklärt, dass es das Territorium des ehemaligen sogenannten Sudetengebietes immer als unantastbaren Bestandteil der Tschechoslowakischen Republik anerkennen wird.“ In dem zwischen der DDR und der CSSR abgeschlossenen Freundschaftsvertrag vom 3. Oktober 1977 gab es keinen Bezug auf das Münchener Diktat. Die Angelegenheit galt als geklärt und erledigt. Der Vertrag von 1967 wurde im Übrigen durch den neuen Vertrag nicht aufgehoben. Der Inhalt des Art. 7 galt also weiter. Nach dem Untergang der DDR als Staat und Völkerrechtssubjekt hat das Auswärtige Amt der BRD die zwei Verträge für erloschen erklärt.

Was war die Position der BRD? Die Bonner Regierung hatte in einer Note vom 25. März 1966 erklärt, dass das Münchener Abkommen „von Hitler zerrissen wurde und keine territoriale Bedeutung mehr hat. Sie erhebt daher ... gegenüber der Tschechoslowakei keine territorialen Ansprüche“. Es blieb offen, welche anderweitige, nicht territoriale Bedeutung das Abkommen dennoch hat und welche nichtterritorialen Ansprüche erhoben werden.

Als letzter der sogenannten „Ostverträge“ wurde der Vertrag über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der BRD und der CSSR vom 11. Dezember 1973 abgeschlossen, dessen Ratifikation sich noch bis Juli 1974 hinzog. Dieser Vertrag war eine der notwendigen Voraussetzungen für die Schlussakte von Helsinki 1975. Die Hauptursache für die Verzögerung war die unterschiedliche Position der Partner zum Münchener Abkommen und seinen juristischen Folgen. Das Ergebnis war ein Kompromiss.

In der Präambel des Vertrags erkennen die Vertragspartner an, „dass das Münchener Abkommen ... der Tschechoslowakischen Republik durch das nationalsozialistische Regime unter Androhung von Gewalt aufgezwungen wurde“. Art. I bestimmte, dass die beiden Partner „das Münchener Abkommen vom 29. September 1938 im Hinblick auf ihre gegenseitigen Beziehungen nach Maßgabe dieses Vertrags als nichtig“ betrachten. Eine kryptische Formel, die hinsichtlich des Zeitpunkts und der Wirkungen der Nichtigkeit alles offen lässt. Art. II legt die „Maßgabe dieses Vertrags“ fest: Etwaige Rechtspositionen natürlicher und juristischer Personen aus der Zeit vom 30. September 1938 bis zum 9. Mai 1945 bleiben unberührt; unberührt bleibt die Frage der Staatsangehörigkeit lebender und verstorbener Personen; der Vertrag bildet keine Rechtsgrundlage für materielle Ansprüche der CSSR und ihrer natürlichen und juristischen Personen. Die Wirkungen der Nichtigkeit waren damit in keiner Weise geregelt.

Der nach dem Untergang des realen Sozialismus in Europa abgeschlossene Vertrag zwischen der BRD und der Tschechischen und Slowakischen Föderation vom 27. Februar 1992 kommt nur in der Präambel auf das Münchener Abkommen zurück. Der Vorgängervertrag wurde bestätigt, „auch hinsichtlich einer Nichtigkeit des Münchener Abkommens“. Es wurde wiederum weiter nichts geregelt. Genscher übergab am Tag der Unterzeichnung seinem Amtskollegen Dienstbier einen Brief, der Gegenstand des deutschen Ratifikationsverfahrens war und in dem er „in Erinnerung“ ruft, „dass während der Verhandlungen folgende Erklärungen abgegeben wurden: ... Beide Seiten erklären übereinstimmend: Dieser Vertrag befasst sich nicht mit Vermögensfragen.“<sup>14</sup>

Fünf Jahre später, am 21. Januar 1997, wurde die Deutsch-



Tschechische Erklärung über die gegenseitigen Beziehungen und deren künftige Entwicklung<sup>15</sup> in Prag unterzeichnet. Es handelt sich um einen politischen Text, nicht um einen völkerrechtlichen Vertrag. Der für die Tschechische Republik (die Slowakei hatte sich inzwischen abgetrennt) wichtige Satz stand in der Präambel: „im Bewusstsein, dass die Bundesrepublik Deutschland die Aufnahme der Tschechischen Republik in die Europäische Union und die Nordatlantische Allianz nachdrücklich und aus der Überzeugung heraus unterstützt, dass dies im gemeinsamen Interesse liegt“. Dafür war die tschechische Seite bereit, Kröten zu schlucken.

Sie bedauert in Ziffer III, „dass durch die nach dem Kriegsende erfolgte Vertreibung sowie zwangsweise Aussiedlung der Sudetendeutschen aus der damaligen Tschechoslowakei, die Enteignung und Ausbürgerung unschuldigen Menschen viel Leid und Unrecht zugefügt wurde, und dies auch angesichts des kollektiven Charakters der Schuldzuweisung. Sie bedauert insbesondere die Exzesse, die im Widerspruch zu elementaren humanitären Grundsätzen und auch den damals geltenden rechtlichen Normen gestanden haben, und bedauert darüber hinaus, dass auf Grund des Gesetzes Nr. 115 vom 8. Mai 1946 ermöglicht wurde, diese Exzesse als nicht widerrechtlich anzusehen, und dass infolgedessen diese Taten nicht bestraft wurden.“ Mehr als dieses Schuldbekenntnis kann von einem Opfer der faschistischen Aggression gegenüber der Bundesrepublik Deutschland nicht erwartet werden und Deutschland hat kein moralisches und juristisches Recht, mehr zu verlangen.

Die deutsche Seite machte in der Erklärung verbale Zugeständnisse, die in der Substanz nichts Neues brachten. Sie „bekennt sich zur Verantwortung Deutschlands für seine Rolle in der historischen Entwicklung, die zum Münchner Abkommen von 1938, zu Flucht und Vertreibung von Menschen aus dem tschechoslowakischen Grenzgebiet sowie zur Zerschlagung und Besetzung der Tschechoslowakischen Republik geführt hat. Sie bedauert das Leid und das Unrecht, das dem tschechischen Volk durch die nationalsozialistischen Verbrechen angetan worden ist. ... Die deutsche Seite ist sich auch bewusst, dass die nationalsozialistische Gewaltpolitik gegenüber dem tschechischen Volk dazu beigetragen hat, den Boden für Flucht, Vertreibung und zwangsweise Aussiedlung nach Kriegsende zu bereiten.“ Mit diesem Eingeständnis war die tschechische Seite zufrieden. Sie wollte ja unbedingt in die EU und in die NATO.

In der Erklärung fehlt der einfache Satz, dass die BRD und die CR „keine Rechtsansprüche gegeneinander haben und solche auch in Zukunft nicht geltend machen werden“.<sup>16</sup> Stattdessen einigte man sich darauf, dass „jede Seite ihrer Rechtsordnung verpflichtet bleibt und respektiert, dass die andere Seite eine andere Rechtsauffassung hat“. Vorrang hätten Verständigung und gegenseitiges Einvernehmen. Aber: Kohl sagte nach der Unterzeichnung der Erklärung, dass es „eine Reihe von Fragen gibt, die wir durch diese Erklärung nicht aus der Welt schaffen,; dazu gehöre „die Vermögensfrage, die bleibt natürlich offen“.<sup>17</sup>

## München und die Folgen für die Sudetendeutschen

Abschließend Bemerkungen zu zwei Fragen aus Ereignissen der unmittelbaren Nachkriegszeit, die indirekt mit dem Münchener Diktat zu tun haben: Die sogenannte Vertreibung und

die damit zusammenhängende Eigentumsfrage. Das Diktat war die Erstursache für diese Ereignisse.

## Die Umsiedlung

Der üblich gewordene Terminus „Vertreibung“ wird dem Sachverhalt nicht gerecht, weil er eine Gleichstellung mit entsprechenden völkerrechtlichen Verbrechen der Nazis suggeriert. Das Potsdamer Abkommen verwendet die Termini „Aussiedlung“ und „Überführung“ der deutschen Bevölkerung. Diese wurde nicht von der tschechoslowakischen Regierung, sondern von den vier Siegermächten beschlossen. Unter Punkt XIII des Potsdamer Abkommens heißt es: „Die drei Regierungen haben die Frage unter allen Gesichtspunkten beraten und erkennen an, dass die Überführung der deutschen Bevölkerung oder eines Teils derselben, die in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muss. Sie stimmen darin überein, dass jede derartige Überführung, die stattfinden wird, in ordnungsgemäßer und humanitärer Weise erfolgen muss.“ Der Vorschlag für diesen Beschluss kam von Großbritannien.<sup>18</sup> Außenminister Eden hatte schon 1941 mit Stalin darüber gesprochen, der nichts dagegen hatte. Die Aussiedlung der Deutschen war eine unvermeidliche Folge der vorangegangenen Verbrechen der Nazis durch die Zerschlagung der Tschechoslowakei und in der Zeit des Protektorats. Humanitäre Prinzipien wurden dabei insbesondere in der Zeit zwischen Ende des Krieges und den Potsdamer Beschlüssen vielfach verletzt. Es gab Verbrechen gegen Deutsche, die damals nicht verfolgt, sondern durch ein Dekret von Benesch vom 8. Mai 1946 straffrei gestellt wurden. Das ist heute auch durch Aufhebung von Benesch-Dekreten nicht mehr zu ändern. Die CSSR hat schon im Zusammenhang mit dem Vertrag von 1973 mit der BRD in einem Brief erklärt, dass in den Jahren 1938 bis 1945 verübte strafbare Handlungen verjährt sind. Die Ausnahmen hiervon sind durch die Abschaffung der Todesstrafe in der CSSR hinfällig geworden.

Dem Grunde nach war die Umsiedlung als Sanktion für die Verbrechen der Nazis gegen den tschechoslowakischen Staat und sein Volk und als Garantie für die Unwiederholbarkeit solcher Verbrechen unvermeidlich und gerechtfertigt. Die CSR und die DDR hatten in ihrer Prager Erklärung vom 23. Juni 1950 festgestellt, „dass die durchgeführte Umsiedlung der Deutschen aus der CSR unabänderlich, gerecht und endgültig gelöst ist“.<sup>19</sup> Es ist interessant, dass im Vorfeld der deutsch-tschechoslowakischen Erklärung von 1997 alle drei Siegermächte des Zweiten Weltkriegs, Großbritannien, Russland und die USA den Punkt XIII des Potsdamer Abkommens in untereinander abgestimmten Noten an die Regierung der CR vom 14. Februar 1996 bestätigt haben. In der amerikanischen Note hieß es: „Die Entscheidungen, die in Potsdam von den Regierungen der Vereinigten Staaten, dem Vereinigten Königreich und der Sowjetunion im Juli und August 1945 getroffen wurden, waren im Völkerrecht wohl begründet. Die Schlussfolgerungen der Konferenz sind seitdem öfters in verschiedenen multilateralen und bilateralen Zusammenhängen gebilligt worden. ... Die Schlussfolgerungen der Potsdamer Konferenz sind ein historisches Faktum und die Vereinigten Staaten sind überzeugt, dass kein Land sie infrage zu stellen wünscht.“<sup>20</sup>

Die Bundesrepublik Deutschland hat das Potsdamer Abkommen und damit auch den Beschluss über die Umsied-



lung niemals als für sich verbindlich akzeptiert. Der österreichische Völkerrechtler Felix Ermacora hat in einem Gutachten für die Bayerische Landesregierung von 1991 die ungeheuerliche Behauptung aufgestellt, „die Vertreibung der Sudetendeutschen ist Völkermord“. Diese Anschuldigung ist allein deshalb unhaltbar, weil bei der Aussiedlung auch bei den in diesem Zusammenhang verübten Verbrechen niemand die Absicht hatte, die ethnisch deutsche Gruppe zu zerstören. Eine solche Absicht gehört aber zu den Tatbestandsmerkmalen von Völkermord.

## Die Eigentumsfrage

Das ist das Kernstück der nach Ansicht der deutschen Seite noch offenen Fragen, nachdem das sogenannte Recht auf Heimat durch die Mitgliedschaft der CSR in der EU erledigt ist. Jeder Sudetendeutsche kann nach Böhmen ziehen. Aber die Enteignungen der Deutschen in der CSR im Jahre 1945 durch Dekrete des Staatspräsidenten Benesch werden nach wie vor infrage gestellt. Wir Bürger der DDR kennen das: Rückgabe oder Entschädigung. Der Völkerrechtler Dieter Blumenwitz verstieg sich 2002 zu der Beschuldigung, die Enteignung sei „Bestandteil des Genocides an der in der damaligen Tschechoslowakei siedelnden deutschen ... Volksgruppe“. Gerade weil eine zwingende Völkerrechtsnorm verletzt ist, sei Wiedergutmachung geboten.<sup>21</sup>

Nach tschechoslowakischem Recht waren die Enteignungen rechtmäßig. Das hat das tschechische Verfassungsgericht in einem Urteil vom 8. März 1995 bestätigt. Das Völkerrecht steht dem nicht entgegen. Die Enteignungen waren kein Bruch des Völkerrechts und schon gar kein internationales Verbrechen. Sie waren eine souveräne Entscheidung des tschechoslowakischen Staates auf dessen Territorium. Das Völkerrecht überlässt die Gestaltung der Eigentumsordnung dem jeweiligen Staat. Es ist dessen innere Angelegenheit und es unterliegt dessen Rechtsordnung, ob er mit oder ohne Entschädigung enteignet. Es gibt keinen völkerrechtlichen, auch keinen menschenrechtlichen Schutz vor Enteignungen. Nach Art. 17 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948 und nach Art. 1 des Zusatzprotokolls vom 20. März 1952 zur Europäischen Menschenrechtskonvention ist lediglich willkürliche, gesetzlose Eigentumsentziehung untersagt. Dabei ist zu beachten, dass die Menschenrechtsdeklaration als Empfehlung der Generalversammlung der UNO damals noch keine Rechtsverbindlichkeit hatte und das Zusatzprotokoll keine rückwirkende Rechtskraft besitzt.

Eine Einschränkung besteht nach Völkerrecht hinsichtlich des Eigentums ausländischer natürlicher und juristischer Personen. Ausländer müssen entschädigt werden. Hier wird die Konsequenz der Nichtigkeit des Münchener Diktats *ex tunc* oder *ex nunc* deutlich. Die CSR hat bei Ungültigkeit des Diktats von Anfang an eigene, nicht deutsche Staatsangehörige enteignet, denn die Übertragung der deutschen Staatsangehörigkeit an die Sudetendeutschen im Gefolge des Diktats ist ebenso nichtig wie das Diktat selbst. Durch das Benesch-Dekret vom 2. August 1945 wurde den Sudetendeutschen die tschechoslowakische Staatsangehörigkeit rückwirkend ab 20. November 1938 entzogen. Das war eine problematische Entscheidung, kann jedoch nicht als Anerkennung der deutschen Staatsangehörigkeit betrachtet werden.

Schließlich ist bei der Bewertung die Umbruchsituation im Völkerrecht nach dem II. Weltkrieg zu bedenken. In dieser Zeit waren außerordentliche Maßnahmen notwendig und gerechtfertigt, um den Frieden mit einem Staat zu sichern, der singuläre Verbrechen begangen hatte. Diese Maßnahmen können nicht ohne weiteres an den Prinzipien der UNO-Charta und an dem danach ausgebauten demokratischen Völkerrecht und den darin enthaltenen Menschenrechten gemessen werden. Die Charta legte in Art. 107 fest: „Maßnahmen, welche die hierfür verantwortlichen Regierungen als Folge des zweiten Weltkrieges in bezug auf einen Staat ergriffen haben, der während dieses Krieges Feind eines Unterzeichners der vorliegenden Charta war, werden durch die Bestimmungen der vorliegenden Charta weder außer Kraft gesetzt noch untersagt.“ Auch der Zeitablauf von mehr als 60 Jahren muss bedacht werden.

Deutschland darf die Eigentumsfrage nicht länger offen lassen. Sie ist erledigt. Die tschechoslowakischen Entscheidungen dazu müssen endlich akzeptiert, jedenfalls als endgültig hingenommen werden. Der 70. Jahrestag des Münchener Abkommens hätte eine Gelegenheit für einen juristischen Schlussstrich sein können. Die Gelegenheit wurde mit Stillschweigen übergangen. Aber vielleicht ist es für deutsche Zustände schon bemerkenswert, dass revanchistische Bekundungen zu diesem Jahrestag unterblieben oder nicht an die Öffentlichkeit gedrungen sind. Den Bayerischen Treuhändern sudetendeutscher Ansprüche Beckstein und Huber war wohl am Jahrestag, der mit ihrem Wahldebakel zusammen fiel, auch nicht danach zumute. Auf dem Sudetendeutschen Tag im Mai diesen Jahres hat Beckstein noch über einen Dialog mit der tschechischen Regierung über die Klärung ungelöster Vertriebenenfragen räsoniert, wofür sich Prag „der Geschichte der Vertreibung von Deutschen nach 1945 zu stellen“ habe. Das Thema München 1938 ist nicht beendet.

### Anmerkungen

- 1 RGBI. 1938 II, S. 853
- 2 Theodor Schieder in: Wörterbuch des Völkerrechts Zweiter Band, Berlin 1961, S. 554
- 3 So in einem Bericht über einen Vortrag von Wolfgang Schlüter von 2005. [www.burschenschaft.de](http://www.burschenschaft.de)
- 4 Zit. nach Detlef Brandes/Jiri Pesek, Thesen zur Vertreibung und Zwangsaussiedlung aus der Tschechoslowakei, in: Anja Krüge (Hg.), Zwangsmigration und Vertreibung, Europa im 20. Jahrhundert, Bonn 2006, S. 175
- 5 Vgl. dazu Werner Röhr, September 1938. Die Sudetendeutsche Partei und ihr Freikorps, Berlin 2008
- 6 <http://www.welt.de>
- 7 L. Oppenheim, International Law vol. I, London 1920, p. 662/663. In der achten Ausgabe, herausgegeben von H. Lauterpacht 1955, p. 896/897 sind dieselben Formulierungen enthalten.
- 8 Hans Wehberg, Stimson-Doktrin, in: Strupp-Schlochauer, Wörterbuch des Völkerrechts, Dritter Band, Berlin 1962, S. 393, 395
- 9 Ernst Nittner, Fn. 5, S. 514
- 10 Vgl. Fn. 4
- 11 In Art. 1 Abs 4a des Friedensvertrags mit Ungarn heißt es: Die Entscheidungen des Wiener Schiedsspruchs vom 2. November 1938 (über die Abtretung tschechoslowakischen Territoriums an Ungarn – G. S.) werden für null und nichtig erklärt.“ Daraus ist zu schließen, dass auch das Münchener Abkommen als null und nichtig betrachtet wurde.
- 12 Theodor Schieder, Münchener Abkommen, in: Strupp-Schlochauer, Wörterbuch des Völkerrechts, Zweiter Band, Berlin 1961, S. 555
- 13 Ernst Nittner, Dokumente zur Sudetendeutschen Frage 1916–1967, München 1967, S. 288
- 14 BGBl 1992, Teil II, S. 472
- 15 Internationale Politik 2/1997, S. 118



- 16 Christian Tomuschat kommt in seinem Rechtsgutachten „Die Vertreibung der Sudetendeutschen, Zur Frage des Bestehens von Rechtsansprüchen nach Völkerrecht und deutschem Recht“ zum Ergebnis, dass keine rechtlichen Gründe bestehen, dass die deutsche Seite einem solchen Satz zustimmt. Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht 56 (1996) S. 66
- 17 Zit. nach Dieter Blumenwitz, Die deutsch-tschechoslowakische Erklärung vom 21. Januar 1997, Archiv des Völkerrechts 38 (1998), S. 34
- 18 Vgl. Die Potsdamer (Berliner) Konferenz der höchsten Repräsentanten der drei alliierten Mächte – UdSSR, USA und Großbritannien, Dokumentensammlung, Moskau/Berlin 1986, S. 313
- 19 Dokumente zur sudetendeutschen Frage, S. 356
- 20 Zit. nach Blumenwitz, ArchVR 38 (1998), S. 20f.
- 21 Dieter Blumenwitz, Mit den Benesch-Dekreten nach Europa?, Politische Studien 53 (2002) Nr. 385, S. 77



## **Impressum:**

„DIE LINKE international“ wird herausgegeben vom Bereich Internationale Politik beim Parteivorstand der Partei DIE LINKE und erscheint in unregelmäßigen Abständen.

**Redaktion:** Helmut Ettinger (V.i.S.d P. Helmut Scholz)

Telefon: (030) 24 009-352, Fax: 24 009-425

E-Mail: [fip@die-linke.de](mailto:fip@die-linke.de), Web-Site: <http://die-linke.de>

**Redaktionsschluss:** 20. März 2009

**Besonderer Dank** für Unterstützung bei der Herstellung dieses Heftes gilt Fritz Schmalzbauer und Hilde Ettinger.

**Gestaltung:** Jörg Rückmann

Die abgedruckten Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors, nicht der Redaktion, wieder. Ausdrücklich erbeten sind Meinungen, Wünsche und Vorschläge an die Redaktion.

